

Sitzungsbericht

3. Sitzung der Tagung 1993/94 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 7. Oktober 1993

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 101).
Berichterstatter: Abg. Sivec (Seite 129).
Abstimmung (Seite 129).
2. Rede anlässlich des Beginnes der Tagung 1993/94 (Seite 101).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 103).
4. Beantwortung der Anfrage des Abg. Dkfm. Rambossek an LH Dr. Pröll betreffend verblässende Bodenmarkierungen in NÖ (Seite 104).
5. Antrag der Abg. Gratzner u. a. gem. § 35 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema "Semmering-Basistunnel".
Redner: Abg. Gratzner (Seite 106), LH Dr. Pröll (Seite 108), Abg. Dr. Bauer (Seite 112), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 113), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 115), Abg. Dr. Prober (Seite 117), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 118), Abg. Muzik (Seite 120), Abg. Haberler (Seite 122), Abg. Treitler (Seite 123), LHStv Höger (Seite 125), Abg. Kautz (Seite 125).
6. Wahl eines Obmannstellvertreters des Finanzkontrollausschusses (Seite 128).
7. Antrag des Verfassungs-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Dienstpragmatik des Landesbeamten 1972 (2. DPL-Novelle 1993).
Berichterstatter: Abg. Litschauer (Seite 128).
Abstimmung (Seite 129).
8. Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamten-dienstordnung 1976.
9. Antrag des Gesundheits-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (GÄG-Novelle 1993).
Berichterstatter: Abg. Treitler (Seite 129).
Abstimmung (Seite 130).
10. Antrag des Europa-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Deklaration der österreichischen Bundesländer "Österreich und die Europäische Gemeinschaft".
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 130).
Redner: LH Dr. Pröll (Seite 130), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 135), Abg. Gratzner (Seite 135), Abg. Kurzreiter (Seite 137), Abg. Hrubesch (Seite 139), Abg. Dr. Bauer (Seite 141), Abg. Preiszler (Seite 144), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 146), Abg. Uhl (Seite 149).
Abstimmung (Seite 149).
11. Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Auer (Seite 150).
Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 150), Abg. Lembacher (Seite 152).
Abstimmung (Seite 152).
- 12.1. Antrag des Wirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds; Jahresbericht 1992.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 153).

- 12.2. Antrag des Wirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds; Jahresbericht 1992.

Berichterstatter: Abg. Hiller (Seite 153).

Redner zu 12.1. und 12.2.: Abg. Dr. Bauer mit Resolutionsantrag (Seite 154), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 156), Abg. Dipl.Ing. Toms (Seite 157), Abg. Mag. Kaufmann mit Resolutionsantrag (Seite 161), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 167), Abg. Breininger (Seite 171), Abg. Rupp (Seite 175), Abg. Gratzer (Seite 177), Abg. Dirnberger mit Resolutionsantrag (Seite 178), Abg. Keusch mit Resolutionsantrag (Seite 182), Abg. Ing. Wagner Josef mit Resolutionsantrag (Seite 185), Abg. Dr. Bauer (Seite 186).

Abstimmung (Seite 187).

13. Antrag des Finanz-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes betreffend Landeshauptstadt St. Pölten.

Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 188).

Redner: Abg. Marchat (Seite 188), Abg. Gruber (Seite 190), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 193).

Abstimmung (Seite 195).

14. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Baden, Einrichtung einer Schule für beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst und einer Krankenpflegeschule.

Berichterstatter: Abg. Knotzer (Seite 196).

Redner: Abg. Auer (Seite 196), Abg. Lugmayr (Seite 198).

Abstimmung (Seite 199).

15. Antrag des Umwelt-Ausschusses über die Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, Änderung.

Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 199).

Abstimmung (Seite 199).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 13.00 Uhr):
Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es

ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Monat, am 21. Oktober, sind es 75 Jahre, daß sich in diesem historischen Sitzungssaal des Landtages von Niederösterreich die deutschsprachigen Mitglieder des cisleithanischen Abgeordnetenhauses zur konstituierenden Sitzung der provisorischen Nationalversammlung für Deutsch-Österreich zusammengefunden haben, um alle Vorkehrungen für ein Weiterbestehen Österreichs zu treffen.

Es ist meiner Ansicht nach notwendig, sich dieses Datums zu erinnern, um manche Entwicklungen seit dieser Zeit auch entsprechend zu verstehen. Es gab damals nicht nur große politische Veränderungen am Ende des Ersten Weltkrieges, sondern auch große wirtschaftliche und soziale Not. Es ging auch darum, ob Österreich überhaupt weiterbestehen wird. Viel hat sich in diesen 75 Jahren in Europa und Österreich getan! Ideologien haben in Europa durch Jahrzehnte den Menschen die Freiheit genommen, sind aber letztendlich doch gescheitert. Viele Nachwirkungen aus dieser Entwicklung beschäftigen uns auch heute. So wird im ehemaligen Jugoslawien noch immer Krieg geführt. Wir erlebten die Entwicklungen speziell in den letzten Tagen in Moskau. Wir können nur hoffen, daß eine friedliche Weiterentwicklung möglich ist. Alles andere wäre mit nicht vorhersehbaren Gefahren für Mittel- und Westeuropa und damit auch für unser Land Österreich verbunden.

Europa und damit auch Österreich erlebt zur Zeit eine Wirtschaftsrezession, die über die üblichen Konjunkturschwankungen hinausgeht. Wird doch nach dem Aufbrechen der Ostgrenzen bzw. nach der deutschen Wiedervereinigung um neue Wirtschafts- und Industriestandorte europaweit gerungen. Der österreichische Außenhandel, vor allem nach Deutschland, ist spürbar zurückgegangen. Auch der Fremdenverkehr erlitt im heurigen Sommer einige Einbrüche. Es ist daher Aufgabe aller Gebietskörperschaften, also auch des Landes Niederösterreich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenzusteuern.

Daher wird bei der heurigen Debatte zum Voranschlag 1994 über viele dieser Fragen zu reden sein. Ich glaube aber schon jetzt sagen zu können, daß von der Landesregierung mit dem vorzulegenden Budget ehrlich versucht werden

wird, sicherzustellen, daß viele Arbeitsplätze erhalten und abgesichert werden können.

Vor einigen Tagen wurde eine Kommunalgipfel durchgeführt, der die Finanzierung von Abwasserbeseitigungs- und Wasserversorgungsanlagen zum Inhalt hat. Auch die dabei getroffenen Maßnahmen sollen beitragen, im kommenden Jahr und weit darüber hinaus Arbeitsplätze zu sichern.

Hiezu kommt die Neuregelung der Wohnbauförderung. Ist doch die Auslastung der Bauwirtschaft ein wesentlicher Faktor unserer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Auf eines möchte ich auch in dieser Stunde besonders verweisen: Am 13. Oktober besucht der NÖ Landtag die Baustelle des neuen Regierungsviertels in St. Pölten, um sich vor Ort über Detailplanung und Baufortschritt zu informieren. Gerade in diesen Monaten und Jahren einer Wirtschaftsrezession sind die für das Regierungsviertel getätigten Bauaufträge von besonderer Bedeutung. Wird doch auch durch diese Aufträge unserer Bauwirtschaft viel Geld zugeführt und damit die angesprochenen wichtigen Arbeitsplätze zusätzlich abgesichert. Es ist, glaube ich, notwendig, auf diesen wirtschaftlichen Aspekt bezüglich des Baues unserer Landeshauptstadt heute besonders zu verweisen.

Am 1. Jänner 1994 soll die 2. Etappe der Steuerreform Wirklichkeit werden. Wir begrüßen die vorgesehenen Maßnahmen vom Grundsatz her. Denn auch dadurch ist eine zusätzliche Belebung unserer Wirtschaft zu erwarten. Eines darf jedoch nicht geschehen: Daß die größten Auftraggeber und Arbeitsplatzsicherer in unserer Republik, nämlich die Gemeinden, finanziell geschwächt werden. Rund 70 % aller öffentlichen Aufträge in Österreich und damit auch in Niederösterreich werden über diese, unsere Gemeinden vergeben. Der Wegfall der Gewerbesteuer hat zu großen politischen Diskussionen geführt. Wir hoffen, daß der geplante Härteausgleich die größten Risiken von unseren Gemeinden nimmt, damit sie auch weiterhin ihre Aufgaben in vollstem Umfang erfüllen werden können.

Die nächsten Wochen und Monate sind für die friedliche Weiterentwicklung in Europa von entscheidender Bedeutung. So gibt es immer wieder Kontakte der Landesregierung, Kontakte des Landeshauptmannes mit unseren Nachbarn.

Auch der NÖ Landtag versucht, im Interesse unserer Heimat, seine Außenkontakte zu intensivieren. So gab es im heurigen Jahr einen Besuch

der Spitzenpolitiker des Landtages bei der EG in Brüssel, bei den deutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Vor einigen Tagen hatten wir Besuch der Komitatsvertreter aus Veszprém in Ungarn. Wer den Frieden wünscht, ist immer aufgefordert, mitzuhelfen, durch Kontakte auf allen Ebenen das größtmögliche Verstehen zu verstärken.

Hohes Haus! Der heurige Sommer brachte nicht nur Sorgen in Bezug auf die Entwicklung in manchen europäischen Ländern, nicht nur Sorgen wegen der allgemeinen Wirtschaftsrezession, sondern auch besondere Sorgen für die Bauern in unserem Land, vor allem durch die aufgetretenen Dürreschäden, die manchen Landwirt vor die Existenzfrage stellen. Auch hier ist eine Hilfestellung des Staates dringend erforderlich.

Hohes Haus, vor uns liegt viel Arbeit. So wurde dem NÖ Landtag bereits 42 Geschäftsstücke zugeleitet. Am heutigen Tag werden bereits wichtige Beschlüsse zu fassen sein. Gehen wir mit dem notwendigen Ernst in das neue Arbeitsjahr. Sind wir doch aufgerufen, immer wieder - der Zeit entsprechend - die richtigen Weichen im Rahmen unserer Kompetenzen für eine gute Entwicklung dieses, unseres Heimatlandes zu stellen.

Zeigen wir der Öffentlichkeit, daß wir mit viel Verantwortungsgefühl bereit sind, für unsere Landsleute zu arbeiten und bemühen wir uns auch, vor allem unserer Jugend zu zeigen, daß persönliche Freiheit und Wohlergehen eng verbunden sind mit dem Funktionieren der demokratischen Einrichtungen in diesem Land.

Ich ersuche daher in dieser Stunde, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, auch bei der Verschiedenartigkeit der Positionen in bestimmten Sachfragen. Pflegen wir in den nächsten Monaten und Jahren einen politischen Stil, der es uns erlaubt, von einer besonderen niederösterreichischen politischen Kultur zu reden.

In diesem Sinne, Hohes Haus ein "Glück auf!" unserem Heimatland und unserer Arbeit für die Menschen in diesem Land!

Hohes Haus! Ich darf Ihnen nunmehr die bisher eingelangten Geschäftsstücke zur Kenntnis bringen:

Ltg. 14/B-28/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Deklaration der Österreichischen Bundesländer "Österreich und die Europäische Gemeinschaft".

Diese Vorlage habe ich am 20. August 1993 dem Europa-Ausschuß zugewiesen.

Ltg. 15/B-4 - Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten. Dieses Geschäftsstück habe ich am 26. August 1993 dem Europa-Ausschuß zur weiteren Behandlung übermittelt.

Ltg. 18/H-11 - Vorlage der Landesregierung betreffend a. ö. Krankenhaus Baden, Einrichtung einer Schule für beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst und einer Krankenpflegeschule.

Diese Vorlage habe ich am 23. September 1993 dem Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zugewiesen.

Ltg. 24/B-27 - Bericht der Landesregierung betreffend Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal, Geschäftsbericht 1992.

Ltg. 27/B-5 - Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über den Gemeindepensionsverband und den Gemeindeärzte-Pensionsverband.

Ltg. 28/H-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landeshaftung für eine Leihgabe ("Roggendorfer Altar") des Kunsthistorischen Museums an das NÖ Landesmuseum.

Ltg. 38/B-1 - Bericht des Finanzkontrollausschusses III/1992.

Ltg. 39/B-1/1 - Bericht des Finanzkontrollausschusses I/1993.

Ich weise alle diese Vorlagen dem Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 26/G-18 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (NÖ GÄG-Novelle 1993).

Diese Vorlage habe ich am 23. September 1993 dem Gesundheits-Ausschuß zur weiteren Behandlung übermittelt.

Ltg. 31/A-3/4 - Antrag der Abg. Gratzner u.a. betreffend Schaffung einer Patientenvertretung.

Ltg. 40/A-1/1 - Antrag mit Gesetzentwürfen der Abgeordneten Lugmayr, Gruber u.a. betreffend Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 und des NÖ Sozialhilfegesetzes.

Diese Vorlagen weise ich hiermit dem Gesundheits-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 22/G-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976.

Diese Vorlage habe ich am 23. September 1993 dem Kommunal-Ausschuß zugewiesen.

Ltg. 42/A-1/2 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Romeder, Haufek u.a. betreffend Änderung des NÖ Landeswasserwirtschaftsfondsgesetzes.

Diese Vorlage weise ich hiermit dem Kommunal-Ausschuß zu.

Ltg. 29/A-3/2 - Antrag der Abg. Gratzner u.a. betreffend Dürre- und Frostschäden in der NÖ Landwirtschaft.

Ltg. 30/A-3/3 - Antrag der Abg. Gratzner u.a. betreffend gesetzliche Regelung zur Erhaltung flächendeckender bäuerlicher Landwirtschaft und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Ltg. 32/B-11 - Bericht der Landesregierung, über den Tätigkeitsbericht und den Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses des NÖ Landwirtschaftlichen Förderungsfonds im Jahr 1992.

Ltg. 35/V-11/1 - Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft.

Ltg. 37/B-9 - Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 1992.

Alle diese Vorlagen weise ich hiermit dem Landwirtschafts-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 41/A-2/2 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Kaufmann u.a. betreffend Änderung des NÖ Schulzeitgesetzes.

Dieses Geschäftsstück weise ich dem Schul-Ausschuß zur Beratung zu.

Ltg. 17/M-4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes.

Diese Vorlage habe ich am 20. September 1993 dem Sozial-Ausschuß zur Behandlung übermittelt.

Ltg. 19/B-34 - Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Lande Niederösterreich für das Jahr 1992.

Ltg. 21/B-20 - Tätigkeitsbericht der Kommission für den Schutz der NÖ Landesbediensteten.

Ltg. 33/A-3/5 - Antrag der Abg. Gratzler u.a. betreffend Wahl eines Verkehrsausschusses gem. § 39 LGO.

Alle diese Geschäftsstücke weise ich hiermit dem Verfassungs-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 20/D-1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1992 (2. DPL-Novelle 1993).

Diese Vorlage habe ich bereits am 23. September 1993 dem Verfassungs-Ausschuß zugewiesen.

Ltg. 25/A-3/1 - Antrag der Abgeordneten Gratzler u.a. betreffend Planungs- und Baustopp des Semmering-Basistunnels.

Ich weise diese Vorlage dem Wirtschafts-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 16/A-4 - Anfrage des Abgeordneten Dkfm. Rambossek an Landeshauptmann Dr. Pröll, betreffend verblässende Bodenmarkierungen auf NÖ Landesstraßen.

Hier darf ich bekanntgeben, daß ich dem Herrn Landeshauptmann gebeten habe, diese Anfrage zu beantworten. Ich darf hinzufügen, daß der Herr Landeshauptmann mit Schreiben von 3. September 1993 die Anfrage bereits beantwortet hat.

Ltg. 34/A-5 - Anfrage des Abgeordneten Gratzler an Landesrat Wagner betreffend Überprüfung des Verdachtes auf Bildung und Vorkommen von Suchtgiftinhaltsstoffen im Rauch von Weihrauchmischungen.

Diese Anfrage habe ich am 1. Oktober 1993 dem Herrn Landesrat Wagner übermittelt.

Ltg. 36/A-5/1 - Anfrage des Abgeordneten Präsident. Haufek an Landesrat Mag. Freibauer betreffend Vorlage eines Gemeindeförderungsberichtes.

Diese Anfrage habe ich am 5. Oktober 1993 dem Herrn Landesrat Mag. Freibauer übermittelt.

Die eingelangte Anfragebeantwortung hat folgenden Inhalt:

"Zum Schreiben vom 23. Juli d.J., Ltg. 16/A-4-1993, betreffend Anfrage des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek über verblässende Bodenmarkierungen auf NÖ Landesstraßen:

Bodenmarkierungen werden in Niederösterreich zur Gänze von Privatfirmen im Auftrag des NÖ Straßendienstes ausgeführt. Bei jeder der acht dezentralisierten Straßenbauabteilungen ist ein spezieller Techniker für diese Materie zuständig. Er hat die Anweisung, sobald ihm Mängel gemeldet werden, für die Beseitigung zu sorgen, z.B. im Rahmen des Gewährleistungsanspruches an die betreffende Firma.

Die Kontrolle der Bodenmarkierungen erfolgt laufend im Zuge von turnusmäßigen Bereisungen des Straßennetzes, abhängig von der Verkehrsbelastung des Straßenzuges, mindestens jedoch einmal wöchentlich.

Um die Funktionsfähigkeit der Bodenmarkierungen zu gewährleisten, werden die Markierungen aus lösemittelhaltigen Farben bei Mittelmarkierungen im allgemeinen jährlich und bei Randmarkierungen in 2- bis 3-Jahresabständen erneuert.

Bei Markierungsmaterialien aus lösemittelfreien Kalkplastiken erhöht sich die Funktionsdauer in Abhängigkeit von der Materialdicke und der Verwendungsgruppe auf 2 bis 3 Jahre.

Die Bodenmarkierungen haben der ÖNORM B 2440 "Bodenmarkierungen, Anforderungen an das Material und dessen Aufbringen" zu entsprechen. Darin sind die Anforderungen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit von Bodenmarkierungen wie Farbe, Tages- und Nachtsichtbarkeit sowie Griffigkeit festgelegt. Ferner sind die Markierungsmaterialien entsprechend ihrer Trockenfilmdicke in vier Markierungsstoffklassen eingeteilt, die in Abhängigkeit von Verkehrsbelastung, Fahrbahnbreite und Überfahr-

häufigkeit eine jeweils unterschiedliche Funktionsdauer ergeben.

Die Aufstellung und Gestaltung von Verkehrszeichen ist in den von der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen veröffentlichten Richtlinien und Vorschriften für den Straßenbau (RVS) festgelegt. Für das Verkehrszeichen "Voranzeiger für Einordnen" ist in Punkt 4.6. der RVS 5.212

die Gestaltung (Angabe von Straßennummern oder Ortsbezeichnungen) und Aufstellung (am Beginn der Fahrbahnaufweitung vor dem ersten Richtungspfeil der Bodenmarkierung) geregelt.

Bezüglich der Sichtbarkeit ist in der RVS 5.211 unter Punkt 4.1 (Grundsätze der Anordnung und Aufstellung von Verkehrszeichen) der Hinweis enthalten: "Verdeckungen (z.B. durch Pflanzen) sind hintanzuhalten und Verschmutzungen zu beseitigen".

Die jeweiligen Straßenmeistereien sind im Zuge des laufenden Straßendienstes für die Gewährleistung einer ausreichenden Sichtbarkeit von Verkehrszeichen zuständig und zur dauernden Kontrolle angewiesen.

Darüberhinaus erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs, wie Bodenmarkierung und Verkehrszeichen, durch die zuständigen Bezirkshauptmannschaften entsprechend § 96 Abs. 2 StVO 1960.

Im Bereich des NÖ Straßendienstes sind keine Schadensfälle der Betriebshaftpflicht bekannt, die auf verblässende bzw. nicht mehr gut sichtbare Bodenmarkierungen zurückzuführen sind."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Die Abgeordneten Gratzler, Dkfm. Rambossek, Preiszler, Marchat, Haberler, Hrubesch, Rosenkranz haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung einen Antrag zur Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema Semmering-Basistunnel, Zahl 23/A-8/1 eingebracht. Gemäß unserer Geschäftsordnung ist beantragt, diese Aktuelle Stunde am Beginn der Tagesordnung durchzuführen. *(Nach Abstimmung darüber:)* Einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abhandlung dieser Aktuellen Stunde. Ich darf in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, daß der Antragsteller und die Mitglieder der Landesregierung nach unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit haben eine Redezeit von 15 Minuten auszuschöpfen. Die

übrigen Mitglieder des Landtages haben eine Redezeitbegrenzung auf zehn Minuten.

Ich mache deswegen besonders aufmerksam, da sich, wenn ich richtig informiert wurde, von allen vier Fraktionen insgesamt elf Redner angemeldet haben. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung soll die Aktuelle Stunde mit 90 Minuten begrenzt werden. Wenn wir die Redezeit ausschöpfen, wie sie die Geschäftsordnung für den einzelnen Diskussionsredner vorsieht, sind diese eineinhalb Stunden nicht einzuhalten. Nachdem, wahrscheinlich im Laufe des Arbeitsjahres, weitere solche Aktuelle Stunden durchgeführt werden, darf ich nur aus präjudiziellen Gründen heute eine Bitte an alle Mandatäre äußern, sich möglichst kurz bei ihren Wortmeldungen zu halten. Die Redezeit zumindest einzuhalten, damit wir heute und in Zukunft dieses Institut der Aktuellen Stunde mit doch zumindest zwei Stunden Sprechzeit begrenzen. Sonst, meine Damen und Herren, würden wir sicher die Bestimmungen unserer Geschäftsordnung nicht mehr einhalten. Denn auch damals hat sich der Landesgesetzgeber etwas gedacht. Ich bitte daher bereits heute und auch in Zukunft um Ihr entsprechendes Verständnis und ich darf nunmehr den Herrn Abgeordneten Gratzler als Antragsteller ersuchen, seine Meinung als Antragsteller zu diesem Thema dem Hohen Haus darzulegen.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Freiheitliche Partei hat diese Aktuelle Stunde gefordert. Aktuell wurde dieses Thema ja durch die frühzeitige Entscheidung des Verkehrsministers, nämlich den Baustopp für den Semmering-Tunnel bei seiner Veranstaltung am Semmering, im Panhans-Hotel, aufzuheben. Unserer Meinung nach kam diese Entscheidung einerseits zu früh und ist unserer Meinung nach eine falsche, weil er sich auf die sogenannte Prognos-Studie beruft. Man kann natürlich diese Studie von zwei Seiten sehen. So wie ein Wasserglas halb leer und halb voll sein kann, kann man auch diese Studie durchaus von zwei Seiten sehen. Nur eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, bleibt immer gleich: Die Fakten, von denen wir wissen, daß sie vorhanden sind.

Und ich möchte doch in Kürze eingehen darauf, was uns bewegt, jetzt diese Aktuelle Stunde zu fordern. Auf der anderen Seite, wo wir wirklich Probleme sehen beim Bau dieses Semmering-Tunnels. Da wäre zum einen, daß diese Prognos-Studie uns nachweist, daß derzeit noch eine 30 %ige Kapazitätsreserve bei der Ghega-Bahn

besteht und diese Reserve noch über viele Jahre, über das Jahr 2000 hinaus bestehen bleiben wird.

Daher sehen wir aus diesem Grund allein schon keine Notwendigkeit. Wir wissen auch nicht, wie die Erfinder dieser Studie zu der Annahme kommen, daß, wenn der Tunnel gebaut wird, urplötzlich der Verkehr von der Straße auf die Schiene gelegt wird. Denn das könnte man heute schon tun. Es wird allerdings daran liegen, so nehme ich an, daß ein Transport von Norden nach Süden, ein Gütertransport eine Gesamtfrachtzeit von ca. 48 Stunden aufweist, wenn man die ganze Länge der Südbahn hernimmt. Daher sind 20 Minuten von so geringer Bedeutung, daß dies auch dann ein Anreiz sein wird, wenn der Tunnel fertig ist.

Ich stelle mir auch die Frage als Abgeordneter des Landes, wo nimmt man das Geld her? Zur Zeit wissen wir, daß, wenn überhaupt, ca. 10 Prozent verfügbar wären, aber die Finanzierung in keiner Weise gesichert erscheint.

Als nächstes zum Aushubmaterial: Wir wissen, 1,5 Millionen Kubikmeter Aushubmaterial wird aus dem Stollen herausgegraben. Es ist bis heute nicht geklärt, wohin soll dieses Aushubmaterial? Das sind Fragen, von denen wir sagen, wenn dieser Bau begonnen werden soll, müssen diese Dinge mindestens geklärt sein. Aber auch das ist nicht geklärt.

Ein nächstes Problem, das Grundwasser. Wir stehen vor dem großen Problem, daß hier - und das wird nachgewiesen - Grundwasser abgegraben wird. Daß hier Wasser in unvorstellbarer Menge täglich abgeleitet werden muß. Ganz einfach, weil die Quellen angebohrt werden. Und wir stehen auf der anderen Seite sicher vor dem Problem, daß in den nächsten Jahrzehnten in Niederösterreich auf uns auch ein Grundwasserproblem zukommen wird, auch wenn wir heute über genügend Wasserreserven verfügen, was wir nicht verheimlichen.

Als nächstes: Wenn die ÖBB hergeht und die Hochleistungs-AG und glaubt, wir können Probleme lösen, indem wir einen Tunnel graben und daher wird im Verkehr dann alles ganz anders ablaufen, so halte ich dem entgegen, daß wir jetzt schon nicht in der Lage sind, mit den derzeitigen Mitteln zusätzliche Transporte, Gütertransporte zu übernehmen. Ich nenne nur die Anzahl der Lokführer. Daher glaube ich, daß die ÖBB den Hebel falsch ansetzt. Man müßte vielmehr bei der Infrastruktur Verbesserungen herbeiführen, um überhaupt in die Lage zu kommen, mehr Güter zu transportieren.

Um nochmals auf die Umwelt zurückzukommen: Das Semmeringgebiet gilt wohl als eines der geschlossensten Fremdenverkehrsgebiete für viele Wiener, aber auch für viele Niederösterreicher aus dem Großraum Wien. Und wir wissen, wenn dieser Tunnel gebaut wird, wird über zehn Jahre dieses Gebiet aufs Ärgste beeinflusst. Es wird nicht nur so sein, daß über zehn Jahre lang wahrscheinlich Fremde ausbleiben werden. Wir wissen vielmehr, wenn sich Fremde verlaufen suchen sie neue Gegenden und werden nicht mehr dorthin kommen.

Darüber hinaus wird auch die Bevölkerung auf das Ärgste betroffen sein. Und ich frage mich zum Beispiel, wie es der Herr Bürgermeister Kautz aus Neunkirchen mit sich und mit seiner Bevölkerung vereinbaren kann, wenn er weiß, was er den Menschen dort antut. Man kann das anhand der Millionen Kubikmeter ausrechnen, wie viele tausend LKW dort mit Aushubmaterial durch die Gegend fahren müssen.

Darüber hinaus, glaube ich, soll man nicht außer Acht lassen, daß sich die Bevölkerung mittlerweile nicht nur in Bürgerinitiativen, sondern auch ganz klar in Umfragen dagegen ausspricht. Da gibt es eine Umfrage einer Regionalzeitung, die als Ergebnis ausweist, daß 70 % der Industrieviertel gegen dieses Projekt sind. Aber wir haben es uns nicht so leicht gemacht, haben selbst eine Umfrage gestartet über das Gallup-Institut. Wir haben niederösterreichweit abgefragt und niederösterreichweit sprechen sich auch 62 % der Menschen gegen den Tunnelbau aus.

Jetzt wird, das ist mir schon klar, gerne behauptet, das Ergebnis einer Umfrage hänge vom Auftraggeber ab. Ja, generell werden Umfragen angezweifelt. Wir haben daher auch eine zweite Frage dazugegeben, um für uns festzustellen, wie die Niederösterreicher derartige Fragen beurteilen und da darf ich sagen, die Niederösterreicher sind sehr wohl interessiert an der Verkehrsproblematik in ihrem Land. Sie machen sich auch wirklich Gedanken. Denn wir haben auch gefragt, ob der Westbahnausbau notwendig ist. Und hier antworten 60 Prozent der Niederösterreicher mit Ja.

Daher glaube ich, daß auch wir als Abgeordnete dieses Hauses nicht über diese Meinung der Bevölkerung hinweggehen dürfen. Und daß wir es uns nicht so leicht machen dürfen, irgendwelche Notwendigkeiten herauszustreichen. Und ich würde schon die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei heute hier auffordern, uns wirklich diese Argumente zu entkräften. Denn es gibt Argumente, daß die Natur belastet wird, daß die Menschen

belastet werden. Und darüber hinaus wird noch festgestellt, daß er gar nicht notwendig ist.

Ich möchte aber auch, weil ich weiß, daß nach mir der Herr Landeshauptmann das Wort ergreifen wird, mich an die ÖVP wenden. Denn ich glaube, daß dieses Thema so wichtig ist, daß, wenn wir heute auseinander gehen, die Bevölkerung wirklich weiß, was wünscht dieser Landtag. Was wünschen die einzelnen Fraktionen und wie sehen wirklich die Chancen aus?

Daher, Herr Landeshauptmann, richte ich an Sie heute den Appell, hier klarzustellen, wie Sie es halten mit dieser Unterschrift auf dem Übereinkommen mit dem damaligen Verkehrsminister Streicher. Ich darf das noch einmal zitieren: Im Übereinkommen zwischen - ich darf das jetzt so einfach sagen - zwischen Pröll und Streicher steht drinnen: "In Erwägung, daß einerseits verkehrspolitische Zielsetzungen zur Realisierung des Eisenbahn-Hochleistungsverkehrs die Errichtung des Semmering-Basistunnels zur Ermöglichung eines effizienten Verkehrs in diesem Bereich erfordern und andererseits der Weiterbestand der Semmering-Scheitelstrecke für bestimmte Verkehrszwecke, insbesondere für den Regionalverkehr und zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Fremdenverkehrsinfrastruktur der Region Semmering notwendig ist, kommen Bund und Land wie folgt überein..." Also das ist das Übereinkommen für den Tunnelbau. Dieses Übereinkommen ist erwähnt in der Ministerratsvorlage. Der Ministerrat hat einstimmig beschlossen am 5. November 1991 auf Grund dieses Übereinkommens. Ich zitiere: "Die Trassenverordnung für die Semmering-Basistunnelstrecke ist nunmehr in Kraft."

Daher sehe ich darin schon große Bedeutung, diese Vereinbarung heute hier aus ihrer Sicht so darzustellen, daß nämlich Ihre in der letzten Zeit immer wieder geäußerte Absicht, daß der Tunnel nicht gebaut werden soll und daß er nicht notwendig ist zur Zeit, unterstrichen wird.

Auf ein Zweites möchte ich noch eingehen, die ÖVP betreffend, weil die Österreichische Volkspartei gerne nach der Methode agiert, im Landtag so und im Parlament so. Ich bin der Meinung, so einfach können es wir uns hier nicht machen. Ich nehme nur her die gestrige Sitzung im Parlament. Dort hat der Verkehrs-Ausschuß getagt und es ist wieder unser Antrag auf Einstellung des Baues des Semmering-Tunnels zur Abstimmung gelangt. Und zumindest Hut ab vor dem Abgeordneten Kampichler, der sich getraut hat, diesem freiheitlichen Antrag zuzustimmen. Aber die ÖVP

hat schon dafür gesorgt, daß nichts passiert. Weil es hat der Abgeordnete Bruckmann gefehlt. Den hätten sich die Damen und Herren der Bürgerinitiativen und viele andere gewünscht. Weil er doch einer der Repräsentanten ist, der sich sehr stark macht gegen den Bau. Und der doch unserer Meinung nach mehr Gewicht haben sollte. Aber da wurde schon der Riegel vorgeschoben, daß bei dieser Abstimmung, die gestern stattgefunden hat, nichts passiert.

Und ich sehe, nachdem ich jetzt hier im Landtag bin, daß diese Methode zur Praxis wird. Ich nehme als Beispiel die leidige Weinsteuern, bei der genauso operiert wird. Die Frau Abgeordnete Lembacher stellt sich in wirklich vorbildlicher Manier gegen die Weinsteuern und fordert, um die einmal wieder hier zu zitieren, damit sie nicht in Vergessenheit geraten, die Abgeordneten aus Niederösterreich, Schwarzböck, Stummvoll, Schorn, Kaiser, Vonwald, Bauer und Vetter auf. Und diese stimmen im Parlament für die Weinsteuern.

Daher möchte ich heute hier von seiten der ÖVP hören, wie denn diese Entwicklung weiter geht. Spielen wir auch den Semmering-Tunnel so wie die Weinsteuern, oder wird sich hier etwas ändern? Und ich muß auf eine Aussage von Bundesminister Jürgen Weiss eingehen, weil sie nach wie vor im Raum steht und von großer Bedeutung ist. Bundesminister Jürgen Weiss war im April sicher für uns von vielleicht noch geringerer Bedeutung. Mittlerweile wissen wir, daß Jürgen Weiss der Manager für die Nationalratswahl ist und dort sicher nicht nur Organisatorisches vorgibt, sondern auch die Themen vorgibt. Und er wurde im April schriftlich von der Frau Abgeordneten Johanna Schicker gefragt: "Wenn ja, in welcher Form gedenken Sie für den Bau des Semmering-Basistunnels einzutreten?" Herr Bundesminister Weiss zieht es nicht einmal in Erwägung, vielleicht gegen den Tunnel zu sein sondern er schreibt, ich zitiere aus der schriftlichen Beantwortung: "Für den Bau des Semmering-Tunnels besteht in den betroffenen Bundesländern Steiermark und Niederösterreich nach meinen Informationen grundsätzliche Übereinstimmung." Jetzt frage ich mich, wer informiert den Herrn Bundesminister Weiss, wenn er glaubt, daß die Steirer und die Niederösterreicher zum Tunnel dieselbe Meinung haben? (*Abg. Dr. Bauer: Auf Grund der Unterschrift des Landeshauptmannes Dr. Pröll hat er sich informiert, Herr Kollege!*) Das könnte schon sein. Aber er geht sogar noch einen Schritt weiter, daher möchte ich auch diesen Satz nicht vorenthalten. Er schildert dann, daß diese Prognos-Studie noch ausständig ist. Und dann sagt Minister Weiss, ich

zitiere: "Nach der Präsentation der Studie und der Beurteilung der vorgebrachten Argumente wird der zuständige Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr über die weitere Vorgangsweise entscheiden. Ich werde ihn", - also ich, Minister Weiss, werde ihn - "bei seinem Bemühen unterstützen, daß diese Entscheidung rasch und im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesländern zustande kommt.

Das heißt, der Herr Minister Weiss verspricht nicht nur, den Bundesminister Klima zu unterstützen. Sondern er sagt auch, er wird ihn unterstützen, daß das rasch passiert. Und er wird auch noch zusehen, daß die Bundesländer das Einvernehmen im Sinne der Entscheidung von Bundesminister Klima herstellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher glaube ich, daß heute wirklich der Tag ist, an dem sich die Parteien hier klar zu erklären haben, in welche Richtung sie marschieren. Die Bevölkerung in unserem Lande hat ein Anrecht darauf, zu wissen wie es weiter geht. Und ich bin davon überzeugt, daß zu diesem riesigen Projekt des Semmering-Tunnels, das so viel Geld kostet, so viel Staub aufwirbelt und von dem wir heute nicht sagen können, daß es tatsächlich notwendig ist, daß heute und hier klare Aussagen dazu getroffen werden müssen. Die Bevölkerung hat es nicht verdient, daß man ihr immer wieder sagt, wir bauen, wir bauen nicht, vielleicht bauen wir oder wir warten mit dem Bauen oder wir bauen nächstes Jahr oder wenn überhaupt, in zehn Jahren.

Ich glaube, daß hier und heute diese Aussagen klar getroffen werden sollen, daher auch diese Aktuelle Stunde. Für meine Fraktion darf ich zusammenfassend feststellen, daß wir für den Bau des Semmering-Basistunnels zur Zeit keine Notwendigkeit sehen. Daß die Prognos-Studie den Bau nicht rechtfertigt und in keinster Weise auch von der Prognos-Studie die Fortsetzung der Planungsarbeiten gerechtfertigt werden. Und auch der Probestollen in diesem Sinn nicht gerechtfertigt ist.

Ich darf daher von unserer Seite her als Ziel formulieren, den Semmering-Basistunnel, dieses Projekt vom Tisch wieder wegzunehmen. Ihn in die unterste Schublade zu schieben und zum Wohle unserer Landesbürger wesentlich wichtigere Projekte in Angriff zu nehmen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll.

LH Dr. PRÖLL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Zunächst möchte ich herzlich Danke dafür sagen, daß es möglich geworden ist, die Frage "Bau des Semmering-Basistunnels" bzw. "Vorrang für den Nahverkehr und für die Pendler in Niederösterreich" hier im NÖ Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu diskutieren.

Mir scheint das deswegen notwendig, weil in einer derartig wichtigen Frage es auch wichtig ist, daß die Abgeordneten mit ihren Argumenten entsprechend Einfluß nehmen können. Und daß auf breiter Ebene die künftige Vorgangsweise festgelegt wird.

Es ist zweifelsohne so, daß die Prognos-Studie, die vom Verkehrsminister in Auftrag gegeben wurde, natürlich die Diskussion neuerlich

wieder entfacht hat. Erlauben Sie mir, daß ich von meiner Warte zunächst einmal die Position klarstelle und auch von meiner Warte die entsprechenden Argumente versuche auf den Tisch zu legen. Die Vorgangsweise, die wir von der NÖ Volkspartei wählen, ist eine sehr einfache. Nämlich, auf der Grundlage und auf der Basis des NÖ Landesverkehrskonzeptes. Dieses NÖ Landesverkehrskonzept, das einhellig in der Regierung beschlossen wurde, sieht deutlich den Semmering-Basistunnel in seiner Prioritätsstufe auf Zwei vor. Das kommt nicht von ungefähr. Das kommt deswegen nicht von ungefähr, weil sich diejenigen, die dieses Landesverkehrskonzept erstellt haben, natürlich an den Fakten und an den Tatsachen orientiert haben. Und nach diesen Fakten und Tatsachen liegt es klar auf der Hand, welche Ziele dieses Landesverkehrskonzept zu verfolgen hat.

Zunächst einmal Ziel Nummer Eins: "Ja zu Nah", das heißt Nahverkehr hat Vorrang vor allen anderen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen! Und zum Zweiten: "das Wichtigste zuerst", das spärlich vorhandene Geld muß in einer optimalen Art und Weise eingesetzt werden. Nämlich so eingesetzt werden, daß für das Bundesland die besten verkehrspolitischen Effekte erzielt werden können. Das ist zunächst einmal die Ausgangsposition, von der weg wir diese Frage zu beurteilen haben.

Nun, in welchem Umfeld, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat nun der Verkehrsminister versucht, eine frühzeitige Entscheidung für den Semmering-Basistunnel zu treffen? Zunächst einmal das verkehrspolitische Umfeld. Ich möchte es mit einigen Fakten umschreiben. Zum Beispiel der Bereich der Westbahn. Heute verkehren auf der Westbahn bis zu 280 Züge auf zwei Gleisen zwischen Wien und St. Pölten. Damit ist die Belastungsgrenze bei weitem erreicht, ja man muß sogar sagen, daß sie phasenweise sogar überschritten ist. Das führt letztlich dazu, daß der zusätzliche Nahverkehr, das zusätzliche Nahverkehrsangebot, das wir im Interesse unserer Pendler zwischen St. Pölten und Wien brauchen, unmöglich geworden ist. Denn wir haben heute in Wahrheit auf der Westbahnstrecke einen dichteren Verkehr und einen intensiveren Stau als auf der Westautobahn.

Und was das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, das können Sie selber beurteilen. Das heißt auf einen Nenner gebracht, die Pendler auf der Westbahnstrecke müssen warten, weil der Stau auf dieser Westbahnstrecke entsprechend groß ist und weil

offensichtlich vom Verkehrsminister die Prioritäten in die falsche Richtung gesetzt werden.

Zweites Beispiel, die S 7, die Strecke zum Flughafen. Heute verkehrt zwischen Wien und Schwechat, dem Flughafen, ein Zug pro Stunde. Die Verbindung Wien - Flughafen Schwechat kann heute nur zwei Prozent der gesamten Fluggäste transportieren, weil ein attraktives Angebot auf dieser Strecke fehlt. Und ich muß Ihnen sagen, die internationale Norm ist die, daß bei internationalen großen Flughäfen wie in Zürich und in London bis 30 Prozent der Fluggäste die Bahn benützen und das öffentliche Verkehrsangebot annehmen können. Daher ist der Ausbau der Strecke S 7, Wien - Flughafen Schwechat - Preßburg, wesentlich wichtiger als vieles andere.

Ein drittes Beispiel: Die Strecke S 2, Wien - Wolkersdorf - Mistelbach - Laa a.d. Thaya - Hevlin in Tschechien. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Verbindung zwischen Wien und Wolkersdorf ist heute eingleisig. Auf dieser Strecke gibt es keine entsprechende Geschwindigkeit, es gibt keinen Viertelstundentakt und das bedeutet einen Nachteil für rund 8.500 Pendler täglich. Und da frage ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob nicht wirklich der Ausbau des Nahverkehrs im Interesse unserer Pendler wichtiger ist als manches andere.

Ich bin daher auch felsenfest davon überzeugt, daß die Weichen Richtung Semmering-Basistunnel in eine falsche Richtung gestellt waren. Und zwar auch deshalb, weil die Semmeringstrecke in Wahrheit kein leistungsmäßiges Nadelöhr bedeutet. Ich möchte Ihnen das auch mit Fakten untermauern. Fakten, die nicht von irgendwo hergeholt sind, sondern die auch zum Teil in der Prognos-Studie enthalten sind. Die Höchstleistungslimits für den Semmering sind verschieden angesetzt. Die Prognos-Studie geht von 211 Zügen täglich aus, die ÖBB in ihrer Richtlinie ist sogar in der Lage, bis zu 250 Züge täglich anzunehmen. Und tatsächlich ist es so, daß derzeit auf der Semmeringstrecke weder 211 noch 250 Züge verkehren. Sondern erst 160 täglich! Das heißt, die Kapazität ist noch vorhanden, um eine deutliche Steigerung der Zuganzahl über den Semmering auf der jetzigen Strecke zu erreichen und zu ermöglichen.

Dazu kommt noch, daß in Wahrheit der Güterverkehr stagniert, trotz der Ostöffnung. Eine interessante Erkenntnis, aber ein Faktum. Und dazu kommt ein Zweites: Die Hauptrichtung des Transits wird sich in Zukunft nicht vom Norden in den Süden abwickeln, sondern vom Osten in den Westen. Daher ist auch klar, daß das Landesverkehrskonzept richtig konzipiert ist mit der Prioritätsstufe 2, weil wir über den Semmering noch Kapazität genug haben,

um in den nächsten Jahren, ins nächste Jahrzehnt hinein über die Runden zu kommen. Während wir auf der anderen Seite in wesentlichen Bereichen des Nahverkehrs in Niederösterreich eine Vielzahl an Strecken haben, für die im Interesse eines vernünftigen Pendelns für unsere Pendler ein Ausbau dieser Strecken mehr als überfällig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, neben dem verkehrswirtschaftlichen Argument erlauben Sie mir auch noch einige Fakten im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeit eines etwaigen Semmering-Basistunnels. Der Tunnel wird dann, so spricht, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, die Prognos-Studie, wirtschaftlich sinnvoll sein und sich rechnen, wenn ein wesentlich höherer LKW-Anteil durch eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene möglich wird. Dazu möchte ich Ihnen zwei Fakten sagen: Erstens: Dieser Gewinn wäre bereits heute erzielbar, weil die Streckenkapazität täglich 50 zusätzliche Züge ermöglichen würde.

Zweitens: Das Argument einer Fahrzeitverkürzung - und da bin ich mit dem Klubobmann Gratzner einer Meinung - das Argument einer Fahrzeitverkürzung von 20 bis 30 Minuten beim Gütertransport mit zwei- bis dreitägigen Fahrzeiten ist absolut kein Argument für den Tunnel. Dazu kommt ein dritter Punkt, nämlich die Frage der Finanzierung. Acht bis zehn Milliarden Schilling werden für den Basistunnel notwendig sein. Ich möchte auf Holz klopfen und die Hoffnung aussprechen, daß das tatsächlich die Obergrenze ist. Nur traue ich diesem Frieden nicht. Nur eine Milliarde Schilling ist aber derzeit in der ASFINAG vorhanden. Das bedeutet, es ist notwendig, daß Fremdkapital durch Kredite aufgenommen wird. Das heißt auf der anderen Seite, der Verkehrsminister zahlt mit der Kreditkarte des Steuerzahlers ein Projekt, das in Wahrheit in nächster Zeit gar nicht notwendig ist. Und dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, des Hohen Hauses müssen aber die niederösterreichischen Pendler, rund 200.000 an der Zahl, warten!

Nun, was ist notwendig statt des Semmering-Basistunnels, von meiner Warte her? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von meiner bisherigen Argumentation, ist, glaube ich, leicht abzuleiten, was wir als vorrangig betrachten. Nämlich eine Vielzahl an Nahverkehrsprojekten, die schon Jahre, ja zum Teil schon Jahrzehnte auf Signal "Warten" gestellt sind. Zunächst einmal die S 7, dann die Ostbahn, ein intensives Schnellbahnsystem Krems - St. Pölten - Lilienfeld, die Pottendorfer Linie sowie eine Vielzahl von weiteren Park-and-ride-Anlagen. Obwohl wir in Nieder-öster-

reich in diesen vergangenen Jahren schon sehr viel im Zusammenhang mit den Park-and-ride-Anlagen investiert haben, brauchen wir für die nächsten Jahre noch weitere 12.000 Stellplätze auf diesen Anlagen.

Und da sind wir eben der Meinung, wenn man schon Kredite aufnimmt, dann zumindest für solche Projekte, die wir in Zukunft brauchen und nicht für Projekte, die heute noch Spielraum haben im Zusammenhang mit ihrer Kapazität. Denn mit 10 Milliarden Schilling, die der Semmering-Basistunnel kosten wird, können wir all die Nahverkehrsprojekte im Interesse der NÖ Pendler ausbauen, die ich vorhin aufgezählt habe.

Nachdem heute auch politisch argumentiert wird, erlauben Sie mir auch noch ein paar politische Bemerkungen, weil ich bis jetzt versucht habe, die Dinge einfach von der Sache her zu beurteilen und zu sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion! In der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Diskussion um den Semmering-Basistunnel ist plötzlich auch von Ihren Exponenten auf Bundesebene oder Landesebene die Argumentation gekommen, jawohl, wir wollen ja auch die Nahverkehrsprojekte. Und es kommt noch das Argument des Verkehrsministers dazu. *(Abg. Dr. Bauer, Abg. Muzik: Das wollten wir doch immer schon! - Unruhe bei der SPÖ.)*

Bitte, Herr Klubobmann Bauer, laß mich ausreden. Denn Lautstärke ist kein gutes Argument. Ich wollte dazu nur folgendes sagen: Ich bin jetzt 13 Jahre in der Landesregierung tätig, Noch nicht ganz 13 Jahre. Und in diesen noch nicht ganz 13 Jahren meiner Regierungstätigkeit habe ich mittlerweile folgende Verkehrsminister erlebt und überlebt: Den Herrn Minister Lausegger, den Verkehrsminister Lacina, den Verkehrsminister Streicher und jetzt sind wir beim Herrn Verkehrsminister Klima. Und alle haben im Laufe dieser zwölf einhalb oder fast dreizehn Jahre ein und dasselbe immer wieder gesagt; Jawohl, wir bauen ohnehin, tun ohnehin das Beste. Wie dieses Bauen und dieses "Beste" ausschaut, davon können wir uns alle miteinander heute überzeugen, wenn wir eine Situationsanalyse nach sachlichen Kriterien machen. Und ich sage Ihnen auch ganz offen, ich registriere sehr gerne auch die Äußerung, die am gestrigen Tag - nona, am Tag vor der Diskussion im Landtag - vom Herrn Bundeskanzler, akkordiert mit dem Herrn Verkehrsminister und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter gekommen ist. In der wieder mit Engagements der Öffentlichkeit versucht wird zu sagen, wir tun ohnehin alles. Ich bin gerne bereit, dem

Ganzen Glauben zu schenken. Aber noch mehr und noch wichtiger als so schöne Worte sind: Ein gültig unterschriebener Vertrag, Geld am Tisch und Arbeit her! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Beamten in der zuständigen Abteilung sind schon seit geraumer Zeit beauftragt, mit den Dienststellen des Bundes genau das, Vertrag, Geld und Arbeit auszuhandeln. Ich bin gerne bereit, auch den Willen der sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen, ihn aufzugreifen. Aber die Fakten müssen zählen und nicht das Wort!

Und jetzt zu Ihnen, Herr Klubobmann Gratzner: Zunächst einmal die Frage mit der Unterschrift. Ich weiß, daß da in den letzten Jahren und vor allem auch in den letzten Monaten immer versucht wurde, sehr demagogisch zu argumentieren. Ich weiß, Demagogie ist dort und da auch einmal ein Instrument der politischen Diskussion. Aber darf ich Ihnen noch ein- für allemal eines sagen: *(Unruhe im Hohen Hause.)* Diese Unterschrift ist damals in den Verhandlungen - Sie können es noch nicht wissen, weil Sie noch nicht dabei waren - ausschließlich deshalb unter das Schriftstück gesetzt worden, damit die alte Ghega-Strecke auf jeden Fall bestehen bleibt. Sie wissen nämlich nicht, daß es am Ende der achtziger Jahre eine Diskussion gegeben hat, die Ghega-Strecke unter Umständen überhaupt wegfällen zu lassen. Und daher bitte ich Sie, zu verstehen und auch zu akzeptieren, daß wir frühzeitig Interesse gehabt haben, ein Naturdenkmal, ein Kulturdenkmal, einmalig in Europa, in die Zukunft hinein zu retten! Das als Punkt 1. *(Abg. Uhl: Das ist allein Ihre Interpretation, Herr Landeshauptmann!)*

Zu Punkt 2, Herr Klubobmann: Ich habe Verständnis dafür, daß Sie sagen, nicht nur die ÖVP im Land, sondern auch die ÖVP auf Bundesebene muß fest hinter dem stehen, was Pröll und seine Mannen wollen. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Ich möchte Ihnen zunächst das Eine garantieren: Die niederösterreichischen Abgeordneten und die niederösterreichische ÖVP haben niederösterreichische Landesinteressen zu vertreten! Niederösterreich zuerst, vor allem anderen! Und ich kann Ihnen auch sagen, die niederösterreichischen Abgeordneten werden wissen, was sie in Zukunft zu tun haben, wenn es um niederösterreichische Interessen geht! *(Unruhe im Hohen Hause.)* Aber jetzt muß ich eine Gegenfrage stellen: Herr Klubobmann, es ist interessant: Es hat sich vor etwa eineinhalb Jahren - so lange dürfte das jetzt her sein - eine sehr skurrile Situation ergeben. Der damalige Landeshauptmannstellvertreter Dr. Pröll war am Semmering und hat eine Diskussion abgewickelt

über die Frage des Semmering-Tunnels und die weitere Vorgangsweise. Und fast zum gleichen Zeitpunkt war auch der Herr Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider draußen und hat dort sehr lauthals und demagogisch - wie es ihm eigen ist, ich sage das gar nicht negativ - dort sich gegen den Semmering-Tunnel stark gemacht. Nun, mittlerweile ist die Stimme des Herrn Bundesparteiobmannes Dr. Jörg Haider verstummt. Und ich habe mich immer gefragt, ja, was kann denn die Ursache dafür sein? Und da hat mich plötzlich einer aufmerksam gemacht: Der Herr Bundesparteiobmann Dr. Haider möchte ja Landeshauptmann von Kärnten werden. Und nachdem die Kärntner den Semmering-Basistunnel wollen, ist er plötzlich mundtot geworden. *(Abg. Präs. Haufek: Er ist gescheiter geworden. - Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Ich würde Sie bitten, da sehr vorsichtig zu sein. Denn wenn man die jüngere und die längere Geschichte der Freiheitlichen Partei betrachtet, dann merkt man, daß auch die Landesorganisationen am Gängelband des Bundesparteiobmannes sind. Und ich fürchte, Sie könnten uns eines Tages abhandeln kommen. *(Beifall bei der ÖVP. - Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Damit möchte ich, meine Damen und Herren, abschließend noch eine Bitte, gar nicht als Warnung formuliert, sondern eine Bitte von dieser Stelle aus an den Herrn Verkehrsminister richten. Es sind eine Reihe von wichtigen Fragen, wenn er es tatsächlich ernst meint, den Semmering-Basistunnel durchzuziehen, offen und unbeantwortet. Die Frage des Aushubmaterials, die Frage der Gefährdung der Grundwasserquellen, die Fragen des Naturschutzes usw. Und ich höre, daß man versuchen will, mit dem Bau auf alle Fälle zu beginnen und erst im Zuge des Baues dann die notwendigen Verfahren abzuwickeln. Ich würde dringend von dieser Stelle weg den Herrn Verkehrsminister bitten, frühzeitig, so wie das jeder Häuslbauer auch tun muß, frühzeitig die Verfahren abzuwickeln. Wenn er kein schlechtes Gewissen hat bei diesem Bau, dann gibt es überhaupt keinen Grund, ein Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren nicht abzuwarten. Denn ansonsten könnte eines Tages ein bitteres Erwachen kommen, das in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine Rolle spielen könnte. Daß unter Umständen der Bau einige Milliarden verschlungen hat und dann kommen wir zu Verfahren, die letztlich dazu führen, daß der Bau eingestellt werden muß oder nicht mehr weitergeführt werden kann. Und diesen Vorwurf, da mag ich den Verkehrsminister zu sehr, möchte ich ihm auch nicht machen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte zuerst einmal den Herrn Landeshauptmann fragen, für welche ÖVP er gesprochen hat. Er ist ja einerseits Bundesparteiobmannstellvertreter, er ist andererseits auch in der Situation einer Landespartei, die - so entnehme ich dem Kurier - Tendenzen zeigt, daß sich eine Wirtschaftspartei bildet. Weil der Wirtschaftsbund nämlich diese verantwortungslosen Plakate, die hier aufgebracht werden, nicht mehr länger hinnehmen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Wirklichkeit stehen wir vor dem Faktum, daß wir uns einmal sehr ernst fragen müssen, inwieweit Politik auch bundespolitische Interessen mit einzuschließen hat. Und inwieweit man auch zu etwas stehen kann, was vielleicht gar nicht so angenehm ist. Wie zum Beispiel zu einem Lohnabschluß, der sicher schwer erklärbar ist und sicher aus einer Zeit nur zu verstehen ist, aus dieser wirtschaftlichen Lage heraus eben. Aber es kann nicht sein, daß der gleiche Koalitionspartner auf der einen Seite vehement nach Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft schreit und verlangt, daß man maßvoll bei Abschlüssen ist. Und die andere Hälfte dieser Volkspartei läßt Plakate aufbringen, die genau diesen Partner, der die Kraft hat, das in dieser Situation zu übernehmen und dies auch zu erklären, dann prügeln. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist in Wirklichkeit die politische Frage, die sich auch beim Semmering-Basistunnel stellt. Denn ich entnehme, nicht nur der Freiheitlichen Partei entsprechend, daß im Kärntner Memorandum die Bundesregierung im Jahre 1991 aufgefordert wurde, vom seinerzeitigen Landeshauptmann Dr. Haider, ja schnell im Interesse der Bevölkerung und zum Wohle Kärntens diesen Basistunnel zu errichten. Das ist in einem Memorandum festgehalten, das die Unterschrift des Dr. Haider trägt.

Es wurde auch schon verwiesen auf dieses Übereinkommen, das seinerzeit zwischen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Pröll und Dr. Streicher getroffen wurde. Und ich meine, daß es schon eine Erklärung ist, aber halt keine gute, wenn man meint, ich habe das unterschrieben, weil ich die Ghega-Bahn retten wollte. Im Absatz, meine sehr geehrten Damen und Herren, steht beides drinnen, nicht nur die Ghega-Bahn.

Für uns war das immer außer Streit, daß die Ghega-Bahn in dieser Form erhalten bleibt, weil sie ein wirklich historisches Baudenkmal darstellt. Und noch etwas: Es ist auch außer Streit, daß ein vernünftiger Mensch keinen Acht-Seiten-Vertrag verfaßt, wenn er nur einen Absatz zur Regelung braucht, nämlich daß die Ghega-Bahn erhalten bleibt! *(Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darüber hinaus gibt es eine Petition der Steiermark, wie Sie wissen. Am 23. Dezember 1992 unter dem Titel "Die neue Bahn für die Steiermark" werden vehement zwei Hauptforderungen erhoben. Nämlich einerseits der Ausbau des Nahverkehrs für die Steiermark und eben auch dieser Semmering-Basistunnel und der Ausbau der Südbahn. Und es wird weiter ausgeführt von Dr. Frizberg, daß der sofortige Beginn in Angriff zu nehmen ist.

Und ich möchte jetzt noch gar nicht auf die Lokalorganisation der Volkspartei Mürzzuschlag, die hier ganz vehement dafür eintritt, eingehen, weil es hier doch um Länder geht und man letztlich hier nicht lokale Seiten aufziehen kann. Aber noch etwas: Es ist interessant, daß die S 6, die Semmering-Schnellstraße zwei Tunnel aufweist und weitere drei Tunnel gebaut werden sollen mit einer Gesamtlänge von acht bis neun Kilometern, was einer Strecke des Semmering-Basistunnels auch entsprechen würde. Und es ist auch kein

Zufall, daß hier auch etwa gleiche Größenordnungen von den Investitionen her anzusetzen sind. Derzeit sind etwa 1,8 Milliarden verbaut und es wird mit über sechs Milliarden gerechnet.

Das, weil ich glaube, es ist notwendig, daß man die Dinge in das richtige Lot rückt. Und es ist für uns wirklich selbstverständlich als Niederösterreicher, als jene Partei, die immer für die Pendlerinteressen und für die Arbeitnehmerinteressen besonders eingetreten ist, daß wir den Nahverkehr in Niederösterreich natürlich ausgebaut haben wollen. Und nicht nur das. Sondern daß wir diesen Ausbau mit dem Bund nach Artikel 15a B-VG paktiert und vereinbart haben wollen. Sowohl was den Streckenausbau, die Finanzierung und auch die zeitliche Fixierung betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Strasser heute meint, wieviel versäumt wurde, möchte ich doch einmal klarstellen, daß Niederösterreich insgesamt, bei aller Kritik, daß die eine oder andere Strecke schneller gebaut hätte werden können, gut bedient wurde. Von allen Bundesländern ist Niederösterreich sehr, sehr weit vorne, was die Mittelzuteilung, was aber auch die Abgeltung betrifft. Aber nicht nur, weil wir das größte Bundesland sind. Steiermark, Oberösterreich haben, an sich vergleichbar, etwa nur einen Bruchteil von dem an Mittel bisher bekommen, was in Niederösterreich verbaut oder durch Subventionen, sei es über dem Verkehrsverbund, sei es über Privatbahnen, sei es über den Güterverkehr, geleistet wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt Politiker, die nicht mehr jenes Maß an Verantwortung einbringen, das notwendig ist für Projekte, die weit über das Tagesgeschehen hinaus gehen. Ich möchte feststellen, daß auch im Verkehrskonzept von Niederösterreich die Priorität Eins und Zwei zu einer Gesamtfinanzierung zusammengefaßt wurde. Und diese geht von einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren aus, was bedeutet, daß in diesem Verkehrskonzept 98 % in Wirklichkeit ohnehin von Bundesseite zu leisten sind. Das ist auf Grund des Finanzausgleiches auch so gegeben. Aber wenn man in einem so hohen Ausmaß selbst sozusagen zu dem Schluß kommt, daß in zehn und fünfzehn Jahren diese Vorhaben zu realisieren sind, dann muß man in der Argumentation auch soweit fair sein, zuzugeben, daß das, was wir heute besprechen, genau in diesen zehn Jahren oder nach diesen zehn Jahren genützt werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und da gibt es immer die Überlegung der Kapazitätsengpässe oder der noch vorhandenen Kapazität. Niemand hat gesagt, daß es nicht möglich wäre, die Kapazität noch besser zu nutzen. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, über die Grenzen der Nutzung der Kapazität zu sprechen, aus technischer Sicht. Ich werde darauf nicht näher eingehen, sondern das wird sicher ein fachlich Fundierter tun, nämlich unser Abgeordneter Muzik, der ja durch seinen Beruf als Lokführer weiß, was man technisch sozusagen leisten kann, was eine Maschine leisten kann. Ich glaube, daß es eigentlich darum geht, die Weichen für eine neue Zukunft zu stellen. Nämlich für eine Zukunft, die nicht so ausschauen kann, daß wir eine Transithölle im Osten werden. Und wenn man heute von der Transithölle am Brenner spricht, dann fährt dort nur ein Bruchteil der LKWs, die wir heute schon haben und die wir noch in Zukunft zu erwarten haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das ist in Wirklichkeit die Frage, der wir uns zu unterwerfen haben. Nämlich, daß wir heute die Weichen für folgenden Fall stellen müssen: Die Prognos-Studie spricht vom sogenannten modelsplitting. Es ist richtig, daß wir mehr Güter auf die Bahn bringen wollen. Aber es ist nicht nur richtig, wir müssen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie auf die Schiene kommen können. Es ist wichtig, daß man erkennt, daß wir der Verlagerung von der Straße auf die Schiene diese Priorität geben. Und daher haben wir auch die Investitionen zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir die Ausbauplanen in Niederösterreich mit einer Summe von rund 5 bis 13 Milliarden Schilling, überschlagsmäßig jetzt einmal, zu beziffern haben. Einen entsprechenden Resolutionsantrag dazu werde ich noch einbringen. Ich hoffe und bin der Überzeugung, daß wir zu diesem 15a-Vertrag mit dem Bund kommen sollen und werden und daß wir darüber hinaus den Bund auch bundespolitische Interessen verfolgen lassen müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Wir haben jetzt viele Argumente gehört und ich glaube, es ist unbestritten, daß die Ost-West Achse durch die Tschechei, Slowakei, Ungarn führen wird. Der Semmering-Basistunnel selbst liegt in der Nord-Süd-Verbindung und auch nicht im Schwerpunkt. Der Schwerpunkt wird vielmehr eher über

Salzburg gehen. Die Argumente, die angeführt wurden mit 25 Minuten Einsparung sind sicher nicht relevant für Transporteure. Wenn jemand Ware verschickt von Deutschland, dann ist es ihm sicher egal, ob die Ware jetzt durch einen Tunnel am Semmering geht, sondern es stehen ganz andere Punkte im Vordergrund.

Und hier möchte ich ganz klar festhalten, daß mein Vertrauen in diese Studie nicht gegeben ist. Denn die Studie baut eigentlich auf einer Struktur auf, die nicht funktioniert. Wir haben es bis jetzt nicht geschafft, mit den vorhandenen Mitteln die Straße so zu entlasten, wie es eigentlich möglich wäre. Das hat der Herr Landeshauptmann gesagt, das hat auch der Herr Klubobmann Dr. Bauer nicht bestritten.

Ich glaube daher, daß es wesentlich ist, daß eine Studie von diesen Fakten ausgeht, die wirklich vorhanden sind. Natürlich kann man eine Planung für einen Tunnel nicht von der Gegenwart her machen mit den Fakten, die heute vorliegen. Sondern wir haben ein Konzept zu akzeptieren. Ein Konzept, das Europa sieht, das Österreich sieht. Das die Bundesländer sieht, das den Bezirk sieht und die Gemeinde. Jede dieser Einheiten wird anders argumentieren. Emotionell, sachlich, das richtet sich immer nach den Wortführern.

Ich glaube, daß einer der wesentlichsten Punkte bei der Prognos-Studie falsch ist. Und zwar die Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Warum? Man hat mir keine Analyse vorlegen können, die untersucht, wie sich eigentlich der Schwerverkehr über den Semmering zusammensetzt. Wieviel Autos sind bezirksabhängig unterwegs, gemeindeabhängig, vom Bundesland her. Und daraus ergäbe sich logisch die Aufgabenteilung, daß der Nahverkehr nicht auf die Schiene verlagert werden kann. Wenn man das hochrechnet auf die Verlagerungsprozentsätze, dann kommen ja noch gigantischere Zuwachsraten heraus, die nach meinem Dafürhalten nicht möglich sind, weil das Vertrauen in die Bundesbahn nicht gegeben ist.

Man könnte heute schon wesentlich stärkere Rationalisierungsmaßnahmen durchziehen. Die ÖBB verfügen über weit mehr Möglichkeiten, die Attraktivität zu steigern. Doch diese Steigerung ist in keinem Konzept vorgesehen. Nur mit einem Loch durch den Semmering wird man wahrscheinlich in Deutschland niemanden dazu bringen, auf die Schiene zu verlagern, oder mit der Aussage, 25 Minuten schneller bei zwei Wochen Transportzeit insgesamt.

Es ist bekannt, daß die Rationalisierungsmaßnahmen auf den Verschiebebahnhöfen weit, weit mehr Reserven in sich haben, als man überhaupt wahrhaben will. Man versucht es nicht einmal, zu publizieren, um davon abzulenken, welche Spannungen hier wieder in Gewerkschaft und Vorstand entstehen würden. Ich glaube auch, daß die Bundesbahn zuerst einmal nachweisen muß, daß sie imstande ist, die Container auf die Waggons und von den Waggons zu laden. Die rollende Landstraße ist sicher ein falsches Konzept. Man muß sich das nur bildlich vorstellen, wie lustig das ist, wenn die Autos tagelang auf den Verschiebbahnhöfen herumstehen. Was da für Investitionsmittel gebunden werden. Und wo sollen bitte die Chauffeure sich in der Zwischenzeit aufhalten? Die gehen wahrscheinlich ins Kasino, wie?

Ich glaube, daß die Bundesbahn hier ein Konzept erstellen muß. Dann bin ich für den Tunnel. Dann bin ich absolut für den Tunnel. Wenn ein Konzept nachweist, daß der Tunnel so genutzt werden kann, wie es in der Prognos-Studie steht. Außerdem haben wir ja bei der Prognos-Studie vorliegen, daß das Geld, das auf der Straße eingespart wird, nahtlos der Bundesbahn zur Verfügung gestellt wird. Denn die Bundesbahn macht ja mit den Tunneln keinen Gewinn, das rechnet selbst die Prognos-Studie niemand vor. Ich frage mich daher, wie das funktionieren soll, wenn man eine Bundesbahn ja doch etwas vom Staat wegrücken will und verselbständigen will. Wie können dann die Budgetmittel übergeleitet werden, was werden da wieder für Diskussionen entstehen?

Die Reserven, die der Herr Landeshauptmann schon für die Ghega-Bahn angeführt hat, sind ja unbestritten, stehen in jeder Zeitung. Was aber auch hier wieder relevant ist, daß die Prognos-Studie schon im ersten Jahr nicht stimmt. Welches Vertrauen kann man in eine Studie haben, die im ersten Jahr schon falsche Ansätze bringt? Und das ist, glaube ich, wesentlich in der Berücksichtigung der Reihung. Denn europa-verkehrstechnisch gesehen ist es sicher erforderlich, daß wir weiter denken und einen Tunnel bauen. Also, ich bin grundsätzlich nicht gegen den Tunnel. Ich kann aber nicht sagen, daß der Tunnel jetzt diesen Vorrang genießt. Umso weniger, wenn man sieht, daß eine Finanzierung nicht gegeben ist und daß wirklich hier Probleme anstehen bei der Bundesbahn, um den Tunnel überhaupt nutzen zu können. Ich spreche jetzt nicht vom Nahverkehr. Diese Mittel sind ja nicht vorhanden, wenn man sie irgendwo herbeischaffen muß.

Ich habe auch gehört, ich weiß nicht ob es stimmt, ich bin dabei, es zu prüfen, daß auch die

Tunnelführung selbst stark beeinflusst wurde. Um nämlich in Mürzzuschlag herauszukommen. Und daß es wesentlich wirtschaftlicher wäre, wenn der Tunnel unter Mürzzuschlag durchgehen könnte. Auch das zeigt, daß verantwortungsbewußte Politiker hier sicher eine Prüfung durchführen sollten. Ich werde das prüfen.

Die gesamten Ausbaustufen, die das Land Niederösterreich ja eigentlich beschlossen hat, sind unbestritten erforderlich und haben auch für mich einen Vorrang gegenüber dem Tunnel. Die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind nicht einmal ausreichend, - und das wissen wir -um diese Ausbauphasen durchzuführen. Es geht soweit, daß zum Beispiel die Bahnlinie nach Preßburg nicht einmal elektrifiziert werden soll, sondern nur saniert werden soll. Und das mit einem doch etwas lächerlichen Betrag von 231 Millionen Schilling. Eine Hauptstrecke bitte! Nicht daß ich 231 Millionen nicht wahnsinnig hoch einschätze. Doch ist das eine Sanierungsmaßnahme, die sicher nicht dem Gewicht der Zukunft entspricht. Denn in der Zukunft wird die Slowakei und die Richtung in die Slowakei eine Hauptverkehrsstrecke werden.

Unsere Meinung und meine Meinung ist grundsätzlich, der Tunnel wird erforderlich sein in einem europäischen Verkehrskonzept. Wir sind aber nicht dafür, daß mit Zahlen, die wirklich einer ernsten Prüfung nicht standhalten, Blitzentscheidungen getroffen werden. Und ich kann auch nur betonen, daß es gefährlich ist, wenn so ein Bauprojekt in der Mitte abgebrochen werden muß, weil die Mittel fehlen oder andere Projekte zurückgestellt werden müssen. Der Herr Minister Klima hat am Semmering ja selbst erklärt, daß überhaupt keine Einschränkungen erforderlich sind. Er hat aber gleichzeitig erklärt, daß die Finanzierung nicht gesichert ist. Er verhandelt. Solange das nicht geschehen ist, daß hier klar am Tisch liegt, die Angelegenheit läuft positiv, glaube ich, ist ein Baubeginn falsch.

Zu der allgemeinen Frage des Konzeptes bin ich der Meinung, es kann also für Niederösterreich, auch für die Bundesbahn nur von Vorteil sein, wenn man darauf aufmerksam macht und wir als Landtag darauf aufmerksam machen, welche Probleme entstehen, wenn der Tunnel voreilig begonnen wird. *(Beifall bei LIF und von Abgeordneten der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Semmering ist auf dem besten Wege, zum zweiten Mal Geschichte zu schreiben. Einmal durch Karl Ritter von Ghega, der das Kunststück zusammen gebracht hatte, die erste Gebirgsbahn der Welt zu errichten. Heute vielleicht ein zweites Mal, wenn der gesamte Landtag einen Beschluß erwirkt, daß ein Planungs- und Baustopp des milliardenteuren Semmering-Basistunnels gegenüber dem Verkehrsminister zu erwirken ist. Weil heute hier im Saal mehrmals das Kärntner Memorandum bereits zitiert wurde, darf ich doch anmerken, daß es sich hier um einen Beschluß der Kärntner Landesregierung gehandelt hat. Ich darf aber auch anmerken, daß es sich Dr. Jörg Haider im Gegensatz zu anderen zu seinen Grundsätzen gemacht hat, daß man auf Grund neuer Fakten auch gescheitert werden könne. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.)*

Hoher Landtag! Es wurde heute bereits gesagt, daß der Herr Bundesminister Klima, gestützt auf einen Prognos-Vorbericht vom 27. August 1993 - ein Schlußbericht steht ja bekanntlich, noch aus den 1992 verfügten Baustopp hinsichtlich des Semmering-Tunnels aufgehoben hat, obwohl dieser Vorbericht in keiner Weise eine Notwendigkeit für den Bau aufzeigen bzw. bestätigen konnte.

Ich möchte auch noch einmal - es ist heute schon geschehen - in Erinnerung rufen, daß der Semmering-Tunnel im niederösterreichischen Landesverkehrskonzept mit Prioritätsstufe 2 eingereiht ist und die Richtigkeit dieser Einstufung indirekt durch die Prognos-Studie, durch den Prognos-Vorbericht bestätigt wird, da daraus schlüssig abgeleitet werden kann, daß bei den wahrscheinlichen Zuwächsen im Personen- und Güterverkehr die Leistungsfähigkeit der Bergstrecke bis zumindest dem Jahre 2010 ausreicht. Daraus ergibt sich aber

auch, daß die von Prognos durchgeführte volkswirtschaftliche Bewertung und auch die betriebswirtschaftliche Vergleichsrechnung in Frage zu stellen ist, da die Annahmen, insbesondere was das Nachfrageszenario betrifft, da die Annahmen, die dieser Prognos-Studie zugrunde liegen, eben nun einmal einer objektiven Nachprüfung nicht standhalten können.

So ist der von Prognos errechnete volkswirtschaftliche Gewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene in Höhe von 500 Millionen Schilling bis zu einer Milliarde Schilling pro Jahr eine rein fiktive Zahl, die rational überhaupt nicht nachvollziehbar ist, da die von der Straße auf die Schiene verlagerten Verkehrsmengen als Grundlage für die Prognos-Studie von mir als geschönte Annahmen bezeichnet werden müssen.

Interessant ist aber auch, Hoher Landtag, daß diese von mir geltend gemachten Vorbehalte eigentlich dem Herrn Minister Klima und der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG bekannt sein müßten, waren doch das Ministerium und auch die HL AG Auftraggeber einer Studie, die von der Planungsgemeinschaft Ost im Juni 1992 veröffentlicht wurde unter dem Titel "grenzüberschreitender Güterverkehr in der Ostregion", worin zur europäischen Verkehrsentwicklung wie folgt ausgeführt wird. Und ich darf Ihnen das zitieren: "Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und die Vollendung des EG-Binnenmarktes werden den Güterverkehr quantitativ und qualitativ verändern. Derzeit ist der Ost-West Güterverkehr gekennzeichnet durch

1. ein geringes Mengen- und ein sehr geringes Wertaufkommen,
2. einen hohen Anteil bahn- und schiffsaffiner Güter und somit
3. hohe Anteile, im Schienenverkehr 62 Prozent und in der Binnenschifffahrt 22 Prozent. Mittelfristig wird die politische und verkehrliche Entwicklung in Osteuropa bewirken, daß der Ost-West Warenaustausch auf das Drei- bis Vierfache ansteigen wird. Überträgt man die Güterverkehrsentwicklung in Westeuropa der letzten 30 Jahre auf die Zukunft des Ost-West Verkehrs und umgekehrt, so ist in Österreich damit zu rechnen, daß

1. sich der Modalsplitt von Schiene zu Straße 70 : 30 Prozent auf das Verhältnis 30 : 70 Prozent umkehrt und somit

2. der Straßengüterverkehr um das Sechs- bis Siebenfache wächst, der Schienengüterverkehr aber stagniert."

Hohes Haus! Soweit die Ausführungen in dieser Studie, die dem Herrn Minister Klima und der

HL AG auch bekannt sein müßten. Daraus folgt aber, daß auch ein viel wichtigeres Problem der Schutz unserer Landesbürger vor der Entwicklung des Straßengüterverkehrs im Zusammenhang mit der Südumfahrung, im Zusammenhang mit der A 21 wäre. Mit anderen Worten heißt dies aber auch, daß bei stagnierendem Schienengüterverkehr der Tunnel überflüssig ist und eine gigantische Fehlinvestition darstellen würde.

In dieser Studie, die ich zitiert habe, sind aber auch Maßnahmen und ein Prioritätenprogramm enthalten, das einer Anzahl anderer Vorhaben ungleich höhere Priorität als dem Semmering-Tunnel einräumt. Ich darf wieder aus dieser Studie zitieren. An streckenbezogenen Prioritäten werden in dieser Studie genannt: Westbahn Wien - Linz, Wörgl - Innsbruck - Arlberg, Tauernbahn Salzburg - Spittal, Pyhrnbahn Selzthal - St. Michael, Südbahn Bruck a.d. Mur - St. Michael und Ostbahn Bruck a.d. Leitha - Wien.

Des weiteren, Hoher Landtag - und das soll bitte nicht vergessen werden - war der Prognos AG ausdrücklich nicht vorgegeben worden, auch eine alternative Verwendung der für den Semmering-Tunnel erforderlichen, der Herr Landeshauptmann hat es schon gesagt, acht bis zehn Milliarden Schilling - wenn es dabei bleibt. Es war nicht vorgegeben, die alternative Verwendung zu überprüfen, weshalb ich auch meine, daß man eine derart isolierte Betrachtungsweise nur einer Strecke als Entscheidungsgrundlage gar nicht heranziehen kann.

Hoher Landtag! Ich komme zum Schluß und halte daher fest, daß auf Grund der nicht stichhaltigen Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen der Prognos AG, aber auch aus sachlicher Sicht derzeit - derzeit betone ich - keine Notwendigkeit besteht, den Semmering-Basistunnel zu realisieren. Es erscheint mir viel wichtiger, hier für unsere Pendler mehr zu tun. Es erscheint mir viel wichtiger, verschiedene vorliegende, anstehende Nahverkehrsprojekte zu verwirklichen. Ich denke hier zum Beispiel an die Realisierung des 15

bzw. 30 Minuten-Taktes auf der Südbahn. Ich denke daran, den Ausbau des Park-and-ride-Systems in Niederösterreich zu forcieren. Ich denke - es wurde schon genannt - an die Flughafenschnellbahn, an die Schnellbahn nach Wolkersdorf, an eine Schnellverbindung im Zentralraum St. Pölten, aber auch an die Anbindung der benachteiligten Regionen an die Zentralräume.

Ich glaube, daß mit der Verwirklichung dieser Projekte ein wesentlich größerer volkswirtschaftlicher Nutzen erzielt werden könnte als durch den Bau des Semmering-Basistunnels, da diese Projekte für eine Vielzahl von Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nicht nur von Vorteil, sondern auch von einer eminenten Wichtigkeit wären. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es gibt wohl kaum jemanden herinnen, der nicht mittelfristig, so meine ich, dem Umstieg von der Straße auf die Schiene das Wort reden würde. Ich gebe aber zu, daß man sich schon schwer tut heutzutage, mit einer Möglichkeit auch leben zu müssen, die sich konzeptiv "Neue Bahn" nennt. Bei der in Wirklichkeit die Schwierigkeiten darin bestehen, daß diese Neue Bahn es zur Zeit nicht geschafft hat, attraktiv zu werden. Daß diese Neue Bahn heute eigentlich vom Konzept her nur eines versucht zu tun, nämlich Löcher in Berge zu bohren und sonst alles beim Alten zu lassen. Und ich meine, daß das zu wenig ist. Dieses Konzept hat als Ableger auch den Semmering-Basistunnel, über den wir heute reden, zum Ziele. Der zur Zeit - und darauf möchte ich besonderen Wert legen - aus unserer Sicht wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Der Herr Landeshauptmann hat ja sehr deutlich darauf hingewiesen, welche andere Notwendigkeiten hier in Niederösterreich vorherrschen, weil das Geld ja nur einmal verfügbar ist. Und der Tunnel ist aus unserer Sicht also auch vom Risiko her umweltpolitisch zu gefährlich und daher aus unserer Sicht auch verkehrspolitisch nachrangig.

Jetzt zum Herrn Abgeordnetenkollegen Gratzner. Ich darf schon erinnern, daß die Volkspartei hier und auch die regionale Volkspartei schon vor Jahren versucht hat, diese Position mit sachlichen und stichhaltigen Argumenten klarzumachen und damit wir die Ersten gewesen sind, die verkehrspolitisch sich in dieser Richtung, was den Tunnel betrifft, positioniert haben. Wir sind

aber froh - und ich glaube, daß wir nicht anstehen, das auch zu sagen - daß wir hier heute in dieser Frage auch in diesem Hohen Hause Partner haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch einige Fakten bringen, wie es auch einige Vorredner getan haben. Ich meine, daß vor allem von der wirtschaftlichen Seite her es so ist, daß ernst zu nehmende Fachleute diesen Tunnel von den Gesamtfinanzierungskosten her auf knappe 40 Milliarden Schilling schätzen.

Herr Professor Knapp - und dessen Kompetenz ist ja, glaube ich, hier unbestritten - ist einer davon, der diese Zahl genannt hat. Und wir meinen auch, daß - und die Kosten sind ja heute schon deutlich gemacht worden - was die Investitionen betrifft, hier sich horormäßige Zahlen zu Buche schlagen. Wobei noch anzumerken ist, daß die Finanzierung dieses Tunnels über die ASFINAG geschehen müßte, deren Schuldenstand zur Zeit, bitte, über 80 Milliarden Schilling beträgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor allem von der sozialdemokratischen Partei! Glauben Sie wirklich, daß das noch wirtschaftlich verantwortbar ist, so etwas zu tun? Ich meine nicht. Wir glauben auch, daß verkehrspolitisch die Nachrangigkeit gegeben ist. Die Prognos-Studie, das ist schon erwähnt worden, sagt auch, daß bis zum Jahr 2010 dieser Basistunnel im Prinzip nicht notwendig ist. Andere sagen, daß er überhaupt nicht notwendig werden wird, weil der Semmering heute schon noch genug Kapazitäten haben wird und auch in Zukunft wegen veränderter Verkehrsströme einfach die Notwendigkeit nicht mehr besteht. Das ist das zweite Faktum. Und trotzdem soll ein Tunnel gebaut werden, der die alte Ghega-Bahn, jetzt Verträge hin Verträge her, substantiell natürlich gefährdet. *(Abg. Muzik: Kennen Sie die Ghega-Bahn überhaupt?)* Das, obwohl diese Ghega-Bahn in den letzten Jahren - und das steht auch außer Zweifel - mit beträchtlichen Mitteln modernisiert worden ist. Und ich glaube, auch das ist ein Faktor, der für die bisherige Entwicklung, wie wir sie von der Volkspartei her sehen, steht.

Meine Damen und Herren, was aber heute noch nicht angesprochen wurde: Die wirklichen Problemstellen liegen in den Zulauf- und in den Vorlaufstrecken zum Semmering. In Wahrheit geht es darum, daß man dort Hand anlegt. Und in Wahrheit geht es darum, daß man vor allem im Wiener Becken, was die NÖ Seite betrifft, eine Beschleunigung herbeiführt. Wir haben gefordert, daß Überführungen gebaut werden. Wir haben gefordert, daß Unterführungen gebaut werden, um die

Todeskreuzungen zu entschärfen und einfach der Sicherheit einigermaßen Vorschub zu leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir glauben auch, daß eine Optimierung des Verschubsystems wirklich das Einzige ist, mit dem wirklich Fahrzeiterparnisse verbunden sein könnten. Und jetzt noch etwas: Diese Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, können, glauben wir, wirklich auch beschäftigungswirksam werden. Davon war auch heute noch nicht die Rede. Daß das für die Klein- und Mittelbetriebe in Niederösterreich und im südlichen Niederösterreich besonders wirksam werden könnte. Der Herr Kollege Kautz und der Herr Kollege Feurer wissen, wovon ich rede, nimmt man hier die beschäftigungspolitische Situation im südlichen Niederösterreich und die Arbeitslosenzahlen, die wir zu verkraften haben, her.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Befragung des Herrn Minister Klima - ich war am Semmering bei der Präsentation der Studie, als ihm von einem Ihrer Herren die Suggestivfrage gestellt worden ist, hat er wohlweislich keine Antwort auf die Beschäftigungswirksamkeit gegeben. Wobei man jetzt ja weiß, daß wahrscheinlich im höchsten Falle 200 bis 300 Spezialisten, in- und ausländische Spezialisten, hier Arbeit finden werden. Und Baumaschinen und sonst nichts. Und kein Beschäftigungseffekt in der Region ist damit verbunden.

Der letzte Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, den ich auch ansprechen möchte, betrifft die Tatsache, daß umweltpolitisch mit einem Tunnelbau sehr viel im Argen zu liegen kommen wird. Wir wissen, daß wir von einem Landschaftsschutzgebiet sprechen. Wir wissen, daß die Quellen der Semmeringregion betroffen sind. Wir wissen, daß damit auch die Trinkwasserversorgung, eine der Lebensgrundlagen dieser Region, gefährdet werden könnte. Ungeachtet des Aushubmaterials, wohin man es auch immer bringen möge, darf ich nur hinweisen, daß gerade die Semmeringregion eine Region ist, die auf den sanften Tourismus setzt. Und daß natürlich dieser sanfte Tourismus durch jahrelang durchdonnernde LKWs ernsthaft in Frage gestellt wird. Und damit die ganzen Entwicklungsschübe, die hier eingeleitet worden sind. Ich glaube, daß es recht und billig ist aus diesem Grunde, sollte wider Erwarten hier die Vernunft nicht siegen, dieser Tunnel doch einmal gebaut werden, daß wir dann wirklich darauf bestehen müßten, eine Umweltverträglichkeitsprüfung auf freiwilliger Basis einzuführen, um eine Neubewertung der Problem-

situation in der Region durchzuführen. Das sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig! (Abg. Dr. Bauer: Und bei der Eröffnung werden Sie dann in der ersten Reihe sitzen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube - und ich komme schon zum Schluß, Herr Präsident - daß aus dieser Problemsituation heraus sehr wohl die Menschen in Niederösterreich als auch die in der Region, das ist durch Umfragen belegt, hier eine massiv ablehnende Haltung diesem Projekt entgegenbringen. Ich würde glauben, daß wir aus dem Grund bestärkt sind, diesem sündteuren Belastungspaket nicht weiter Vorschub zu leisten. Und ich stehe nicht an, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Sie von der sozialdemokratischen Fraktion dazu einzuladen, unserem Auftrag, den wir gegenüber dem Bürger verspüren, nämlich "Semmering-Tunnel, bitte warten", zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP und Abgeordneten der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Josef Wagner.

Abg. Ing. Josef WAGNER (LIF): Schönen guten Nachmittag! Es ist mir eine große Ehre und Freude, heute meine Jungfernachtacke zu reiten und das gleich einmal zu dem brandheißen Thema des Nah- und Fernverkehrs.

Ich habe ein Schockerlebnis gehabt vergangenen Winter in unserer Gegend da unten. Als die Landesregierung es versäumt hatte, rechtzeitig das Bundesheer zu verständigen, war ich schon nahe daran, das zu tun und zu ersuchen. Ich habe schon das Fax fertig gehabt. (Abg. Kautz: Der Herr Landeshauptmann hat doch alles fest in der Hand gehabt!) Ja, im Radio ist gesagt worden, das Bundesheer würde sofort ausrücken, aber es kann leider nicht, es hat kein Ersuchen der Landesregierung. Bitte schön, das war ein sehr großes Schlüsselerlebnis. Und dann bin ich halt auch unschlauerweise noch einmal mit dem Auto hinaus gefahren und habe geschaut, daß ich dann sehr schnell wieder nach Hause komme. Und habe dann versucht, zu Fuß und mit irgendwelchen öffentlichen Verkehrsmitteln weiterzukommen. Zum Schluß ist dann der Stau gewesen bis weit über Mitternacht. Und wenn es dann noch bekommen hätte minus 20 Grad oder mehr, bitte schön, dann hätte es Erfrorene gegeben. Das war ein ganz wesentliches Erlebnis für mich. Das einzige, was zu diesem Zeitpunkt noch funktioniert hat, das war die Badner Bahn. Mit ihren geheizten Weichen, mit einer doch einigermaßen separierten Fahrbahn.

Und da ist mir wieder einmal so eine Idee gekommen, weil ich ein leidenschaftlicher Zugfahrer auch bin. Mir ist so die Idee gekommen, daß man eigentlich zu dem Nah- aber auch zu dem Fernverkehr ein klares Ja sagen muß. Daß wir uns zu einem ganz, ganz klaren Ja durchringen müssen. Liebe große blaue Brüder, Ja zum öffentlichen Verkehr! Was haltet ihr davon? (*Abg. Gratzner: Noch besser ist "Nah und frisch"!*) Das wäre doch einmal eine tolle Geschichte. Nah und frisch ist noch besser. Aber ich glaube, wir sollten uns wirklich dazu bekennen, daß wir, bevor wir zum Beispiel die drei, vier, fünf Milliarden in einen weiteren Straßentunnel am Semmering gleich daneben stecken, daß wir zuerst einmal die Bahn weiter durchziehen. Damit nicht das Auto noch schneller im Stau steht.

Und ich glaube, wenn man sich zu einem klaren Ja im öffentlichen Fern- und Nahverkehr bekennt, daß man dann nicht anfangen kann mit Ja, aber Ja, aber dort nicht und Ja, aber da nicht. Aber schon die Geisterbahn in Richtung St. Pölten. Alle Geisterbahnen, alle leeren fahren also nach St. Pölten. (*Heiterkeit in den Reihen der SPÖ.*) So ist es. Ich bin ein Selbständiger und ich habe mich immer mit Wirtschaftlichkeitsfragen beschäftigen müssen. Mir kommt es gerade vor, als würde man an einem alten verrosteten VW-Pritschenwagen herumschweißen, reparieren um 10.000,-, 20.000,- 30.000,- Schilling pro Jahr. Und zum Schluß kommst Du dann drauf, daß Du Dir eigentlich ein wunderschönes neues Auto hättest leisten können, das billiger gewesen wäre und hättest keine Scherereien und keine Fahrten zum Mechaniker gehabt.

Ich meine also, daß die Landeshauptstadt ein wunderschöner Luxus ist, den wir dort bauen. Wie ein Unternehmer, der nichts mehr zum Beißen hat, und sich einen Ferrari kauft. Und jetzt bauen wir einen Ferrari dort und auf die Notwendigkeiten, auf den öffentlichen Verkehr zum Beispiel vergessen wir. Und dazu gehört da unten der Semmering-Basistunnel. Ich habe es mir diese Woche wirklich nicht leicht gemacht. Ich habe recherchiert, ich habe wirklich recherchiert. Es ist in Arbeit ausgeartet, es ist wirklich in Arbeit ausgeartet. (*Heiterkeit im Hohen Haus.*)

Ich bin zum Beispiel draufgekommen, daß das Land Niederösterreich Vorgaben gemacht hat, die es zuwege bringen, daß sich die Bauzeit des Semmering-Basistunnels von einer erforderlichen Bauzeit von vier Jahren auf acht Jahre vermehrt. Von vier auf acht Jahre! (*Unruhe im Hohen Hause.*) Das ist wahr! Dadurch etwa, daß keine Zwischenangriffspunkte gemacht werden dürfen. Das heißt, die HL AG wird im eigenen Land behandelt wie

eine feindliche Armee. Das heißt, da müßte man mit Kommandoaktionen dort einreiten sozusagen. Ich gebe das einer Fremdfirma, dann reite ich ein, mach eine Kommandoaktion, dann können die nichts mehr dagegen machen. Daß die Baumaschinen und die Tunnelvortriebsmaschinen schon in dem Graben sind, bevor die noch schauen. So müßte man dort arbeiten. Und im Nachhinein lasse ich mich dann strafen von den Herren Beamten der Landesregierung. Aber das sind halt so Sachen.

Um vier Jahre könnte man das verkürzen, wenn das Land Niederösterreich aktiv und positiv mitarbeitet. Und dann fallen auch die Kosten. Denn die Gesamtkosten, die gesamten Investitionskosten betragen sechs Milliarden Schilling. Und die werden erst erhöht durch die Kredit- und Finanzierungskosten. Und diese Finanzierungskosten werden umso geringer, je schneller dieses Ding erledigt wird. Ich habe mir das genau angeschaut. Ich habe mir die Bauzeitenpläne ganz genau angeschaut. Das Ding ist baubar in vier Jahren. Und in der Zeit müßte man dort drunten den Dörfern und Siedlungen eben viele Mittel in die Hand geben und Förderungen geben, dann würden die auch einiges ertragen. In wirtschaftlicher Hinsicht wäre das sinnvoll, gerade bei so einer Tunnelbaustelle. Ich weiß, ich bin schon auf vielen Tunnelbaustellen herumgekommen, bei solchen Tunnelbaustellen entsteht ein unerhörter Baustellentourismus. Erstens einmal wohnen die Arbeiter dort, die verbrauchen einiges. Es kommen Besucher. Laufend kommen irgendwelche Untersuchende und Obergescheite von Universitäten etc. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*) Ja, es ist wirklich so. Diese Dörfer haben sicher keinen wirtschaftlichen Schaden, daß da jetzt Baubetrieb herrscht. Ich würde sagen, daß man, wenn es wirklich schneller geht und wirklich Einsparungen von zwei, drei, vier Milliarden Schilling gemacht werden können, daß man zwei-, dreihundert Millionen Schilling für eine nachträgliche Sanierung, Gewerbeförderung und überhaupt Subventionierung dieser betroffenen Dörfer und Fremdenverkehrseinrichtungen, für Werbemaßnahmen usw. hergeben sollte. Dann ist es binnen aller kürzester Zeit wieder eine blühende Landschaft und eine blühende Fremdenverkehrssache, die dann wesentlich mehr Kapazität hat.

Ich fordere daher, und ich werde dann in einem folgenden Punkt, im Tagesordnungspunkt Neun oder Zehn, verlangen, daß der Verkehrsminister die Bauzeit dieses Semmering-Tunnels auf vier Jahre limitiert. Ich fordere weiters die Landesregierung auf und den Herrn Landeshauptmann, daß er die Behinderungen und die Schikanen der Landes-

beamten unterbindet. Das ist eine ganz wichtige Geschichte, die vier Milliarden Schilling wert ist.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Herr Abgeordnete Ing. Josef Wagner hat uns insgesamt sehr höflich einen schönen Nachmittag gewünscht. Ich darf ihm dafür danken. *(Beifall bei LIF und Abg. der SPÖ.)* Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Landtages!

Wenn ich das Positionspapier über Brennpunkte der Verkehrspolitik 1993/94 in Niederösterreich betrachte, wurden in diesem die wesentlichsten Problempunkte zur Vorbereitung einer diesbezüglichen Diskussion in den politischen Gremien aufgelistet.

Meine Damen und Herren! Wie den Medien am Dienstag zu entnehmen war, gibt es für die Österreichische Volkspartei als auch für die Freiheitliche Partei nurmehr das Verlangen, daß die Planungsarbeiten für den Semmering-Basistunnel mit der Begründung, daß ein Ausbau der Nahverkehrsverbindungen wichtiger sei, eingestellt werden sollen. Wenn ich dazu die Worte des Abgeordneten Hoffinger verwenden darf aus einer früheren Sitzung, so müßte ich sagen: "Ist es wahr oder steht es in der Zeitung?" Jetzt, meine Damen und Herren, muß ich feststellen, es ist wahr. Und es kann von meiner Fraktion zu dieser Argumentation keine Zustimmung erteilt werden!

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Resolutionsantrag verweisen, welcher von der SPÖ am 3. Dezember 1991 eingebracht wurde. In diesem wurden die vordringlichsten Vorhaben seitens des Landes Niederösterreich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs aufgelistet, unter anderem auch der Bau einer leistungsfähigen Südverbindung inklusive des Semmering-Basistunnels. Entsprechend dem von den Regierungsparteien im Nationalrat gefaßten Beschluß, meine Damen und Herren! Dieser Resolutionsantrag wurde leider mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei als auch der Freiheitlichen Partei in diesem Hause abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Um Mißinterpretationen vorzubeugen, sage ich ganz eindeutig, das heißt nicht, daß wir uns gegen die NÖ Interessen, nämlich den Ausbau des Nahverkehrs oder den Bahnausbau in der Ostregion aussprechen. Wir sind natürlich für den Ausbau der bereits erwähnten Hochleistungsstrecken, der Westbahn

mit dem Neubau Wien bis St. Pölten und Anbindung an die Franz Josefs-Bahn, der Südbahn mit der Anbindung des Flughafens an das HL-Netz, über die Pottendorfer Linie und Ostbahn. Wir sind aber auch für den Ausbau und die Elektrifizierung der Franz Josefs-Bahn, den Ausbau der Preßburger Bahn, inklusive einer Wiederherstellung der Verbindung nach Bratislava als Nahverkehrsverbindung und Flughafenzubringer, meine Damen und Herren. Für den Ausbau der Pottendorfer Linie von Meidling bis Wampersdorf. Verbesserungen auf der Südbahn bis Neunkirchen, Ausweitung des Nahverkehrsvertrages und eine dichtere Zugfolge. Weiters für den zweigleisigen Ausbau der S-Bahn zwischen Gerasdorf und Neubau-Kreuzstetten inklusive Viertelstundentakt, meine Damen und Herren, sowie für den Ausbau der Achse Krens - St. Pölten - Lilienfeld bzw. Hainfeld für den Nahverkehr im S-Bahn-Betrieb und einen zweigleisigen Ausbau zwischen Herzogenburg und St. Pölten. Dazu noch Streckenverbesserungen zwischen Mistelbach und Laa inklusive der Wiederherstellung des Grenzüberganges, Streckenverbesserungen auch auf der Mariazellerbahn, Ausbau der Aspangbahn südlich von Wiener Neustadt, Ausbau der Ostbahn mit dem sogenannten Marchegger Ast mit Anschluß der S 80 nach Groß Enzersdorf. Sowie für die grundsätzliche Aufrechterhaltung sämtlicher Nebenbahnen in unserem Bundesland und ebenfalls für Attraktivitätsmaßnahmen und das gesamte Park-and-ride-System in Niederösterreich.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe betreffend Nahverkehrsusbau Ostregion sicher nichts vergessen. Aber das Wesentlichste: Wir sind aber auch gleichzeitig für den Semmering-Basistunnel! Und ich habe schon hier einmal erwähnt, daß es für uns als Sozialdemokraten kein Entweder-Oder gibt, sondern nur ein Sowohl-als Auch, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn wir den zeitlichen Überblick der bisherigen Maßnahmen zum Semmering-Basistunnel betrachten, ist gerade die Haltung zum Tunnel von der Österreichischen Volkspartei, als auch von der Freiheitlichen Partei etwas unverständlich. Zum Beispiel, es wurde bereits von Dr. Bauer erwähnt, das sogenannte Kärntner Memorandum vom Mai 1991. Ich brauche es nicht vorzulesen oder zu zitieren. Oder im November 1991, erwähnt von Abgeordnetem Gratzler, das Übereinkommen zwischen Bund und Land Niederösterreich.

Schade, der Herr Landeshauptmann ist nicht im Raume. Er meinte nämlich bei seiner Antrittsrede, "Nehmen Sie mich beim Wort". Ich

komme darauf jetzt zurück, meine Damen und Herren. Der Herr Landeshauptmann sprach von den Problemstellungen in unserem Land und vom Mut. Als Beispiel nannte er damals Leopold Figl, der in schwierigsten Zeiten Land und Leute mitgerissen hat, um Stadt und Land aufzubauen. Und wenn Sie meinten, Herr Landeshauptmann, in Niederösterreich gibt es viele, viele Figls, dann muß ich heute von dieser Stelle aus feststellen, Sie sind keiner, Herr Landeshauptmann!

Meine Damen und Herren! Wenn weiters im Positionspapier von offenen Problemen beim Basistunnel die Rede ist, so muß ich sagen, daß eigentlich nur jene gegen einen Tunnel angeführt sind. Aber von Problemen der Ghega-Strecke ist darin nichts zu lesen. Diese Unterlage ist sicher nicht ausreichend für eine sachliche Meinungsbildung. Es kann aber auch der Verdacht entstehen, daß sie gar nicht gewünscht wird, meine Damen und Herren.

Daher möchte ich Ihnen vorerst kurz einige fachliche und technische Gegenüberstellungen der derzeitigen Strecke und der geplanten darlegen. Die Streckenlänge beträgt derzeit 41 Kilometer, die neue 25. Eine maximale Steigung von derzeit 26 Promille, auf der neuen von 10,7 Promille. Der kleinste Bogenradius ist derzeit mit 174 m, bei der neuen, geplanten Bahn mit 3.000 m angegeben, die Höchstgeschwindigkeit beträgt derzeit auf der Nordrampe zwischen 50 km/h und 70 km/h, bei der neuen Trasse 160 km/h. Maximales Zuggewicht ist derzeit 1.100 Tonnen, auf der neuen Trasse 1.200 Tonnen. Hiezu muß aber vermerkt werden, ich komme später noch dazu, daß bei dieser Tonnagebegrenzung bereits mehrere Maschinen erforderlich sind. Ein Achsdruck von derzeit 22,5 Tonnen, auf der neuen Trasse von 25 Tonnen und eine Fahrzeit, ich erwähne sie auch, sie ist ebenfalls ein Faktor, aber nicht der Hauptfaktor, auf der derzeitigen Trasse mit 40 Minuten und auf der neuen mit zehn Minuten. Wesentlich für die Wirtschaftlichkeitsberechnung, meine Damen und Herren, wie ist der Energieverbrauch bei Güterzügen von tausend Tonnen. Von Gloggnitz nach Mürzzuschlag sind es derzeit 3.342 Kilowattstunden, auf der neuen 2.396 Kilowattstunden. In der Gegenrichtung wird es etwas weniger. Ich kann nicht alles aufzählen, sonst geht es sich mit der Redezeit nicht aus.

Der Energieverbrauch beim Reisezug mit einer Annahme von 400 Tonnen meine Damen und Herren, von Gloggnitz nach Mürzzuschlag macht 1.462 Kilowattstunden, auf der neuen 1.300 Kilowattstunden aus. Gesamtenergieverbrauch, geschätzte Anwesende: Im Jahr 105,136.000

Kilowattstunden auf der bestehenden Ghega-Strecke. Auf der neuen, geplanten Strecke auf Grund meiner vorgebrachten Daten 68,977.000 Kilowattstunden.

Meine Damen und Herren! In Ergänzung dazu vielleicht das Traktionsverhältnis von Gloggnitz nach Mürzzuschlag. Die Lokreihe 1042 mit 5.400 PS, 500 Tonnen bei einer Maximalgeschwindigkeit von 60 km/h, die Lokreihe 1044 mit 7.200 PS, 600 Tonnen, ebenfalls bei einer Geschwindigkeit von 60 km/h. Das bedeutet, bei einem derzeitigen Zuggewicht am Zulauf, weil der wurde heute schon des öfteren angesprochen, alles über diese Tonnage, meine Damen und Herren, benötigt zusätzliches Triebfahrzeuge und Personal als Vorspann. Und nur als Vorspann, da aus bestimmten Vorgaben ein Nachschiebedienst nicht möglich ist. Zu erwähnen ist weiters, daß bei der Verwendung der sogenannten E-Bremse bei den Triebfahrzeugen bei der Talfahrt immens hohe Pufferdruckkräfte entstehen.

Meine Damen und Herren! Zwischen Wr. Neustadt und Payerbach sowie zwischen Semmering und Mürzzuschlag sind die Gleise lückenlos verschweißt. Zwischen Payerbach und Semmering ist ein Verschweißen auf Grund der engen Radien nicht möglich. In den Bögen tritt eine besonders hohe Belastung der Unterlagsplatten durch die Fliehkraft auf. Und dies führt zum Reißen der sogenannten Schwellenschrauben. Ich will nicht eingehen auf die Größe und die Dimension dieser Schrauben. Weiters sinkt die Liegedauer der Schienen auf Grund der seitlichen Abnutzung der Schienenköpfe laufend ab. Normale Liegedauer bei den ÖBB-Strecken sind derzeit 25 Jahre, am Semmering derzeit sechs Jahre, meine Damen und Herren. Der Personaleinsatz für die laufende Erhaltung der Ghega-Strecke sind 112 Mann. Nach der bisher erfolgten Tunnelausmauerungen und dem Aufbringen einer Schalung sind noch immer 2.653 Meter zu sanieren. Es gäbe noch einiges zu ergänzen zur Steigerung von 26 Promille, zu den engen Radien, die bei Viadukten zur Schienenwanderungen führen, von Riffelblechen, vom Rutschen der Loks, Liegenbleiben von Zügen etc. All das erfordert zusätzliche Maschinen und zusätzliches Personal, meine Damen und Herren.

Eines möchte ich noch erwähnen. Vergleicht man den in Frage kommenden Südbahnbereich Wr. Neustadt - Mürzzuschlag mit dem Ausbauzustand der Straße, so entspricht die Bahnstrecke Wr. Neustadt - Gloggnitz der Semmering-Schnellstraße S 6. Während der Streckenbereich über den Semmering mit dem einst gefürchteten und behindernden Flaschenhals der alten Semmering-Bundesstraße zwischen Schottwien und

Semmering vergleichbar ist, geschätzte Anwesende. Die derzeitige Trasse läßt auf Grund knapper Tunnelprofile und dieser engen Gleisradien die Führung des kombinierten Verkehrs, der heute schon öfter angesprochen wurde, Containerwechsellaufbauten und dergleichen, nur eingeschränkt zu. Die rollende Landstraße ist über den Semmering derzeit über die Ghega-Strecke nicht zu führen.

Werte Abgeordneten der Freiheitlichen Partei! Die Zeitersparnis von 20 Minuten ist nicht der Hauptgrund, wenn Sie meinen Ausführungen gefolgt sind, für die Errichtung des Basistunnels. Angesichts des trotzigen Ignorierens der wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und umweltpolitischen Realität, geschätzte Anwesende, wundert es mich nicht, daß Sie gegen ein modernes, gegen ein auf die EG ausgerichtetes und integriertes und gegen ein fortschrittliches Niederösterreich sich aussprechen.

Meine Damen und Herren! Man muß den Schienenverkehr als gemeinsame Plattform, als gemeinsames Paket betrachten und nicht eine Region gegen die andere ausspielen. Uns Sozialdemokraten ist es bewußt, daß wir in Niederösterreich die Landesinteressen zu vertreten haben und der Bund die bundespolitischen Interessen. Das Projekt Semmering-Basistunnel ist eindeutig ein bundespolitisches. Doch dieses, geschätzte Damen und Herren, dürfen wir sicher nicht behindern.

Es ist daher seitens des Landes mit dem Bund eine Vereinbarung, wie bereits des öfteren erwähnt, gemäß Artikel 15a B-VG nach dem Motto "Sowohl-als Auch" abzuschließen und "Sowohl-als Auch", meine Damen und Herren, bedeutet für uns Sozialdemokraten somit den Semmering-Basistunnel! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haberler. Ich bitte alle Redner ihre Zeit einzuhalten. Ich bin in der Richtung sowieso großzügig. Aber denken Sie an die Einhaltung unserer Geschäftsordnung.

Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich werde mich an die Ermahnung des Präsidenten halten und in kurzer, geraffter Form noch einmal die wirklich wichtigen Fakten hier bezüglich des Semmering-Basistunnels, natürlich aus freiheitlicher Sicht, auf den Tisch legen.

Wir haben zur Zeit etwa 160 Zugbewegungen pro Tag über den Semmering, über die historische, allseits bekannte Ghega-Bahn. 240, bis zu 250 wurde heute sogar gesagt von Herrn Landeshauptmann, Züge könnten pro Tag über diese Ghega-

Bahn geführt werden laut Studie der ÖBB. Das heißt, daß wir eine Reserve von mehr als 30 % diesbezüglich noch über die Ghega-Bahn zur Zeit zur Verfügung haben. Bedenken wir, daß dieser Semmering-Basistunnel zumindest oder cirka acht Milliarden Schilling - es schweben ja schon ganz andere Zahlen, zehn Milliarden und mehr im Raum, - kosten wird. Wenn wir hinzurechnen, daß die Vorlaufstrecken, beginnend von Wien über Wiener Neustadt bis Payerbach im Norden, bis in den Raum Mürzzuschlag im Süden, daß diese Vorlaufstrecken zur Zeit schon heillos überlastet sind, wenn wir einrechnen, daß hier große Kapitalmengen erforderlich sind, um dieses Projekt zu verwirklichen, dann sind wir hundertprozentig bei einem sehr, sehr satten, zweistelligen Milliardenbetrag, den dieses Projekt in Anspruch nimmt.

Die rollende Landstraße - und da sind sich auch Leute bei den ÖBB einig - ist auch über die Ghega-Bahn zur Zeit möglich, ohne große Investitionen im Milliardenbereich anwenden zu müssen, meine Herrschaften. Wenn Sie sich genau erkundigen bei Ihren Arbeitskollegen, wissen Sie, daß es mit 300 bis 400 Millionen Schilling möglich ist, die rollende Landstraße über den Semmering, über die derzeitige Ghega-Bahn zu führen, Herr Kollege Muzik. Und das ist der große Unterschied. Auf der einen Seite haben wir ein Projekt, das nicht finanzierbar ist, auf der anderen Seite haben wir ein Projekt, das weit unter der Milliardengrenze liegt. Auch wenn Dinge passieren, die nicht vorhersehbar sind, wie das sowieso bei einem Tunnelbau dieser Größenordnung passieren wird. Das ist eben der Unterschied. Wir haben hier eine Kapazität von 30 Prozent, die noch nicht ausgelastet ist. Und auf der anderen Seite wir benötigen zweistellige Milliardenbeträge, die wir ganz einfach nicht haben, weil nur eine Milliarde bei der ASFINAG zur Zeit zur Verfügung stehen.

Wir Freiheitlichen fordern daher einen kostengünstigen Ausbau der Ghega-Bahn für die rollende Landstraße und langfristig eine Planung der Südostspange, die weite Bereiche Niederösterreichs, aber vor allem der Steiermark und des Burgenlandes anbinden würde an das restliche Österreich. Und ganz, ganz wichtig ist, und wurde auch Gottseidank von der ÖVP heute klargestellt, Priorität muß für uns haben die Einbeziehung der Nebenbahnen der niederösterreichischen Regionen. Denn hier liegt es ganz im Argen. Hier gibt es Züge, die 60 und 70 Jahre alt sind, teilweise auf kleinen Schmalspurbahnen, wie wir uns selbst überzeugt haben. Und hier liegt es im Argen. Hier sind die Pendler zu Hause, hier sind die Niederösterreicher zu Hause, an diesen Nebenbahnen.

Und daher hat das für uns Freiheitliche Priorität und nicht dieses Monsterprojekt, das mehr oder weniger, frei nach der ÖMV, wo wir das ja schon miterlebt haben, eine neuerliche "Klimakatastrophe" heraufbeschwört. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Am 7. November 1991 ordnete Niederösterreich seine verkehrspolitischen Maßnahmen neu. Mit einem einstimmigen Regierungsbeschluß wurden im Landesverkehrskonzept die Weichen für die Zukunft gestellt. Nicht vom Reißbrett oder über Verordnung, sondern durch Einbindung der Regionen. Durch Diskussionen in den Regionen, sodaß also auch die einzelnen Maßnahmen entsprechend geordnet und nach Notwendigkeiten gereiht werden konnten.

Das Landesverkehrskonzept ist somit eine gemeinsame Zielsetzung, die einen wesentlichen Hauptteil auf den öffentlichen Verkehr legt, ist nach Prioritäten gegliedert und auf Grund des einstimmigen Regierungsbeschlusses das gemeinsame Bekenntnis, die Herausforderungen Schritt um Schritt zu setzen. *(LHStv Höger: Der Beschluß über den Basistunnel erfolgte nicht einstimmig!)* Der Regierungsbeschluß, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hier brauchen Sie nur nachzulesen, war einstimmig. *(LHStv Höger: Stellen Sie sich vor, ich war dabei! - Unruhe bei der SPÖ.)* Es nützt mir nichts, wenn Sie dabei waren, wenn ich lesen kann. Und das hat mir genügt, um festzustellen, daß der Beschluß einstimmig gewesen ist. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP. - Zwischenrufe aus den Reihen der SPÖ.)*

Ich kann auch dem nicht ganz folgen, daß die Stufen 1 und 2I, Herr Klubobmann Dr. Bauer, zusammengenommen werden. Denn warum wurde dann eine vierstufige Gliederung vorgenommen? Wenn ich 1 und 2 zusammenfasse hätte ja eine dreistufige Prioritätenreihung in diesem Landesverkehrskonzept genügt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine Tatsache, daß die Prioritätsstufe 1 Vorrang hat. Und daß hier unter Ausschluß der Park-and-ride-Anlagen und der Terminal-Errichtung 36 Vorhaben in Prioritätsstufe 1 gereiht sind. Und diese 36 Vorhaben einen Finanzbedarf von rund 12 Milliarden Schilling benötigen. Und eines ist auch klar. Niemand setzt den zweiten Schritt vor dem

ersten Schritt. Selbst der Versuch, das zu tun, führt unweigerlich zum Sturz.

Diese sorgsam erarbeiteten Vorhaben der Prioritätsstufe 1 dienen tagtäglich tausenden von Pendlern im gesamten Land. Und setzen wir diese Prioritätsstufe 1 nicht, bleiben im wahrsten Sinne des Wortes diese Pendler auf der Strecke, wenn wir den Nahverkehr nicht vordringlich ausbauen. Und außerdem führen gerade diese Nahverkehrsinvestitionen einen arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Impuls im gesamten Land und nicht nur in einer Teilregion unseres Heimatlandes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bund ist bei den Maßnahmen im Nahverkehr säumig. Landeshauptmann Dr. Pröll hat bereits die Vorhaben genannt. Der Bund hat sich in letzter Zeit als unverlässlicher Partner demaskiert. Aus Geldknappheit trifft er in allernächster Zeit offensichtlich Entscheidungen, die alle Regionen vor Probleme stellt. Nur einige jüngste Meldungen: "Waidhofen-Bahn wird eingestellt", eine Pressemeldung vom 29. September 1993. Am 18. September 1993: "Bund will Güterverkehr auf Nebenstrecken reduzieren." Eine Maßnahme, die gerade im Widerspruch zu unserem gemeinsamen Bemühen steht, die Straßen zu entlasten. - Und an diesem selben Tag, am 18. September 1993 laut Pressemeldung, verabschiedet sich der Bund, weil ihm zur Erfüllung das Geld fehlt, öffentlich von seinen bisherigen Verpflichtungen, wenn verlaublich wird, "Wer Nebenbahnen will, muß zahlen". Eigentlich eine Wiederholung dessen, was bereits in eineinhalb Zeilen im Generalverkehrsplan des Bundes aus dem Jahr 1991 zu finden ist. Diese aktuellen Einschränkungen und die wahrscheinlich noch in der Schublade befindlichen Absichten bedeuten für die Gemeinden einmal mehr das dicke Ende. Denn da und dort sind Nebenbahnen von der Einstellung bedroht. Und ich war selbst Zeuge bei einem Bemühen, eine regionale Bahn zu erhalten. Besorgte und - das hat mich besonders beeindruckt - der Region verpflichtete ÖBB-Bedienstete opfern derzeit ihre Freizeit, um von den Verantwortlichen der Gemeinden entlang der Nebenbahn Zusagen für finanzielle Unterstützungen zu erhalten. Dabei geht es nicht um horrenden Beträge, aber letztlich doch um Übernahme von Verpflichtungen durch die Gemeinden, die den Bundesbahnen zustehen.

Unverständlich: Unsummen sollen in ein Luxusprojekt fließen, dafür gibt Minister Klima vor, es mit Milliarden bedecken zu können. Andererseits degradiert er die eigenen Bediensteten, die sich wegen der drohenden Einstellung um die Region

sorgen, zu Bittstellern und Bettlern bei den Gemeinden.

Der Bund entlarvt sich auch als unverlässlich, da er Pflichten einseitig abwälzt. Eindeutig deshalb, weil ihm für kleinere Aufgaben das Geld fehlt. Allein die Durchtarifierung in den Verkehrsverbänden mußte zwei Mal verschoben werden, weil sich der Bund von eingegangenen Verpflichtungen verabschiedet hat. Zehn Milliarden sind, scheint es, für den Semmering-Basistunnel da, auf der anderen Seite mußte zehn Millionen für den Nahverkehr das Land übernehmen, sonst wären diese zehn Millionen den Pendlern aus den Taschen gezogen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einigkeit - und das wurde heute mehrmals betont - herrscht sicherlich in der gemeinsamen Zielsetzung, den öffentlichen Verkehr zu attraktivieren und zum Umsteigen vom eigenen Fahrzeug auf die Bahn zu motivieren. Dieses Ziel wird auch dadurch erreicht, daß Park-and-ride-Stellflächen das lange Park-platzsuchen vermeiden helfen.

Eine Bedarfserhebung weist nach, daß bis zum Jahr 1995 rund 14.000 PKW-Stellplätze gebaut werden müssen. Rund ein Drittel davon ist verwirklicht, 12.000 Parkplätze müssen warten. Das Land erfüllt seine budgetäre Vorsorge. Der Bund ist jedoch auch hier säumig. Und offensichtlich stimmt die Feststellung vom 30. September, wenn es hier vom Bund her heißt: "Knappes Budget - Bahn muß Züge einstellen." Nur frage ich mich, wenn hier das Geld nicht reicht, um minimale Vorhaben zu realisieren, wie dann zehn Milliarden für einen Semmering-Basistunnel bedeckt werden können. Das derzeit beratene Crash-Programm wird wohl auch deshalb gewälzt, weil der Bund den Nahverkehr nicht zu finanzieren in der Lage ist. Die Konsequenzen haben allein die Pendler zu tragen. Sie müssen längere Fahrzeiten und Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen, weil sich einige wenige mit zweifelhaftem Zeitgewinn auf einem kleinen Teilstück ein gigantomanisches Denkmal setzen wollen. Für hunderttausende Pendler hat der Bund kein Geld, für eine einzige Luxusröhre mit zweifelhaftem Effekt spielen rund zehn Milliarden keine Rolle!

Minister Klima stützt sich bei der Aufhebung des Baustopps auf eine Studie, die - und das wurde erwähnt - klare Mängel aufweist. Ich habe mich damit auseinander gesetzt und bin zu folgendem, kurz gefaßten Schluß gekommen: Hinter diesen Prognoseangaben und Zahlen ist das mit der Studie beabsichtigte und verbundene Ziel zu

erkennen. Man gewinnt ganz klar den Eindruck, daß die Zahlen dem Auftraggeber zu dienen haben und nicht objektive Fakten eine gesicherte Schlußfolgerung ermöglichen. (*Abg. Dr. Bauer: Das ist an sich ein gewaltiger Vorwurf gegenüber Prognos!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gewagt ist auch die Meinung des verlängerten Ministerarms, des Generaldirektors der HL-AG, wenn er meint, daß der Bau des Semmering-Basistunnels nicht mehr aufzuhalten ist, nachzulesen in einer Tageszeitung vom 20. September 1993. Schier selbstherrlich setzt man sich über gesetzliche Erfordernisse und die Niederösterreicher hinweg. Vieles ist noch offen, derzeit fehlen noch notwendige Bewilligungen für Vorarbeiten. Alle für das behördlich nicht genehmigte Hauptprojekt erforderlichen Bewilligungen stehen noch aus. Ich nenne hier Eisenbahn-, Wasser-, Naturschutz und Abfallrecht. Alle diese Bewilligungen stehen noch aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Tatsachen, viele Fakten und die zum Rotstift führenden Zwänge, die von Minister Klima und Lacina ausgehen, sind eine klare Aufforderung an den Bund, vornehmlich an Minister Klima,

1. Zuerst die absoluten Notwendigkeiten im Nahverkehr zu erfüllen,
2. den Verpflichtungen gegenüber hunderttausenden Pendlern nachzukommen,
3. den ÖBB-Bediensteten in den Regionen Zuversicht und Verlässlichkeit zu signalisieren und sie nicht zu Bettlern herabzuwürdigen,
4. alles zu tun, daß die Ghega-Bahn nicht dem Zahn der Zeit geopfert wird und
5. deshalb das Signal für den Semmering-Basistunnel eindeutig auf Rot zu stellen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger.

LHstv. HÖGER (*SPÖ*): Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! (*zu Abg. Treitler*) Ich stelle nicht in Frage, daß Sie lesen können, aber manches Mal dürften Sie auch etwas überlesen. Ich möchte nur klarstellen, daß wir in der Sitzung der Landesregierung am 11. Juli 1991 folgendes beschlossen haben: Grundsätzlich das Landesverkehrskonzept. Aber der von Landesrat Mohnl zu Sitzungsbogen 41 gestellte Abänderungsantrag auf Zuerkennung der Prioritätsstufe 1 für den Bau des Semmering-Basistunnels wurde mit den Stimmen der VP-Regierungsmitglieder gegen die Stimmen der SP-Regierungsmitglieder, somit mehrheitlich abgelehnt. Ich sage Ihnen das nur deshalb, weil

gerade dieser Streitpunkt, Priorität 1 oder 2 nicht einvernehmlich beschlossen wurde. (*Abg. Treitler: Wie war der Beschluß des Gesamtverkehrskonzeptes? - Abg. Dr. Bauer: Es geht doch hier um den Semmering-Tunnel und nicht um das Verkehrskonzept!*)

Das gesamte Verkehrskonzept mit Nahverkehr und dergleichen wurde einstimmig beschlossen, ist ja auch logisch. Aber wir reden heute hier über den Semmering-Basistunnel und aus diesem Thema heraus wollte ich Ihnen nur die Wahrheit sagen und damit auch der gesamten Öffentlichkeit. Außerdem, meine Damen und Herren, möchte ich entschieden zurückweisen, daß es Mitglieder der Bundesregierung und im speziellen den Verkehrsminister gibt, der hier die Gesetze nicht einhält, wie Sie gesagt haben! Sondern es ist in Wirklichkeit so, daß auch die Trassenverordnung und die Stellungnahme zur Trassenverordnung, die positive Stellungnahme von der Regierung auf Antrag des Verkehrsreferenten beschlossen wurde.

Abschließend zum Prozedere: Es ist für uns eine sehr angenehme Situation. Wir waren vorher für diesen Basistunnel, der ja von den Regierungsparteien grundsätzlich beschlossen wurde. Wir waren es in der Wahlphase, wir sind es heute und sind es auch in Zukunft! Die Freiheitliche Partei war dagegen, bleibt dagegen, auch eine Stellungnahme. Aber dafür zu sein und dann, bitte, in Frage zu stellen, daß Mittel, die ja gar nicht transferierbar sind in andere Bahninvestitionen, weil sie ja durch ein Sondergesetz geregelt sind, daß diese Mittel möglichst spät nach Niederösterreich fließen, da muß ich Ihnen sagen, dann wird man Sie nicht mehr ernst nehmen in Zukunft, wenn immer wieder Klage darüber geführt wird, daß der Westen bevorzugt wird. Jetzt kommen endlich einmal Investitionen in den Osten, noch dazu mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2000, wo wir auch schon mit der Prioritätsstufe 2 zurecht kommen und die Volkspartei versucht, das zu verhindern. Ich verstehe das Ganze nicht, Sie werden das kaum jemandem erklären können. In der Politik ist es aber wichtig, daß man eine Linie hat und diese Linie beibehält! (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zu meinem Vorredner als Abgeordneter zwei Sätze: Die Tatsache, daß er eine aus dem Zusammenhang gerissene Darstellung hier gibt und eine Halbwahrheit

verbreitet und diese als Wahrheit verkaufen will, zeigt genau die Doppelzüngigkeit der Österreichischen Volkspartei in der Frage des Semmering-Basistunnels. Auf einen Nenner gebracht könnte man sagen, hier betreibt die Österreichische Volkspartei eine Kindesweglegung. Im Parlament mitbeschlossen, im Landesverkehrskonzept mitbeschlossen und dann, wenn irgendwo ein kühler Wind ins Gesicht weht, verläßt sie der Mut und das Kind wird weg gelegt. So ist die Situation der Österreichischen Volkspartei!

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich den Semmering-Tunnel von einer anderen Seite noch beleuchten. Es wurde heute schon so oft davon gesprochen, daß 164 Züge in 24 Stunden die Semmeringtrasse befahren. Davon sind im Raum Payerbach-Reichenau 8,7 Kilometer Freistrecke. Die führen durch den Ort. Und von dem Lärm sind zirka 3.000 Personen betroffen. Einige davon sitzen sogar auf der Galerie. Durch den Bau des Basistunnels würde der ganze Fern- und Schwerverkehr von dieser freien Strecke wegkommen. Das würde bedeuten, daß größtenteils bei Tag ein Verkehr auf der Ghega-Bahn stattfindet. Die wenigen Nachtzüge, die Personenzüge sind, würden auch darüber führen. Aber die immense Belastung durch den Schwerverkehr ginge nicht über die Ghega-Bahn. Denn zur Zeit wird der Lastverkehr, den meine ich damit, meistens in der Nachtzeit durchgeführt. Das heißt, die 3.000 sind jetzt mehr belastet als dann, wenn die Tunnelröhre gebohrt werden könnte. In Payerbach würde sich der Lärm um fünf bis sieben Dezibel vermindern und in Kūb um acht bis zehn Dezibel.

Nun einige Anmerkungen noch zum Straßenverkehr. Es wird immer wieder davon gesprochen, 30 Prozent der Kapazität sind frei. Das ist richtig. Es ist auch richtig, daß im Vorlauf, sprich bei der Pottendorfer Linie ein Ausbau durchgeführt werden muß, um auf der Südbahn mehr Kapazität für den Personenverkehr freizubekommen. Und den Lastverkehr auf der Pottendorfer Linie und dann eben über den Semmering zu bringen. Nur, wenn zur Zeit 10.000 Fahrzeuge in 24 Stunden über die S 6 rollen, im Jahr 2000 es 16.000 Fahrzeuge sein werden und im Jahr 2010 18.600 Fahrzeuge, so darf ich in Erinnerung rufen, im Inntal wurde die Autobahn gesperrt, weil 6.800 Fahrzeuge in 24 Stunden gefahren sind. Das heißt, wir haben jetzt im Schwarzatal schon Inntalverhältnisse. Und ich frage den Herrn Kollegen Prober, ob er nicht im Schwarzatal wohnt oder mit Ohropax schlafen geht, weil sonst müßte er das auch wissen!

Die nächste Frage, meine sehr geschätzten Damen und Herren: Unsere Erholungslandschaft. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es für den Fremdenverkehr positiv ist, wenn 18.000 Fahrzeuge über den Semmering rollen durch ein ausgebautes Fremdenverkehrsgebiet, das der Semmering ist. Oder ob es besser ist, wenn ich einen Teil dieses Verkehrs, alles wird man nicht weg bringen, unter die Erde bringe. Denn dadurch könnte man auch ein Erholungsgebiet schaffen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es wird immer wieder von Unterschriften gesprochen. Auch der Herr Landeshauptmann hat heute schon davon gesprochen, wieviel Unterschriften wert sind. Ich werde Ihnen zeigen und sagen, was die Unterschrift eines Landeshauptmannes von Niederösterreich wert ist. Denn er hat ja heute von dieser Stelle aus schon gesprochen davon, man muß ja die Umwelt und alles Mögliche noch mit einbinden. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, im September 1990 wurde im Zuge der Trassenverordnungsverfahren die Umweltverträglichkeit mit den Dienststellen des Landes Niederösterreich und auch der Steiermark geprüft. Die Raumplanung, Wasserschutz, Wasserbau, Naturschutz, Hydrologie, Geologie und Umweltschutz waren mit eingebunden. Den Antrag hat der Verkehrsreferent, sprich Landeshauptmann von Niederösterreich gestellt, in der Landesregierung wurde er beschlossen. Und jetzt weiß er davon nichts. So viel kann man von der Unterschrift eines Landeshauptmannes zur Zeit halten. *(Abg. Dr. Strasser: Es geht um eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz!)* Herr Kollege! Sie sind noch jung im Landtag. Das Gesetz der Umweltverträglichkeitsprüfung ist im Nationalrat nachher beschlossen worden, da ist das Verfahren schon abgeschlossen gewesen. *(Unruhe im Hohen Haus.)* Herr Kollege! Ich komme schon noch darauf zurück, was die Funktion der ÖVP ist. Sie sind ja Parteisekretär, Sie sind ja hauptverantwortlich dafür.

Die nächste Frage, die ich vielleicht aufwerfen will und darf, ist das Jonglieren mit zweierlei Röhren. Es gibt einen Staatssekretär und ÖVP-Abgeordnete, die sehr wohl vehement für den Straßentunnel eintreten. Ich habe auch nichts gegen den Straßentunnel. Auch dieser Verkehr gehört unter die Erde. Nur, wir bauen einen Straßentunnel durch denselben Berg. Das Wasser ist gefährdet bei der Eisenbahn, bei der Straße nicht. Man weiß nicht, wo man das Aushubmaterial hingibt, gibt man

vor. Bei der Straße weiß man es angeblich, bei der Eisenbahn weiß man es nicht. Sind das faden-scheinige Ausreden oder sind das nur die Interessen der Straßenbaugesellschaften, in denen Staatssekretäre und ÖVP-Abgeordnete in Aufsichtsräten sitzen. Auch diese Interessen kann man haben. (*Abg. Dr. Prober: Das eine ist ein Scheitel-tunnel, das andere ist ein Basistunnel, das ist der Unterschied!*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nun darf ich oder muß ich einige Worte zum Kollegen Dr. Prober schon sagen. Es war seine Jungferrede, leider hat er das falsche Thema gewählt. Er sollte nicht immer nur mit dem Auto fahren. Es wäre vielleicht besser, wenn er einmal mit der Eisenbahn fahren würde oder wenn er mit dem Auto fährt, einen Chauffeur mitnehmen, damit er schauen kann, was alles passiert ist. In seiner nächsten Umgebung zum Beispiel, in Neunkirchen, wurde im Zuge des Semmering-Basistunnels von der HL-AG eine Bahnunterführung gebaut. Im Stadtgebiet von Ternitz wurde im Zuge der HL-AG eine Bahnunterführung gebaut. Von Wiener Neustadt bis Gloggnitz - ich habe jetzt die Zahl nicht im Kopf - acht bis zehn Schrankenanlagen umgebaut. Das heißt, man soll, wenn man hier heraußen steht, zumindestens das wissen, was die eigene Umgebung betrifft, nicht nur das, was ungefähr die ÖVP für die Reden aufgeschrieben hat.

Nun, der weitere Ausbau der Pottendorfer Linie muß natürlich passieren, ist in Planung. Und wenn heute davon gesprochen wurde und so getan wurde von den Herren der Österreichischen Volkspartei, daß hier ein Versäumnis liegen würde: Liebe Freunde, so ist es ja nicht! Der zweigleisige Ausbau der Pottendorfer Linie ist ja bereits in Planung. Es passiert ja etwas. Zum Beispiel, eine der zehn Bahnunterführungen, jene in Brunn ist auch soweit, daß sie bald gebaut werden kann.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gab auch Leute in der Österreichischen Volkspartei, die zu ihrem Wort gestanden sind und noch immer stehen. Es gab zum Beispiel am 15. März 1983 einen Siegfried Ludwig, der vom Bund forderte den Bau des Semmering-Tunnels zur Arbeitsplatzbeschaffung (*zeigt in der Folge jeweils einen Zeitungsausschnitt*). Es gab am 22. März 1983 die Forderung von Herrn Landeshauptmann Ludwig, anstatt des Konferenzentrums bauen wir den Semmering-Basistunnel als Arbeitsplatzbeschaffung. Bei der Eröffnung des Konferenz-zentrums ist die ÖVP auch in der ersten Reihe gesessen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und es gab am 2. März 1983 im Kurier die Meldung, Arbeits-

platzsicherung durch Bau des Semmering-Basistunnels. Dreimal eine derartige Meldung: Herr Landeshauptmann Ludwig ist dazu gestanden.

Nun zum Thema Arbeitsplatzsicherung. Ich glaube, man muß es schon im Bezirk Neunkirchen unseren arbeitslosen Bauarbeitern sagen, daß der Herr Regionalmanager Dr. Sepp Prober hier im Landtag gegen die Arbeitsplatzbeschaffung in Neunkirchen aufgetreten ist und gegen den Semmering-Tunnel argumentiert. Denn jede Baumaschine braucht zumindest einen, der sie bedient. Und jede Baumaschine braucht fünf, sechs Leute, die die Umarbeiten leisten. Und jede Baumaschine muß gekauft, repariert und gewartet werden. Das heißt, hier werden Arbeitsplätze geschaffen. Aber das dürfte dem Herrn Regionalmanager wahrscheinlich egal sein, er ist für die Landwirtschaft zuständig und die Bauarbeit interessiert ihn nicht.

Abschließend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, noch zwei Bemerkungen. Die Frage der Kostensteigerung, der Herr Abgeordnete Pepi Wagner hat das so richtig und schön gesagt, von vier Milliarden auf acht Milliarden. Die Kostensteigerung beruht teilweise darauf, daß man zum Beispiel vom Hollensteingraben aus nicht bohren durfte. Hätte man nämlich vom Hollensteingraben aus bohren dürfen, wäre die Bauzeit kürzer gewesen, die Kosten billiger. Das heißt, Bürgerinitiative und Österreichische Volkspartei haben sehr wohl dazu beigetragen, daß die Kosten erhöht werden. Und über die erhöhten Kosten sprechen dann dieselben, das sei hinausgeschmissenes Geld. Zuerst verursachen wir die Erhöhung, um nacher das herabzuwürdigen. Und ich traue mich hier zu sagen, daß viele Unterschriften bezüglich des Hollensteingrabens von Menschen getätigt wurden, die überhaupt nicht gewußt haben, wo der Hollensteingraben liegt. Auch das muß einmal gesagt werden!

Wenn die Frage angezogen wurde der Südostspange, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Die realistische Bauzeit der Südostspange beträgt 30 bis 40 Jahre. Und wenn wir heute wissen, daß im Jahr 2010 keine freie Kapazität mehr auf der Ghega-Bahn ist, wenn wir dann anfangen zu planen, stehen die selben Herren auf, die heute gegen die Tunnelröhre sind und sagen, es sind Versäumnisse passiert. Das heißt, wenn wir heute nicht planen und morgen zu Bauen anfangen, dann haben wir keinen Weitblick. Dann schauen wir nicht in die Zukunft, dann leisten wir uns Versäumnisse. Und ich bin überzeugt, daß die Frage Südostspange mit den gleichen Problemen behaftet sein wird wie der Semmering-Basistunnel. Zur Zeit ist es eben moderner, gegen etwas zu sein und

alles zu verhindern als dafür zu sein und etwas zu erreichen.

Abschließend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich feststellen, es wurde heute wieder so schön dargestellt. Es gab eine Wirtschaftlichkeitsstudie der TU Graz, die wurde angezweifelt, weil sie Österreicher gemacht haben. Heute haben alle, vom Herrn Landeshauptmann angefangen bis zum Kollegen Treitler, nur jene Teile der Prognos-Studie herausgenommen, die ihnen gefallen haben. Es gibt ein Theaterstück, "Wie es euch gefällt." Die Österreichische Volkspartei hat es heute mit der Prognos-Studie genauso gemacht. Was Gefallen gefunden hat, wurde zitiert, wo man nicht einer Meinung war mit der Studie, das wurde in Frage gestellt. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, so sollen wir nicht Politik betreiben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung, Hohes Haus, liegt nicht vor. Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ist damit beendet. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 3, Wahl eines Obmannstellvertreters des Finanzkontrollausschusses.

Der Landtagsklub der ÖVP hat für dieses Amt Herrn Abgeordneten Hans Klupper vorgeschlagen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Stimmzettel auf den Plätzen der Abgeordneten aufliegen. Ich bitte, sie abzugeben und ersuche, daß die Ordner ihres Amtes walten mögen. Ich wurde gefragt, ob eine Unterschrift erlaubt ist. Ich darf die Frage beantworten: Selbstverständlich. *(Nach Ende der Stimmabgabe:)* Ist die Stimmabgabe beendet? Hat noch jemand einen Stimmzettel und von seinem Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht? Ich stelle fest, die Stimmabgabe ist beendet, ich ersuche die Stimmzähler, ihres Amtes zu walten. *(Nach Beendigung der Stimmzählung:)*

Hohes Haus! Ich darf das Stimmenergebnis dieser Wahl bekanntgeben. Es wurden 52 Stimmen abgegeben. Alle 52 Stimmzettel waren gültig. Und alle 52 Stimmzettel entfielen auf Herrn Abgeordneten Hans Klupper.

Ich stelle hiermit vor dem Hohen Haus fest, daß Herr Abgeordneter Hans Klupper zum Obmannstellvertreter damit gewählt wurde. *(Beifall im Hohen Hause.)* Ich beglückwünsche den Herrn Abgeordneten zur Wahl zum Obmannstellvertreter des Finanzkontrollausschusses und darf ihm damit vor diesem Hohen Hause sein Bestellsdekret überreichen. *(Neuerlich Beifall im Hohen Hause.)*

Wir, Hohes Haus, kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Zahl 20/D-1. Ich bitte Herrn Abgeordneten Litschauer, hier als Berichterstatter Bericht und Antrag uns bekannt zu geben. *(Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.)*

Berichterstatter Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über die Vorlage der Landesregierung betreffend den Entwurf der Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, zweite DPL-Novelle 1993, Landtagszahl 20/D-1 zu berichten und erlaube mir, darüber im einzelnen auszuführen: Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfes ist die Reform der Altersversorgung für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Land stehenden Bediensteten. Der Entwurf orientiert sich an jenen Regelungen, die auf Grund von Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Pensionsreformgesetz 1993, BGBl.Nr. 334, getroffen wurden.

Aus der Verfassungsbestimmung des Artikel XV dieses Bundesgesetzes ergibt sich in Verbindung mit Artikel 21 Abs.4 B-VG, daß auch die Länder zu gleichartigen Regelungen verpflichtet sind. Der Inhalt des Gesetzentwurfes kann somit in vier Punkten zusammengefaßt werden.

1. Anhebung des Pensionsbeitrages der Beamten von derzeit 10 Prozent auf 10,25 Prozent.
2. Neuregelung hinsichtlich der jährlichen Anpassung der Beamtenpensionen durch Einführung eines Pensionssicherungsbeitrages.
3. Anpassung der Hinterbliebenenversorgung im Beamtenpensionsrecht an die entsprechenden Regelungen der gesetzlichen Pensionsversicherung unter der Beachtung der Lebensstandardsicherung.
4. Neuregelung des Waisenversorgungsgenusses.

Ich erlaube mir daher, namens des Verfassungs-Ausschusses folgenden Antrag zu stellen *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf, betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (2. DPL-Novelle 1993), wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich stelle fest, zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher sogleich zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungsausschusses): Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Den Herrn Abgeordneten Sivec ersuche ich nun, die Verhandlung zur Zahl 22/G-2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. SIV EC (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Namens des Kommunal-Ausschusses habe ich zur Zahl 22/G-2 betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 zu berichten.

Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfes ist vor allem die Reform der Altersversorgung für die im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde stehenden Bediensteten. Der Entwurf orientiert sich dabei an jener Regelung, die in den Verhandlungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlich-Dienstes, im Pensionsreformgesetz 1993 getroffen wurden.

Auf Grund der Verfassungsbestimmung des Artikel XV in Verbindung mit Artikel 21 Abs. 4 B-VG, sind die Länder zu gleichartigen Regelungen verpflichtet. Der Gesetzentwurf hat vier Schwerpunkte und zwar die Anhebung der Pensionsbeiträge auf 10,25 %, die Neuregelung und Anpassung der Beamtenpensionen, eine Aufwertung oder Anpassung der Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung und schließlich, die Hinterbliebenenversorgung im Beamtenpensionsrecht in diese Regelungen mit einzubeziehen.

Ich darf daher namens des Kommunal-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf, betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzes Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vornehmen zu lassen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Es gibt auch hier keine Wortmeldung. Wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses): Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Den Herrn Abgeordneten Treitler bitte ich nun, die Verhandlungen zur Zahl 26/G-18 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte namens des Gesundheits-Ausschusses zur Geschäftszahl 26/G-18, betreffend das Gesetz, mit dem das NÖ Gemeindeärztegesetz 1977, LGBl. 9400, geändert wird. Gegenstand des vorliegenden Gesetzentwurfes ist vor allem die Reform der Altersversorgung für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde (Sanitätsgemeinde) stehenden Gemeindeärzte.

Der Gesetzentwurf sieht somit neben einer Anhebung des für bestimmte Vordienstzeiten nachzuzahlenden Pensionsbeitrages der Gemeindeärzte vor allem den Verweis auf Neuregelungen des Gemeindebeamtendienstrechtes vor. Durch Anwendung konkreter Bestimmungen der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 auf die Dienstverhältnisse der Gemeindeärzte soll die Gleichwertigkeit zwischen den Erhöhungen der Pensionen im öffentlichen Dienst, konkret auch der Gemeindeärzte, und dem System der Aufwertung und Anpassung der Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung hergestellt werden.

Im vorliegenden Entwurf wird die bisher im Gemeindeärztegesetz geübte Praxis der Verweisung auf die entsprechenden Bestimmungen des Gemeindedienstrechtes beibehalten.

Ich stelle daher namens des Gesundheits-Ausschusses den Antrag über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf, betreffend Änderung des NÖ Gemeindeärztegesetzes 1977 (NÖ GÄG-Novelle 12993) wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzes Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Gesundheits-Ausschusses): Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlung zur Zahl 14/B-28/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte zur Deklaration der österreichischen Bundesländer "Österreich und die Europäische Gemeinschaft".

Die Integrationskonferenz der Länder hat in ihrer Sitzung am 21. Juni 1993 eine Deklaration "Österreich und die Europäische Gemeinschaft" beschlossen. Die NÖ Landesregierung legt diese Deklaration dem Landtag von Niederösterreich vor und berichtet dazu, daß die Deklaration am 22. Juni 1993 der Bundesregierung zu Händen des Bundeskanzlers übermittelt wurde.

Diese Deklaration beinhaltet folgende Feststellungen: Daß Österreich vor kurzem in Beitrittsverhandlungen mit der EG eingetreten ist, daß die Bundesländer nach besten Kräften die Bundesregierung in ihren Bemühungen unterstützen werden, durch zielstrebige und selbstbewußte Verhandlungen bestmögliche Voraussetzungen für einen raschen Abschluß und Beitritt herbeizuführen, damit unser Land, das künftige Europa mitgestalten kann.

Es umfaßt diese Deklaration folgende Bereiche: Europa der Regionen, die Landwirtschaft, Liegenschaftsverkehr, Umweltschutz, Transitverkehr, Soziales, Regionalpolitik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Europäische Sicherheit und Atomenergie.

Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Der Bericht der Landesregierung, betreffend Deklaration der österreichischen Bundesländer "Österreich und die Europäische Gemeinschaft", wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte, die Debatte einzuleiten und abstimmen zu lassen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll gemeldet.

LH Dr. PRÖLL (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Ich möchte diese heutige Debatte zum Thema Europa gerne zum Anlaß nehmen, um dem Hohen Landtag einen Bericht zu erstatten über die Reise nach Brüssel, die ich in der vergangenen Woche absolviert habe. Ich halte das deswegen für notwendig und für sinnvoll, weil ich glaube, daß gerade in diesen Fragen der europäischen Integration auch im niederösterreichischen Landtag und in der niederösterreichischen Landespolitik ein größtmöglicher Konsens in der Vorgangsweise notwendig und sinnvoll ist. Und ich halte das auch deswegen für notwendig, weil ich glaube, daß für diesen Konsens es auch notwendig ist, daß die einzelnen Mitglieder des NÖ Landtages auch über die Vorgangsweise, die Ziele, die Überlegungen und die Fakten, soweit sie von seiten der Regierung gesetzt werden, auch informiert sein sollen.

Nun, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, zunächst einmal zur Ausgangssituation. Ich möchte gerne begründen, warum ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir uns im Zusammenhang mit dem Weg ins größere Europa gerade zum jetzigen Zeitpunkt mehr engagieren als das bisher der Fall gewesen ist.

Die Ausgangssituation liegt an und für sich klar auf der Hand. Auf der einen Seite haben wir eine neue geopolitische Situation vor uns auf Grund des Wegfalles des Eisernen Vorhanges. Und wir haben uns ja zum Ziel gesetzt, zwangsläufig zum Ziel gesetzt, daß wir als Region Niederösterreich auf Dauer nur dann eine Chance haben, wenn wir alle Kraftanstrengung unternehmen, um Niederösterreich internationalisieren zu können. Um uns damit auch international sowohl gegenüber unseren Nachbarn im Osten und im Norden, als auch ge-

genüber den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft im Westen entsprechend zu artikulieren und zu positionieren.

Auf der zweiten Seite, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, haben wir das Faktum vor uns, daß mit dem Maastrichter Vertrag den einzelnen Regionen im künftigen Europa die Chance und die Möglichkeit gegeben wurde, sich deutlicher als bisher zu artikulieren. Deutlicher als bisher auch die Interessen der einzelnen Regionen in Brüssel durchzubringen um damit für die vernünftige regionale Aufwärtsentwicklung in einem gemeinsamen Europa einiges herauszuholen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in Wahrheit der Hintergrund, warum ich glaube, daß wir uns noch stärker als bisher, jeder an seiner Stelle und in seinem Verantwortungsbereich, engagieren sollten. Die logische Schlußfolgerung daraus ist, daß wir gerade jetzt zu jenem Zeitpunkt, da die Verhandlungen mit Brüssel in ein entscheidendes Stadium getreten sind, daß wir uns zu jenem Zeitpunkt entsprechend artikulieren, zu Wort melden und alles daran setzen, um die Verhandlungsposition für die Österreich-Verhandler, aber auch die Position für die einzelnen Regionen Österreichs in einer optimalen Art und Weise zu setzen. Schlicht und einfach, daß wir Startvorteile dadurch erreichen können, daß wir selber auch Anstrengungen in Brüssel unternehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel meiner Reise nach Brüssel möchte ich in folgender Art und Weise skizzieren und darlegen:

Erstens: Ich glaube, es ist unabdingbar notwendig, daß wir als politisch Verantwortliche in Brüssel alles daransetzen, damit Niederösterreich und die spezifische Situation Niederösterreichs auch ein Begriff wird.

Zweitens: Ich glaube, es ist deswegen notwendig, daß wir mehr und mehr in Brüssel in Erscheinung treten, damit sehr rasch Niederösterreich auch ein Begriff wird in Brüssel. Denn nur dann, wenn man Niederösterreich kennt, dann kann man auch auf unsere spezifische Belange eingehen und dann kann man auch unsere spezifische Belange in Zukunft berücksichtigen.

Drittens: Ich glaube, wir selber müssen mehr und mehr danach trachten, daß wir Brüssel kennenlernen, daß wir die Modalitäten, die Vorgangsweisen, die Verhandlungsgegenstände in Brüssel intensiver kennenlernen als bisher. Denn wir sind sehr rasch an jenem Zeitpunkt angelangt, wo wir aufgerufen sind, durch unsere Verhandlungspositionen, die wir uns selber erarbeiten müs-

sen, auch viel für unser Heimatland, für Niederösterreich, für unsere Region herauszuholen.

Die Aufgabe, die ich vor mir gesehen habe, war daher, zunächst einmal sehr selbstbewußt Niederösterreich in Brüssel zu präsentieren. Das ist nicht schwer, weil ich glaube, daß wir als Bundesland Niederösterreich, eine äußerst abwechslungsreiche Region, sehr viel im größeren Europa einbringen können.

Zum Zweiten: Die Aufgabe war es, Niederösterreichs Sonderposition auf Grund der geopolitischen Lage darzustellen, um damit auch die Sondersituation Niederösterreichs klarzumachen. Verständlich zu machen, damit wir auf Grund dieser Sondersituation auch in der einen oder anderen Frage, auf die ich noch zu sprechen kommen werde, eine entsprechende Behandlung erfahren können.

Zum Dritten: Es geht einfach darum und ist darum gegangen, die NÖ Anliegen an entscheidender Stelle in Brüssel zu deponieren. Zum Vierten: Es geht natürlich bei einer derartigen Reise auch darum, im Laufe der verschiedensten Gespräche mit den unterschiedlichsten Gesprächspartnern ein gutes Klima, eine gute Stimmung zu schaffen. Damit wir eine offene Tür in Brüssel vorfinden, wenn es darum geht, daß wir NÖ Anliegen deponieren wollen und Verhandlungspositionen einnehmen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Neben diesen allgemeinen Zielen war es natürlich meine Aufgabe im Rahmen dieser Reise nach Brüssel, die einen starken Tag gedauert hat, auch spezifische Sachthemen anzusprechen. Spezifische Sachthemen, die für uns in der künftigen Entwicklung des Bundeslandes und der Region Niederösterreich eine ganz besondere Rolle spielen werden. Im wesentlichen haben sich die Gesprächsthemen auf drei Bereiche konzentriert. Ich habe zunächst mit meiner Begleitdelegation ein sehr ausführliches Verhandlungsgespräch, mit dem Kabinettschef von Kommissär Abel Matutes, das ist der Verkehrsminister der Europäischen Gemeinschaft, geführt. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stand zunächst einmal die Frage der künftigen Behandlung des Transitvertrages. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube schon, wir müssen mit offenen Augen sehen, daß die Frage des Transitverkehrs, des Transitabkommens und des künftigen EG-Beitrages überwiegend in der österreichischen Öffentlichkeit vom Blickpunkt der westlichen Bundesländer geführt wurde. Vom Blickpunkt des Brenners und der Pyhrnsituation. Es ist in der

letzten Zeit notwendig geworden, auch in der Ostregion entsprechend Obacht zu geben, weil ich glaube, daß wir alles daran setzen müssen, einen Umwegtransit vom Westen in den Osten zu verhindern. Aufgetaucht ist die Frage am deutlichsten ab jenem Zeitpunkt, als in Brüssel ein Geheimpapier, ein sogenanntes Geheimpapier aufgetaucht ist, das im Zusammenhang mit der künftigen Transitbehandlung von sogenannten sensiblen Regionen spricht. Wobei man in Brüssel im wesentlichen als sensible Region, was Österreich betrifft, den rein alpinen Raum ansieht. Und man meint, daß man in Zukunft nurmehr diese sensiblen Regionen mit dem Ökopunktesystem, das derzeit im Transitvertrag vorhanden ist, behandelt und unter diesem Blickpunkt letztlich auch betreut.

Und da glaube ich, daß wir von niederösterreichischer Seite - und das ist nicht nur ein NÖ Anliegen, sondern ein Anliegen der gesamten Ostregion - sehr vorsichtig sein müssen. Und ich habe auch diese Position in Brüssel entsprechend deponiert. Wenn nämlich die sogenannte Donauachse, die Verbindung Nürnberg - Wien, in Zukunft im EG-Vertrag nicht als sensible Region eingestuft wird, dann laufen wir Gefahr, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, daß in Zukunft die Fahrten über den Brenner und den Pyhrn paß auf Grund des Ökopunktesystems von der Menge her begrenzt werden. Und die Gefahr für uns, auf der Westautobahn bis herein in die gesamte Ostregion besteht darin, daß all diejenigen, die in Zukunft über den Brenner und den Pyhrn nicht mehr fahren dürfen, im Weg des Umwegtransits auf der Westautobahn über die A 21 in den Süden hinunterfahren und wir ein enormes Anwachsen des Schwerverkehrs und des Transitverkehrs im Wiener Raum zu befürchten haben und bekämpfen müssen. Dazu kommt noch, meine Damen und Herren, daß wir natürlich auch damit rechnen müssen, daß mit der wirtschaftlichen Entwicklung unserer östlichen und nördlichen Nachbarn ohnehin zusätzliches Verkehrsaufkommen in dieser Region zu erwarten ist. Wenn nun beides zusammentrifft, dann können wir uns an allen fünf Fingern ausrechnen, wie wir die Verkehrssituation im Kreuz um die Bundeshauptstadt Wien, im Nahbereich oder im unmittelbaren Bereich um die Bundeshauptstadt lösen wollen.

Daher war meine Verhandlungsposition und meine Informationsposition die, deutlich darauf aufmerksam zu machen, daß es sensible Regionen nicht nur im reinen Alpenbereich um den Brenner und um den Pyhrn paß gibt. Sondern daß wir selbstverständlich an der sogenannten Donauachse Nürnberg - Wien ebenfalls eine Vielzahl an sensiblen Regionen vom ökologischen Standpunkt her haben. Und daß wir größtes Interesse daran haben,

daß der Transitvertrag nicht nur für einzelne Regionen Niederösterreichs gilt. Sondern, so wie er ursprünglich abgeschlossen wurde, für das gesamte österreichische Bundesgebiet zu gelten hat, damit diese Umwegtransite, die die Gefahr darstellen, verhindert werden können.

Ich bitte um Verständnis, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß es natürlich im Zuge dieser Informationsfahrt und Verhandlungsreise nach Brüssel zu keinen konkreten Ergebnissen kommen konnte. Das war auch nicht das Ziel. Sondern das Ziel war, die Position Niederösterreichs und der Ostregion Österreichs klar zu legen. Sensibel zu machen, damit auch die Herrschaften in Brüssel, die letztlich dann in den Endverhandlungen die notwendigen Entscheidungen zu treffen haben, auf diese sehr kritische Situation aufmerksam gemacht sind. Das als Punkt 1.

Punkt 2: Das zweite Thema, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, ist die Landwirtschaft. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir als größtes Bundesland und größtes Agrarland Österreichs natürlich in unserer Entwicklung sehr stark auch davon abhängen werden, welche Regelungen für die Landwirtschaft letztlich im EG-Vertrag herauskommen. Auch bei diesem Thema ist es darum gegangen, die spezifische Position und Situation des Bundeslandes Niederösterreich in Brüssel darzulegen. Ich habe das auch in den Gesprächen mit dem zuständigen Landwirtschaftsminister, mit Kommissär Rene Steichen, einem Luxemburger, in einer ausführlichen Art und Weise getan, wobei ich mich im wesentlichen auf zwei Kernpunkte oder drei Kernpunkte, die die Herausforderungen sein werden, konzentriert habe.

Das eine ist die Frage der Anerkennung der ÖROK-Abgrenzung, wo es darum geht, die sogenannten Ziel 5b-Gebiete, die letztlich jene Förderungsgebiete sein werden, in die vor allem die landwirtschaftlichen Entwicklungsgebiete hineinfallen, daß diese Anerkennung, so wie es die Österreichische Raumordnungskonferenz vorgesehen hat, auch von Brüssel her akzeptiert wird.

Der zweite Schwerpunkt ist die Frage der Bergbauernförderung. Diese Frage ist deswegen relevant, weil die Bergbauernförderung im Vergleich zu Österreich in der Europäischen Gemeinschaft von anderen technischen Voraussetzungen ausgeht. Und es geht im wesentlichen darum oder es ging im wesentlichen darum, auch klar zu machen, daß es notwendig ist, einheitliche technische Grundvoraussetzungen zu

schaffen, damit auch die Bergbauernförderung in Österreich und damit auch in Niederösterreich in einer optimalen Art und Weise gewährleistet bleiben kann. Denn schließlich und endlich bedeutet das für uns auf Grund unserer landwirtschaftlichen Struktur etwas ganz Wichtiges. Und ich möchte Ihnen auch sagen, wir haben Gottseidank derzeit mit dem derzeitigen Kommissär Steichen einen Österreicher, noch dazu einen Niederösterreichliebhaber, der den niederösterreichischen Wein besonders schätzt. Und das ist für das Verhandlungsklima und das Gesprächsklima von österreichischer Position her sicher nicht das Schlechteste.

Der dritte Schwerpunkt im Agrarbereich ist die Frage der Schutzklausel im Zusammenhang mit den sogenannten Europaverträgen. Die EG hat mit den jungen Demokratien in Osteuropa spezifische Verträge abgeschlossen, die letztlich dazu führen, daß die Gefahr besteht, daß wir im agrarischen Bereich eine Vielzahl an Billigimporten herein bekommen. Die EG hat allerdings auch mit einzelnen Mitgliedsländern bereits Schutzklauseln abgeschlossen, die letztlich verhindern können, daß derartige Billigimporte bestimmte Märkte überschwemmen. Auch diese Frage haben wir dort besprochen, die spezifische Situation der österreichischen und vor allem der NÖ Landwirtschaft, weil das natürlich auf Grund unserer geopolitischen Situation eine besondere Herausforderung ist.

Dritter Verhandlungsschwerpunkt ist der Schwerpunkt der Regionalpolitik. Ich habe hier ebenfalls mit dem zuständigen Minister, mit Kommissär Bruce Millan, einem Schotten, die Gespräche und die Verhandlungen geführt. Hier ist es im wesentlichen um folgendes gegangen und das wird auch die Herausforderung bei den Verhandlungen in Brüssel, bei den Verhandlungsführern letztlich sein: Daß nämlich die bereits angesprochene regionale Abgrenzung durch die Österreichische Raumordnungskommission auch anerkannt wird. Wobei für Niederösterreich zwei wesentliche Kriterien eine spezifische Rolle spielen. Nämlich die bereits zitierten Ziel 5b-Gebiete im ländlichen Entwicklungsgebiet und die Ziel 2-Gebiete, das sind die Industriegebiete mit rückläufiger Entwicklung.

Für Niederösterreich hat das deswegen eine besondere Bedeutung, weil beide Zielgebiete im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich vorhanden sind. Und daher hängt es davon ab: Wenn diese Abgrenzung der ÖROK anerkannt wird, dann haben wir auch die Chance, wenn wir eines Tages in Brüssel dabei sind, daß wir auch überdurchschnittlich viel an regionalen Förde-

rungsmitteln für Niederösterreich ausschöpfen können.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren zunächst einmal die drei Verhandlungspunkte. Ich weiß natürlich, daß das nicht ein endgültiges Abdecken aller sensiblen Themenbereiche bedeutet, die von NÖ Warte in Brüssel deponiert werden müssen. Ich bitte aber um Verständnis, daß im Laufe eines Besuches, ich bin am Mittwoch Abend hingeflogen und bin am Donnerstag in der Nacht wieder zurückgefliegen, daß natürlich im Zuge eines derartigen Kurzbesuches nicht alles an Themenbereichen deponiert werden kann.

Ich möchte daher zu den Konsequenzen kommen, von denen ich meine, daß es notwendig ist, daß wir jetzt von NÖ Seite her die Vorgangsweise in Zukunft folgendermaßen wählen.

Erster Punkt, ich stelle das ganz bewußt in den Vordergrund: Mir ist klar geworden und bewußt geworden bei dieser Reise nach Brüssel, daß es in Zukunft unabdingbar notwendig ist, daß Niederösterreich vor Ort in Brüssel auch vertreten ist. Ich meine, daß jemand, der die Gegebenheiten dort kennt, der auch die Praxis kennt, der Detailkenntnisse hat, auch die entsprechenden Zugänge hat, notwendig ist. Und daß das installiert werden muß. Ich habe auch in der Landesregierung am vergangenen Dienstag diese Konsequenzen und Überlegungen deponiert, weil ich glaube, daß wir jetzt daran gehen sollten, Schritt für Schritt uns in Brüssel und damit im Zusammenhang mit dem größeren Europa klar zu deklarieren und auch entsprechend zu handeln.

Zum Zweiten: Wir haben in der Landesregierung ein Europareferat. Allerdings, ich muß gleich dazu sagen, dieses Europareferat ist personell viel zu gering bestückt. Mit dieser Personalressource, die wir derzeit im Europareferat haben, werden wir die riesigen Herausforderungen, die auf Grund des Beitritts ins größere Europa auf uns zukommen werden, sicher nicht bewältigen können. Daher wird es zu einer personellen Aufstockung und Verstärkung des Europareferates hier im Amt der Landesregierung kommen müssen.

Auf der dritten Seite haben wir natürlich die Situation, daß in den verschiedensten Sachgebieten quer durch wir ständig in Zukunft mit Europafragen konfrontiert werden. Daher ist es auch notwendig, daß wir in allen übrigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung europaspezifisch ausgebildete Beamte verankert haben, die sich diesen Fragen entsprechend widmen können und die herankommenden Fragen in Zusammenarbeit mit dem Europareferat des Amtes der Landesregierung dann bewältigen können.

Vierter Punkt: Ich meine, verehrte Damen und Herren, daß es jetzt notwendig ist, daß nicht nur der Landeshauptmann nach Brüssel fährt, sondern daß sämtliche Regierungsmitglieder in ihrem Verantwortungsbereich ebenfalls den Kontakt und den Weg nach Brüssel suchen, um in ihrem Bereich parallel auch auf politischer Ebene die Gespräche zu führen. Um frühzeitig auch die entsprechenden Kenntnis zu haben und die Verhandlungspartner entsprechend ausschöpfen zu können. Das ist notwendig, weil ich glaube, das wird sich auch sicher in Zukunft in vielfacher Art und Weise wieder verzinsen.

Vorletzter Punkt: Ich werde selbstverständlich und da würde ich das Hohe Haus auch bitten, hier entsprechend mitzuarbeiten, wir werden es vor uns haben, daß wir die niederösterreich-spezifischen Anliegen auch im Bereich der Bundesregierung entsprechend deponieren. Daß bei den Verhandlungen zum Beitritt auch die niederösterreich-spezifischen Positionen mitverhandelt werden. Das ist in der nächsten Zeit notwendig und wir sind bereits daran gegangen, in den verschiedensten Sachbereichen auch bei den entsprechenden Bundesministern vorstellig zu werden bzw. die zu deponieren.

Ein letzter Punkt, der ebenfalls weit in die Zukunft reicht: Verehrte Damen und Herren! Es wird eines Tages so sein, daß Österreich Mitglied der Europäischen Gemeinschaft ist. Und dann werden wir als Österreicher auch die Chance haben, eine entsprechende Beamtenschaft in Brüssel verankern zu können. Ich sage das deswegen, weil es natürlich auch in Brüssel so, wie überall ist. Daß die wesentlichen politischen Entscheidungen natürlich auf Beamtenebene vorbereitet werden. Und je mehr auf Beamtenebene im Zuge der Vorbereitungsarbeiten niederösterreichische und österreichische Interessen eingebracht werden, umso eher können wir dann auch politische Erfolge beim politischen Verhandeln nach Hause bringen.

Daher habe ich Auftrag gegeben, daß sofort eine spezifische Gruppe an Beamten eine spezifische Ausbildung genießen muß, ein Ausbildungsprogramm absolvieren muß, damit wir zum Zeitpunkt des Beitrittes, zum Tag X, auch unsere Beamten nach Brüssel schicken können, wenn Sie wollen, um als Lobbyisten in Brüssel jemand verankert zu haben. Denn wenn wir das haben, dann wird uns vielleicht das Eine oder Andere viel leichter fallen, es nach Hause zu bringen.

Das, verehrte Damen und Herren, Hoher Landtag, wollte ich von meiner Brüsselreise berichten.

Ich wollte Ihnen sagen, warum ich es für notwendig halte, dort aktiv zu werden. Ich wollte Ihnen auch die Ziele der Gespräche mitteilen, wollte Ihnen von meiner Warte aus die Konsequenzen und die Schlußfolgerung dieser Reise mitteilen. Ich würde den Hohen Landtag bitten, daß wir in Zukunft alles daran setzen, daß unsere spezifische regionale Position des Bundeslandes Niederösterreich sehr stark in Brüssel verankert, dokumentiert wird, um letztlich auch für unser Heimatland im größeren Europa entsprechenden Erfolg heimbringen zu können. *(Beifall bei der ÖVP, bei Abgeordneten der SPÖ und des LIF.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Ing. Dautzenberg das Wort.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Im Mittelpunkt einer liberalen Politik in einem zentralen Europa und in einem Staat, in dem wir leben, muß die Integration stehen. Das heißt, Europa muß sich dazu bekennen, die Probleme zentral zu lösen, die Einzelstaaten nicht lösen können. Warum? Friede, Freiheit des Bürgers und der Völker, Wohlstand, Sicherung der Lebensgrundlagen, ökologische und sonstige Krisenbewältigungen und äußere Sicherheit sind nur gemeinsam lösbar.

Europa wird zusammenrücken müssen! Und ich glaube, daß alle politischen Probleme in Europa nur gemeinsam bewältigt werden können. Und daß darin die Unausweichlichkeit der Integration besteht. Das ist sicher eine allgemeine Aussage, aber sie ist wesentlich. Und ich glaube, daß gerade die letzte Zeit einige Beispiele gebracht hat in der Währungspolitik, in den nationalistischen Bestrebungen, in den doch sehr stark auftretenden Bestrebungen, Einzelstaat zuerst und nicht Gemeinsamkeit, die, so wie ich das sehe, wesentlich stärker ausgeübt hätten, wenn es nicht schon eine EG gäbe.

Ich bin überzeugt davon, daß diese EG jetzt schon eine Klammer gesetzt hat und diese Tendenzen so normalisiert hat, daß das Leben in Europa erträglich geblieben ist. Ich bin sehr froh, wenn ich höre, was für Schritte schon gesetzt werden vom Herrn Landeshauptmann. Denn ich bin überzeugt davon, daß die Verhandlungen sehr schwierig werden. Und ein "EG-Ja", das ist ein Grundsatz unserer liberalen Politik, aber nicht unbedingt Ja ohne Verhandlungen. Ich habe das hier schon einmal gesagt, es liegt an den Verhandlern, daß das durchgesetzt wird, was Österreich für die Zukunft

braucht. Ich kann daher nur nochmals appellieren, daß diese jetzt gesagten Worte nicht nur Worte bleiben, sondern Taten folgen. Und daß auch in der Zukunft ein gemeinsames Auftreten Niederösterreichs in Brüssel dazu führt, daß die Interessen Niederösterreichs von der Bundesregierung nachhaltig betrieben werden.

Es ist selbstverständlich, daß Europa in Gemeinsamkeit regionale Probleme lösen muß. Und das ist auch vorgesehen in der EG. Es ist vorgesehen in Brüssel, es wurde heute schon gesagt. Und damit möchte ich schon schließen. Zentralismus in Europa kann nur bessere Wirtschaft, besseres Leben für unsere Bürger in Niederösterreich, in Österreich bringen. Und ich bitte daher, diesen Weg fortzusetzen, den wir voll unterstützen werden in der Auffassung, daß die Verhandlungen so geführt werden, wie sie geführt werden sollen. Eine Kritik vorher schon an den Verhandlungen, wie man es oft in der Zeitung liest, halte ich für politische Manipulation, die nicht zielführend sein kann. *(Beifall bei LIF, bei Abgeordneten der ÖVP und Abg. Mag. Kaufmann.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Gratzner das Wort.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Freiheitliche Partei steht ja dem EG-Beitritt bekannterweise kritisch gegenüber. Daher haben wir auch einen Katalog formuliert mit den sogenannten Hausaufgaben, von denen wir erwarten, daß sie noch vor einem Beitritt in unserem eigenen Heimatland gelöst werden. Umso mehr freut es mich, wenn ich diese Deklaration der Länder lese und darin eigentlich viele Forderungen, die auch wir erhoben haben, wiederfinde. Wenn ich von mir aus zwei Dinge heraushebe, dann sehe ich in dieser Deklaration, daß hier sehr wohl ein Beitrag zum Europa der Regionen geleistet wird. Und daß hier sehr wohl großes Bestreben besteht in dieser Deklaration, die Eigenständigkeit der Bundesländer und die Eigenständigkeit unseres Landes bis hin zur kulturellen Eigenständigkeit zu erhalten.

Der Herr Landeshauptmann hat uns jetzt sehr ausführlich berichtet und auch seine Konsequenzen schon dargelegt, die er jetzt aus dem Brüssel-Besuch gezogen hat. Ich möchte es nur so in den Raum stellen, daß wir schon vorher noch in Österreich darüber abstimmen, ob wir überhaupt beitreten. Daher sind wir natürlich in dieser eher teuflischen Lage, jetzt schon tätig

werden zu müssen, obwohl wir noch gar nicht wissen, ob wir hundertprozentig hineinkommen.

Ich kann mir auch, wenn ich diese sechs Punkte hernehme, durchaus vorstellen, daß auch diese Punkte unseren Absichten entsprechen, wobei ich beim Punkt 1, der ständigen Niederösterreich-Vertretung hier schon noch vor der Installation eine genaue Aufgabendefinition als erforderlich ansehen würde. Sonst kommen wir doch stark in den Geruch - wer in Brüssel war und gesehen hat, daß dort das wichtigste das gute Essen und das gute Trinken ist, neben der EG - da kommt man womöglich in den Geruch, daß auch die Niederösterreicher jetzt ein paar dort hinschicken wollen, die daran teilhaben.

Was mir allerdings gefehlt hat, ist - und da sehe ich schon eine große Notwendigkeit auch von seiten des Landes, jetzt tätig zu werden - diese Vorbereitungen für die heimische Wirtschaft, für die heimische Industrie, für die heimische Landwirtschaft zu treffen. Denn ich behaupte, daß heute, wie zum Beispiel in der Deklaration steht, wir sollen alles unternehmen um konkurrenzfähig zu bleiben, daß diese Aussage nicht mehr ganz stimmt. Denn wir sind in manchen Bereichen nicht mehr ganz konkurrenzfähig, wenn der Markt in Europa zur Gänze geöffnet wird. Daher glaube ich schon, daß wir hier tätig werden müssen.

Zu einem weiteren Teil, der im Kapitel Wirtschaft auch angesprochen wurde, nämlich die Stärkung der Eigenkapitalbasis der heimischen Wirtschaft: Ich glaube, es ist zu wenig, wenn wir das in einer Deklaration hier festlegen und alle wohlwollend zur Kenntnis nehmen. Aber auf der anderen Seite zur selben Zeit wird die Lohnsummensteuer von 2 % auf 3 % erhöht. Es gibt Rechenbeispiele dafür, daß hier wirklich eine extreme Belastung auf Betriebe zukommt und wir damit genau den gegenteiligen Weg gehen. Das heißt, unsere Lohnnebenkosten werden in der nächsten Zeit noch steigen. Sie sollten eigentlich, damit wir konkurrenzfähig werden, sinken. Hier gehen wir einen gegenteiligen Weg.

Ein Bereich, der angesprochen wurde und auf den der Herr Landeshauptmann auch hingewiesen hat, ist die Stärkung der Landwirtschaft. Dazu befindet sich in der Deklaration eine Aussage, die wir nur voll unterstützen können. Nämlich die Direktzahlung an die Bauern zur Abgeltung ihrer Leistung für die Bodenbearbeitung, für die Umweltgestaltung. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird uns wenig helfen, wenn wir das heute hier wohlwollend zur Kenntnis nehmen, wenn aber auf der anderen Seite genau das Gegenteil gemacht wird. Dort wehrt man sich

nämlich gegen den freiheitlichen Antrag auf Direktzahlungen. Der wurde bereits eingebracht und wurde von der großen Koalition niedergestimmt.

Daher sehe ich hier in dieser Deklaration und auch in den Ausführungen, die wir vorher hörten, das große Problem, daß wir uns mit schönen Worten in Richtung EG begeben, aber auf der anderen Seite die begleitenden Taten fehlen. Genauso fehlt mir - und das ist ja etwas, was an der Freiheitlichen Partei so kritisiert wird, daß wir dieses "Ja-aber" formuliert haben. Weil wir sagen, wenn gewisse Forderungen nicht erfüllt werden, dann können wir eben nicht reingehen. Und das fehlt mir eigentlich hier in der Deklaration und auch in der Aussage unseres Herrn Landeshauptmannes. Weil ich der Überzeugung bin, daß wir als Österreicher ja wirklich eine starke Position haben in den Verhandlungen. Wir sind willkommen als die Nettozahler, da gibt es überhaupt keine Frage und daher können wir bei diesen Verhandlungen durchaus auf den Tisch hauen und einmal auch erklären, was passiert, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden. Ich glaube, auch darüber sollte der Bevölkerung durchaus ganz ehrlich Auskunft gegeben werden.

Zum Kapitel Soziales in dieser Deklaration. Das klingt zwar alles sehr schön, aber ich habe die Befürchtung, daß man sich hier in manchen Bereichen etwas zu wenig Gedanken macht. Erinnern wir uns zurück, noch vor einem Jahr, wenn die EG-Befürworter aufgetreten sind, dann haben sie immer gesagt, keine Gefahr für den Arbeitsmarkt. Noch vor einem Jahr, da waren wir nämlich noch nicht so weit. Der portugiesische Fliesenleger, der existiert nicht in Passau. Man hat uns aber verschwiegen, daß die Freizügigkeit der Arbeiterbewegung für Portugal ja erst im heurigen Jahr begonnen hat, obwohl es schon immer als Beispiel herangezogen wird. Genauso muß man heute zur Kenntnis nehmen, die EG-Bestimmungen lassen für uns - und das trifft uns Niederösterreicher - Folgendes zu: Die Portugiesen wollen mir verzeihen, wenn ich bei dem Beispiel bleibe, aber es ist durchaus möglich, das der portugiesische Fliesenleger nach den derzeitigen Bestimmungen im Wald- und im Weinviertel mit tschechischen und slowakischen Billig-Arbeitskräften in Österreich Fliesen verlegt. Sofern diese tschechischen und slowakischen Arbeiter in Portugal eine Arbeitsgenehmigung haben. Hier sehe ich Dinge auf uns zukommen, die wir noch nicht ganz im Griff haben. Denn eines wissen wir: Daß wir wahrscheinlich nicht in der Lage sein werden, wenn dort ein portugiesisches Firmenschild hängt - meinetwegen in Gmünd - die Arbeitsbewilligung der

tschechischen Arbeiter dort nachzuprüfen. Und daher sehe ich es als unsere Aufgabe, jetzt nicht nur Büros einzurichten, sondern hier sehr wohl auch in Arbeitsgruppen auf diese Dinge alle aufmerksam zu machen. Die Varianten alle durchzuplanen und durchzuspielen, damit wir in Zukunft auf derartige Dinge gefaßt sind. Damit die heimische Wirtschaft darauf vorbereitet ist und daß auch die Behörden in Österreich wissen, wie sie möglicherweise dann reagieren können.

Ein Kapitel möchte ich nicht auslassen, weil es auch in der Deklaration erwähnt ist. Das ist die Sicherheitspolitik. Es ist für uns Österreicher, das ist keine Frage, erstrebenswert, in eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik einzufließen, weil wir ganz einfach jetzt die Situation vorfinden, daß der Wert der Neutralität ein ganz ein anderer geworden ist. Das Umfeld um Österreich ist ein anderes geworden. Daher hat es für uns es eine Bedeutung, wenn wir eingebettet sind in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Nur muß man dann auch von unserer Seite her so konsequent sein und sagen, daß wir Österreicher dafür auch unseren Beitrag leisten müssen. Denn derzeit besteht die Gefahr, daß wir nicht sehr ernst genommen werden. Das Bundesheer wird - ich möchte das in der Form sagen - zu Tode reformiert. Zur Zeit setzt der Bundesminister für Landesverteidigung eine Heeresgliederung um, die, wie jeder, der sich die Mühe nimmt und sich die Vorträge anhört, weiß, nur dann umzusetzen ist, wenn der Zivildienst mindestens 14 Monate beträgt. Denn sonst funktioniert es nicht, weil man nicht das entsprechenden Wehrpflichtigen-Aufkommen hat. Das sage und behaupte ich hier. Trotzdem wird diese Heeresgliederung jetzt durchgezogen. Das wird sich halt Europa wahrscheinlich nicht gefallen lassen. Daß wir uns hier auf einem Feld bewegen, wo man uns vielleicht nicht ernst nimmt. Denn ich glaube nicht, daß wir einen Beschluß für 14 Monate Zivildienst in diesem Land seriös umsetzen werden können.

Ich darf daher für meine Fraktion abschließend feststellen, daß die Freiheitliche Partei dem vorliegenden Wortlaut sehr positiv gegenüber steht. Aber mit Worten allein wird es nicht getan sein! Wir sind auch nicht diejenigen, die es befürworten, wenn jetzt Millionen blind für eine EG-Werbung ausgegeben werden, wir werden aber sehr wohl überall dort zustimmen, wenn es darum geht, die heimische Wirtschaft, die heimische Landwirtschaft, die heimische Industrie und die Niederösterreicher auf diesen wesentlichen Schritt hin zum gemeinsamen Europa vorzubereiten. *(Beifall bei der FPÖ, LH Dr. Pröll und Abg. Hofbauer)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Trotz der bisher sehr positiv und relativ zügig verlaufenden Beitrittsverhandlungen Österreichs in Brüssel hat sich bis jetzt eigentlich kein eindeutiger Hinweis darauf ergeben, daß die Zustimmung in der österreichischen Bevölkerung zu einem Beitritt deutlich gestiegen wäre. Nach wie vor ist der Wissensstand und die Information zum Teil sehr mangelhaft und es gibt nach wie vor sehr viele Unentschlossene. Zu jenen, welche zwar über die Auswirkungen eines Beitrittes relativ gut informiert sind, bei denen aber trotzdem eine beachtliche Skepsis und Verunsicherung vorhanden ist, zählen unsere Bauern. Und dafür gibt es sicher auch einige Gründe. Gestatten Sie mir, daß ich jetzt in dem Zusammenhang - es ist schon gesagt worden, daß ja Niederösterreich das größte agrarische Bundesland Österreichs ist, in dem die Landwirtschaft einen bedeutenden Stellenwert hat - mich mit dieser Situation der Landwirtschaft in Zusammenhang mit einem möglichen EG-Beitritt etwas näher befasse.

Zwar besteht zwischen Österreich und der EG weitgehend Übereinstimmung in den Zielen der Agrarpolitik, die da lauten: Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe, Verbesserung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, Vorrang für Qualitätsproduktion und Abgeltung der Landschaftspflege. Diese Ziele wurden bisher allerdings mit unterschiedlichen Instrumentarien verfolgt.

Während man in Österreich verstärkt auf Produktionsalternativen und auch Kontingentierungen setzte, um die erzeugten Überschüsse ohne gravierende negative Folgen für die Landwirte abbauen zu können, versuchte man das in der EG durch eine sehr restriktive Preispolitik und den Ausbau von sogenannten Direktzahlungen.

Die österreichischen Bauern müssen daher im Zuge eines Beitrittes bei einer Reihe von Produkten mit Preiseinbußen rechnen. Das kann man ruhig klar und eindeutig festhalten. Diesen Einbußen stünden der Wegfall verschiedener Abgaben, zum Beispiel auf Düngemittel und Saatgut, und der relativ hohen Mitbeteiligung bei der Exportverwertung gegenüber. Auch die Preise für Betriebsmittel würden mehr oder weniger deutlich sinken. Zusätzlich können die Bauern mit mehr Mitteln aus direkten Förderungen rechnen. Das Förderungsniveau ist in

der EG nämlich umfassender und höher als in Österreich. Neben Unterstützung aus Gemeinschaftsmitteln erlaubt die EG auch nationale Subventionen für benachteiligte Gebiete sowie finanzielle Maßnahmen zur Abgeltung von ökologischen Leistungen.

Die österreichische Landwirtschaft ist klein- bis mittelbäuerlich strukturiert und weist - und das ist auch ein Spezifikum für Österreich - einen hohen Anteil an Nebenerwerbslandwirten auf, nämlich österreichweit fast 60 Prozent. Weiters liegt ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich in Berg- und in Dauergrünlandgebieten, sodaß die Produktionsmöglichkeiten bzw. die Bewirtschaftungsvielfalt dort natürlich eingeschränkt ist. Weil eben hier nur Viehhaltung, also Rinderzucht bzw. Milchproduktion möglich ist.

Hohe Betriebsmittelpreise und Lohnkosten verteuern natürlich auch die Produktion. Darüber hinaus sind Bewirtschaftungsauflagen aus Umweltschutz- und Marktordnungsgründen einzuhalten. Hier meine ich die Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung, die Quotenregelung in der Milch - wir nennen das "Richtmengensystem" - oder auch die Quoten bei Kontraktgetreide, bei Brotgetreide, Weizen und Roggen.

Die Erzeugerpreise, wie schon gesagt, liegen bei den meisten Produkten über jenen der EG. Besonders zu berücksichtigen ist meiner Meinung nach, daß die österreichischen Bauern einen wichtigen Anteil zur Landschaftserhaltung leisten. Ohne diese Arbeit der Bauern, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wäre es unmöglich, daß Österreich seine vorrangige Stellung als Fremdenverkehrsland in Europa aufrecht erhalten könnte!

Die Schwierigkeiten bei diesen Beitrittsverhandlungen im Bereich der Landwirtschaft - die Verhandlungen, die Landwirtschaft betreffend stehen uns noch bevor - liegen nun einerseits im Marktordnungsbereich, wo es gilt, hier eine brauchbare Übergangszeit zu vereinbaren, in der in verkraftbaren Schritten das Preisniveau an das EG-Preisniveau angepaßt wird. Weiters sind unbedingt Marketingstrategien notwendig, die verhindern, daß österreichische Lebensmittel durch den freien Warenverkehr im Binnenmarkt zu große Marktanteilsverluste erfahren. Außerdem müßten durch Verbilligung der Betriebsmittel sowie durch einen Wegfall der Bewirtschafterschwernisse annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Darüber hinaus sind zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Einkommenssituation natürlich auch nationale Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft zu

leisten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sicher ein Kernpunkt. Es geht darum, klare und eindeutige Maßnahmen zu setzen. Und hier ist sowohl der Bund als auch die Länder und natürlich konkret Niederösterreich besonders gefordert.

Auf Grund des hohen Anteils von Kleinbetrieben im Berggebiet, auch im niederösterreichischen, nimmt das Förderungssystem zum Beispiel, wenn man den Bergbauernzuschuß hernimmt, neben den unterschiedlichen Erschwernisstufen auch auf die Einkommenssituation bei den Ausgleichszahlungen ganz besonders Rücksicht. Das heißt, es werden in Österreich Kleinbetriebe im Verhältnis besser gefördert als größere Betriebe. Ich glaube, diese Maxime wollen wir auch in Zukunft beibehalten. Weiters haben in Österreich auch Nebenerwerbslandwirte Zugang zu Investitionsförderungen, was in der EG nicht der Fall ist. Es gilt also auch hier, gleiche Voraussetzungen zu schaffen, um nicht eine Gruppe, nämlich die der österreichischen Nebenerwerbsbauern, in Zukunft extrem zu benachteiligen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube daß letztlich die Solidarität der österreichischen Bevölkerung mit den Bauern gefordert ist, da wir in Zukunft bei einem EG-Beitritt auch nationale Förderungsmittel in diesem Bereich unbedingt einsetzen müssen.

Die Verarbeitungsindustrie für landwirtschaftliche Produkte ist in Österreich auf Grund der Beschränkung auf den nationalen Markt mangels freiem Zugang zu den kaufkräftigen EG-Märkten eher kleinstrukturiert und daher teilweise wenig effizient. Um im europäischen Binnenmarkt bestehen zu können, ist ein großer Aufholbedarf bezüglich Modernisierung und Strukturverbesserung gegeben. Da die dafür von der EG vorgesehenen Mittel erst nach einem Beitritt verfügbar sind, müssen inzwischen innerösterreichische Maßnahmen zur sofortigen Verbesserung dieser Situation beigestellt werden.

Auch aus landwirtschaftlicher Sicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind natürlich auch die Folgen eines Nichtbeitritts zu bedenken. Die Vollendung des Binnenmarktes wird zweifellos eine weitere Abschottung gegenüber Nicht-Mitgliedsländern bringen. Das heißt, würde Österreich nicht beitreten, könnten heimische Agrarerzeugnisse nur unter größten Schwierigkeiten in westeuropäischen Ländern, im EG-Markt abgesetzt werden. Und wenn man weiß, daß zum Beispiel ein hoher Prozentsatz der österreichischen Rindfleischexporte, der österreichischen Holzexporte, zum Teil auch Milchprodukte, direkt auf den oberitalienischen Markt exportiert werden, kann man sich vorstellen,

welche Probleme bei einem Nichtbeitritt vor allem nach der Schaffung des Binnenmarktes auf uns zukämen.

Der freie Zutritt zu einem Markt mit mehr als 350 Millionen Verbrauchern kann somit auch als große Chance angesehen werden. Als Herausforderung, die es gilt anzunehmen! Wir müssen uns eben bemühen, unsere Möglichkeiten bestmöglichst zu nutzen und die hervorragende Qualität der österreichischen Agrarprodukte dementsprechend durch gezieltes Marketing im EG-Markt bekannt zu machen, um unsere Chancen wahrzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hängt jetzt maßgeblich von Österreich selbst ab inwieweit wir bereit sind, unseren Bauern nicht nur die Kosten aus der Übernahme der gemeinsamen Agrarpolitik, sondern auch deren positive Seiten zukommen zu lassen. Und ihnen damit auch einen Anteil am volkswirtschaftlichen Integrationsvorteil, der ja unbestritten ist nach einem EG-Beitritt, zu überlassen. Seit dem Beginn der EG-Verhandlungen wurden den österreichischen Landwirten versprochen, in Regierungserklärungen, Parteienübereinkommen, Arbeitsübereinkommen und ähnlichem, daß sie nicht das sogenannte Bauernopfer für die EG-Ambitionen Österreichs sein werden. Das heißt, daß also Preiseinbußen in der Landwirtschaft durch die in der EG üblichen Flächenprämien und Direktzahlungen ausgeglichen werden. Anders formuliert: Wenn man als realistisches Faktum annehmen kann, daß ein EG-Beitritt zu einem Wohlstandsgewinn für die österreichische Gesellschaft führen wird, erscheint es logisch, daß die Bauern diesen Kurs nur dann mittragen können, wenn durch geeignete, notwendige Maßnahmen sichergestellt ist, daß auch dieser Berufsgruppe eine entsprechende Teilnahme an dieser Entwicklung ermöglicht wird.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft ist letztlich von der Entscheidung des österreichischen Volkes abhängig. Ein positiver Ausgang der notwendigen Volksabstimmung wird, wie ich glaube, wesentlich davon abhängen, wie die Existenzsicherung der österreichischen Landwirtschaft gewährleistet wird, da, wie ich auch hier deutlich feststellen kann, im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung die Landwirtschaft einen großen Stellenwert einnimmt.

Notwendig ist ein Verhandlungsergebnis, das den Bedürfnissen der österreichischen Landwirtschaft entspricht und eine Weiterentwicklung bzw. ein Ausbau der Agrarförderung in Österreich, um auch so eine optimale Nutzung der EG-Förderung

nach einem Beitritt sicherzustellen. Ein Ausgleich für beitriffsbedingte Nachteile für die österreichische Bauernschaft ist eine unverzichtbare Forderung.

Ein Europa der Regionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Ziel. Das hat man also auch deutlich gesehen im Zuge des Maastrichter Abkommens. Nicht ein europäischer Einheitsbrei wird von den europäischen Ländern gewünscht. Das ist auch die Meinung und der Wunsch der österreichischen Bevölkerung: Regionen in ihrer landschaftlichen Eigenheit, Vielfalt und Schönheit zu erhalten. Gepflegt und bewirtschaftet von Bauern, welche vielfältige und unverzichtbare Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Unsere Jugend wird nur dann bereit sein, diesen Beruf auch in Zukunft zu ergreifen, wenn eine der Leistung entsprechende Einkommenssituation gegeben ist. Die EG hat hier eine große Verantwortung wahrzunehmen und wäre sehr schlecht beraten, europäische Bauerninteressen einem GATT-Abschluß um jeden Preis zu opfern. Die Zeche, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde letztendlich die Gesellschaft in ganz Europa zahlen, wenn hier nicht eine flächendeckende Landwirtschaft dafür sorgen würde, daß hier weiterhin das Land in Ordnung gehalten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hrubesch das Wort.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Österreich und die Europäische Gemeinschaft. Ich möchte aus freiheitlicher Sicht zu zwei Bereichen der Deklaration Stellung nehmen. Erster Bereich Landwirtschaft: Wie schon der Herr Landeshauptmann, so auch unser Klubobmann und soeben auch der Vorredner sehen wir in der Landwirtschaft eines der Hauptprobleme, einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft zu erreichen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Bundes- und Landes

regierung ist in der Sicherung der bäuerlichen Existenzen im Hinblick auf den bevorstehenden EG-Beitritt zu sehen.

Hoher Landtag! Österreichweit gibt es zur Zeit etwa 80.000 Vollerwerbsbetriebe. Das entspricht einer Abnahme von ca. 50 Prozent in den letzten zwei Jahrzehnten. Im Jahre 1957 gab es noch insgesamt 320.000 Vollerwerbsbetriebe. Auch in unserem Land Niederösterreich sank die Zahl der Vollerwerbsbetriebe innerhalb von zwei Jahrzehnten um 50 Prozent und wir halten zur Zeit zirka bei 25.000 Betrieben.

Unter den gegenwärtigen Umständen ist es nur noch eine Frage der Zeit, wie lange es in Österreich noch Vollerwerbsbauern geben wird. Wir Freiheitliche fordern deshalb erstens ein Entschuldungsprogramm. Was meinen wir damit? Darunter verstehen wir eine unbürokratische, schnelle Hilfeleistung zur Erhaltung aller noch zu rettenden Betriebe.

Zweitens ein neues Förderungssystem, den sogenannten Huber-Plan. Heute ist schon angesprochen worden, der Herr Landeshauptmann, auch der Vorredner ist für die Direktzahlung. Unser Klubobmann hat schon erwähnt, daß aber auf Bundesebene, leider Gottes, wie in manchen Bereichen immer wieder die ÖVP diesen Direktzahlungen nicht die Zustimmung gegeben hat. *(Abg. Kurzreiter: Herr Kollege! Nicht grundsätzlich, sondern konkret dem Huber-Plan!)* Entschuldigen Sie! Dieser Huber-Plan sieht im Wesentlichen eine Umstellung der Förderungsmaßnahmen auf direkte Beihilfen vor. Damit könnten drei Hauptziele erreicht werden:

Erstens: Erhaltung aller noch bestehenden Vollerwerbsbetriebe. Wie schon gesagt, diese machen in Niederösterreich derzeit 25.000 aus. *(Abg. Hiller: Das ist doch eine falsche Theorie Herr Kollege! - Unruhe im Hohen Hause.)* Da gibt es deswegen die Direktzahlung, bitte.

Zweitens: Zurückführung der Betriebe von Nebenerwerb in den Vollerwerb. Wenn Sie ein bißchen aufpassen, hören Sie auch die freiheitlichen Vorschläge! *(Heiterkeit bei der ÖVP - Beifall bei der FPÖ.)* In Niederösterreich sind das zirka momentan 35.000. Das bedeutet drittens eine Entlastung des Arbeitsmarktes.

Durch die Rückführung der Nebenerwerbsbauern in den Vollerwerb könnten wir österreichweit bis zu 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Das ist eine ganz schöne Anzahl. Hier könnte der steigenden Arbeitslosigkeit sofort entgegengesteuert werden. Die dramatische Entwicklung der Arbeitslosigkeit

brauche ich Ihnen hier ja gar nicht vor Augen zu führen.

Hoher Landtag! Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist das Europa der Regionen. Hier muß ich wieder sagen, ein Kompliment dem Landeshauptmann Dr. Pröll! Er war ja vor einigen Tagen in Brüssel und er meinte, er könne sich ein ständiges Länderbüro in Brüssel vorstellen. Ich sage Ihnen dazu, Herr Landeshauptmann, wir Freiheitlichen stehen diesem Vorschlag grundsätzlich positiv gegenüber. Doch meinen wir auch, daß zuerst eine Aufwertung und Reform des Bundesrates als Länderkammer unbedingt notwendig ist, um die Anliegen der Länder verstärkt einbringen zu können.

Heute sind wieder sehr viele Bundesräte da, es geht um die Europa-Debatte. Ich nehme unseren freiheitlichen Bundesrat nicht aus, aber alle anderen Fraktionen sind auch mit Bundesräten nicht vertreten. Daran ersieht man eigentlich die Kompetenz. Der Bundesrat hat ja im Landtag an und für sich nichts zu sagen. Es kann doch nicht sein bitte, daß wir in Brüssel ein ständiges Büro besetzen, jedoch unsere Bundesräte haben nicht einmal das Recht, im Landtag reden zu dürfen bzw. man verwehrt ihnen sogar die Teilnahme an den Ausschüssen. *(Abg. Uhl: Aber heute dürfte er da sein!)* Er könnte da sein, so wie alle anderen auch. Richtig. Vielleicht kommen sie noch.

Ich meine wir, sollten wir zuerst einmal Ordnung im eigenen Haus schaffen und dann den erwähnten Bürobetrieb in Brüssel aufnehmen. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, stelle ich einen Resolutionsantrag zum Antrag des Europa-Ausschusses, Ltg. 14/B-28/1, betreffend Aufwertung des Bundesrates und Stärkung des föderalistischen Prinzips *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Hrubesch zum Antrag des Europa-Ausschusses. Ltg. 14/b-28/1.

Im Zuge der europäischen Integration und zur gleichzeitigen Stärkung des föderalistischen Prinzips ist beispielsweise die Einrichtung eines ständigen Büros in Brüssel eine Vorgangsweise, der im Hinblick auf die Vertretung niederösterreichischer Interessen durchaus nahegetreten werden kann.

In gleichem Maße und vorrangig müßte aber auch der föderalistische Gedanke durch eine Aufwertung des Bundesrates verwirklicht werden. Es ist eine alte freiheitliche Forderung, daß Bundesratsmitgliedern im Landtag das Rederecht

eingerräumt wird und sie auch die Möglichkeit erhalten, an den Ausschußsitzungen teilzunehmen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen für das Rederecht von Bundesratsmitgliedern im Landtag und die Möglichkeit der Teilnahme an den Ausschußsitzungen zu schaffen."

Ich hoffe, dieser Antrag findet dann die Unterstützung. Ich kann Ihnen berichten, ich habe die Ehre gehabt, vergangenes Jahr im Bundesrat tätig sein zu dürfen. Präsident Schambeck hat immer wieder die Bundesratsmitglieder aufmerksam gemacht, sie sollen in ihren Klubs den Landtagsabgeordneten doch einmal beibringen, hier entsprechende Weisungen, gesetzliche Änderungen herbeizuführen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Fraktionen diesem Antrag nicht zustimmen könnten.

Hoher Landtag! Unser Weg nach Europa bedarf der gemeinsamen Anstrengung. Wenn wir es schaffen, diesen Weg, gemeinsam mit dem Motto "Österreich zuerst" in den Vordergrund zu stellen, dann sehen wir Freiheitlichen einem Europa der Bürger und Völker mit Zuversicht entgegen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist die Gelegenheit genutzt worden, hier eine allgemeine Europadiskussion zu führen. Ich möchte das nur stichwortartig tun, weil ich meine, daß die Argumente, die vorgebracht wurden, doch einer gewissen Bewertung oder Zustimmung auch unterlegt werden sollen.

Unser Landeshauptmann Dr. Pröll hat berichtet von seiner Reise nach Brüssel. Ich gehe tatsächlich konform mit der Einschätzung der Notwendigkeit, hier vor Ort tätig zu sein und sich auch Informationen zu holen. Und wenn ich vergleiche, er hat das

einen gewissen Lobbyismus genannt. Und es ist gut, wenn er für sein Land wirbt, denn im Vergleich dazu sind zum Beispiel alle Einrichtungen in Österreich noch gar nicht darauf eingestellt. Wenn ich überlege, daß zum Beispiel in einem Jahr rund 2.000 Firmen Niederlassungen in Brüssel gründen, dann erkennt man daraus, daß es notwendig ist, die Stimmung, die Erfahrung, alles das, was halt in Brüssel läuft, zu erfahren. Und ich glaube, daß es wirklich wichtig ist, daß man hier auch auf Landesebene und vor allem auch auf Beamtenebene Vorbereitungen trifft. Das ist wichtig. Wir können nicht warten auf den Tag der Abstimmung. Ich glaube, genau das wäre der falsche Weg. Sondern wir müssen uns jetzt sozusagen "europafite" Beamte schaffen und auch in unserem Programm in dieser Weise vorgehen.

Ich möchte auf einige Themen eingehen, die ich für sehr, sehr wichtig halte, aber die sicher erst in einem Arbeitskreis, in einem entsprechenden Forum diskutiert werden können. Nämlich in der Frage des Ökopunktesystems, weil das tatsächlich eine mögliche Entwicklung ist, die es gilt, rechtzeitig zu erkennen. Das ist ganz unbestritten. Und wenn ich die Tendenzen erkenne, daß die Einen die sensiblen Regionen werden und die Anderen die weniger sensiblen, bedeutet es, daß bei dem Druck, den die EG natürlich in Richtung Österreich hinsichtlich Transit ausübt, vielleicht dann wir zu den weniger sensiblen zählen könnten. Und ich glaube daher, daß man rechtzeitig als Niederösterreicher feststellen muß, auch wir haben unsere sensiblen Regionen. Und nicht nur das, wir wollen vor allem keine Umleitung des Verkehrs. Und daher, glaube ich, sollte man hier sehr bald auch entsprechende Aktivitäten setzen.

Und was nun die Frage der Regionalpolitik betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier glaube ich, daß vielleicht die Abgrenzungen der ÖROK eine Grundlage sind. Daß aber dieser Katalog der ÖROK sicher nicht Eins : Eins letztlich umsetzbar ist, weil es ja dann bedeuten würde, daß kein Verhandlungsspielraum mehr vorhanden ist. Das sollte man auch realistisch einschätzen. Daher meine ich, daß man auch nicht zu überzogene Hoffnungen in eine Eins : Eins-Umsetzung setzen soll, daß aber wir alles daran setzen sollten und müssen, möglichst viel von unserer Abgrenzung durchzubringen. Denn das ist wichtig, besonders für die 5b-Gebiete, die hier unmittelbar auch Förderrelevanz bekommen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich noch einen Gedanken hinzufügen darf in der Richtung. Nämlich, daß es nicht genügt, nur die niederösterreichischen Regionen abzugrenzen. Sondern daß ich wiederholt geäußert habe, man sollte auch

in Brüssel dafür Sorge tragen, daß eine Anerkennung grenzüberschreitender regionalpolitischer Maßnahmen bis zu einem gewissen Ausmaß mit berücksichtigt und anerkannt. Das ist für die EG eine etwas neue Regionalpolitik. Ich glaube allerdings, daß viele Regionen in unserem Bundesland eine gewisse grenzüberschreitende Regionalpolitik brauchen und daher auch eine gewisse Abdeckung bei den Verträgen und bei den Verhandlungen erfahren sollten. Wenn wir nämlich eine zu strikte regionalpolitische Begrenzung im Sinne der europäischen Regionalpolitik treffen, dann könnten Entwicklungen, die sich jetzt einer gewissen Harmonie vielleicht erfreuen, massiv unterbrochen werden. Und das sollte man auch diskutieren.

Nun zu Kollegen Gratzner und der Frage der Direktzahlungen. Ich meine, so wie es hier dargelegt wurde, würden jetzt die Sozialdemokraten und die ÖVP gegen Direktzahlungen sein. Ich erinnere daran, wir haben dieses Wort nicht nur geprägt, sondern wir haben das erste Mal in den siebziger Jahren Direktzahlungen eingeführt. Zu der Zeit, als noch sehr vehement gegen Direktzahlungen gekämpft wurde, weil das Primäre die Marktleistung als Anknüpfungspunkt war. Und erst die sogenannte Einführung des Bergbauernzuschusses, der der erste Direktzuschuß für Landwirte war, bedeutete den Durchbruch und wurde dann massiv in den Folgejahren ausgebaut. Ich glaube, daß das auch gut war.

Das heißt also, Direktzahlungen ja. Aber es kann nicht sein, daß letztlich, was auch manchen vorschwebt, nach einer Art Ökopunktesystem, jetzt nicht für Verkehr sondern für Landwirte, daß alles abgegolten wird. Man muß sich klar sein, daß die primäre Leistung eine wirtschaftliche Leistung ist und die zusätzliche Anerkennung Existenzsicherung für viele Betriebe bedeutet. Das heißt, nicht ausschließlich der Typus des Landschaftspflegers, sondern sehr wohl noch immer eine wirtschaftliche Aktivität, verbunden mit einer entsprechenden Unterstützung ist für die Existenz und Sicherung der bäuerlichen Betriebe von ungemeiner Bedeutung. Und ich bin sehr froh darüber, daß auch Kollege Kurzreiter in seinem Beitrag eines herausgearbeitet hat. Nämlich, daß es nicht nur Risiken gibt, sondern auch eine Chance in einem größeren Markt. Und daß es daher gilt, diese Vermarktungsorganisationen herzustellen, die uns den Zutritt sichern.

Wenn ich die österreichische Weiterverarbeitungsindustrie in der Landwirtschaft betrachte, so ist diese tatsächlich massiv unterentwickelt. Ich will jetzt keinen Vorwurf in eine bestimmte Richtung

setzen, aber eines steht fest: Daß wir uns zu lange nur auf den österreichischen Markt konzentriert haben, ohne die internationalen Möglichkeiten entsprechend zu nutzen. Da gibt es viele Gründe, die im Genossenschaftssystem liegen, die in der Kleinheit der Firmen liegen, jedenfalls wurde diese Schiene tatsächlich nicht entwickelt. Ich hoffe, daß hier eine neue Aufgabe, nämlich eine Vermarktung der österreichischen Produkte nach internationaler Art entsprechend aufgebaut werden wird.

Und nun zur eigentlichen Deklaration, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Deklaration der Bundesländer und der Bundesregierung - und darauf möchte ich aufmerksam machen - wurde bereits am 22. Juni 1993, also vor einigen Monaten bereits via Bundeskanzleramt abgegeben. Der heutige Beschluß des Landtages über diese Zukunftsmaßnahme hat daher mehr Formalcharakter. Und da möchte ich einmal einhaken, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nämlich in die Tatsache, daß vom Verfahrensablauf her zur Beschlußfassung derartiger Vorlagen überhaupt der Landtag nicht befaßt ist. Sondern, eigentlich im Nachhinein, ein paar Monate danach, bekommt der Landtag das vorgelegt und beschäftigt sich mit etwas, das eigentlich schon Faktum ist. Ich würde daher meinen, an Hand dieser Problematik solle überlegt werden, daß auch jenen im Landtag vertretenen Parteien, die nicht den Landeshauptmann stellen und nicht den Präsidenten stellen, eine entsprechende Mitwirkung an dieser wichtigen Integrationskonferenz der Länder eingeräumt wird. Darüber müßte man, glaube ich, sehr bald die Diskussion beginnen, weil ich glaube, daß sonst auf weite Strecken die anderen Fraktionen nicht informiert werden oder von der Information weitgehendst ausgeschlossen sind. Dies ändert auch nichts an der Vereinbarung nach Art. 15a, in der das Länderbeteiligungsverfahren zwischen Bund und den Ländern festgeschrieben wird. Weil nämlich das Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden zwar festgehalten ist, aber im Prozedere nirgends zum Ausdruck gebracht wird. Und daher ist dieses Lob, daß der föderalistische Bundesstaat eine wesentliche Qualität erlebt hat, weil eben diese Verfassungsreform eingeleitet

wurde, für mich nicht erkennbar. Ich glaube sogar, daß in der derzeit angesprochenen Integrationskonferenz der Länder erhebliche demokratiepolitische Defizite aufscheinen. Daher sollten wir - ich sagte das bereits - alles tun, diese Defizite im Interesse aller Fraktionen im Landtag abzubauen. Und bei der Vertretung der Bundesländer in den verschiedenen Ausschüssen, wie zum Beispiel im Ausschuß der Regionen oder bei der Allgemeinen Vertretung der Länder in der EG, entsprechend präsent sein. Das ist eine demokratiepolitische Konzeption.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Forderungskatalog, der hier aufgestellt wurde - ich sagte das - zeigt in vielen Bereichen eine ausschließliche Maximalvariante. Man sollte daher wirklich nicht die Hoffnungen übergebürlich hinaufschrauben. Denn auch das ist ein Problem. Weil dann das Erreichen oder Nichterreichen daran gemessen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte auch zu der Frage des Verlierens von Verhandlungen Stellung nehmen. Ich glaube, wir müssen tatsächlich heute überlegen, wie wir in Verhandlungen hineingehen, weil sonst das Image, das dann letztlich in der Abstimmung mit bewertet wird, des Verlierens bei den Verhandlungen, auch jenes Image ist, mit dem man dann in die Abstimmung in Österreich geht. Daher glaube ich, daß wir einen Spielraum einfach brauchen, der dann auch in Österreich vertretbar und argumentierbar ist.

Ich habe von einem der Vorredner gehört - es wurde sozusagen nicht gesagt, was Freizügigkeit der Arbeitskräfte bedeutet. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist in Österreich eine eigenartige Feststellung zu treffen: Nämlich, wenn man über ein bestimmtes Thema diskutiert, hört man als erstes, daß man viel zu wenig informiert ist. Aber wenn diese Information stattfindet, hört auch niemand zu. Und daher glaube ich, daß diese Diskussion, wenn man die Information fair führt, nicht so beginnen kann, daß diese Freizügigkeit, daß die vier Freiheiten so völlig neu sind und man unvorbereitet in dem Verhandlungsgeschehen ist. Das ist ein Grundverständnis dieses Systems. Daher glaube ich auch, daß wir mit den Ängsten sehr gut jetzt einmal argumentieren müssen. Denn die sind vorhanden, diese Ängste. Daß sie in die Richtung verändert werden, daß eine Strukturanpassung oder die Frage der Existenz bäuerlicher Betriebe jetzt nicht daran hängt, ob wir jetzt dabei sind oder nicht dabei sind. Sondern daß diese Frage sich jedenfalls stellt. Und daher nur die Frage in der Weise zu beantworten ist, ob wir den Strukturwandel besser bewältigen, wenn wir dabei sind oder wenn wir draußen sind. Das ist die eigentliche Argumentation, denn die

Veränderungen sind ja weitgehend EG-unabhängig. Sie haben vielleicht einen strukturbeschleunigenden Effekt, aber keinen auslösenden. Und im Grunde müssen alle die, die vor der Tür stehen, genauso ihre Anpassungen vornehmen wie jene, die in der Europäischen Gemeinschaft bereits sind und Mitglieder sind.

Daher sollte man auch die Diskussion so führen. Und ich glaube, daß tatsächlich in der Diskussion und in der Information noch viel zu leisten ist. Vor allem, daß man nicht diese Ängstlichkeit weiter schürt. Daß jeder seine Ängste pflegt, einer im Sozialbereich, einer im bäuerlichen Bereich, der andere im selbständigen Bereich. Die Summe der Ängste kann ja dann keine Zustimmung sein. Ich meine, daß wir das Ganze umdrehen müssen und deutlich signalisieren, daß das, was eine Strukturreform erzwingt, auch ohne Mitgliedschaft erzwungen ist. Weil wir heute schon die Beziehungen zu 70 Prozent ohnehin mit der Europäischen Gemeinschaft praktisch pflegen.

Ich möchte in dem Zusammenhang eine Resolution einbringen. Ein immer wieder gehörtes Argument der Ängste ist der Ausverkauf Österreichs, salopp formuliert. Wobei ich gar nicht darauf eingehen will, daß jene Bundesländer, die sich am meisten fürchten, schon sehr hohe Anteile an Ausländergrundbesitz haben. Eine Fremdenverkehrsgemeinde hat ohne EG bis zu 70 Prozent Ausländer-Besitzanteil. Das heißt also, jetzt wird die EG zwar zu einer Bedrohung, aber in Wirklichkeit haben sie schon 70 Prozent ihrer Gemeinde vor der EG-Mitgliedschaft verkauft. Aber ich halte es für wichtig, daß wir darüber heute diese Resolution fassen. Nämlich, daß wir dieses Argument entkräften - ich gebe zu, ein Detailargument aber eines, das man immer wieder hört. Daß wir nämlich eine Änderung des Grundverkehrsgesetzes anstreben und daß, obwohl die Frist bis 1996 läuft, wir bereits heute diese Grundverkehrsregelung anders organisieren und formulieren. Das muß ja auch vorbereitet und diskutiert werden. Es wäre daher notwendig, daß diese Anpassung des Gesetzes erfolgt, um diese Befürchtungen auch zu zerstreuen oder überhaupt wegzuschieben. Diesen Resolutionsantrag, sehr geehrter Herr Präsident, darf ich überreichen. Ich möchte ihn nicht vorlesen. Er beschäftigt sich mit der Änderung des Grundverkehrsgesetzes und mit der Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe.

Ich möchte abschließend zur Europäischen Gemeinschaft und zu dem, was schon ausgeführt wurde von meinen Vorrednern folgendes bemerken: Die Europäische Gemeinschaft ist und bleibt, Zustimmung oder nicht, eine politische

Entscheidung. Bei allem, was man in vielen Vorträgen, in Kursen hört, wo der Vorteil liegt, wo der Nachteil ist, vergißt man immer wieder, daß mit einer einzigen Gesetzesänderung dieser Vorteil oder dieser Nachteil aufgehoben ist. Weil heute in umweltpolitischen oder anderen Bereichen, in denen man im einen Bereich im Vorteil, im anderen im Nachteil ist, bis man letztlich in diese EG eintritt, eine Rechtsentwicklung eintreten kann, die vielleicht die Argumente der vorvorgestrigen Veranstaltung weit überholt hat. Das heißt also, es ist und bleibt eine politische Entscheidung. Für mich ist es auch eine Entscheidung, wenn man von Sicherheitspolitik in diesem Zusammenhang redet, daß man in eine Richtung denkt, daß Sicherheitspolitik nicht jetzt im herkömmlichen Sinne verstanden wird. Sondern daß dies als ein kollektives Instrument der friedenserhaltenden Maßnahmen verstanden wird und im Rahmen dieser Sicherheitspolitik wir uns sehr wohl zu dieser Frage auch einstimmig und eindeutig bekennen können.

In dem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren: Nicht die kleinlichen Diskussionen werden uns weiter bringen, sondern die große Linie, ob wir in dieser Gemeinschaft, die als friedenserhaltende Maßnahme, nicht nur als wirtschaftspolitische und als soziale Gemeinschaft konzipiert werden kann, teilnehmen wollen. Und das wird davon abhängen, wie stark es von uns mitgeprägt wird. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich überhaupt zur Deklaration komme, einige Anmerkungen zu meinem Vordredner. Herr Kollege Klubobmann Dr. Bauer. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, daß wir hier an dieser Stelle nicht große Reden schwingen sollten, sondern daß wir eigentlich insgesamt schon mehr unternehmen hätten sollen. Und ich darf nur verweisen darauf, daß es sicherlich ein gravierender Fehler war, daß uns diese Mehrheitsfraktion im Vorjahr aus diesem sogenannten Europa-Ausschuß, der ja neu gegründet wurde, allerdings relativ spät, überhaupt ausgeschlossen hat. Mittlerweile stehen die Dinge anders. Wir haben die Möglichkeit, hier mitzuwirken. Ich würde aber trotzdem bitten, daß mehr davon Gebrauch gemacht wird. Daß hier wirklich in Ausschüssen, Unterausschüssen darüber gesprochen wird und daß das Manko an Information nicht nur bei dem Bürger österreichweit,

sondern vor allem auch bei den Abgeordneten endlich weggommt.

Zum Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, zu seinen netten Erinnerungen von der Brüssel-Reise einige Anmerkungen. Eigentlich sehr, sehr spät hat sich die ÖVP und der Herr Landeshauptmann entschlossen, auch die Europahauptstadt Brüssel zu besuchen. Obwohl er ja weiß, daß das österreichische Ansuchen immerhin zehn Jahre gedauert hat, bis man diesen berühmten Brief endlich nach Brüssel geschickt hat. Nun hat er es der Mühe wert gefunden. *(Abg. Uhl: Also, jetzt weiß ich nicht, sind Sie dafür oder dagegen?)*

Geschätzte Damen und Herren! Außer netten Reiseerinnerungen, die er persönlich gehabt hat, war relativ wenig drinnen. *(Unruhe bei der ÖVP.)* Herr Kollege Schneeberger! Ich darf Ihnen nur sagen, daß wir Freiheitlichen die ersten waren, österreichweit, der freiheitliche Landtagsklub, die im Jahre 1991 schon uns einigermaßen, soweit es eben in dieser kurzen Zeit möglich ist, vertraut gemacht haben. Was spielt sich hier in Brüssel wirklich ab? Was gibt es für Möglichkeiten, österreichweit? Wir haben davon reichlich Gebrauch gemacht und ich habe auch hier im Hohen Haus des öfteren schon darüber berichtet. Aber es ist ja nie zu spät und wir alle, auch der Herr Landeshauptmann und die Mehrheitsfraktion, sind ja lernfähig, daß wir endlich - sehr, sehr spät - daran gehen, dieses heikle Problem der EG-Annäherung, der Integration auf sachlicher und fachlicher Ebene diskutieren.

Zu den Anmerkungen zu dieser Deklaration, daß in der öffentlichen Diskussion vielleicht, allgemein gesagt, häufig der status quo mit den Folgen des EG-Beitritts verglichen wird. Ebenso wie ein Beitritt hätte auch ein Nichtbeitritt für Österreich gravierende Konsequenzen. Ich sage das absichtlich, weil von uns Freiheitlichen immer wiederum, vor allem in letzter Zeit in den Medien, auch in den politischen Parteien, gesagt wird, wir wären Gegner der EG-Integration. So ist es nicht. Wir wollen nur unsere freiheitlichen Standpunkte präzisieren, die wir seit sehr, sehr langer Zeit haarscharf genau deklariert haben. *(Abg. Treitler: Was sagt Dr. Haider?)* Daß die sogenannten Hausaufgaben gemacht werden. Dann gehen wir in weitere Verhandlungen ein.

Das hat ja auch bewiesen vor wenigen Tagen Bundeskanzler Kohl aus Deutschland, der gesagt hat, Österreich ist ein äußerst wichtiger Partner für diese große EG, für dieses große Europa. Dessen waren wir uns immer bewußt. Und wir haben auch gesagt, wir haben viel einzubringen, wir brauchen nicht bittstellig werden. Wir können ruhig sagen,

was wir können, was wir haben und wir haben sehr viel. Wir müssen auch, zum Unterschied von der Regierung, jetzt wirklich daran gehen, die Bevölkerung draußen darüber aufzuklären. Es ist verdammt wenig, wenn die Frau Staatssekretär Ederer immer wiederum bei diesen Kommissionen lässig mit dabei ist. Ich habe einmal die Ehre gehabt, sie bei einer solchen Diskussion zu hören. Ich muß leider sagen in ihrer Abwesenheit, sehr viel hat sie sich anscheinend mit der EG-Problematik nicht beschäftigt. *(Abg. Uhl: Herr Kollege, was machen Sie, wenn Sie einer fragt, ob Sie dafür oder dagegen sind?)* Herr Kollege, wir können uns privat einmal unterhalten, ich bin gerne bereit, wir wohnen ja im gleichen Bezirk, darüber zu informieren. *(Abg. Uhl: das heißt, Sie wollen keine Erklärung abgeben. Sie wollen nicht Ja oder Nein sagen, nur gute Ideen präsentieren!)*

Was wäre wirklich, wenn Österreich draußen bliebe? Ich habe mir an sich ein großes Referat vorbereitet, aber nachdem die Zeit schon fortgeschritten ist, werde ich mich wirklich auf wenige sensiblen Themen beschränken. Und unter anderem ist auch ein Thema der Standort Österreich für die Betriebsansiedlung.

Bei einer Nichtmitgliedschaft Österreichs wäre mit einem Rückgang der ausländischen Investitionen in Österreich zu rechnen. Das wissen wir, gerade jetzt im Zuge dieser Rezession, wie es tatsächlich aussieht. Welches Land würde wirklich, vor allem Amerika oder Japan, in einem Land investieren, von dem man nicht weiß, wie die Zukunft ausschauen wird. Sicher wissen wir, daß wir in diesem Markt mit 350 Millionen Menschen mehr Chancen haben, als wir derzeit haben. Wir haben sie. Und wir wissen und müssen das auch den Leuten draußen sagen.

Auch die Studien zeigen in Übereinstimmung, daß das Binnenmarktprogramm zu einer Dämpfung der Inflationsrate führen würde. Für Österreich rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut binnen sechs Jahren mit einer um 5,2 % geringeren Preissteigerung. Von dieser Verbilligung der Waren und Dienstleistungen, gleichzeitig aber auch von einem vermehrten Angebot, profitieren insbesondere die Konsumenten, aber auch die Unternehmer in Form der Verbilligung von Rohstoffen und Rohprodukten. Ein Nichtbeitritt hätte zur Folge, daß auf Grund höherer Preise in der Produktion die Wettbewerbssituation wesentlich verschlechtert für Österreich wäre.

Ein sehr wichtiges Problem ist mir aber das Thema der Grenzformalitäten. Während im Binnenmarkt die Grenzformalitäten bis auf wenige ab-

geschafft werden, bleiben in der Außengrenze zur EG und damit auch zu Österreich, diese bestehen. Beispielsweise wurden mit Inkrafttreten des Binnenmarktes in der EG mit einem Schlag Millionen von Zollformularen abgeschafft. Heute genügt es, ein einziges Versandpapier zu haben und damit kann man quer durch Europa fahren. Und das wäre ein wesentlicher Bestandteil der Ankurbelung der Wirtschaft, auch in bürokratischem Sinne.

Die Außenhandelspolitik der EG - das wurde auch schon hier öfters gesagt - ist derzeit so, daß, wenn wir uns nicht beeilen, die Reformländer im Osten, die Tschechei, die Slowakei, Ungarn, die jetzt bereits Abkommen mit der EG haben, uns überrunden. Und wir nicht zuletzt deswegen in Niederösterreich äußerst große Schwierigkeiten haben mit der Wirtschaft. Weil ja diese Billiglohnländer ganz nahe an der Grenze bereits die Begünstigung des GATT-Abkommens haben, während wir hier mit verschiedenen Hemmnissen zu kämpfen haben. Auch ein Problem, wo wir sofort umdenken müssen. Von der Einsatz-Umsatzsteuer, der Bevorzugung, die die EG-Mitgliedstaaten haben, glaube ich, brauche ich nicht zu reden. Weil derzeit ist es ja in Österreich so, daß sie mit dem Zoll mit vereinnahmt wird, daß der Importeur, der Firmeninhaber, monatelang warten muß, bis er über das Finanzamt seine Gelder wiederum zurück bekommt. Und natürlich ohne Verzinsung und das ist ja nicht unbedingt günstig.

Alle diese Dinge wären dringendst zu debattieren, um hier aus dem Dilemma herauszuhelfen. Ein wesentliches Thema erscheint mir aber das der Grenzkontrollen im Personenverkehr. Es wurde heute schon angesprochen, daß durch die Verwirklichung der Freiheit des Personenverkehrs im Rahmen des Binnenmarktprogrammes innerhalb der EG die Personenkontrollen im Laufe des Jahres 1993 aufhören werden. Aber nicht so, daß überhaupt nicht kontrolliert wird, sondern daß nur stichprobenartig Polizeikontrollen, Zollkontrollen durchgeführt werden. Im wesentlichen wird man von Belgien quer durch Europa fahren können. Wir müssen aber auch hier, nachdem wir hier Außengrenze sind, im derzeitigen Europa unsere Grenzen verstärken. Wir müssen hier einem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung entgegenkommen und das ist das Problem, wo Österreich für meine Begriffe bis jetzt zu wenig getan hat. Und immer wiederum nur spricht davon, daß wir nicht wissen konnten, daß die Grenzen zum Osten geöffnet werden.

Von der Landwirtschaft wurde heute schon vielfach berichtet, sodaß ich glaube, darauf verzichten zu können. Über die öffentliche Auftragsvergabe vielleicht noch ein Wort. Daß es hier

Begünstigungen gibt innerhalb der EG, daß europaweit ab einer gewissen Größenordnung ausgeschlossen wird und daß hier für Österreich für gute Betriebe und deren haben wir ja Gottseidank noch zur Genüge, ein wesentlicher Vorteil entstehen würde.

Gesamt-gesehen können wir sagen, daß wir dieser Deklaration selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Wir bitten nur darum, daß es hier intensivere Gespräche gibt zu diesem Thema in den Ausschüssen, Unterausschüssen, bei Fachexperten, Fachkommissionen. Daß wir mit einbezogen werden und Konstruktives beitragen können. Wir werden dieser Deklaration unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des NÖ Landtages!

Es ist für mich eine außerordentliche Freude, heute als frisch gewählter Obmann des Europa-Ausschusses und als junger Abgeordneter zu diesem Thema meine erste Rede von diesem Platz aus halten zu dürfen.

Das Geschäftsstück gibt und gab Gelegenheit zu grundlegender Diskussion des Themas Österreich und die Europäische Gemeinschaft. Und es ist gut, daß gerade zu diesem Zeitpunkt dieses Thema auf der Tagesordnung steht, weil ein neuer Landtag und damit ein neuer Souverän in einer sich ständig ändernden Situation seinen Standpunkt überprüfen soll und sich jeweils Rechenschaft geben soll, ob der eingeschlagene Kurs gut und richtig ist.

Wir sind im Moment in der heißen Phase der EG-Diskussion. Seitens der EG wurde mehrmals betont, daß der 1.1.1995 ein erwünschter Beitrittstermin für Österreich und die skandinavischen Länder ist. Die Verhandlungen zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft laufen zur Zeit. Ich habe mir fünf Thesen überlegt, fünf Punkte, die ich heute zu diesem Thema Ihnen präsentieren will als meinen Standpunkt und als Standpunkt meiner Fraktion.

Ein Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft ist in der derzeitigen Situation nicht nur aus wirtschafts-, sondern vor allem auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen anzustreben. Wir konnten das alle verfolgen, 1987 stand das Binnenmarktprogramm der EG vor der Tür. Der

Cecchine-Bericht legte die wirtschaftlichen Vorteile dieses Programmes dar und es war die Österreichische Volkspartei, die als treibende Kraft dahin gewirkt hat, daß im Juli 1989 das Beitrittsansuchen Österreichs abgegeben werden konnte.

Es war fast ein Wink des Schicksals oder ein Zufall, der kaum anders hätte Regie führen können, daß im November 1989 die Mauer gefallen ist, sich seither Europa wesentlich verändert hat und heute, so wie zu Beginn der EG, die sicherheitspolitischen Aspekte ungleich mehr im Vordergrund stehen als noch vor zehn Jahren. Ich muß nicht näher darauf eingehen, daß zu Beginn der Europäischen Gemeinschaften 1952 das Bestreben im Mittelpunkt stand, in einer Region, die drei Mal innerhalb von hundert Jahren der Ausgangspunkt für verheerende Kriege war, in dieser Region durch eine Vernetzung der Wirtschaften Frieden zu sichern. In der EG selbst ist das, insbesondere im Konflikt Deutschland-Frankreich in den letzten Jahren ja gut gelungen.

Die EG steht heute wieder vor einer Weiterentwicklung. Durch die Verträge von Maastricht wurde eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik installiert, die auch für Österreich gerade an der Schnittstelle des ehemaligen freien Europa zu den ehemaligen Ländern des Ostblockes von besonderer Bedeutung ist. Wir werden unsere Sicherheit mit dem Instrumentarium der Neutralität nicht mehr bewahren können. Wir müssen aktiv an einem europäischen Sicherheitssystem teilnehmen. Ein europäisches Sicherheitssystem, in dem kollektive Sicherheit für die Werte, die in diesem Haus

mehrfach betont wurden, in dem ein derartiges System für Frieden sorgt, verträgt keine Neutralität! Zwischen dem Feuer und der Feuerwehr kann man nicht mehr neutral sein, hier hat man sich eindeutig auf eine Seite zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein EG-Beitritt bringt insgesamt meiner Meinung nach - Herr Kollege Preiszler hat das in einigen Teilbereichen ja skizziert - Vorteile für Österreich. Ich glaube, daß es Sache der Verhandlungen sein wird, möglichst viele derartige Vorteile auch durch Übergangsbestimmungen und Anerkennung von österreichischen Regelungen zu erwirken.

Ich glaube aber, daß Europa keine Registrierkasse ist, zu der man in einem speziellen Zeitpunkt sagen kann, ich werfe 10.000 Währungseinheiten hinein, kommt 9.900 heraus, dann sage ich Nein und kommt 10.100 heraus, dann sage ich Ja. Europa ist ein dynamischer Prozeß. Ich glaube, die zentrale Frage, die sich uns stellt ist, wollen wir bei diesem dynamischen Prozeß mitmachen oder wollen wir abseits stehen; vergleichbar dem Land Albanien, das auf die europäischen Entwicklungen nicht Einfluß nimmt. Ich glaube, wir sollten - und unsere Bundeshymne gibt uns das ja vor - aktiv in Europa mitmachen und die Mitbestimmung ist für mich das zentrale Argument, sich intensiv um einen Beitritt zu bemühen. Zwei Beispiele nur: Österreich hat im Jahr 1990 1.000 Tonnen Schwefeldioxyd exportiert und 34.000 Tonnen importiert. Wir können unsere Anstrengungen im Inland verzehnfachen, unsere Luftqualität wird sich nur dann weiter bessern, wenn es uns gelingt, internationale Standards einzuziehen, die für eine Verbesserung sorgen.

Und ein zweiter Bereich, weil das Soziale heute angesprochen wurde: Auch im sozialen Bereich wird es nicht möglich sein, unseren Standard und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu halten, wenn es uns nicht gelingt, dafür zu sorgen, daß auch in anderen Ländern entsprechende Standards nach unten hin abgesichert werden. Ich glaube, daß die Nationalstaaten gegenüber global agierenden Unternehmen und Konzernen längst zu klein geworden sind, um einen sozialen Standard zu garantieren.

Letztlich dürfen wir bei aller Wichtigkeit des Themas Europa und europäische Integration nicht vergessen, daß Europa mehr ist als bloß die EG. Gerade für Niederösterreich stellt sich diese Frage mit aller Vehemenz. Der Herr Landeshauptmann war ja nicht nur in letzter Zeit in Brüssel, es gibt schon seit langen Jahren intensive Kontakte von Niederösterreich zu den Ländern vorher des ehemaligen Ostens und jetzt unseren Nachbarländern: Seit 1984 mit dem Komitat Zala, mit der polnischen

Vojwodschaft Skierniewice, Südmähren, die ARGE Donauländer, eine ganze Reihe. Und weil ich gestern erst mit Bürgern diskutiert habe und Bürger mir gesagt haben, eigentlich wäre es mir lieber gewesen, die Mauer wäre nicht eingerissen worden, sondern um drei Meter erhöht worden - diese Ansichten werden auch Sie wahrscheinlich in Diskussionen des öfteren zu hören bekommen - da kann ich dem nur etwas entgegensetzen: Wir als Niederösterreicher liegen im Herzen des Kontinentes und wir haben ein Ziel, ein visionäres Ziel: Unsere Grenzregionen, die wirklich durch lange Jahre abgeschottet waren und wirklich wirtschaftliche Nachteile erlebt haben, die können, sollen und wenn wir es wollen, werden auch zu blühenden Regionen werden. So wie Vorarlberg und Tirol heute wirtschaftlich starke Lebensräume sind mit hoher Lebensqualität, so wird das auch in diesen Bereichen möglich sein. Und dieses Ziel sollen wir bei aller Orientierung zum westlichen Europa, das ja auch diese Länder haben, nie aus den Augen lassen!

Mein vierter Punkt: Ein Beitritt Österreichs zur EG ist zu wichtig, um daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf. Ich glaube, daß die Debatte heute über weite Strecken äußerst sachlich und konstruktiv geführt war. Es gibt ja bei verschiedenen Parteien oft nur schwer nachvollziehbare Haltungen. Dem Abgeordneten Preiszler ist es vorbehalten geblieben, einerseits zu urgieren die Reise des Landeshauptmannes hätte zu spät stattgefunden, offenbar weil sie wichtig ist. Andererseits aber den Bericht des Landeshauptmannes als nette Reiseerinnerung abzutun. Ich glaube, diese Dinge sind in einer gut geführten EG-Debatte überflüssig. Ich bekenne mich dazu, daß dieses Haus hier sachlich die Positionen Niederösterreichs artikulieren sollte und ich glaube, wir könnten uns diese Dinge wirklich ersparen. Ich darf Sie darum bitten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Letzter Punkt und zentraler Punkt für uns: Niederösterreich hat einen wichtigen Platz im Europa der Regionen. Niederösterreich sollte diese Chancen aktiv nützen. Die Aufgaben, die sich uns stellen, stellen sich auf verschiedenen Ebenen. Zum Einen sieht der Vertrag von Maastricht über eine Europäische Union ein Subsidiaritätsprinzip vor, das zu einem Europa der Regionen führen kann und soll. Diese Entwicklung steht sicher erst am Anfang. Ich freue mich, daß in der Deklaration, die uns heute vorliegt, die Aufforderung drinnen ist, schon während der Beitrittsverhandlungen dafür zu sorgen, daß dieses Europa der Regionen weiter ausgebaut wird. Die Länder, auch Österreich werden die Chance haben, im neuen Ausschuß der Regionen die Entwicklung in Europa aktiv mit zu beeinflussen.

Und ich sehe es als positives Zeichen an, daß es den Ländern gelungen ist, nicht nur einen 15a-Vertrag über die Mitwirkung der Länder am Prozeß der europäischen Integration erreicht zu haben, sondern daß auch jeweils Vertreter der Länder, Landeshauptleute, auch aktiv eingebunden waren. Seit Maastricht können sie das ja, sie können als Staatsvertreter bei den Ministerdelegationen an diesen Verhandlungen teilnehmen. Weil der Herr Dr. Bauer seinen Blick auf mich richtet: Ich glaube, daß mit dem Instrumentarium der Integrationskonferenz der Länder ein gutes Instrumentarium geschaffen wurde, um die Länder in einem relativ raschen Prozeß in diese Verhandlungen einzubinden. Ich glaube, es wird an den Landtagen selbst liegen. Und da gehe ich ja als jung gewählter und direkt gewählter Mandatar konform mit Ihnen. Es wird an den Landtagen selbst liegen, vernünftige Forderungen so zu artikulieren. Ich glaube, wenn wir diese Forderungen artikulieren, dann werden unsere Vertreter in der Integrationskonferenz, der Herr Präsident und der Herr Landeshauptmann, dafür sorgen, daß diese Standpunkte auch mit Vehemenz vertreten werden. Ich habe mit ihm vorher geredet, ich kann Ihnen das von dieser Stelle aus zusichern. Und wir haben es als Landtag ja in der Hand, diese Dinge auch zu kontrollieren und zu überprüfen.

Der zweite Punkt - und das betrifft unmittelbar den Resolutionsantrag des Kollegen Hrubesch - der zweite Punkt, der zu verwirklichen sein wird auf staatlicher Ebene und wo die Länder etwas einbringen müssen, ist die Bundesstaatsreform. Sie wissen, es gibt ein Paktum über eine Bundesstaatsreform. Ich glaube, es ist wirklich notwendig, daß die Länder als Ausgleich für die Rechte, die an supra-nationale Ebenen abgegeben werden, daß die Länder hier einen Ausgleich auf bundesstaatlicher Ebene bekommen. Dazu gehört für mich vor allem eine Bereinigung der Kompetenzen. Daß wir sinnvolle, abgerundete Vollzugskompetenzen schaffen. Das ist nämlich auch ein Punkt, Herr Dr. Bauer, in dem die Länder mit sinnvollen Verwaltungsverfahren einen Standortvorteil schaffen können. Industrieunternehmen wählen ihre Standorte auch danach, wie schnell und günstig Verfahren abgewickelt werden. Hier können wir nicht nur die Länder stärken, sondern auch für die Wirtschaft aktiv, und kostengünstig füge ich dazu, etwas tun.

Diese Bundesstaatsreform ist für mich innerstaatlich einer der wichtigsten Punkte. Sie beinhaltet für uns auch eine Reform des Bundesrates. Auch das ist ausdrücklich ein Punkt dieser Verhandlungen. Und daher ist für uns auch das, ich sage jetzt Mosaiksteinchen des Rederechtes der Bundesräte im Landtag eine Sache, die schon in

Diskussion ist. Es finden im Herbst ja Verfassungsgespräche zwischen allen Parteien statt. Dabei wird dieser Punkt auch behandelt werden können, ohne daß es einer weiteren Aufforderung durch den Landtag bedarf.

Gestatten Sie mir aber, daß ich als Jurist noch einen zweiten Punkt dazu füge. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, daß Änderungen der Geschäftsordnung nicht über Vorlage der Landesregierung, sondern durch einen selbständigen Antrag des Hauses zu formulieren sind. Und ich würde meinen, daß dieses Haus so viel Potential hat, daß wir die entsprechenden Bestimmungen auch ohne eine Vorlage der Landesregierung zuwege bringen. Daher das Ersuchen an die Mitglieder der freiheitlichen Fraktion, wenn wir diesem Resolutionsantrag nicht zustimmen, nicht zu sagen, die ÖVP war gegen das Rederecht der Mitglieder des Bundesrates. Wir waren nur dagegen, daß wir uns dafür eine Vorlage der Landesregierung erbitten müssen. *(Beifall bei ÖVP.)*

Zum Schluß darf ich noch auf die inhaltlichen Komponenten der Arbeit in Niederösterreich zu sprechen kommen. Ich glaube, auf Landesebene stellen sich unmittelbar einige Aufgaben. Erstens: Die Diskussion und Information der Bevölkerung. Eine Aufgabe, der sich gerade wir Abgeordnete nicht entziehen können. Zweitens: Das Einbringen und Artikulieren von Standpunkten in den Verhandlungen.

Und gerade in diesem Bereich sind die Äußerungen unseres Herrn Landeshauptmannes über die Ausdehnung der sensiblen Regionen im Transitvertrag auf den Osten Niederösterreichs von richtungweisender Bedeutung. Im Bereich der Anpassung des Landesrechtes werden wir Spielräume zu nutzen haben und uns überlegen müssen, wie wir unser Recht sinnvoll gestalten. Wir unterstützen daher auch den Resolutionsantrag - und ich darf diesem Antrag beitreten - rechtzeitig über das Grundverkehrsrecht Überlegungen anzustellen, weil die Verhandlungen uns Gelegenheit bieten werden, hier sachgerechte Lösungen zu finden. Über die müssen wir uns Gedanken machen und können das dann auch nach Brüssel artikulieren.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung wird es darum gehen, diese Einteilungen Niederösterreichs in Fördergebiete sinnvoll durchzusetzen. Wenn die Forderungen des Landes hier zum Durchbruch kommen, ist die ganze Region, nördliches Weinviertel, Mostviertel, Eisenwurzen und auch der Südraum EG-Fördergebiet und kann mit Strukturförderungen aus den EG-Töpfen rechnen. Eine Sa-

che, die für uns sicher von eminenter Bedeutung ist. Zentrale Aufgabe insgesamt wird es sein, Niederösterreich hier bei uns, wenn wir es selbst wollen, weiter zu einer blühenden EG-Region zu machen, dann kann Niederösterreich eine Musterregion in einem neu gestalteten Europa sein.

Den Resolutionsantrag Dr. Bauer und Dr. Michalitsch zum Grundverkehrsgesetz bringe ich damit zur Verlesung (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Bauer und Dr. Michalitsch zur Vorlage der Landesregierung betreffend Deklaration der österreichischen Bundesländer "Österreich und die Europäische Gemeinschaft", Ltg. Zl. 14, betreffend Vorlage einer Novelle zum Grundverkehrsgesetz.

Bereits die Entscheidung für die Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum, aber auch ein möglicher Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, erfordert zwingend die Änderung des NÖ Grundverkehrsgesetzes 1988. Obwohl die Übergangsbestimmungen zum EWR eine Frist für die Anpassung der Grundverkehrsregelung bis 1.1.1996 einräumen, läßt diese Anpassung eine sowohl besonders intensive als auch grundsätzliche und somit längerfristige Beratung erwarten.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, dem NÖ Landtag ehestmöglich den Entwurf einer Novelle zum NÖ Grundverkehrsgesetz 1988 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen."

Herr Präsident, ich darf Ihnen diesen Resolutionsantrag überreichen!

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir in diesem Bereich, aber auch im Raumordnungs- und im Förderungsbereich und in vielen anderen gesetzlichen Bereichen wesentliche Aufgaben vor uns haben. Ich darf mich als Vorsitzender des Europa-Ausschusses auf die Zusammenarbeit mit allen Fraktionen in diesem Sachbereich freuen. Und ich glaube, daß wir es gemeinsam schaffen werden, daß Niederösterreich in eine gute Zukunft, in ein integriertes Europa geht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Uhl gemeldet.

Abg. UHL (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wir Sozialdemokraten werden den Resolutionsantrag der Freiheitlichen Partei nicht unterstützen und nicht zustimmen. Wie bereits der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch gesagt hat, haben wir uns alle bereit erklärt, in einem umfassenden Gespräch, in einer umfassenden Änderung der Landesverfassung einige Dinge unterzubringen. Ob das auch ein Punkt wird, der positiv behandelt wird, kann man jetzt, glaube ich, noch nicht sagen. Das wäre verfrüht, weil die Gespräche noch nicht stattgefunden haben. Aber wir werden sicherlich auch über den Inhalt dieses Antrages ein Gespräch führen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (*ÖVP*): Ich verzichte.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Europa-Ausschusses*): Einstimmig angenommen. (*Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.*)

Bei den Beratungen wurden zwei Resolutionsanträge gestellt. Der erste Antrag des Abgeordneten Hrubesch betrifft die Aufwertung des Bundesrates. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag*): Abgelehnt.

Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Bauer und Dr. Michalitsch betrifft die Vorlage einer Novelle zum Grundverkehrsgesetz. (*Nach Abstimmung über diesen Antrag*): Einstimmig angenommen.

Darf ich nun die Frau Abgeordnete Auer bitten, die Verhandlung zur Zahl 17/M-4 einzuleiten. (*Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. AUER (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf zum NÖ Mutterschutz-Landesgesetz und seiner 5. Novelle folgenden Bericht bringen:

Mit Artikel I des Arbeitsrechtlichen Begleitgesetzes wurde das Mutterschutzgesetz des Bundes mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1993 geändert. Für die Bediensteten des Landes Niederösterreich, der NÖ Gemeindeverbände und der NÖ Gemeinden, welche nicht in Betrieben tätig sind, ist die Kompetenz des Landesgesetzgebers gegeben. Für den angeführten Personenkreis gelten die Vorschriften des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes. Das heißt,

diese vorliegende Gesetzesnovelle beabsichtigt die vom Bund geschaffenen Regelungen auch in Niederösterreich einzubinden und zur Anwendung zu bringen.

Im Sozial-Ausschuß wurde von der Abgeordneten Barbara Rosenkranz eine Veränderung des § 3 Abs. 6 eingebracht. Durch diese Veränderung des § 3 Abs. 6 soll einerseits besser darauf Bedacht genommen werden, daß dem Dienstgeber die Erfüllung der ihm auferlegten Maßnahmen nicht immer möglich ist. Andererseits werden im Interesse des Kindes auch jene Mütter in diese Regelung einbezogen, die selbst rauchen. Dieser Antrag wurde im Sozial-Ausschuß einstimmig angenommen. Ich darf daher namens des Sozial-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf, betreffend Änderung des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes, wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort hat sich die Frau Abgeordnete Rosenkranz gemeldet.

Abg. ROSENKRANZ (*FPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben unter diesem Tagesordnungspunkt die fünfte Novelle des NÖ Mutterschutz-Landesgesetzes zu beschließen. Ich habe seitens meiner Fraktion im zuständigen Ausschuß einen Änderungsantrag, der den § 3 Abs. 6 betroffen hat, eingebracht. Ich erlaube mir, in Kürze noch einmal meine Begründungen darzulegen.

Die betreffende Passage regelt den Schutz der werdenden Mutter und des Kindes vor dem sicherlich schädlichen Nikotineinfluß und verpflichtet in der ursprünglichen Fassung den Dienstnehmer zwingend, durch organisatorische Maßnahmen für diesen Schutz Sorge zu tragen. Vorab sei klar gestellt, daß der gesundheitliche Sinn einer nikotinfreien Lebensführung überhaupt und vor allem während der Schwangerschaft natürlich nicht in Frage steht. Wir meinen aber, daß ein Gesetz erstens praktikabel sein muß und daß auch einzelne Paragraphen des Gesetzes nicht dem Ziel des Gesetzes im Gesamten widersprechen können. Diese Gefahr haben wir im betreffenden Absatz gesehen und zwar dadurch, daß, wenn der Dienstgeber zu Verpflichtungen angehalten wird, die er nicht leicht oder beinahe gar nicht erfüllen kann, er dann ganz einfach von der Beschäftigung junger Frauen Abstand nehmen wird.

Wenn man bedenkt, daß das Mutterschutzgesetz in erster Hinsicht den gesundheitlichen Schutz von Mutter und Kind sicherzustellen hat, in zweiter Hinsicht aber auch junge Frauen vor den Benachteiligungen schützen soll, die ihnen durch Schwangerschaft, Geburt und die Betreuung ihrer kleinen Kinder im Erwerbsleben widerfahren können, so meinen wir, daß durch diesen Paragraphen die Erwerbschancen junger Frauen erheblich gemindert werden und so nicht dem Ziel des Gesetzes entsprechen werden kann.

Was das Zweite betrifft, der Schutz des Kindes vor dem Einfluß von Nikotin, so haben wir die Sache so gesehen, daß man eigentlich die rauchenden

werdenden Mütter nicht ausnehmen kann. Es würde ja da wohl eine etwas schiefe Optik entstehen, wenn man einerseits berechtigter Weise die Umgebung einer werdende Mutter sehr wohl zur Berücksichtigung ihres Zustandes verpflichtet, ex pressis verbis aber in der gesetzlichen Regelung einzig die werdende Mutter selbst von dieser Rücksicht auszunehmen bereit ist.

Und was die Regelung dieses Problems durch gesetzliche Normen, das Problem des Schutzes der Nichtraucher vor Rauchern überhaupt betrifft, so meinen wir, daß man hier nicht einseitig auf gesetzliche Maßnahmen setzen kann, sondern vielmehr den Bereich der Gesundheitserziehung verstärken müßte. Ich darf anmerken, daß in diesem Zusammenhang die Einrichtung der Raucherzimmer in unseren Schulen etwa neu überdacht werden müßte. Und ich darf auch hinzufügen, daß ich mich sehr wohl noch an Zeiten und an Kreise erinnern kann, da es eine Selbstverständlichkeit war, daß Raucher, bevor sie eine Zigarette angezündet haben, die Nichtraucher um Erlaubnis dafür gebeten haben und wo Raucher in Gegenwart schwangerer Frauen davon überhaupt Abstand genommen haben. Diese Überlegungen sind im Ausschuß berücksichtigt worden. Wir können daher dem vorliegenden Gesetzesentwurf gerne zustimmen. Der Schutz des Kindes und unserer Kinder, Hohes Haus, kann nicht allein mit dem Säuglingsalter sein Bewenden haben.

Sie werden mir gestatten, aus gegebenem Anlaß noch ein weiteres Wort an Sie zu richten. Wir haben alle gestern das grauenhafte Geschehen, das sich in einer unserer Gemeinden, im niederösterreichischen Hausleiten zugetragen hat, zur Kenntnis nehmen müssen. Dort hat ein 13-jähriger Hauptschüler seinen Direktor niedergeschossen und sich dann selbst den Tod gegeben. Ich warne Sie, Hohes Haus, diese Sache als Einzelfall zu werten. Dieser Bub war ein ganz normales Kind, dem Vernehmen nach ein lebhafter Junge, wie alle anderen Kinder, nicht einmal ein schlechter Schüler, mit einem ganz normalen Hintergrund. Ein Scheidungswaise; das widerfährt vielen Kindern heute.

Ich warne davor, zur Tagesordnung überzugehen! Was sich hier in einem unfaßbaren Ausbruch von Gewalt und Zerstörung ereignet hat, ist vielmehr ein Symptom einer verheerenden Entwicklung. Die Tragödie von Hausleiten steht in einem Zusammenhang mit der steigenden Gewaltbereitschaft und der zunehmenden Verwahrlosung unserer Jugend.

Die zunehmende Zahl der Drogentoten und die ständig steigende Brutalität der immer jünger werdenden Gewalttäter sind eine nicht zu verdrängende Tatsache.

Wir müssen uns sagen, daß wir gesellschaftliche Entwicklungen zugelassen haben, die immer mehr Kinder in einen seelischen Ausnahmezustand drängen, den sie dann nicht mehr zu steuern vermögen. Jeder nichtige Anlaß kann, wie in Hausleiten, zur Katastrophe führen. Vereinsamte Kinder in zerrütteten Familien, die ihre Erziehung, ich möchte das unter Anführungszeichen gesetzt verstanden wissen, die ihre "Erziehung" einzig dem Fernsehen verdanken, sind zu Opfern einer ausweglosen Sinnkrise geworden.

Dieser Bub hat den Wert seines Lebens für so gering geschätzt, daß er dieses Leben gestern einfach weggeworfen hat. Und er hat das in einer Art und Weise getan, wie es ihm Abend für Abend im Fernsehen vorgeführt wird.

1994 ist das Jahr der Familie, Hoher Landtag! Vor allem wir, ich spreche von meinen weiblichen Kolleginnen, wir müssen uns nicht vorwerfen lassen, daß wir nicht emsig genug von Symposium zu Symposium eilen. Wir treffen einander auf Podiumsdiskussionen, wir treffen einander auf Enqueten. Aber ich meine, es ist Zeit, daran zu denken, daß das abstrakte Theoretisieren und daß das Einführen neuer gesellschaftspolitischer Experimente nun wirklich vorbei sein muß.

Ich fordere Sie auf, diese grauenvolle Tat zum Anlaß zu nehmen: Lassen Sie uns auf das wirklich Wichtige zurückkommen! Bei aller Toleranz gegenüber alternativen Lebensformen, bei allem Respekt und bei allem Verständnis für individuelle Selbstverwirklichungswünsche dürfen wir doch das Wohl unserer Kinder nicht aus den Augen verlieren!

Im Zentrum jeder Familienpolitik als anzusteuerndes Paradebeispiel hat die intakte Familie zu stehen. Die intakte Familie, die als sicherster Garant für eine geborgene und deshalb gelungene Kindheit angesehen werden muß. Die Sache unserer Familien, die schlecht genug steht - jeder, der damit beschäftigt ist, weiß das - die Sache unserer Familie hat von einem Randbereich der politischen Debatte in das Zentrum zu rücken, um den Platz einzunehmen, der ihr nach Dringlichkeit und Wichtigkeit gebührt.

Hoher Landtag! Wir sind dabei, unsere Kinder aus der Kindheit zu vertreiben und unsere Zukunft zu verspielen. Es ist hoch an der Zeit, die Zeichen

an der Wand zu deuten! Alles andere, Hoher Landtag, würde selbstmörderisch sein! *(Beifall bei FPÖ, ÖVP und LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort ist gemeldet die Frau Abgeordnete Lembacher, ich erteile es ihr.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben uns heute mit einer Vorlage zu beschäftigen, die dem Schutz von Mutter und Kind dient. Dieser Vorlage werden alle Landtagsfraktionen sicher gerne ihre Zustimmung geben. Sind wir uns doch alle bewußt, daß ja die Hilfe für die Familien, für die Eltern, für die Kinder die beste Grundlage für das zukünftige Leben ist. Geht es doch um die gesundheitliche Vorsorge der Mütter, geht es um die körperliche Gesundheit, aber sicher auch um die Hilfe für die Mütter in den Ämtern, in den Betrieben.

Die Frau Abgeordnete Rosenkranz hat angeschnitten, bezüglich des Rauchens, auch der werdenden Mütter, den Schutz eigentlich der Mutter auch vor sich selbst, kann man sagen. Daß nicht nur jene Frauen geschützt werden sollen, die sowieso nicht rauchen, sondern auch werdende Mütter, die rauchen. Ich bin sehr froh darüber. Ich kenne sehr viele Frauen, die rauchen und wenn sie dann ein Baby erwarten, sich sehr wohl bewußt sind, daß es um die Gesundheit ihres Kindes geht.

In diesem Zusammenhang ist auch sehr erfreulich, daß gerade das erste und auch das zweite Karenzjahr von sehr vielen Frauen in Anspruch genommen wird, gerade im Hinblick auf die Familien. Eines muß uns aber klar sein: Daß alle Sozialleistungen, ganz egal in welchem Bereich, erwirtschaftet werden müssen. Erwirtschaftet von der Wirtschaft, von den Arbeitnehmern, von den Arbeitnehmerinnen, von allen eigentlich. Es geht daher darum, diese Sozialeinrichtungen dann auch sinnvoll zu nutzen.

Ein paar Worte noch zur Frau Abgeordneten Rosenkranz, die auch Stellung genommen hat zu den schrecklichen Vorfällen in Hausleiten. Ich bin nicht so weit, zu sagen, daß ist symptomatisch für unsere Gesellschaft. So, glaube ich, ist es noch nicht. Aber es ist sicher immer schwieriger für die Jugend, sich in unserer Zeit zurecht zu finden. Unter all den Einflüssen, die auf jeden Einzelnen einströmen. Es ist angeschnitten worden das Fernsehen, verschiedenste Lebenseinstellungen. Es würden sehr wenig Werte vermittelt. Und leider Gottes muß man sagen, wird oft in einer falschen

verstandenen Liberalität eigentlich alles erlaubt. Alles ist möglich. Doch so kann es letztendlich auch nicht sein. Es brauchen auch die Jugendlichen und unsere Kinder Orientierungen. Etwas, woran sie sich halten können. Gerade wir Erwachsenen und wir in der Politik haben da sicher eine große Aufgabe zu erfüllen.

Ich würde auch die Herren einladen, es ist schon angeklungen ist, es gibt so viele Symposien, die sich mit der Familie beschäftigen, mit dem Bestehen der Familien, mit den Einrichtungen, ob es Kinderbetreuungseinrichtungen sind oder ob es um Gewalt im Fernsehen geht, wogegen es von der Interessensvertretung der NÖ Familien immer wieder Initiativen gibt, auch auf die Verantwortlichen einzuwirken. Ich habe leider Gottes den Eindruck, daß zwar sehr viel geredet wird, daß alle sagen, Ja, das ist richtig und das ist wichtig. Aber daß die Konsequenzen letztendlich nicht gesetzt werden.

Und vielleicht noch ein weiteres Wort: Es wird im Parlament über ein Pornografiegesetz gesprochen. Wenn es da schon Überlegungen gibt, ab 14 verschiedenste Dinge zu ermöglichen, würde ich wirklich an die Verantwortlichen appellieren, genau nachzudenken, was wir beschließen. Und nicht einer Liberalität das Wort zu reden, die letztendlich den Kindern und uns allen miteinander für die Zukunft Schaden bringt.

Dem Gesetz, dem NÖ Mutterschutz-Landesgesetz, wird unsere Fraktion sehr gerne die Zustimmung geben. Und ich hoffe, daß wir in Zukunft wirklich miteinander im Sinne unserer Jugend, unserer Familien doch handeln werden. *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, die Frau Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. AUER (SPÖ): Ich verzichte.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER : Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses):* Einstimmig angenommen.

Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäftszahlen 10/B-8 und 11/B-13 wegen des sachlichen Zusammenhanges unter einem zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung sollen jedoch getrennt vorgenommen werden. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Herrn

Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, zur Zahl 10/B-8 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP):
Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Landtag von Niederösterreich hat am 4. Oktober 1984 das Gesetz über den NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds beschlossen. Die Aufgabe des Fonds besteht in der Durchführung aller Maßnahmen, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft mit Ausnahme des Fremdenverkehrs in Niederösterreich dienen.

Im Rahmen des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds gibt es zwei Verrechnungseinheiten:

1. den Förderungsfonds,
2. den Haftungsfonds.

Gemäß § 10 des Gesetzes über den NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds hat die NÖ Landesregierung über die Gebarung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit dem Landtag zu berichten. In der Sitzung vom 21. Juni 1993 hat das Kuratorium den Bericht an den Landtag und den Rechnungsabschluß 1992 genehmigt.

Durch Landtagsbeschluß vom 7. Juni 1990 wurde festgelegt, daß die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der im Bereich des Landes bestehenden Fonds vor der Vorlage an den NÖ Landtag vom beeideten Wirtschaftsprüfern auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind.

Die NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachfolge KG, wurde beauftragt, den Rechnungsabschluß 1992, insbesondere die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung hinsichtlich der materiellen und formellen Richtigkeit zu prüfen. Der Prüfbericht liegt vor, das Prüfergebnis lautet, daß das Rechnungswesen und der daraus entwickelte Jahresabschluß den gesetzlichen Vorschriften über die Aufzeichnungspflichten entsprechen. Es wurden keine Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetz oder Geschäftsordnung erkennen lassen, festgestellt.

Der Bericht wurde im Wirtschafts-Ausschuß behandelt und einstimmig beschlossen. Ich stelle daher den Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht und der Rechnungsabschluß des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds für das Jahr 1992 ein-

schließlich des Prüfberichtes der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachfolge KG werden zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER : Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hiller, zur Zahl 11/B-13 zu berichten.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte namens des Wirtschafts-Ausschusses zur Zahl 11/B-13 betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds, Jahresbericht 1992.

Der Landtag von Niederösterreich hat am 10. Oktober 1985 das Gesetz über den Fremdenverkehrsförderungsfonds beschlossen. Die Aufgabe des Fonds besteht in der Gewährung von zinsen losen oder zinsbegünstigten Darlehen, Subventionen, einmaligen, nicht rückzahlbaren Prämien und Zinszuschüssen für Fremdenverkehrsbetriebe mit einer Betriebsstätte in Niederösterreich und für Vereine und NÖ Gemeinden, die Maßnahmen zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs in Niederösterreich setzen.

Gemäß § 10 des Gesetzes über den NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds hat die NÖ Landesregierung über die Gebarung des Fonds sowie über dessen Tätigkeit dem Landtag zu berichten. Auf Grund des § 8 des Gesetzes über diesen Fonds hat das Kuratorium den Bericht an den Landtag und den Rechnungsabschluß zu beraten. In der Sitzung vom 21. Juni 1993 hat das Kuratorium den Bericht an den Landtag und den Rechnungsabschluß 1992 genehmigt.

Durch Landtagsbeschluß vom 7. Juni 1990 wurde festgelegt, daß die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der im Bereich des

Landes bestehenden Fonds vor der Vorlage an den NÖ Landtag von beeideten Wirtschaftsprüfern auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind.

Die NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachfolge KG wurde beauftragt, den Rechnungsabschluß 1992, insbesondere die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung hinsichtlich ihrer materiellen und formellen Richtigkeit zu prüfen. Der Prüfbericht liegt nun vor, das Prüfergebnis lautet, daß das Rechnungswesen und der daraus entwickelte Rechnungsabschluß den gesetzlichen Vorschriften über die Aufzeichnungspflichten entsprechen. Es wurden keine Tatsachen, die Verstöße der Geschäftsführung gegen Gesetz oder Geschäftsordnung erkennen lassen, festgestellt.

Der Bericht über die Tätigkeit des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds, der Rechnungsabschluß für das Jahr 1992 und der Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresbestandsrechnung und die Jahreserfolgsrechnung des Fonds zum 31. Dezember 1992 werden hier vorgetragen.

Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

Antrag des Wirtschafts-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds, Jahresbericht 1992.

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht und der Rechnungsabschluß des NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds für das Jahr 1992 einschließlich des Prüfberichtes der NÖ Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH Nachfolge KG werden zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Dr. Hannes Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Aus Gründen der Geschäftsordnung möchte ich meinen Resolutionsantrag zum Bereich Wirtschaft betreffend Verkehr einbringen. Es ist ein Konnex der gegeben ist, weil ich in der Tat als Standardfaktoren in der Wirtschaft die geistige und technische Infrastruktur an erster Stelle sehe.

Dieser Bereich beschäftigt sich mit der technischen Infrastruktur künftiger Standortgegebenheiten.

Ich verlese einen Resolutionsantrag zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, Landtagszahl 10, betreffend Abschluß einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG mit dem Bund zum Bahnausbau in Niederösterreich. Ich möchte mich jetzt schon entschuldigen, es ist notwendig, dies genau vorzulesen. Daher wird das einige Zeit beanspruchen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dr. Bauer zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, Ltg. Zl. 10, betreffend Abschluß einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG mit dem Bund zum Bahnausbau in Niederösterreich.

In einem am 24. April 1981 von den Abgeordneten Dr. Bauer, Binder, Haufek u. a. eingebrachten Antrag über die Schaffung eines Gesetzes über die Gewährung einer Fernpendlerbeihilfe wurde darauf hingewiesen, daß die Mobilität des Arbeitskräftepotentials aus den verschiedensten Gründen keineswegs so hoch sei, daß die Arbeitnehmer sich ohne weiters an der Standortwahl durch gewerbliche Unternehmen orientieren könnten. Diese Überlegungen wurden nicht nur damals zur Begründung der Schaffung einer Fernpendlerbeihilfe angestellt, sondern dienen als Grundlage für vielfache Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich. Die Richtigkeit dieser Überlegungen wurde vor allem in jenen Regionen bewiesen, in denen durch ein attraktives Verkehrsangebot die Abwanderung gestoppt werden konnte. Auch die in den letzten Jahren wiederholt geführten "Nebenbahn-Diskussionen" haben gezeigt, daß bei einer Attraktivierung des Verkehrsangebotes, wie etwa auf einigen Strecken im Weinviertel die Zahl der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel wieder sprunghaft angestiegen ist.

Die mittlerweile in den ehemaligen Ostblockländern stattgefundenen Veränderungen werden neben einer Vermehrung des Reiseverkehrs aber auch eine starke Zunahme des Güterverkehrs bewirken. Da vor allem aus umweltpolitischen Gründen eine Steigerung des Straßenverkehrs nicht wünschenswert und oftmals auch gar nicht möglich ist, kommt dem Ausbau des Schienenverkehrs in Niederösterreich größte Bedeutung zu.

Tatsächlich wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Ausbaumaßnahmen durch die Bahn in Niederösterreich gesetzt:

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau der Südbahn und Beseitigung niveaugleicher Eisenbahnkreuzungen mit dem Ziel, bis Wiener Neustadt einen Schnellbahnverkehr einzurichten

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau und zum Teil Neutrassierung der Westbahn zwischen St. Pölten und Landesgrenze

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Elektrifizierung der Nordwestbahn zwischen Hollabrunn und Retz (bereits fertiggestellt)

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Elektrifizierung der Franz Josefs-Bahn zwischen Siegmundshergberg und Gmünd

Darüber hinaus wurden zahlreiche weitere kleinere Vorhaben verwirklicht, wie Gleisneulagen, Bahnhofsumbauten, Park-and-ride-Anlagen etc.

Das neue Bundesbahngesetz wird ab 1994 eine Trennung zwischen Infrastruktur und Betrieb bringen. Es erscheint daher notwendig, vor allem bei Ausbaumaßnahmen der Infrastruktur, derartige Anliegen mit dem Eigentümer der Infrastruktur, dem Bund, zu vereinbaren. Eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zum Zweck des Ausbaus des Schienenverkehrs in Niederösterreich erscheint daher dringend geboten und sollte, ohne eine taxative Aufzählung vornehmen zu wollen, folgende Schwerpunkte umfassen:

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau der "Preßburgerbahn" - Schnellbahnlinie S 7 inklusive Wiederherstellung der Verbindung nach Bratislava als Nahverkehrsverbindung und Flughafenzubringer ausgehend vom "Bahnhof Wien"

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau der Ostbahn, insbesondere auch der Anbindung von Bratislava über Parndorf - Kittsee

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Bau zweier weiterer Streckengleise der Westbahn zwischen Wien und St. Pölten

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau der Linie S 2 (zweigleisiger Ausbau bis Niederkreuzstetten, Elektrifizierung bis Laa a.d. Thaya)

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Schnellbahnartiger Ausbau der Achse Krens - St. Pölten - Lilienfeld, insbesondere zweigleisiger Ausbau zwischen Herzogenburg - St. Pölten

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Leistungsfähiger Ausbau der Südbahn bis Payerbach-Reichenau

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Zweigleisiger Ausbau der Pottendorferlinie als Entlastungsstrecke für die Südbahn

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Aufrechterhaltung der von Ghega erbauten Semmering-Bahn

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau der Aspangbahn südlich von Wiener Neustadt

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausbau des Marchegger Astes der Ostbahn vor allem für den Güterverkehr

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Streckenverbesserungen auf der Franz Josefs-Bahn (durchgehend für Höchstgeschwindigkeit 140 km/h) und der Mariazellerbahn

Darüber hinaus ist auf allen Linien ein Programm zur Beseitigung niveaugleicher Eisenbahnkreuzungen von Bahnstreckensanpassungen sowie zur Schaffung von Park-and-ride-Anlagen zu verwirklichen.

In einem derartigen Abkommen gemäß Art. 15a B-VG ist neben der zügigen Durchführung der Planungen und der Sicherstellung der Finanzierung vor allem auch ein entsprechender Zeitplan zu erstellen, innerhalb dessen die einzelnen Vorhaben zu verwirklichen sind. Eine Vereinbarung des Landes Niederösterreich mit dem Bund gemäß Art. 15a über den Ausbau des Schienenverkehrs in Niederösterreich hätte sich selbstverständlich in erster Linie auf niederösterreichische Interessen zu beziehen; andere Vorhaben des Bundes, die in übergeordneten Interessen liegen, können daher von einer derartigen Vereinbarung nicht berührt werden.

Im Zuge dieser Vereinbarung sollte auch eine Regelung der Finanzierung und des Ausbaus bestehender Verkehrsverbände erfolgen sowie Aussagen über die Aufrechterhaltung und den Betrieb der unter der bisherigen Bezeichnung "Nebenbahnen" geführten nunmehrigen Regionalbahnen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung ehestmöglich beim Bund vorstellig zu werden und dahin zu wirken, daß mit dem Bund über den Ausbau des Schienenverkehrs und die Aufrechterhaltung der Regionalbahnen in Niederösterreich eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG abgeschlossen wird."

Herr Präsident! Ich darf Ihnen den Resolutionsantrag überreichen und ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Preiszler, ich erteile es ihm.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich zum vorliegenden Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zu sprechen komme, eine kleine Replik zu EG-Europa. Wir wissen, daß europaweit ein Gespenst der Arbeitslosigkeit seit Jahren herrscht und immer mehr zunimmt. Es wird demnächst so sein, daß zirka 20 Millionen Menschen in den EG-Ländern ohne Job sind. Wir alle wissen, daß es hier Maßnahmen bedarf, daß hier Konsequenzen gezogen werden müssen, die es bis dato nicht gegeben hat.

Es haben sich namhafte Europapolitiker, sowohl von den Sozialdemokraten als auch von den Christdemokraten in Belgien, in Brügge zusammengesetzt und haben beratschlagt, was können wir tun. Und sie sind zu der Überzeugung gekommen, daß Löhne und Lohnnebenkosten eingefroren werden müssen. Und zwar sofort, bevor es noch größere Katastrophen gibt.

Der Faktor Arbeit, so auch der internationale Währungsfonds, sei in vielen Industrieländern zu teuer. Wir wissen, daß etwa in der Bundesrepublik eine Arbeitsstunde an die 180,- Schilling kostet. Wir wissen aber auch, daß in anderen EG-Ländern, etwa in Portugal, eine Arbeitsstunde nur 50,- bis 60,- Schilling kostet. Und um diese Unterschiede auszugleichen, müssen hier Dinge geschaffen werden, die es möglich machen, hier Einhalt zu gebieten. Wir wissen aber auch, daß die Arbeiter in Osteuropa und vor allem in den asiatischen Ländern

noch weit billiger sind. Hier bedarf es eines Umdenkens europaweit, natürlich auch für Niederösterreich.

In Niederösterreich ist die Arbeitslage auch nicht erfreulich. Wir wissen, daß es hier etwa 30.000 Arbeitslose gibt, ein Stand, den es seit 1945 noch nicht gegeben hat. Es wird immer wiederum gesprochen, vor allem von der Mehrheitsfraktion - in jüngster Zeit konkurrenzieren sich beide Großparteien hier im Hohen Haus - Maßnahmen zu schaffen, um dieser Arbeitslosigkeit, um diesen Firmen

zusammenbrüchen entgegen zu wirken. Das sind gute Vorsätze, die aber in Wirklichkeit außer, daß es populistisch ist und daß es in den Medien vielleicht gut ankommt, zu wenig bringen.

Wir wissen aber auch, daß in Niederösterreich es Betriebe gibt, Gottseidank, die wirtschaftlich sehr wohl in der Lage wären, einiges besser zu machen, wenn sie entsprechend unterstützt werden würden. Damit komme ich jetzt auch zum sogenannten Bericht der Arbeitsmarktförderung. Wir haben schon im Vorjahr und alle Jahre wiederum immer wieder kritisiert, daß es hier ein Konvolut von Förderungsmaßnahmen gibt, die nicht überschaubar sind. Nicht überblickbar und vor allem für den Förderungswerber zu wenig bekannt. Einige Förderungen werden laut Bericht überhaupt nicht ausgenützt, da nur äußerst dürftig dotiert.

Geschätzte Damen und Herren! Hier wäre es wirklich an der Zeit, etwas zu machen. Nicht nur immer wieder stereotyp jedes Jahr den Bericht vorzulegen und so zu tun, als wäre alles in bester Ordnung. Ein Ding, das uns als Freiheitliche immer wiederum nicht sehr behagt, ist, wie dieses Gremium zusammengesetzt ist. Von 14 Mitgliedern sind nach wie vor paritätisch, mehr Schwarz als Rot, das versteht sich von selbst, nur Politiker drinnen, zu wenig Fachleute oder überhaupt keine. Es ist ein einziger Vertreter der Handelskammer, ein einziger Vertreter der NÖ Arbeiterkammer vertreten. Meine Herrschaften, hier wäre es wirklich an der Zeit, umzudenken und auch hier Politiker 'raus und Fachleute 'rein zu geben. Das wäre etwas, wo man einiges ändern könnte.

Die Nahversorgung, ein Stiefkind in Niederösterreich, ist wieder einmal unter die Räder gekommen. Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Es hat aber, glaube ich, keinen Sinn, wenn man hier etwas herunterbetet, was jeder für sich zu Hause lesen kann. Und ich nehme doch an, daß sich die Herrschaften damit vertraut machen und Gedanken machen, wie man das wirklich in den Gremien ändern könnte.

Sehr bestürzt war ich über die Äußerung von der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, sie ist momentan nicht hier, als ich vor kurzem in der Presse las, daß sie anlässlich einer Diskussion in Langenlois gesagt hat - ich zitiere hier die Presse, ich weiß nicht, ob es stimmt, "Niederösterreich braucht noch weitere ausländische Arbeitskräfte, um alle Aufgaben bewältigen zu können". Eine mutige Aussage, meine ich, wenn man bedenkt, daß es in Bezirken im Süden von Niederösterreich eine Arbeitslosenrate von 10 % gibt. Daß Betriebe, Klein-

betriebe, Mittelbetriebe, von den Großbetrieben möchte ich gar nicht reden, das wissen Sie alle, wir lesen es ja tagtäglich, etwa die AMAG 15, 16, ja vielleicht 20 Milliarden Schilling Schulden machen. Und sich der Herr Generalsekretär der sozialistischen Partei erfrecht und sagt, von Schuldzuweisung, von Anklage kann keine Rede sein. Ja, ich frage wirklich, was muß denn in Österreich noch alles geschehen, daß man wirklich einmal nicht nur den kleinen Angestellten, den Arbeiter, der freigesetzt, auf die Straße gesetzt wird, zur Rechenschaft zieht. Wäre es nicht höchst an der Zeit, wirklich einmal die Schuldigen, die Manager, die politisch Verantwortlichen nicht mit Millionenbeträgen in Frühpension zu schicken, sondern hier einmal zu sagen, Herrschaften, so nach freiheitlicher Doktrin, hier müssen sie mitverantworten und auch Rechenschaft darüber ablegen, warum es zu diesem Debakel gekommen ist. *(Beifall bei FPÖ.)*

Es ist wirklich ein Gipfel der Frechheit, wenn der Herr Parteisekretär Marizzi gerade in einer Region in Ternitz sagt, es wäre eine Schuldzuweisung überhaupt nicht gegeben. Ich würde mir wünschen, wenn er das in einer Betriebsversammlung, vielleicht bei der ÖMV oder anderswo sagen würde. Dann könnte ich ihm zumindest zugute halten, daß er mutig ist. Nur so zu tun, als wäre die heile Welt da, ist verdammt wenig.

Das heißt, wir wissen, daß die Arbeitslosenzahl in Niederösterreich steigt. Aber nicht nur das, wir wissen auch, daß die Ausländerbeschäftigung, die illegale Ausländerbeschäftigung, der sogenannte Arbeitsstrich, von Tag zu Tag steigt in Wien. Er steigt aber auch in Niederösterreich, im Ballungsgebiet rund um Wien. Und was geschieht? Relativ wenig, herzlich wenig! Es ist zuwenig, nur Firmen, das haben wir hier im Landtag beschlossen, von öffentlichen Ausschreibungen fern zu halten, wenn es nicht administriert werden kann. Das heißt, wenn es nicht irgendwo ein sogenanntes Strafregister gibt, wo dann Gemeinden, kommunale Verwaltung, Wohnbaugenossenschaften etwa, schauen können, bevor sie ihre Aufträge vergeben, ob diese Firma nicht schon mehrmals, des öfteren gröblichst gegen das Arbeitsmarktgesetz verstoßen hat. Daher haben wir Freiheitlichen schon im Vorjahr gefordert, hier etwas zu tun und ich darf hier einen Resolutionsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Preisler

zum Antrag des Wirtschafts-Ausschusses betreffend Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preiszler zum Antrag des Wirtschafts-Ausschusses, Ltg. 10/B-8 betreffend Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer

Angesichts der steigenden Zahlen von beschäftigungslosen und unterstandslosen Ausländern in Österreich, insbesondere auch in Niederösterreich, erweist sich neben fremdenpolizeilichen Maßnahmen auch die Verstärkung der Kontrolle illegaler Arbeit und unerlaubten Aufenthaltes als unabdingbar. Dazu sind alle geeigneten Mittel auszuschöpfen, um diese Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß ehestens die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsplatz - wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat - geschaffen werden."

Ich weiß, daß wahrscheinlich meine Nachredner, vor allem von den Sozialdemokraten, hier mit Dingen kommen werden, die sagen, das erinnert uns, das geht nicht, das können wir nicht tun. Aber ich weiß auch, daß es Sozialdemokraten waren, die im Parlament auch schon damit geliebäugelt haben, hier Maßnahmen zu setzen, weil es wirklich nicht anders geht. Im Vorjahr wurde dieser, unser Antrag abgelehnt. Ich würde Sie bitten, diesmal in Anbetracht der miesen Arbeitssituation in Niederösterreich diesem Antrag beizutreten.

(*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.Ing. Toms, ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.Ing. TOMS (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich hier zum Jahresbericht 1992 des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds Stellung nehmen darf, so ist das für mich natürlich eine willkommene Gelegenheit, auch auf die aktuelle wirtschaftliche Situation in unserem Bundesland eingehen.

Zuerst aber zur Geschäftsentwicklung und Geschäftstätigkeit des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds für das Jahr 1992. Förderungsschwerpunkte 1992 waren strukturverbessernde Investitionen, Innovation, Technologie, Beratung, Arbeitsplatzbeschaffung und -erhaltung und die Nahversorgung. 1992 wurde das Förderungssystem gestrafft. Die Zahl der Aktionen wurde verringert und einem lang gehegten Wunsch der Wirtschaft, den unübersichtlichen Formularetschun- gel zu beseitigen, wurde stattgegeben. Es gibt jetzt nur mehr ein einziges Antragsformular!

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle aber eine Frage einfü- gen, warum es eigentlich so eine große Zahl von Aktionen gibt, die allesamt für die NÖ Wirtschaft sehr nützlich sind. Neben den Aktionen wie Gemein- same Kreditaktion für Kleinbetriebe der Gewer- blichen Wirtschaft bis hin zur Zinsenzuschuß- aktion, bis zur Sozialräumeaktion gibt es insgesam- 16 Aktionen, die für unser Bundesland, für die Wirt- schaft große Vorteile bringen. Das sind fein abge- stimmte Instrumentarien, die individuell für die Be- triebe eingesetzt werden können. Würden diese Landesaktionen in dieser Art und Weise nicht exi- stieren, so wären verschiedene, differenzierte Bundesförderungsmittel einfach nicht ansprechbar und wären so für uns und für die NÖ Wirtschaft verloren. Eine bundesweite, zumindest teilweise Vereinfachung wäre hier jedoch sehr erstrebenswert, die Gesetzgebung liegt aber nicht in diesem Haus.

Zurück zum Bericht, zur Geschäftstätigkeit. Das geförderte Kreditvolumen ist inklusive Haftungen nach einem stetigen Steigen vom Jahr 1985 bis 1990 von 1,1 Milliarden auf 2,2 Milliarden gestiegen, hat sich also verdoppelt, von 1990 auf 1991 auf 2,0 Milliarden wieder gesunken und 1992 auf 1,75 Milliarden weiterhin abgesunken. Anders entwickelten sich die ausbezahlten Beträge, die inklusive Haftungsinanspruchnahmen, ca. 333 Millionen im Jahre 1986, auf 494 Millionen im Jahr 1992 gestiegen sind. Und zwar in ziemlich gleichmäßiger Art und Weise.

Die Jahre 1985/86 sind nicht vergleichbar mit den Folgejahren, da hier einige Aktionen abgewic- kelt wurden. In den Jahren 1991 und 1992 wurde ein geringeres Förderungsvolumen bewilligt. Als

Gründe sind hier aber die gute Wirtschaftssituation zu nennen, internationale Rahmenbedingungen, aber auch knappe Fondsmittel. 1993, soweit es überblickbar ist, wird das geförderte Kreditvolumen aber wieder steigen im Sinne der Ankurbelung der Wirtschaft.

Bei den Budgetzuführungen zum Fonds aus dem Landesbudget ist nach Zuführungen 1985 von 195 Millionen bis 1989 ein Absinken 1989 auf 140 Millionen zu verzeichnen gewesen. Von 1990 wurden die Zuführungen bis heute bis 1993 wiederum auf 240 Millionen gesteigert. Und man hört, es soll eine weitere Steigerung dieser Budgetzuführungen um 55 Millionen oder 29 Prozent auf 295 Millionen 1994 geben. Das wäre eine wichtige Forderung der Wirtschaft.

Aus dieser Aufstellung ist deutlich ersichtlich, daß ein erheblicher Nachholbedarf gegeben war. Seit 1992 wurden die Zuführungen an den Fonds wiederum erhöht, wobei 1994 natürlich, wie vorher angekündigt, wiederum ein Jahr mit Schwerpunkt Wirtschaft werden soll. Es sind auch erhöhte Mittel zuzuführen auf Grund eines gewissen Nachholbedarfes und durch die Einführung neuer Aktionen. 1993 etwa das NÖ Beteiligungsmodell, die NÖ Exportförderung und 1994 der geplante Ausbau der Nahversorgung.

Zum NÖ Beteiligungsmodell kann folgender aktueller Stand derzeit berichtet werden: Derzeit sind 64 Anträge mit einem Beteiligungsvolumen von 513 Millionen Schilling beantragt. Davon entfallen auf die Gewerbliche Wirtschaft 440 Millionen und auf die Tourismusbranche 73 Millionen. Man sieht, hier klafft bereits eine Schere, Gewerbliche Wirtschaft mehr, Tourismusbranche weniger.

Im Bewilligungsbeirat sind in sechs Sitzungen 22 Anträge genehmigt worden mit einem Beteiligungsvolumen von 152 Millionen Schilling. Hier darf also berichtet werden und das freut mich sehr, daß unserem jungen Herrn Wirtschaftslandesrat Gabmann ein wirklich absolut positiver und vor allem ein einmaliger Wurf gelungen ist: Unser NÖ Beteiligungsmodell, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur hervorragend von der heimischen Wirtschaft angenommen wird. Nein, es

kommen aus anderen Bundesländern Wirtschaftsfachleute, schauen sich dieses Modell an. Ja wie berichtet wird, sogar aus dem Ausland sind Interessenten da, die sich nach diesen Förderungsrichtlinien umsehen. Allen Beteiligten, somit auch Ihnen, meine sehr verehrten Kollegen, die Sie in der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode hier für dieses Modell mitgestimmt haben, ist zu gratulieren.

Im Tourismusbereich wird es beim NÖ Beteiligungsmodell zwar kleinere Modifikationen geben. Ich habe eben erwähnt die Auseinanderentwicklung gewerbliche Wirtschaft - Tourismuswirtschaft. Die große Linie jedoch stimmt auch hier zum Wohle der Tourismuswirtschaft.

Zur Geschäftstätigkeit des Fonds kann weiters ergänzend berichtet werden, daß 1992 EG-, EWR-relevante Kriterien in die allgemeinen Förderbestimmungen aufgenommen wurden. Am Anfang seines Bestehens konnte der Fonds seinen Förderleistungen bei sinkenden Zuführungen aus dem Landesbudget nur nachkommen, indem alle Rücklagen, die von vorher noch da waren, restlos aufgelöst wurden. Schließlich mußte das Stammvermögen des Fonds angegriffen werden und dieses Stammvermögen, das bis ins Jahr 1989 stetig aufgebaut wurde, ist eben durch die eingegangenen Verpflichtungen und Darlehensaufnahmen bereits auf das Niveau von 1985 wiederum reduziert worden.

Der Landesbeitrag an den Fonds sollte jährlich nach Berücksichtigung der eingenommenen Zinsen für Fondsdarlehen jeweils jene Höhe erreichen, die notwendig ist, um sämtliche Förderzuschüsse, Zinszuschüsse sowie Bürgschaftsinanspruchnahmen zu finanzieren.

Warum berichte ich das hier? Weil durch die jährliche Erhöhung des Landesbeitrages an den Fonds sowie durch eine sparsamste Fondsgebarung es erfolgreich gelungen ist, die Festigung der Ausgabenstruktur 1992 und 1993 fortzusetzen. Auch dieser Erfolg des Fonds muß gesagt werden, wenn es um den Bericht 1992 geht. Als Zukunftsvision des Fonds oder besser als gezielte Aktionen für 1994 sind als Schwerpunkte die Nahversorgung und die Qualitätssicherung vorgesehen.

Um auf meinen Vorredner; Herrn Abgeordneten Preisler einzugehen: Hier ist bereits ein eigener Ausschuß sehr erfolgreich tätig. Und wie Sie sehen,

durch die Erhöhung der Fondszuführungen ist es jetzt möglich, für die Nahversorgungsaktion verstärkt einzutreten. Es liegt sehr wohl in unserem Lande nicht an den Voraussetzungen der Unterstützung, es liegt wohl, das muß ich hier sagen daran: Es ist sehr schwer, einen jungen Unternehmer zu finden, der sich bei allen Unterstützungen für die Nahversorgung einsetzt. Ich weiß das aus meinem eigenen Bezirk, wo wir uns bemühen, in etlichen kleineren Gemeinden Greißler zu bekommen. Du kannst locken mit Förderungen noch und noch, du findest keine. Es liegt an den Leuten. Es ist ungefähr so wie bei den PflegerInnen, daß hier das Personal nicht so einfach zu finden ist.

Durch eine Zielparole kann der Fonds sehr flexibel auf diverse sichtbar werdende Schwachstellen in der NÖ Wirtschaft reagieren und es kann nach den jeweiligen Erfordernissen der Fonds eingesetzt werden. Durch eine wesentlich erhöhte Zuführung von Landesmitteln aus dem Landesbudget 1994 zur Dotierung des Fonds können wichtige Ziele der NÖ Wirtschaft erreicht werden. Außerdem müssen gerade in "Zeiten wie diesen" Maßnahmen gesetzt werden zur Sicherung der Arbeitsplätze oder auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es geht also darum, daß hier ausreichend dotierte wirtschaftsfördernde Maßnahmen vorhanden sind.

Im Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Berichtes steht natürlich die wirtschaftliche Lage unseres Bundeslandes. Und hier kann man sagen, daß die wirtschaftliche Situation durch eine anhaltende Konjunkturschwäche gekennzeichnet ist, wie es so schön heißt. Europaweite Umwälzungen und ihre wirtschaftlichen Folgen lassen in Österreich teilweise regional unterschiedliche Konjunkturmuster entstehen. Die internationale Konjunktur zeigt wenig Anzeichen zur Erholung. In Westeuropa werden sich die Wachstumskräfte aller Voraussicht nach erst im kommenden Jahr durchsetzen können. Der Konjunkturrückgang im Staat Österreich, aber auch in Niederösterreich wurde hauptsächlich vom Ausland nach Österreich übertragen. Das zeigt sich ganz eindeutig in den schwachen Warenexporten und gesunkenen Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr. Frühindikatoren lassen einen weiteren Rückgang des Auslandsgeschäftes auch im Herbst 1993 erwarten. Die bisher noch stabile Beschäftigungslage könnte stärker sinken. Nach langen Jahren eines Wirtschaftswachstums in unserem Bundesland, das weit über dem österreichischen Durchschnitt lag und vor drei Jahren sogar einen Weltspitzenwert aufwies, ich erinnere an die plus 6,6 Prozent, mit denen wir sogar über Japan gelegen sind, muß erstmals eine Stagnation bzw. eine sehr bescheidene Wachstumsrate der NÖ Wirtschaft hingenom-

men werden. Wobei wir aber immer noch, meine sehr verehrten Kollegen, über dem österreichischen Durchschnitt liegen. Hauptursache für diese Entwicklung sind ausnahmslos äußere Ursachen, das habe ich schon einmal gesagt: Das Ausbleiben von Exportaufträgen aus Deutschland und auch aus den Abwertungsländern, wie zum Beispiel Italien und der Zusammenbruch bzw. der Wegfall des gesamten Ostmarktes. Die größten Einbrüche - und das ist auch interessant - verzeichnet die Industrie. Bekleidungsindustrie, Textilindustrie, Metallindustrie, Maschinen- und Stahlbau. Wir können also feststellen, daß die Industrie den größten Einbruch erlebt, wobei die Industrie mit 30 Prozent an der NÖ Wirtschaft natürlich einen großen Anteil ausmacht. Und das drückt natürlich auf das Gesamtergebnis.

Jene Bereiche, die wir aber hier in unserem Bundesland selbst beeinflussen können, das ist das Gewerbe und der Handel, die sind auch wiederum Musterschüler, wenn ich das so sagen darf. Da sie vom Innenklima abhängig sind. Sie können zwar auch nicht diese himmelstürmenden Wachstumsraten mehr verzeichnen wie in früheren Jahren, aber hier sind wir immer noch in guten Zahlen, da ist die Welt noch relativ in Ordnung.

Interessant ist auch, daß das Konsumklima weder durch den geschrumpften Zuwachs der Realeinkommen, noch durch die höhere Arbeitslosigkeit beeinträchtigt wurde. Es kann inklusive der rezessiven Werte der NÖ Industrie die gesamte NÖ Wirtschaft, ohne Landwirtschaft gerechnet, folgende Entwicklungen der Bruttowertschöpfung real nachweisen. Und das, meine sehr verehrten Kollegen, ist ganz interessant. Ich nenne jetzt die Werte der letzten vier Jahre und zwar zuerst jene für Niederösterreich, dann auf Österreich bezogen:

1989 Niederösterreich plus 4,9 %, österreichweit 4,0 %. 1990 6,6 % gegenüber 4,8 %. Hier war der hohe Wert, da war ein Unterschied von 1,8 Prozent. Und 1991 3,5 % : 3,5 %, da lagen wir gleich. 1992 2,3 % zu 1,8 %, da waren wir um 0,5 % besser. Und jetzt, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Prognose für 1993: Niederösterreich plus 0,5 %, in Österreich minus 0,8 %. Wir finden wiederum einen Unterschied gegenüber den anderen Bundesländern von +1,3 %. Das ist ein ganz ein ausgezeichnetes Zeugnis für die wirtschaftsfördernden Maßnahmen und für die Wirtschaft in unserem Bundesland. Es ist eine Schrumpfung, wie gesagt, der österreichisch Daten und in Niederösterreich ein Wachstum für 1993 zu erwarten.

Erfreulich ist weiterhin und das ist auch interessant, die Zunahme der Neugewerbebeiträge. Wir haben, meine sehr verehrten Kollegen, 3.735 Neugewerbebeiträge. Das ist ein Plus von 17 Prozent. Das betrifft das "schlechte Jahr" 1993, Jänner bis September. Und bitte, diese Gewerbebetriebe bringen auch Arbeitsplätze. Das darf man nicht vergessen. Es muß hier ein positives Klima herrschen. Die Unternehmer müssen Vertrauen haben und das ist hier mit Zahlen untermauert. Allen Zweiflern, welche behaupten, die Rezession, die Einbrüche in den Wachstumszahlen seien hausgemacht, kann hier weiters mit einem phänomenalen Beispiel geantwortet werden. Bekanntlich hat im Jänner 1993 der NÖ Baugipfel stattgefunden. In einer österreichweit einmaligen Aktion wurden hier die gesamten öffentlichen Bauinvestitionen von seiten des Landes Niederösterreich koordiniert und wirklich als gezielte Konjunkturspritze präpariert. Weiters wurden im März 1993 auf Grund des revolutionierenden neuen NÖ Wohnbauförderungsmodelles 4.000 Wohneinheiten zur Ausführung freigegeben. In einer Sitzung doppelt so viel als jeweils die Jahre vorher. Und jetzt kommt es, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen: Während die Produktionstätigkeit im österreichischen Hochbau inklusive Niederösterreich in der Zeit vom 1.1. bis 30.9.1993 um - 8,9 % geschrumpft ist, kam es alleine im Land Niederösterreich zu einem gigantischen Wachstum - und das ist fast nicht glaubbar und jetzt passen Sie bitte auf - von +42,9 Prozent. Das ist eine Sensation! Das ist ein wirklich schöner Erfolg der wirtschaftsfördernden Maßnahmen, die hier im Landtag in der letzten Periode beschlossen wurden.

Dieser Wert alleine und weiters der Umstand, daß eben die Baubranche Impulseleader ist, sind der Beweis dafür, daß die NÖ Landesregierung genau goldrichtig das Richtige zur richtigen Zeit getan hat. Und daß wir in Niederösterreich zwar nicht auf der Insel der Seligen leben, aber doch noch relativ in einer konjunkturheilen Welt, die wir miteinander aufgebaut haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zur Arbeitsmarktlage kann gesagt werden, daß die Beschäftigung im Osten erstaunlich stabil ist. Die Beschäftigungssituation in Niederösterreich insgesamt ist erfreulich. Sowohl die Gesamt- als auch die produktive Beschäftigung sind gegenüber dem Vorjahr noch steigend. Weniger zufriedenstellend - und da gebe ich zum Teil recht - gestaltet sich nach wie vor die Situation im Bezug auf Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftenachfrage. Hier sind zum Teil durch verschiedene Firmenausfälle regional besorgniserregende Spitzen vorhanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber auch bei den

Arbeitslosen sind wir besser als die anderen Bundesländer in Österreich. Der österreichische Durchschnitt beträgt 5,8 Prozent (*Abg. Rupp: Das stimmt nicht mehr! Es sind 5,6 Prozent!*) Doch, das ist der Wert. Niederösterreich 5,7 Prozent. (*Abg. Rupp: 5,6 % und 5,8 %!*)

Ich habe 5,8 % und 5,7 %. Und zwar bitte, man darf folgendes nicht machen: Man darf nicht sagen, in Niederösterreich sind die Arbeitslosen um so und so viel Prozent gewachsen. Bitte, das sind absolute Zahlen, mit denen kann man nichts anfangen. Man muß die relativen Zahlen betrachten. Immer im Vergleich mit anderen Bundesländern. Und ganz schlimm erscheint es im Vergleich mit dem Ausland. Da sind wir Spitze, das müssen wir auch sagen. Aber wir haben die letzten Zahlen, die sind von heute Vormittag, in Österreich plus 5,8 Prozent und 5,7 Prozent in Niederösterreich.

Hinsichtlich des Ausblickes in das Jahr 1994 muß vorerst festgestellt werden, daß sich der Tiefpunkt dieses Konjunkturtiefs vom prognostizierten Jahr 1992 ins 1993 Jahr verschoben hat. Unter diesem Aspekt ist in Österreich für 1993 mit einer Stagnation - ich habe es zuerst gesagt - zu rechnen, wobei, wie vorher erwähnt wurde, eben Niederösterreich sich positiv abheben wird. Wie ich auch schon gesagt habe, natürlich infolge der Bautätigkeit und infolge der noch relativ guten Beschäftigungslage. Für 1994 wird allgemein ein Aufschwung in Gesamtösterreich von +1 % prognostiziert, der wiederum verstärkt auf unser Bundesland Niederösterreich durchschlagen müßte. Eine wirtschaftsfreundliche Budgetgestaltung bei allen Erfordernissen des Sparens ist aber die Voraussetzung, daß wir dieses Ergebnis erreichen, um auch die Trendwende in unserem Bundesland herbeizuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf Grund des vorliegenden Berichtes des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds für das Jahr 1992, der Betrachtung der aktuellen Wirtschaftssituation in unserem Bundesland kann festgestellt werden, daß die Entwicklung des Fonds für die NÖ Wirtschaft eine äußerst positive ist. Gerade im Bereich der Wirtschaft hat sich die Führung des Landes mit erfolgreichen Maßnahmen durchgesetzt, mitzuhelfen, mittels Wirtschaftsinstrumentarien den konjunkturellen Aufschwung und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu beeinflussen. Gemeinsam mit unserem Vertrauen in die Wirtschaft, mit den Fähigkeiten der NÖ Betriebe, mit dem Fleiß der Arbeitnehmer, aber auch mit den vorausschauenden Maßnahmen unserer Landesregierung, verbunden mit einer ausreichenden Do-

tation des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds durch den Landtag, können gemeinsam die Herausforderungen, die sich uns stellen, bewältigt werden. Herausforderungen sind im Hinblick auf den Aufschwung, im Hinblick für eine günstige Startposition im Ostgeschäft, im Hinblick auf den Beitritt Österreichs zur EG und die unmittelbaren Herausforderungen jetzt im Hinblick auf die Sicherung, Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu sehen.

Die Landtagsfraktion der ÖVP wird natürlich den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds 1992 zustimmend zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der ÖVP*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Herbert Kaufmann.

Abg. Mag. KAUFMANN (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Debatte zum Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds gibt auch immer Anlaß, generell zur Wirtschaftslage in Niederösterreich etwas zu sagen. Auch mein Vorredner ist schon darauf eingegangen, offensichtlich ist es so, daß wir derzeit in einer grundsätzlich schwierigen Lage leben. Ich glaube, daß sich diese schwierige Lage eigentlich aus zwei Faktoren ergibt. Zum Einen leben wir in einer Zeit einer riesigen strukturellen Veränderung, in der Zeit, in der die internationale Arbeitsteilung anders wird. Das zeigt sich allein aus den Währungsverschiebungen, die es im letzten Jahr gegeben hat, die beträchtlich waren und die unserer Wirtschaft natürlich auch entsprechende Schwierigkeiten bereiten. Zum anderen zeigt sich das natürlich auch in der Ostöffnung, weil wir eben an einer Grenze leben mit einem Einkommensgefälle von 1:10, das Druck auf unseren Arbeitsmarkt, aber auch Druck auf unsere Produktionen erzeugt. Weil natürlich viele Unternehmer relativ leicht geneigt sind, ihre Produktionen jenseits der Grenze abzuwickeln. Auch das ist ein Faktor einer neuen internationalen Arbeitsteilung. Das heißt, wir leben in einer Zeit wirklich großer struktureller Probleme. Und zu diesen großen strukturellen Problemen, die nicht nur uns, sondern das gesamte westliche Europa betreffen, kommt noch ein eklatanter Konjunkturinbruch dazu. Die wirklich problematische Situation ergibt sich daraus, daß diese beiden Faktoren zum gleichen Zeitpunkt auftreten. Also auf der einen Seite ein großes strukturelles Problem, gepaart mit einem doch eklatanten konjunkturellen Abfall. Und das ergibt eben jetzt die wirklich wirtschaftlich schwierige

Situation in Österreich, aber auch - und dort ist es meistens noch schwieriger - in vielen anderen Ländern Europas.

Das Ergebnis ist, daß wir seit vielen Jahren wieder eine Schrumpfung der Wirtschaft im Jahre 1993 zur Kenntnis nehmen müssen. Es wird 1993 das Bruttonationalprodukt um 0,7 % schrumpfen und wir haben noch dazu eine Arbeitslosenrate in Österreich von 7 %, die für unseren Geschmack viel zu hoch ist. Wenn man das auf OECD-Standard umrechnet, wo eben nicht nur, wie bisher in Österreich bei der Berechnung der Arbeitslosenraten die unselbständig Beschäftigten hinzugezogen werden, sondern das gesamte Erwerbspotential, also auch die Selbständigen, ergibt sich eine Arbeitslosenrate von 4,7 %. Eine Rate, die auch viel zu hoch ist. Die im internationalen Vergleich zwar gering ist, aber das ist für uns ein relativ kleiner Trost. Dazu kommt, daß die regionalen Unterschiede beträchtlich sind. Es gibt eben Regionen in Niederösterreich, wo die Arbeitslosenrate weit darüber hinaus geht. Und dazu kommt, daß es vor allem ältere Arbeitnehmer überproportional betrifft. Die Arbeitslosenrate bei den über 50-jährigen überschreitet deutlich die 10 %-Grenze.

Die Insolvenzen in Niederösterreich haben auch stark zugenommen. In Niederösterreich sind im Jahr 1993, das heißt in den ersten neun Monaten, fast 400 Betriebe insolvent geworden. Allein dadurch haben etwa 3.500 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz verloren. Die Prognose ist positiver. Für 1994 wird ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % erwartet. Das Problem besteht vor allem darin, daß dieses Wachstum nicht ausreichen wird, um die Probleme am Arbeitsmarkt zu minimieren. Es wird die Arbeitslosenrate dennoch nach allen Prognosen um 0,5 % steigen. Das ist eine Skizzierung der Situation. Die Frage, die sich natürlich an den Politiker und an den Landtag richtet, ist, welche Schritte sind nun notwendig? Einmal zum Globalen: Ich glaube, wir würden sehr schlecht daran tun, wenn wir uns an diese Arbeitslosenrate und an diese Zahl der Arbeitslosen gewöhnen würden. Es ist absolut notwendig, daß wir weiterhin Vollbeschäftigung als erstes Ziel unserer Wirtschaftspolitik begreifen und verstehen und daß wir uns nicht abfinden, wie das in manchen europäischen Ländern und auch in mancher konservativen Regierung der Fall ist, mit einer höheren Zahl an Sockelarbeitslosigkeit.

Zum Zweiten: Wir brauchen in Niederösterreich und in Österreich wieder eine Industriegesinnung. Es ist klar, daß die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie zurückgegangen ist und die Anzahl im

Dienstleistungssektor gestiegen ist. Aber dennoch ist einer der Motor der Wirtschaft die Industrie. Sie ist immerhin, pro Kopf berechnet, noch der größte Wertschöpfungsträger. Ohne einer vernünftigen Industriestruktur werden wir auch in Niederösterreich nicht zurecht kommen. Es muß, was die Industriegesinnung im Land betrifft, auch ein Einvernehmen bei den großen Parteien bestehen. Ich habe es so verstanden, daß es dieses Einvernehmen auch tatsächlich in der Vergangenheit teilweise gegeben hat. Aber, meine Damen und Herren von der ÖVP! Es sind hier in letzter Zeit doch einige erschreckende Pannen passiert. Ich darf einige dieser Pannen nennen: Es gab da vorige Woche ein Inserat der Volkspartei Niederösterreich, in dem es heißt, "ÖMV = Österreich" Macht Verlust. Meine Damen und Herren! Einen Betrieb, der immer noch mehrere tausend Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher beschäftigt, auf diese Art 'runter zu machen, das verletzt ganz einfach die Grenzen des guten Anstands. Das sollte man nicht tun! Das zeugt nicht von Industriegesinnung. Es ist nicht der Weg, den wir tatsächlich brauchen.

Eine zweite Panne, auch mit der ÖMV zusammenhängend: Es gibt eine Presseaussendung in der es heißt, daß es ein Gespräch zwischen Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll und dem Generaldirektor der ÖMV, Richard Schenz gegeben hätte. Als Ergebnis dieses Gespräches wird angeführt, daß im Bezirk Gänserndorf nicht, wie befürchtet, rund 400 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, sondern 150 bis 160 Arbeitsplätze. Und das vom Land geforderte Sozialpaket wurde bei diesem Gespräch beschlossen. Meine Damen und Herren! Wahr ist - und ich war mit diesem Fall relativ intensiv betraut - daß im Bereich Gänserndorf, im Bereich der Gewinnung der ÖMV, überhaupt nie 400 Arbeitsplätze zur Disposition gestanden sind. Es sind immer nur 150 Arbeitsplätze im Gespräch gewesen und es hat daher auch niemand, auch nicht der Herr Landeshauptmann oder sonstwer in der ÖVP, das von 400 auf 150 'runterhandeln können. Und es hat zu diesem Zeitpunkt auch schon die Gespräche zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat und Firmenleitung gegeben. Der Sozialplan war praktisch ausgehandelt. Und es ist auch völlig unmöglich, daß ein solcher Sozialplan zwischen dem Land und der Firmenleitung ausgehandelt wird. Dafür fehlt jede Kompetenz. Sondern ein Sozialplan muß unterschrieben werden. Das ist ganz genau geregelt im Arbeitsverfassungsgesetz, wie dieser auszuhandeln ist. Und er ist zwischen dem Betriebsrat der ÖMV und der Firmenleitung der ÖMV ausgehandelt worden und hat 150 Dienstnehmer im Gewinnbereich der ÖMV, also im Gänserndorfer Bereich, wenn man so will, der ÖMV betroffen. Und hier hat es keines Einschreitens bedurft.

Eine dritte Panne, die ich anführen darf: Es gibt da eine Aussendung des Landesparteisekretärs Dr. Strasser mit der Überschrift "Unerträgliches Spiel der niederösterreichischen Sozialisten mit Arbeitsplätzen". Da wird unter anderem angeführt, daß Landeshauptmannstellvertreter Höger behauptet hätte, bei der Schraubenfabrik Schmid 200 Arbeitsplätze gerettet zu haben. In Wirklichkeit wären dort keine Arbeitsplätze gesichert worden. Meine Damen und Herren! Richtig ist, daß die Firma Schmid auf Betreiben der Sozialdemokraten und auf Betreiben des Landeshauptmannstellvertreters Pröll gerettet wurde. *(Zwischenrufe: Landeshauptmannstellvertreter Höger!)* Richtig, Höger! Entschuldigung! Es war eine fromme Vorstellung, es war ja nicht so. *(Abg. Uhl: Man wird sich ja noch etwas wünschen dürfen!)* Daß also der Landeshauptmann Höger dafür gesorgt hat, daß es diese Auffanglösung gibt. Durch diese Auffanglösung sind immerhin jetzt 177 Arbeitnehmer bei der Firma Schmid Schraubenwerke Hainfeld GmbH, beim Nachfolgebetrieb beschäftigt. Es konnten der öffentlichen Hand Monat für Monat vier Millionen Schilling an entgangenen Sozialversicherungsbeiträgen und an nicht ausbezahlten Arbeitslosenversicherungsbeiträgen erspart werden, was in dieser Zeit immerhin 24 Millionen Schilling ausmacht. Also auch diese Horrormeldung über die Firma Schmid ist unrichtig!

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns in dem Punkt einig sein, daß wir auch noch österreichische Mehrheiten in einzelnen Betrieben Niederösterreichs brauchen. Ich glaube, es würde kein Staat der Welt so weit gehen, daß strategisch wichtige Betriebe nicht im Eigentum des Landes wären. Es muß nicht unbedingt öffentliches Eigentum sein, es kann auch privates Eigentum sein. Aber letzten Endes muß ein Betrieb, der die Energieversorgung inne hat, ein Betrieb, der wesentliche Erdgaslagerstätten aufweist, in österreichischer Hand bleiben. Ich glaube, darauf müßten wir uns einigen. Dem entsprechend würde ich auch die AUA als strategisch wichtigen Betrieb für Niederösterreich und für Österreich betrachten. Es muß auch dort die österreichische strategische Mehrheit erhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Preisler hat gemeint, daß manche in der Sozialdemokratie mit den Managern der verstaatlichten Industrie zu vorsichtig umgehen. Und er hat den Geschäftsführer Marizzi hier zitiert. Ich glaube, es kann nur ein Mißverständnis von Dir sein, denn ich habe die Presseaussendung dieses Auftrittes, den Du zitiert hast, hier. Und da heißt es ganz klar, auch Marizzi träte für eine lückenlose Aufklärung und entsprechende Konsequenzen ein,

dann, wenn der Endbericht des Rechnungshofes vorliegt. Und in einer anderen Presseaussendung, die die gleiche Versammlung betrifft, heißt es auch ganz deutlich, daß die Manager nach dem endgültigen Bericht des Rechnungshofes letzten Endes auch strafrechtlich und schadenersatzrechtlich zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das sind die beiden Original-Presseaussendungen. Der Herr Bundeskanzler und auch der Herr Bundesminister Klima hat ja hier eine sehr, sehr deutliche Sprache gefunden. Und ich will das hier nicht weiter diskutieren, denn es ist jetzt nicht zielführend, auf jenen herumzut trampeln, die ohnehin hier in Mitleidenschaft gezogen sind. Aber daß ein Teil der Verstaatlichten-Manager jetzt hergeht und meint, daß die letzten Fesseln des Parteeinflusses, ob Rot oder Schwarz sei hintangestellt, des Parteeinflusses jetzt abgestreift gehören, ist schon, gelinde gesagt, eine Frechheit. Denn kein Politiker, kein roter Politiker und kein schwarzer Politiker und auch kein blauer Politiker hat etwa die AMAG beauftragt, im Dschungel zu investieren oder in der Wüste zu investieren, oder sonstwo im Ausland Milliarden versickern zu lassen. Und es sollen die Manager sich auf keinen Politiker ausreden. Es hat im wesentlichen bei den operativen Entscheidungen den Parteeinfluß in den letzten Jahren nicht gegeben und daher kann ein Parteeinfluß auch nicht als Ausrede dienen.

Meine Damen und Herren! Ein dritter Punkt zum Thema Wirtschaft. Es soll das Wort weiterhin gelten, daß Sozialabbau kein Mittel einer NÖ Wirtschaftspolitik sein kann. Ich habe es schon erwähnt, wir leben mit einer offenen Grenze mit einem Einkommensgefälle von 1:10. Es können unsere Löhne, es können unsere Gehälter nicht so niedrig sein, daß wir aus diesem Titel jemals, oder ich will nicht "jemals" sagen, aber in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren mit den Ostländern konkurrenzfähig sein können. Daher müssen wir einen anderen Weg gehen. Wir müssen den Weg gehen, daß wir in bessere Produkte, in bessere Produktionsverfahren investieren, daß wir schlicht wertschöpfungsintensiver werden und so unsere Konkurrenzfähigkeit sichern. Und dort, wo es nicht mehr geht, wie etwa bei Düngemitteln, bei Zement und anderen Produktionen, wird man auch befristet mit Kontingentierungen, Markteingriffen und Marktschutz auskommen müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich auch eine wichtige Aufgabe der Sozialpartner und eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaft, bei den Lohnabschlüssen so vorzugehen, daß die Wirtschaft dabei nicht überfordert wird. Dazu bekennen wir uns auch. Nur, wenn solche Lohnabschlüsse dann zustande kommen, wenn es

dann etwa im Metall-Lohnabschluß eine vernünftige Regelung gibt mit einer Öffnungsklausel, daß Betriebe, die tatsächlich nicht in der Lage sind, Lohnsteigerungen weiter zu bezahlen, mit dem Betriebsrat und mit den Sozialpartnern vereinbaren können, daß es Aussetzlösungen gibt, dann sollte man das nicht als "Hohnlösung" bezeichnen. Es sind keine Hohnlösungen, sondern Lohnlösungen. Es sind keine Hohnverhandlungen sondern Lohnverhandlungen! Und man sollte die Verantwortung der österreichischen Gewerkschaften in diesem Punkt nicht runter machen. Sonst würde man der österreichischen Wirtschaftspolitik einen wirklich schlechten Dienst erweisen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten brauchen auch keine Nachhilfe, wenn es darum geht, Sozialabbau zu vermeiden. Denn ich habe mir die letzten Meldungen zum Sozialabbau heraus gesucht. Es waren jeweils Mitglieder, die der ÖVP angehören, die diesen Sozialabbau auch gepredigt haben. Ich rede hier von Bundesregierungsmitgliedern.

Am 12. Juli hat Minister Busek in den Raum gestellt, daß das erhöhte Karenzurlaubsgeld abgeschafft werden soll. Am 14. Juli haben Präsident Maderthaler und Generalsekretär Stummvoll gemeint, daß einige Sozialleistungen ausgesetzt gehörten. Am 16. Juli hat Staatssekretär Dr. Ditz gemeint, daß die automatische Valorisierung des Karenzgeldes, der Studiengebühren und des Arbeitslosenversicherungsgeldes ausgesetzt gehört. Am 16. August hat sich Korosec bezüglich des zweiten Karenzjahres zu diesem Thema angeschlossen. Das waren jeweils keine Sozialdemokraten, wie bekannt ist, sondern die Mitglieder der Österreichischen Volkspartei. Es brauchen daher die Sozialdemokraten nicht aufgefordert werden, ein Bollwerk gegen den Sozialabbau zu errichten. Wir sind ein Bollwerk gegen den Sozialabbau!

Meine Damen und Herren! Der Herr Landesrat Gabmann hat nun leider den Raum verlassen. Man sollte auch nicht mit einzelnen Einrichtungen, wie zum Beispiel der Einrichtung der Arbeitsmarktverwaltung und des Arbeitsmarktservices leichtfertig umgehen. (*LR Gabmann betritt den Saal.*) Ich bin froh, daß der Herr Landesrat Gabmann wieder kommt, ich zitiere da gerade eine ORF-Meldung. Ich habe vorher gemeint, man sollte auch nicht mit den Einrichtungen der österreichischen Regierungsstellen leichtfertig umgehen, etwa mit der Arbeitsmarktverwaltung und mit dem Arbeitsmarktservice. Wenn es stimmt, ist da behauptet worden, daß die Arbeitsmarktverwaltung keinen Wert auf die Vermittlung der Arbeitslosen legt, sondern sie be-

schränkt sich lediglich auf Ratschläge, wie diese Arbeitslosen am besten zu versorgen sind. Sehr geehrter Herr Landesrat! Diese Stellungnahme ist, glaube ich, nicht zielführend, weil letzten Endes ein funktionierendes System in Mißkredit gebracht wird. (*LR Gabmann: Das wurde so nicht gesagt!*) Es war so ähnlich im Rundfunk zu hören. Und wenn es so gewesen wäre, hätte ich Sie auf eines aufmerksam gemacht: Daß dann offensichtlich nämlich die Selbständigen die besten Schüler dieser Ratschläge wären. Denn ich habe mir eine Zahl rausuchen lassen. Es gibt in Österreich 50.000 mithelfende Familienangehörige. Von diesen 50.000 mithelfenden Familienangehörigen sind 9.500 im österreichischen Schnitt arbeitslos gemeldet. Das heißt, daß bei den mithelfenden Familienangehörigen die Arbeitslosenrate 18,8 % beträgt, also etwa das Dreifache der österreichischen Arbeitslosenrate. (*LR Gabmann: Das ist gesetzlich schon gedeckt!*) Es ist gesetzlich gedeckt. Aber wenn es so wäre, daß die Arbeitsämter nur dazu da sind, um das Arbeitslosensystem auszunutzen und möglichst viel Geld einzustecken, dann wären die Selbständigen, das muß ich Ihnen schon sagen, die besten Schüler dieser Arbeitsmarktverwaltung. Denn sie nützen das offensichtlich prozentmäßig am meisten aus, wie diese Zahlen zeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt: Man sollte gerade in dieser schwierigen Zeit auf das Funktionieren der Sozialpartnerschaft nicht verzichten. Wir haben in Österreich ein System eines vernünftigen Interessenausgleiches und ich glaube, daß dieses Systems des vernünftigen Interessenausgleiches uns in den letzten zehn Jahren wirklich vorangebracht hat. Wir befanden uns in den letzten zehn Jahre auf der europäischen Überholspur. Der Abgeordnete Preisler hat einige Zahlen erwähnt, was die österreichische Konkurrenzfähigkeit betrifft. Ich darf diese Zahlen ergänzen. In Österreich ist es so, daß die Veränderung der Arbeitskosten in den letzten Jahren pro Jahr, ich rede von der verarbeitenden Industrie, 5,3 % ausgemacht hat. Bei den wichtigsten Handelspartnern sind die Arbeitskosten in der verarbeitenden Industrie um 4 % gestiegen, bei der EG um 4,5 %. Das heißt, wenn man als Vergleich die wichtigsten Handelspartner heranzieht, wir haben eine um 1,3 Prozentpunkte höhere jährliche Steigerung bei den Arbeitskosten. Das heißt, letzten Endes eine höhere Steigerung auch bei den Lohnabschlüssen. Die Veränderung der Wechselkurse hat diese Position weiter betrieben. Pro Jahr, in den letzten 10 Jahren hat der Schilling eine Aufwertung gegenüber den wichtigsten Handelspartnern von 1,5 % erfahren, gegenüber den EG-Staaten von 1,4 %. Beide Faktoren, die höher steigenden Löhne in Österreich und der

stabilere Schilling in Österreich hat eigentlich durch Produktivitätsfortschritte wett gemacht werden können. Denn wir haben in Österreich eine Stundenproduktivitätssteigerung in der Industrie von jährlich 5,2 % und in der EG von 3,2 %, auch bei den wichtigsten Handelspartnern um 3,2 %. Also eine um 2 % höhere Steigerung der Stundenproduktivität, was sich dann letzten Endes für die im Wettbewerb entscheidenden Lohnstückkosten niederschlägt. Die sind in Österreich jährlich um 0,1 % gestiegen, bei den wichtigsten Handelspartnern jährlich um 0,8 % und bei der EG um 1,2 %.

Summa summarum bedeutet das, daß wir eine positive Bilanz in Österreich haben. Daß wir unsere höheren Wohlstandssteigerungsraten durch höhere Produktivitätssteigerungsraten wett machen haben können. Meine Damen und Herren! Diese höheren Produktivitätssteigerungsraten kommen ja nicht vom Himmel gefallen. Diese ergeben sich auch nicht nur aus der Tüchtigkeit der österreichischen Betriebe, sondern die müssen in einem Klima der Akzeptanz erreicht werden. Und dieses Klima der Akzeptanz bildet letzten Endes die österreichische Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft. Darum ist es gerade in Zeiten wie diesen notwendig, die Fahne dieser österreichischen Sozialpartnerschaft hoch zu halten. Und sie jedenfalls nicht, durch keine wie immer gearteten Aktionen in Mißkredit zu bringen.

Ein nächster Punkt: Ich glaube, daß es notwendig wäre, Projekte, die letzten Endes politisch sanktioniert sind, wo alle federführenden politischen Parteien der Meinung sind, daß sie durchgeführt werden sollten, die finanziellen Mittel bereitstehen, durchzuführen. Und es gibt eine ganze Reihe solcher Projekte, die finanzierbar sind und wo der politische Wille zur Durchführung da ist. Die aber deswegen nicht durchgeführt werden, weil sie in irgendwelchen bürokratischen Instanzen, in Behördenverfahren hängen geblieben sind. Ein besonderes Beispiel, wo Projekte hängen bleiben, ist die NÖ Raumordnung und die NÖ Raumordnungsgesetzgebung. Es gibt einige Projekte, in Brunn am Gebirge zum Beispiel, ein Projekt eines Hotelbaues, das ein Privater durchführen will, wo Widmungsfragen durch Jahre hindurch nicht geklärt sind. Zum Beispiel in Traiskirchen die Erweiterung eines Betriebes auf dem Gießereisektor, wo diese Erweiterungen ausbleiben müssen, weil jahrelang Widmungsfragen offen sind. Diese Beispiele gibt es nicht nur in Brunn und in Traiskirchen, sondern es wird fast jeder Bürgermeister hier aus seiner Gemeinde Beispiele aufzählen können, wo Projekte, die politisch klar sind, für die es Gemeinderatsbeschlüsse gibt,

die finanzierbar sind, hängen, weil die Bürokratie in diesem Fall nichts weiter bringt.

Meine Damen und Herren! Ich darf daher einen Resolutionsantrag einbringen, der lautet (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Mag. Kaufmann zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, Ltg. Zl. 10, betreffend Vorlage eines Raumordnungsgesetzes.

Schon seit längerer Zeit besteht dahingehend Übereinstimmung, daß eine umfangreiche Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes erforderlich ist. Bereits in der vergangenen Gesetzgebungsperiode wurde ein Entwurf für ein neues Raumordnungsgesetz zur Begutachtung versendet."

Es steht nicht im Antrag, ich füge in Klammer dazu, noch rasch vor der Wahl, Klammer geschlossen. Ich zitiere weiter:

"Die Landesregierung und insbesondere das für Angelegenheiten der Raumordnung zuständige Mitglied der Landesregierung, Landesrat Mag. Edmund Freibauer, werden daher aufgefordert, ehestmöglich den Entwurf eines neuen Raumordnungsgesetzes dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen."

Ich ersuche den Hohen Landtag um Zustimmung zu diesem Resolutionsantrag. Ich glaube, wenn dieses Raumordnungsgesetz vernünftig novelliert wird, so wird es auch ein Beitrag sein, daß einzelne Projekte, die für die Wirtschaft und für die Arbeitnehmer dieses Landes notwendig sind, rascher durchgezogen werden können.

Meine Damen und Herren! Noch zum Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds. Es ist klar, daß wir dort auch Strukturverbesserungen brauchen. Wir haben ja schon mehrmals erwähnt, daß wir nicht einsehen, daß Betriebe, die nicht in der Lage sind, entsprechende Löhne und Gehälter zu zahlen, auch noch Wirtschaftsförderung erhalten. Wir müssen diesen Punkt nun endlich auch in den Statuten des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds durchsetzen.

Mein Vorredner hat erwähnt, daß der Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds im Jahr 1993 um 50 Millionen Schilling und vielleicht im Jahr 1994 um 50 bis 60 Millionen Schilling mehr Mittel zugewiesen bekommen wird. Meine Damen und Herren! Man darf nicht vergessen, daß

sich das immer noch bis zum Jahr 1992 am Niveau des Jahres 1987 orientiert hat. Es hat im Jahr 1987 einen tiefen Einbruch in die Wirtschaftsförderungsmittel des Landes Niederösterreich gegeben: Wenn man daher langfristige Vergleiche zieht, so kann man schon der Meinung anhängen, daß etwa der Landwirtschaftsfonds in Niederösterreich viel, viel besser bedient war als der NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds. Denn es beträgt die Steigerung dieses Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zwischen den Jahren 1987 und 1992 Null, bei der Landwirtschaft hingegen 50 Prozent. Zwischen den Jahren 1987 und 1993, weil der erste Vergleich doch einigermaßen unfair ist, das räume ich ein, 50 Prozent, bei der Landwirtschaft aber immerhin 100%. Ich glaube, *(Zu LR Gabmann gewendet)* Sie sollten Ihren Erfolg bei den Verhandlungen mit Landesrat Mag. Freibauer doch auch daran messen, was dem Landesrat Blochberger an erfolgter Zuweisung für seine Fondsdotierung möglich ist. *(LR Gabmann: Herr Magister! Sie vergessen jene 2 Millionen zur Landeshaftung für das Beteiligungs- und Exporthaftungsmodell, sowie die ECO-PLUS!)* Aber ich habe da viele Zahlungen für die Landwirtschaft, ich nenne nur Viehexport und viele andere, auch nicht erwähnt.

Ein letzter Punkt bezüglich des Antrages des Herrn Abgeordneten Preiszler zur Ausweispflicht. Klar ist, daß eines unserer obersten Ziele ist, den Arbeitsmarkt in Ordnung zu halten. Klar ist, daß ein Schlüssel dafür auch die Regulierung der Ausländerbeschäftigung ist. Klar ist, daß es hier zwei Sektoren gibt. Auf der einen Seite die legale Ausländerbeschäftigung. Hier geht es darum - und der Sozialminister hat unsere Wünsche hier erfüllt - daß die Ausländerbeschäftigungsquote in Österreich und daher auch in Niederösterreich um einen Prozentpunkt gesenkt wird. Hier geht es darum, daß mit Entstehen des EWR die EWR-Ausländer aus der Ausländerbeschäftigungsquote herausfallen und daher die Gesamtquote um diese Anzahl gesenkt werden muß. Das sind Maßnahmen zur Regulierung der legalen Ausländerbeschäftigung. Völlig klar - und da teile ich völlig die Meinung des Vorredners Preiszler - ist, daß natürlich auch die illegale Beschäftigung hier ein besonderes Problem ist. Und wir haben das auch seit Jahren aufgegriffen. Es geht für uns aber auch darum, nicht nur den, der hier illegal tätig wird, zu bestrafen. Sondern es geht für uns auch darum, den, der hier illegal beschäftigt, also den Schwarzunternehmer, zu bestrafen. Und hier geht es darum, bei wiederholten Fällen die Gewerbeberechtigung zu entziehen. Hier geht es darum, ihn vom öffentlichen Auftragswesen auszu-

schließen und so weiter. Sie kennen ohnehin die Anträge, die wir hier diskutiert haben.

Bezüglich der Ausweispflicht muß ich sagen, daß ich diese Meinung nicht ganz teile. Ich will hier nicht, so wie er befürchtet hat, mit der Nazizeit oder ähnlich argumentieren. Denn man wird nicht letzten Endes nicht immer dieses Argument ins Treffen führen können und es wird diese Argumentation nicht immer zielführend sein, darum verwende ich sie auch nicht. Aber eine Ausweispflicht nur für Ausländer einzuführen ist ja vermutlich auch technisch unmöglich. Denn ich brauche ja schon einen Ausweis, um festzustellen, wer Inländer oder Ausländer ist. Oder ich gebe mich auf das Niveau, das in einem Ausrutscher einmal der Landeshauptmann Ratzenböck betreten hat, daß man sozusagen die, die eine etwas dunklere Haut haben und schwarze Haare, dann dazu verdonnert, Ausweise zu tragen und die anderen nicht. Also de facto wird es nicht gehen, eine Ausweispflicht nur für Ausländer einzuführen. Das geht nur mit einer allgemeinen Ausweispflicht. Und ich glaube, daß die nicht erwünscht sein wird. Soweit ich weiß, liegt das Problem auch ganz woanders. In den meisten Fällen der Beanstandungen bei illegaler Beschäftigung geht es darum, daß der Unternehmer behauptet, er hätte - und das stimmt in den meisten Fällen auch - ein bis drei Tage Zeit, den Ausländer bei der Sozialversicherung anzumelden. Dieser Ausländer aber arbeitet erst einen Tag hier und er wird diese Anmeldung auch noch vornehmen. Das heißt, es geht in Wirklichkeit nicht nur oder nicht primär um die Ausweispflicht, es geht in erster Linie auch um die verlangte Anmeldegeschwindigkeit von Arbeitnehmern, die tätig werden. Weil ich drei Tage Zeit gebe zur Anmeldung von Arbeitnehmern habe, ich immer wieder die Ausrede, man hätte ihn ohnehin angemeldet. Und es ist in den meisten Fällen sehr, sehr schwer nachweisbar, daß hier eine illegale Beschäftigung beabsichtigt war. Hier liegt vor allem der Schlüssel. Hier sind einige technische Probleme der Anmeldung von Arbeitnehmern bei der Krankenversicherung schlechthin zu klären.

Und wir stimmen diesem Antrag auch deswegen nicht zu, weil ich weiß, daß es im Nationalrat Initiativen und auch einen Ausschuß gibt, der dieses Problem schon behandelt. Ich weiß das deswegen, weil wir erst gestern in der NÖ Arbeiterkammer die Aufforderung erhalten haben, gerade zu diesem Thema Ausweispflicht, wie ist das technisch abwickelbar etc., Experten zu entsenden. Um hier die vielen juristischen, aber auch technischen Fragen mit zu klären. Ich teile natürlich die Auffassung, daß illegale Beschäftigung

ein brennendes Problem ist, das mit Intensität bekämpft werden muß.

Ich habe die Ausführungen auch zum NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds und zu dessen Finanzierung treffen können. Wir werden dem Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds und der NÖ Landesregierung zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Die Debatte über den Bericht des Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds wird immer zum Anlaß genommen, auf die aktuelle Wirtschaftslage in unserem Lande einzugehen. Es ist ja bekannt, daß die österreichische Konjunktur-entwicklung bereits seit 1991 durch eine Wachstumsverlangsamung gekennzeichnet ist. In den vergangenen Wochen jedoch, Hoher Landtag, wurden wir fast täglich mit negativen Meldungen zur wirtschaftlichen Lage überschwemmt, wie: "Die aktuelle Situation des niederösterreichischen Arbeitsmarktes läßt landesweit die Alarmglocken läuten". Solche und ähnliche Meldungen stehen auf der Tagesordnung, wie weiters: "Pleitenrekord in Österreich, bisherige Insolvenzsumme 26 Milliarden Schilling". Wie weiters: "188 Insolvenzfälle in Niederösterreich von Jänner bis September, ein Plus von 54". Wie weiters: "Bereits 1.700 in Niederösterreich im heurigen Jahr verlorengegangene Arbeitsplätze."

Es wurde schon erwähnt, österreichweit ist die Arbeitslosenzahl um fast ein Fünftel höher als im August 1992. In Niederösterreich ist jeder dritte Arbeitslose älter als 50 Jahre. Die Maschinenfabrik Heid AG wird ihre Produktion aus Stockerau nach Magdeburg verlagern, auch der Bekleidungs-hersteller Steilmann verlagert einen Teil der Produktionskapazität in die Billiglohnländer des fernen Ostens sowie in die Reformstaaten des ehemaligen Ostblocks.

Hoher Landtag! Die Auflistung dieser Negativmeldungen zur wirtschaftlichen Lage ließe sich noch weiter fortsetzen. Ich möchte aber mit diesen Zahlen und Tatsachen kein Horrorszenario malen. Mit diesen Zahlen und Tatsachen, Hoher Landtag, möchte ich aber auf die Ernsthaftigkeit der wirtschaftlichen Lage hinweisen und auch aufzeigen, daß diese Ernsthaftigkeit die

Bevölkerung auch uns in Niederösterreich zunehmend mit Sorge erfüllt.

Wir stehen heute einer Wirtschaftssituation gegenüber, die sich bereits 1991 abgezeichnet hat und die seit damals die Verantwortlichen in unserem Lande zu einem Handlungsbedarf aufgerufen hat. Das reaktionslose Verschlafen der wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen der späten achtziger Jahre macht jetzt Feuerwehreaktionen erforderlich.

Das vom Herrn Landesrat Gabmann initiierte Modell der Beteiligungsfinanzierung und Exportförderung, ich habe das hier im Hohen Haus schon einmal erwähnt, kam um 12 Monate zu spät und beginnt leider bedauerlicherweise erst jetzt zu greifen, jedoch sind die teils restriktiven Förderungsvoraussetzungen, wie die Umsatzuntergrenzen, bis heute nicht beseitigt.

Die jetzt notwendig gewordenen Feuerwehr-Wirtschaftsgipfel, davon bin ich überzeugt, stellen heute für unser Budget eine sehr einschneidende Belastung dar. Dies hätte, meine sehr geehrten Damen und Herren, vermieden werden können, wenn die Verantwortlichen in unserem Lande bereits 1991 die sich ankündigende wirtschaftliche Abschwungphase erkannt hätten und etappenweise eine gegensteuernde und offensive Wirtschaftspolitik für die Menschen in unserem Lande eingeleitet worden wäre.

Und in diesem Sinne meinen wir, daß es oberstes Ziel der NÖ Wirtschaftspolitik hätte sein müssen, die Arbeitsplätze abzusichern, Arbeitsplätze zu schaffen. Es wurden jedoch hier einige Chancen in der Vergangenheit vergeben. Ich meine hier auch die Förderungspolitik, die sich an der Herausforderung der Arbeitsplatzverluste hätte orientieren müssen und zum Beispiel Investitionstätigkeit durch ein gezieltes, wie es der Herr Abgeordnete Dipl.Ing. Toms gesagt hat, durch ein fein abgestimmtes Förderungsinstrument hätte belebt werden müssen.

Wir hätten uns hier vorstellen können, daß ähnlich dem Investitionsfreibetrag, was den Anlagenbereich der Unternehmen betrifft, eine zeitlich begrenzte Förderaktion hätte Platz greifen müssen. Zum Beispiel hätten die Anlageninvestitionen niederösterreichweit mit einem bestimmten Prozentsatz, mit einer bestimmten Prämie dann gefördert werden müssen, wenn damit auch die Erhaltung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen subventioniert worden wäre. Das würden wir als ein fein abgestimmtes Förderungsinstrumentarium bezeichnen. Und ich glaube, unter all diesen Aspekten

müssen auch die Tätigkeitsberichte des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds sowie des Fremdenverkehrsförderungs fonds für das Jahr 1992 gesehen werden.

Vom Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds wurden im Jahre 1992 insgesamt rund 493,5 Millionen Schilling im Rahmen von 12 Förderungsarten an Darlehen, Zinszuschüssen und Beiträgen ausgeschüttet. Vom Budget her hatte der Fonds jedoch nur 190 Millionen Schilling zur Verfügung. Hoher Landtag! Diese Tatsache, daß für die Erhöhung der Darlehensforderung des Fonds im Jahre 1992 um rund 67 Millionen Schilling für die Zinszuschüsse von rund 174 Millionen Schilling, für die Beiträge und Bürgschaftsinanspruchnahmen in Höhe von rund 32 Millionen Schilling, also für einen Geldfluß von insgesamt 273 Millionen Schilling, ein Landesbeitrag von nur 190 Millionen zur Verfügung stand, diese Tatsache bedeutet, daß für die Differenz im wesentlichen weitere Fremdmittelaufnahmen erfolgen mußten. Das heißt, daß eine neuerliche Kreditaufnahme bei der NÖ Landes-Hypo in Höhe von 50 Millionen Schilling erfolgt ist. Und, Hoher Landtag, in diesem Zusammenhang muß schon aufgezeigt werden, daß das Gesetz über die Errichtung des Fonds keinen Anspruch des Fonds gegenüber dem Land vorsieht, der das Land verpflichten würde, eingegangene Verbindlichkeiten des Fonds abzudecken. Es sei denn, der Landtag beschließt eine Landeshaftung. Diese rechtliche Grundlage bedeutet aber auch, daß vom Landtag anlässlich der Fondserrichtung nicht gewollt war, daß der Fonds Bankdarlehen aufnimmt, die per 31. Dezember 1992 in Summe bereits 130 Millionen Schilling betragen. Sondern daß vielmehr bei der Fondserrichtung vom Landtag gewollt war, daß der Fonds mit entsprechenden Mitteln dotiert worden wäre.

Mit anderen Worten heißt dies aber, daß der Fonds immer mehr Mittel genehmigte, als tatsächlich Geld aus Budgetmitteln und Rückflüssen vorhanden war. Und das ist jetzt interessanterweise wohl im Jahresbericht 1992 des Fonds festgehalten und ich darf das wortwörtlich zitieren: "Insgesamt hat sich die bewilligte Förderungssumme im Vergleich zum Vorjahr um zirka 15 Prozent verringert. Als Gründe sind die schlechtere Wirtschaftskontunktur, internationale Rahmenbedingungen, aber auch die durch knappe Fondsmittel bedingte selektive Förderungspolitik zu nennen." Was bedeutet dies aber? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese 15 Prozent sind ein Förder volumen von rund 337 Millionen, das zurückgenommen wurde. Und wenn diesbezüglich im Jahresbericht des Fonds ausgeführt wird, daß der

Grund für die Zurücknahme des Wirtschaftsförderungsvolumens die schlechte Wirtschaftskontunktur sei, so beweist dieser Hinweis eigentlich die Inkompetenz mancher Entscheidungsträger, die 1992 in diesem Fonds gesessen sind und zeigt auch weiters auf, daß in der Wirtschaftspolitik und im wirtschaftspolitischen Förderungswesen in der Vergangenheit ein falscher Weg gegangen wurde, denn sonst würden heute die Wirtschaftsdaten in unserem Lande anders aussehen. Denn ich glaube es ist unbestritten, daß in Zeiten einer wirtschaftlichen Abschwungphase verstärkte Wirtschaftsförderungsmaßnahmen gesetzt werden sollten, um konjunkturbelebend zu wirken, um vermehrt Investitionsanreize zu setzen, um antizyklisch gegenzusteuern. Selbstverständlich - und das steht für uns außer Zweifel - hätte der Fonds vom Budget her auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt erhalten müssen.

Ich möchte aber auch auf den Tätigkeitsbericht des NÖ Fremdenverkehrsförderungs fonds eingehen. Hier bestätigt schon die Entwicklung der Tourismuswirtschaft in unserem Lande, daß dieser Fonds seiner generellen Aufgabe, nämlich eine optimale Entwicklung der Fremdenverkehrswirtschaft in Niederösterreich zu forcieren, ganz einfach nicht ganz effizient nachkommen konnte.

Während alle Bundesländer, mit Ausnahme von Kärnten 1992 bei den Nächtigungszahlen Pluswerte erreichten, bildet Niederösterreich das Schlußlicht im Bundesländerreigen mit einer Abnahme der Übernachtungen um 4,1% oder rund 274.000 Nächtigungen. (*LR Gabmann: Wann war das?*) 1992. (*LR Gabmann: Wir sind bereits im Jahr 1993!*) Ja, ich komme darauf zurück, Herr Landesrat!

Der Großteil dieses Rückganges, nämlich rund 187.000 Übernachtungen geht aber zu Lasten der gewerblichen Beherbergungsbetriebe. Die Tatsache, daß von den 187.000 der Großteil aber auf die Dreisternbetriebe geht, die vor allem von den Familien goutiert werden und daß hier der Rückgang sogar 9% beträgt, diese Tatsache zeigt, daß der Fonds eigentlich in letzter Zeit keine strukturellen Veränderungen in der Tourismuswirtschaft bewirken konnte. Es fehlen vielfach die verschiedenen Freizeitangebote, es fehlen aber vielfach auch den Betrieben und den Gemeinden die entsprechenden Mittel, die Freizeitangebote attraktiver zu gestalten, diese zu modernisieren.

Dieser Trend von 1992 konnte teilweise 1993 stabilisiert werden. Laut den mir vorliegenden Unterlagen von Jänner bis Juli betrug der Rückgang nur 16.000 oder 0,5%, wobei ich ohne weiteres auch anmerken möchte, daß es hier regionale Unterschiede gab und auch da oder dort

einige Pluswerte verbucht werden konnten. Aber grundsätzlich wird schon jahrelang kritisiert, ich habe das nachgelesen, daß es immer darum geht, das Verhältnis der Ankünfte zu den Nächtigungen zu verbessern. Und ich sehe aus den Ergebnissen 1992, daß auch hier keine Strategie gefunden werden konnte, eine längere Aufenthaltsdauer der Gäste in unserem Lande zu erreichen.

Auf die finanzielle Entwicklung des Fonds möchte ich hier heute nicht weiter eingehen. Die Entwicklung ist zum Großteil bekannt, welche Ausgabenüberhänge in den letzten Jahren bestanden haben. Ich möchte aber nur eines, bitte, aufzeigen: Daß durch diese Ausgabenüberhänge und durch die ständige Aufnahme von Krediten heute der Fonds bereits einen Zinsaufwand von sechs Millionen Schilling zu tragen hat. Ein Betrag, der der Fremdenverkehrswirtschaft als Förderungsmittel entzogen wurde. Ich meine aber auch, daß hier von seiten der Fondsgeschäftsführung einmal auch überlegt werden soll, ob die Fonds unbedingt von der NÖ Landes-Hypothekenbank verwaltet werden muß, da auch über diesen Umweg dem Fonds und somit der effizienten Tourismusförderung Mittel entzogen werden. Insgesamt gesehen hat sich das Stammvermögen des Fonds von ursprünglich 220 Millionen Schilling derzeit per 31.12.1992 auf 33 Millionen verringert. Und ich glaube hier, daß im Hinblick des nach wie vor bestehenden Nachholbedarfes in der NÖ Gastronomie und Hotellerie der Fonds entsprechend dotiert werden muß, um so die wirtschaftliche Basis zu gewährleisten, den Betrieben auch die entsprechende Förderung zukommen zu lassen. *(LR Gabmann: Herr Landesrat Schimaneck ist darüber informiert!)* Sehr gut, Dankeschön! Denn ich glaube, nur diese erhöhten Landesbeiträge können wirklich jene Basis schaffen, damit auch in unserem Land eine positive Tourismusentwicklung zum Durchbruch kommt. Von seiten der Freiheitlichen meinen wir auch, daß hier bei den Förderungsinstrumentarien ein bißchen mehr ganzheitlich auf größere Gebiete abgestellt werden sollte. Denn ich glaube, es ist nicht einzusehen, daß, wenn die Zeitungen berichten, daß die österreichischen Berater im Tourismus dem kroatischen Tourismus zu einer neuen Blüte verhelfen werden, es nicht durch entsprechende Aktivitäten, Koordination von Strategien möglich sein wird, auch hier für die Tourismuswirtschaft in unserem Lande etwas zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat uns aber auch, was uns sehr freut, via Landeskorespondenz vom 2. August 1993 wissen lassen, daß heuer über einen Fonds - welchen er gemeint hat, hat er nicht genau ausgedrückt - bis zu 1,5 Milliarden Schilling an

Investitionsunterstützungen für Beherbergungsbetriebe und Gastronomie ausgeschüttet werden. Das freut uns ganz besonders. Ich hoffe nur, Herr Landesrat, Sie werden sich bei den Verhandlungen über den Nachtragsvoranschlag im Interesse der heimischen Tourismuswirtschaft daran erinnern und auch das beim Finanz-Landesrat durchsetzen. Ich komme aber nochmals auf die Entwicklung, auf die Wirtschaftslage in Österreich zurück.

Es ist richtig, was Kollege Dipl.Ing. Toms gesagt hat, daß wir österreichweit mit einem Wirtschaftsrückgang von 0,8 % bis 1 % rechnen müssen. Es ist nicht ganz richtig, daß er das Wirtschaftswachstum mit 0,5 Prozent sieht, sondern die neueste Schätzung, bitte, ist ein Nullwachstum. Die Gründe für diese Entwicklung sind eine stark rückläufige Industrieproduktion, rückläufige Exporte, Schwächezeichen im Tourismus sowie eine empfindliche Verschlechterung am Arbeitsmarkt. Ich glaube, hier gibt es keine Zweifel, daß etwas getan werden muß, wenn in Niederösterreich über 31.000 Personen als arbeitslos gemeldet sind. Das ist ein Plus von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ein Plus von 5.411 Personen. Ich glaube, diese Zahlen sprechen eine umso deutlichere Sprache, wenn man sich die Prognose für 1994 ansieht, die ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenrate auf acht Prozent gegenüber den für 1993 erwarteten 6,9 % vorsieht.

Und wenn Sie, Herr Landesrat Gabmann, meinen in einer Ihrer Aussendungen, das wurde heute auch schon zitiert, nicht Betriebsschließungen, sondern Unternehmensgründungen und Erweiterungen und damit neue Beschäftigungschancen seien der Alltag im Land unter der Enns, dann kann ich hinsichtlich der Beschäftigungschancen Ihnen wirklich nur sehr, sehr eingeschränkt recht geben. Denn auch rund 3.700 Gewerbe-Neuanmeldungen vom Jänner bis August, wie Sie zitiert haben, schaffen nicht unbedingt Beschäftigungschancen. Ich darf wirklich darauf verweisen, daß *(LR Gabmann: Das zeugt doch von Optimismus, nicht?)* Von Ihrem Optimismus, ja! Von Ihrem Optimismus, wenn Sie das so auslegen. Wenn Sie das so auslegen, daß dadurch neue Beschäftigungschancen geschaffen werden. Ich möchte Sie da wirklich darauf hinweisen, daß statistisch nachgewiesen ist, daß von 1970 bis 1991 die durchschnittliche Zahl der Arbeit

nehmer je Betrieb um mehr als 50 Prozent gesunken ist und zwar von 129 auf 61. Und daß das eine Tendenz ist, die wir auch bereits im Handel und in zahlreichen Dienstleistungssektoren beobachten können. Eine Tendenz hin zur Verlagerung zum Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieb. Daher meine ich, daß man von den Gewerbenueanmeldungen nicht unbedingt auf Beschäftigungschancen schließen kann. (LR Gabmann: *Wir verzeichnen eine Steigerung von 17 % innerhalb eines Jahres!*) Es freut mich, wenn die Arbeitslosenrate nach Ihrer Auslegung zurück gehen würde. Im Interesse der NÖ Bevölkerung freut es mich. Wir werden ja dann sehen, ob Sie es richtig ausgelegt haben. (LR Gabmann: *Um den Beschäftigtenstand geht es! Der ist gestiegen!*)

Den Beschäftigtenstand beziehe ich auch mit ein. Wir meinen daher, daß sich in Zukunft die weitere NÖ Wirtschaftspolitik dahingehend ausrichten wird müssen, im gewerblichen und industriellen Bereich Umstrukturierungsmaßnahmen mit dem Ziel einzuleiten, daß eine Höherwertigkeit und Internationalität der Produkte erreicht wird. Und bei der Förderungspolitik meinen wir, muß der Bereich Forschung und Entwicklung neuer Produkte im Vordergrund stehen. Auch glauben wir, daß verstärkt im Ausland für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich zu werben sein wird müssen, denn ich glaube, der Wirtschaftsstandort Niederösterreich ist auch im Ausland sicher attraktiv und jede neue Betriebsansiedelung schafft auch neue Arbeitsplätze für Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Hoher Landtag! Angesichts der tristen Daten auf dem Arbeitsmarkt soll neben den bereits gesetzten und eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung auf unsere Gemeinden nicht vergessen werden, denen in der Vergangenheit stets eine wichtige Motorfunktion für das Wirtschaftswachstum zugekommen ist. Es wird daher auch notwendig sein, insbesondere die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken. Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich stelle ich daher abschließend folgenden Resolutionsantrag und ich ersuche die Damen und Herren des NÖ Landtages, diesem Antrag die Zustimmung zu geben (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek zum Antrag des Wirtschafts-Ausschusses, Ltg. 10/B-8, betreffend Initiative zur Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsplatzsicherung.

Angesichts der dramatisch nach unten zeigenden Wirtschaftsdaten sind die Arbeitslosenzahlen

niederösterreichweit innerhalb eines Jahres um 19,1 % gestiegen.

In zahlreichen Arbeitsamtsbezirken liegen die Steigerungen der Arbeitslosenzahlen weit über diesem Landesdurchschnitt, wie z.B. Melk (+ 41,6 %), Waidhofen/Thaya (+ 31,9 %), Schwechat (+ 31,4 %), Wiener Neustadt (+ 26,8 %), Lilienfeld (+ 24,3 %), Bruck a.d. Leitha (+ 23,8 %).

Auch die Zahlen der Insolvenzen, die gegenüber dem Vorjahr um rund 50 % gestiegen sind, erfordern ein unverzügliches Handeln zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Die notwendigen Maßnahmen müssen in erster Linie bei den Gemeinden gesetzt werden, da diese schon immer Motorfunktion hinsichtlich der Wirtschaftsankurbelung hatten.

Zum Zwecke der Sicherung der Arbeitsplätze und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit in Niederösterreich stellt der Gefertigte daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, daß jenen Gemeinden in den Jahren 1993 und 1994 die im NÖ Landesumlagegesetz 1974 geregelte Landesumlage in jener Höhe erlassen wird, in der sie diese Mittel nachweislich zur Sicherung bestehender sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für niederösterreichische Landesbürger oder zur Wirtschaftsankurbelung verwenden." (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Professor August Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Erlauben Sie, daß ich nach dem dynamischen Redebeitrag, der aber lange ausgefallen ist - wahrscheinlich auch so ausfallen mußte - versuche, Sie ein bißchen aufzuheitern und Sie ein bißchen aus Ihren Sesseln herauszureißen. Mir geht es so wie meiner jungen Kollegin, die noch nicht lange im Landtag ist und die der Meinung war, daß man wie bei Aktuellen Stunden nur bestimmte Zeit reden darf. Ich mußte ihr sagen, nein, außerhalb der Aktuellen Stunde kann man unbegrenzt reden. Darum wollen wir versuchen, jetzt zu raffen.

(Zu Abg. Dkfm. Rambossek:) Ich habe zunächst den Auftrag, sozusagen außerhalb meines Ressorts, Herr Abgeordneter, namens meiner Fraktion Ihrem Resolutionsantrag, nicht zuzustimmen, sondern zu Ihrem Resolutionsantrag

folgendes zu bemerken: Ihr Antrag, der darin gipfelt, daß die Landesumlage gestrichen werden soll, ist ein altes Spiel, ein beliebtes Spiel im Haus. Ich komme aus einer Stadt, das sage ich Ihnen offen, für die ich natürlich auch oft den Eindruck habe, daß ich der Landesumlage mehr gebe als bekomme. Aber das ist eben der Sinn der Sache. *(Zwischenruf bei Abg. Knotzer)* Nein, eben nicht! Es gibt schon manche, die mehr geben. Aber wir müssen schon solidarisch sein. Du ja auch. *(zu Abg. Knotzer)* Du gehörst auch zu den Reicheren, Fritz! Wir müssen uns schon solidarisch, glaube ich, zu der Landesumlage so lange bekennen, so lange wir kein anderes Förderungsinstrumentarium haben. Sonst würden gewisse soziale und bildnerische Aufgaben nicht erfüllt werden können. Das heißt, eine Reihe von Projekten könnte von den Gemeinden gar nicht bewältigt werden, wenn sie nicht unterstützt würden bei diesen Projekten durch die Landesumlage. Daher müssen wir solidarisch auch den notwendigen Infrastrukturen Raum geben. *(Zwischenrufe bei der SPÖ: Dafür gibt es doch die Bedarfszuweisungen! - Das ist doch etwas anderes! - Unruhe im Hohen Hause.)* Willst Du zustimmen? Stimmt Ihr zu? *(Unruhe im Hohen Hause.)* Eben! Außerdem ist das budgettechnisch auch nicht mehr möglich. Es wäre zumindest schwierig.

Was ich meine, Herr Kollege: Solange wir nicht eine vernünftige andere Regelung im Finanzausgleich haben, können wir uns das ganz einfach nicht leisten. Und außerdem verweise ich darauf, daß wir sowieso den Schritt gesetzt haben, daß ein Viertel oder ein Drittel der Landesumlage seit einigen Jahren zurückkommt. *(Abg. Präs. Haufek: Ach, ich dachte, das Ganze!)* Ja, indirekt natürlich das Ganze. Aber auch durch die Dezentralisierung direkt, das weiß ich als Bürgermeister. *(Unruhe bei SPÖ und ÖVP.)* Also, als Bürgermeister weiß ich schon genau, was wir zurück bekommen. Und wir bekommen etwas zurück aus Dezentralisierungsmitteln, oder nicht? *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Ihr seid plötzlich so lustig. Zuerst haben Sie geschlafen und jetzt sind Sie zu sehr aufgemöbelt. Es ist ja gut, daß Leben hineinkommt. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Bitte, ob jetzt 5,7 % oder 5,8 % stimmen, diese wirtschaftlichen Kassandraprognosen und Darstellungen kann ich jetzt nicht überprüfen. Ich war der Meinung bis heute Vormittag, daß wir besser als der Bundesdurchschnitt liegen. Mag sein, daß wir mit 5,8 % auch gleich liegen. jedenfalls liegt Niederösterreich in der Arbeitslosenrate zumindest im Bundesdurchschnitt und nicht schlechter, was ja bedeutet, daß manche viel höher liegen. Daher haben wir uns da nicht allzu viel vorzuwerfen. Wenn gleich auch das noch zu viel ist, da gebe ich Ihnen

recht, nur liegt das nicht in unserem Ermessensbereich.

Erlauben Sie, daß ich nach diesen wirtschaftlichen Bemerkungen mich dem Thema Fremdenverkehrsförderungsfonds zuwende. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist Herr Abgeordneter Breininger!

Abg. BREININGER (ÖVP): Ich heiße ja nur Professor, ich bin ja kein Professor. Ich bin ja kein Lehrer. Ein Lehrer verstummt immer, wenn er will daß alle aufpassen. Denn kaum redet man nichts, dann hören sie auf. Wenn man überschreien will, ist das ganz schlecht.

Wie wir vom Berichterstatter gehört haben, hat der Landtag im Jahr 1985 das Gesetz für Schaffung eines Fremdenverkehrsförderungsfonds beschlossen. Die Aufgabe des Fonds besteht in der Gewährung von zinsenlosen oder zinsbegünstigten Darlehen, Subventionen, einmaligen, nicht rückzahlbaren Prämien und Zinszuschüssen usw., für Gaststätten, für Betriebsstätten, für Fremdenverkehrseinrichtungen. Dieser Fonds hat jährlich an das Kuratorium zu berichten und das Kuratorium hat diesen Bericht an den Landtag abzugeben und an die Landesregierung. Es wurde durch Landtagsbeschluß vom Juni 1990 festgelegt, daß die jährlichen Rechnungsabschlüsse und Bilanzen der im Bericht des Landes bestehenden Fonds vor der Vorlage an den Landtag von beideten Wirtschaftsprüfern auf ihre Richtigkeit zu prüfen sind. Nun, diese Wirtschaftsprüfer wurden wieder beauftragt und haben befunden, daß der Rechnungsabschluß 1992 hinsichtlich seiner materiellen und formellen Richtigkeit in Ordnung ist. Der Prüfungsbericht liegt vor. Ich erwähne das deshalb so deutlich, weil ein bißchen unterstellt wurde, daß hier unter Umständen locker umgegangen ist und nicht buchhalterisch streng mit der Ordnungsliebe eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen werde. Das ist sicher nicht der Fall. Es wird ganz genau geprüft und genau vorgegangen. Nur darf ich schon sagen, ein Förderungsfonds ist natürlich keine Bank. Und ist auch nicht ein "closed club", sondern er hat die Aufgabe, die Wirtschaft anzukurbeln. Und wir müssen uns natürlich schon einigen, ob wir vom Fonds verlangen, daß er noch mehr ausschütten soll, was ich befürworte, oder ob wir dann streng sind und sagen, er hat zu viel ausgeschüttet. Wir wünschen uns alle mehr. Das Mehr wird ja kommen, wie ich im Detail jetzt auch noch ausführen darf und ankündigen kann. Obwohl ich das Budget auch noch nicht kenne, Herr Präsident. Aber wir hören ja einiges und in der

Regierung hört man auch einiges. Also, es wird nicht schlecht ausschauen, es wird sogar entscheidend mehr sein. Wenn es so kommt, wie ich jetzt Ihnen sage, können wir froh sein. Da haben wir kaum einen Ansatzposten in einem anderen Budget, der prozentuell so günstig liegt. *(Abg. Dr. Bauer: Moment! Die Bewertung werden wir erst vornehmen, da müssen Sie uns mehr sagen!)* Ich sage ja mehr. Sie werden staunen, wenn Sie es nicht bereits wissen, welche hohe Prozentsprünge wir in dem Fonds machen können.

Einige Bemerkungen zum Fremdenverkehrsförderungsfonds und zum Tourismus im allgemeinen. Erstens einmal sollten wir uns das Wort "Fremdenverkehr" abgewöhnen. Ich sage es selber immer, es ist ein Fehler. Denn wir haben ein schlechtes Verhältnis zu unseren Gästen, wenn wir sie als Fremde bezeichnen. Fremde sollten als Gäste bezeichnet werden, aber es ist eigentlich der Touristik noch kein besserer Ausdruck geglückt, darum wird es wahrscheinlich ewig noch so weiter heißen, auch wenn wir schon auf Tourismusfonds, Tourismusreferat umbenannt haben.

Die SPÖ verlangt ganz deutlich, das haben Sie mehrmals heute gesagt, eine Aufstockung des Fonds. Sie wird kommen und ich werde jetzt auch die Entwicklung in Zahlen darlegen. Ein Blick auf den Tourismus zeigt, daß weder Österreich noch Niederösterreich 1993 mit Zuwachsraten rechnen wird können. Das ist aber keine spezielle Entwicklung nur bei uns, das ist eine schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation in ganz Europa, deren Gründe ich nicht noch einmal aufzuzählen brauche. Sie liegen in den Sanierungsprogrammen der jungen deutschen Bundesländer, in der Lira-Abwertung, im Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Faktoren, die wir nicht weglegen können, die sicherlich nicht tourismusfördernd sind.

Ich komme, wie Sie wissen, aus einer markanten Tourismusstadt. Auch wir leiden immer wieder unter der Divergenz von zwar mehr Ankünften, die wir erhalten, aber kleineren Übernachtungsdauern oder Verweildauern. Das ist ein mitteleuropäischer Trend, der nicht nur bei uns zu bemerken ist. Da müssen wir uns trösten. Es wäre zwar schöner, wenn unsere Gäste länger blieben, es wäre ökonomischer. Wenn ein Hotel sein Zimmer für drei Wochen vermieten kann, ist das angenehmer, als wenn man es jeden Tag überziehen muß, das wissen wir. Aber die Verweildauer ist ein Problem, die Verweildauer geht zurück. Warum geht sie zurück? Weil die Kongresse zunehmen und weil die Kuraufenthalte leider sinken.

Nun kommt ein wichtiges Faktum für unsere Statistik: Ich werde jetzt nachweisen, daß die NÖ

Statistik zwar ein kleines Minus ausweist bis August - vielleicht geschieht das Wunder noch im September, Oktober, ich glaube aber nicht - aber wir liegen eigentlich gegenüber Wien relativ gut. Denn Niederösterreich braucht geographisch allein schon und auch aus der politischen Situation heraus Wien als Fremdenverkehrsattraktion. Es wäre ganz schlecht von uns, das zu leugnen. Wien bildet für die ausländischen Gäste den Hauptanziehungspunkt. Wenn jemand von Amerika oder von irgendwo nach Österreich kommt, hat er einen Begriff: Wien, das will er sehen! *(Abg. Dr. Bauer: Und ab 1996 dann St. Pölten!)* Hoffen wir es. Aber Wien wird immer der Hauptanziehungspunkt bleiben. Wollte man das leugnen, wären man ein schlechter Touristiker.

Wien hat einen Rückgang, einen furchtbaren Flop von 8 % erlitten. Diese acht Prozent reißen uns natürlich irrsinnig mit. Wenn die in Wien fehlen, fehlen sie bei uns auch. Weil der Tourismus von Wien hinaus dann fehlt, der Impuls. Und wenn Sie bedenken, daß Niederösterreich bis Ende August mit einem Minus von 1,2 % durchgekommen ist und Wien aber - 8 % hat, müßte unser Minus eigentlich viel größer sein. Das heißt, wir haben viel aufgefangen. Aber ich sage noch einmal, ich will es nicht beschönigen, schöner wäre ein Plus für uns alle.

Die Relation Wien - Niederösterreich soll also gesehen werden. Und damit will ich aber auch eines sagen. Daß Wien, wie ich finde, folgenden Fehler macht: Die großen Palazzi in Wien, die tollen Hotels, Vier-, Fünf-, Sechssternhotels haben zu viel Kapazität. Jetzt verschleudern sie die Zimmer. Es gibt eine Dumpingpolitik in Wien, unter der wir leiden in ganz Niederösterreich. Bevor die nämlich gar nicht belegt sind, belegen sie die Zimmer billig. Dadurch entgeht natürlich auch niederösterreichischen Betrieben wichtiger Profit, durch diese Niedrigpreispolitik, die ich unsinnig finde. Aber man hört sicher nicht auf uns. Man kalkuliert hier gemischt, aber diese negative Sogwirkung schadet Niederösterreich auch.

An und für sich würde ich sagen, wir sollten uns hier im Landtag ganz offen aussprechen und alles Kritische sagen und alle Mängel aufzeigen. Aber hinaus, wenn es geht, das gilt auch für uns, nicht zu viel raunzen. Wenn man zu viel raunzt, sein Land schlecht darstellt und es pessimistisch darstellt, dann darf man sich nicht wundern, daß man wenig Investoren findet, die in dieses Land dann investieren sollen. Wir alle brauchen heute schon teilweise ausländische Investoren. Die kommen nicht, wenn wir uns selber negativ darstellen. Das möchte ich als Appell zu den Aussagen nach außen verstanden wissen. Hier soll

natürlich alles lückenlos und rückhaltlos gesagt werden.

Vergessen Sie auch nicht, meine Damen und Herren, wenn wir über den Tourismus sprechen oder über den Fonds, daß wir in Niederösterreich Spezialitäten haben, die kein anderes Bundesland hat. Die aber auch in das Budget hineingehören. Die man dazu setzen muß und addieren muß. Nämlich, wie der Herr Landesrat auch im Zwischenruf schon sagte, unsere NÖ Beteiligungsgesellschaft, wo viel Geld locker gemacht wird auch für Fremdenverkehrsprojekte. Sprechen wir auch von ECO-PLUS. Immerhin ist ein Drittel der ECO-PLUS-Mittel fremdenverkehrsrelevant, wenn ich da richtig informiert bin.

Was den Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek betrifft, der sich sehr genau buchhalterisch mit dem Fondsvermögen auseinandergesetzt hat, muß ich schon sagen, die Reduktion in diesem schweren Jahr 1992 im Fondsvermögen ist dadurch entstanden, daß man halt schwächere Betriebe pushen muß. Das ist eine Rezessionsphase und wir haben zu wenig Geld dafür gehabt. Daher diese Darlehensaufnahme, die uns über die Runden gebracht hat. Die wir aber jetzt wahrscheinlich nicht brauchen werden, weil wir von Haus aus den Fonds besser dotiert haben und auch noch besser dotieren werden.

Soweit die Raten und die Prozentzahlen: Minus 1,2 Prozent Ende August, gesamtösterreichischer Schnitt des Nächtigungsrückganges -1,4 %. Relativ gesehen hat sich Niederösterreich also wacker geschlagen und liegt damit im Mittelfeld der Bundesländerriege. Bemerkenswert ist, wenn man sich die Nächtigungsstatistiken anschaut, der Zuwachs an Ausländern, vorwiegend an Holländern und Deutschen. Erfreulich auch zusätzlich neue Gäste aus den österreichischen Bundesländern. Ein innerösterreichischer Tourismus, der interessant ist. Allerdings ist auch ein Rückgang an Wienern zu verzeichnen. Auch das schlägt sich natürlich negativ zu Buche.

Das heißt, wir müssen bei der Strategie bleiben. Natürlich sollen die Nächtigungen steigen, das sage ich immer. Wenn wir auch der Qualität das Wort reden, ohne Quantität geht nichts. Zuerst müssen die Leute kommen. Aber um quantitative Zuwächse zu bekommen, muß qualitatives Wachstum erzeugt werden. Bessere Betriebsführung, bessere Ausstattung, tourismusgerechtere Ausstattung, auch für gewisse Kapazitäten muß heute ein Betrieb haben. Daß er beispielsweise

busgerecht ist sozusagen und Busse und Gruppen aufnehmen kann. Das heißt, wir müssen unsere ganze Aufklärungskraft, Betriebsberatung, wie das ja aus dem "Leitbild 2001" hervorgeht, in die Beratung der Betriebe setzen. Von den Dreisternkategorie aufwärts muß der Trend gehen, ohne aber bitte zu dumpfen, wie das in Wien passiert.

Es ist in Niederösterreich gelungen, ein flexibles Förderungsinstrumentarium zu schaffen, das wir mit diesem Fonds haben. Und es ist uns gelungen, verstärkt Landesmittel flüssig zu machen. Niederösterreich geht damit einen eigenständigen, expansiven Weg, anders als die anderen Bundesländer. Weil wir auch bestehende Bundesaktionen im höchstmöglichen Ausmaß binden, so oft es geht. Erstens haben wir Mittel frei, zusätzlich zu fördern und zweitens bekommen andere das nicht, was wir bekommen können. Es ist eine alte Geschichte im Leben, was man selber für sein Bundesland bekommt, hat man nun einmal in der Hand. Und wenn man zu spät dran ist, entgeht es einem. Wir können somit durch unsere NÖ Landesförderungen speziell darüber hinaus fördern.

So wurden zum Beispiel an gewerbliche Betriebe im Vorjahr 31 Millionen als Direktdarlehen im Rahmen der Wirtschaftshilfeaktion für Ersatzinvestitionen vergeben. An Gemeinden und Vereine, dem Antragsteller muß ich das sagen, der den Antrag gestellt hat, die Landesumlage zu streichen. Für Gemeindeförderung hat der Fonds 35 Millionen vergeben und was auch für die Gemeinden zu Buche schlägt, Subventionen und zinsenlose Darlehen zur Schaffung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur ausgeschüttet. In beiden Fällen kann der Bund mit seiner restriktiven Förderungspolitik keine adäquate Leistung erbringen. Der Bund hält sich sehr zurück.

Die Bemühung des Fonds, Förderungsaktionen des Bundes vorrangig auszunutzen hat zur Folge, daß eben, das habe ich schon gesagt, Förderungsmittel verstärkt nach Niederösterreich fließen. Dies wurde vor allem durch die ERP-Verstärkungsaktion für größere Projekte bewerkstelligt. Der Fonds hat zukünftig neben der Bedienung des Kleinbetriebsklientels, so ist der Bestand des touristischen Unternehmertums in Niederösterreich nämlich zu sehen, wesentlich auch touristische Strukturpolitik zu bestreiten.

Die Wettbewerbssituation bei den Nachbarländern ist nicht besser geworden. Die strengen sich irrsinnig an. Wenn Sie nach Karlsbad, wenn Sie also - wir wollen jetzt nicht Namen nennen und noch Werbung machen - wenn Sie nach Ungarn

fahren oder nach Tschechien fahren, sehen Sie, wie die aufrüsten. Aber nur äußerlich zunächst. Sie sind noch nicht auf unserem Standard, Gottseidank. Aber wir werden das nicht aufhalten können. Wir müssen uns dem stellen und wir müssen besser sein und besser bleiben. Wir haben also durch die Nachbarländer eine neue, ich will nicht sagen Gefahr, eine neue Konkurrenz, der wir uns stellen müssen. Und die haben vor allem nur den Tourismus, wo sie reüssieren können. Und sie arbeiten billiger durch billige Arbeitskräfte. Wir haben ein hohes Soziallohniveau, Gottseidank, das sich aber auch umlegt auf die Kosten. Es ist also in Zukunft notwendig, mehr Leitbetriebe, Pilotprojekte, vor allem auch immaterielle Beratung in diesem Bereich zu bieten. Unsere Förderungspolitik im Land ist keine restriktive, sondern eine sehr offensive und massive. Die anderen Bundesländer haben auch schon reagiert auf die geänderte Marktsituation gegenüber dem Ausland und forcieren massiv den Ausbau von touristischen Kuranlagen. Darum bin ich ja auch so dahinter, daß auch bei uns in Niederösterreich Großes geschieht, Überregionales, das wir unbedingt fördern müssen, wenn wir uns den anderen Kurlandschaften stellen wollen.

Wir haben ein Beteiligungsmodell ins Leben gerufen, Landesrat Gabmann. Sie wissen das. Auch dort vieles drinnen für den Fremdenverkehr. Und jetzt komme ich zu den berühmten Zahlen, auf die der Herr Klubobmann Dr. Bauer schon neugierig ist, wahrscheinlich kennt er sie ohnehin genauer als ich. Wir haben im heurigen Jahr eine beträchtliche Erhöhung der Mittelzuführung verzeichnen können. Im Jahr 1992 hatten wir 90 Millionen, im Jahr 1993 128 Millionen. Und man hört jetzt von einer Steigerung, die der Wirtschaftslandesrat beim Finanzlandesrat herausverhandelt hat von nicht fünf, zehn, fünfzehn Prozent, auch nicht zwanzig Prozent, sondern sogar von noch mehr. Wenn das wahr ist, bitte ich weiß nicht, man hört von 28 Prozent. Und wenn diese 28 % stimmen, dann wären das 165 Millionen, die immerhin nicht von Pappe sind und die wir schon anerkennen sollten. Das Land hat ja schließlich natürlich auch andere Aufgaben. Darum triumphiert der Wirtschaftslandesrat auch nicht, sondern sagt, ich habe vernünftig verhandelt. Und wir wollen ihm dafür im Sinne des Tourismus auch danken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wird notwendig sein, die Tourismusfinanzierung neu zu überdenken. Damit meine ich die Anhebung der Qualität. Eine stärkere Konzentration der eingesetzten Mittel soll überlegt werden, Solche Methoden soll uns das "Leitbild 2001" dann liefern. Der erste Teil wird in diesen Tagen präsentiert, Teil

2 wird in Auftrag gegeben. Wir vom Kuratorium im Fremdenverkehrsfonds haben ja die Präsentationen der Leitbilder gesehen, der Grundsätze, der Modelle. Jetzt sollen sie ausgehandelt werden. In diesem Sinn möchte ich gerne diesem Bericht des Fremdenverkehrsförderungs fonds zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Anton Rupp.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Bevor ich Stellung nehme zum Wirtschaftsförderungs fonds und Strukturverbesserungs fonds möchte ich ebenfalls auf meine Vorredner kurz eingehen, besonders auf den wirtschaftlichen Teil. Wenn der Abgeordnete Dipl. Ing. Toms gemeint hat, daß die Wirtschaft in Niederösterreich in Ordnung sei, wobei wir sicherlich keine Insel der Seligen sind, dann möchte ich dennoch aus der Praxis sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die wirtschaftliche Situation besonders in der Industrie in Niederösterreich ist leider keine sehr gute. Wir haben Prozentsätze gehört, wir kennen den Rückgang, Du hast vier Jahre zurückgegriffen, ich möchte das nur ein Jahr tun. Wir haben in der Industrie im vorigen Jahr noch ein Wirtschaftswachstum von 1,2 % gehabt und in Österreich von 0,2 %. Wir lagen sicherlich um einiges günstiger. Im Gewerbe von 2,4 % gegenüber auf Bundesebene von 1,9 %.

Was Du leider vergessen hast oder am Ende Deines Berichtes dann angehängt hast war, daß die Arbeitslosenrate in Niederösterreich auch eine bessere sei als wie auf Bundesebene. Ich möchte das soweit korrigieren: Wenn wir vergleichen im derzeitigen Zeitpunkt, dann haben wir jetzt in Niederösterreich leider eine Arbeitslosenrate von 5,8 %. Verglichen mit dem Vorjahr, 1992, eine von 4,8 %. Das heißt, wir haben eine Steigerung in der Arbeitslosenrate von einem Prozent. Der Bundesdurchschnitt war vor einem Jahr genau 4,6 % und derzeit beträgt er 5,6 %. Also wir liegen unter dem Bundesdurchschnitt. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich sagen, daß wir alles daransetzen müssen, um der Wirtschaft, im besonderen der Industrie, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Und es hat mein Vorredner, Mag. Kaufmann, gemeint, daß bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen sehr viel an Verantwortung von den Sozialpartnern gezeigt worden ist. Dem ist nichts

hinzuzufügen. Ich darf Ihnen aber mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich gestern die Gelegenheit hatte, mit vielen Sekretären der Metallarbeiter und Betriebsratsvorsitzenden zu konferieren. Und wir mußten leider feststellen, daß von der Unternehmerseite die wirtschaftliche Situation derartig schlecht dargestellt wird, daß es erst einen Betrieb in ganz Niederösterreich gibt, der die ausverhandelte Öffnungsklausel nicht angewendet hat, der den Kollektivvertragsabschluß im Ist-Lohnbereich zur Kenntnis genommen hat. Alle anderen Unternehmer haben immer wieder gesagt, wir können nicht. Die Währungsabwertung, die wirtschaftliche Situation ist derartig schlecht und es werden alle arbeitsplatzsichernden Maßnahmen angerechnet. Ich bin davon überzeugt meine Damen und Herren, ohne daß ich hier Gewerkschaftspolitik machen möchte, daß bis zum 31. 10. 1993 nur sehr, sehr wenige Abschlüsse innerbetrieblich in den Gewerbe- und Industriebetrieben getätigt werden können. Daher möchte ich ganz kurz noch einmal auf die Arbeitslosenrate kommen. Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß sie günstiger ist als in den anderen Ländern um Österreich. Dennoch müssen wir aber leider feststellen, daß sie viel zu groß ist. Daher, wie schon erwähnt, müssen alle Maßnahmen daran gesetzt werden.

Ich möchte noch näher eingehen auf die Währungsabwertungen. Bedenkt man, daß wir von der Industrie her sehr stark exportorientiert und -abhängig sind, in viele Länder exportieren. Durch die Währungsabwertungen, wie wir ebenfalls heute schon gehört haben, durch die Hartwährungspolitik des Schillings, mit der wir uns sicherlich an der D-Mark orientiert haben, der also sicherlich auch in dieser Zeit seinen Preis hat. Wenn wir gehört haben, daß wir auf Bundesebene etwa 0,8 % Minuswachstum im Jahr 1993 haben werden und die Länder in Europa etwa 0,3 %, dann wissen wir, daß diese Hartwährungspolitik sicherlich richtig war, aber auch ihren Preis hatte. *(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)*

Zum Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds zurückkommend: Wir haben gehört, es gibt 16 Förderungsmöglichkeiten, meine Damen und Herren. Und ich hatte selbst das Glück, einige Jahre in diesem Fonds verantwortungsvoll mitarbeiten zu dürfen, mit allen anderen. Und ich möchte hier einiges aufzeigen. Es ist so, meine Damen und Herren, daß uns immer nur im Fonds jene Anträge vorgelegt werden, die einer positiven Zustimmung zugeführt werden. Mein Ersuchen heute, von dieser Stelle aus an den Fonds und an die Damen und Herren des Landtages geht dahin, zu unterstützen, daß auch die Anträge, die im

Fonds schon vorher vom Büro abgelehnt werden, aus sicherlich triftigen Gründen, aus gesetzlichen Überlegungen, ebenfalls bekanntgegeben werden. Ich glaube, daß es die Mitglieder im Fonds wissen sollten, wer abgelehnt wird. Und es würde ja genügen, ich habe das einmal schon zur Sprache gebracht, daß eine Liste aufgelegt wird von allen Anträgen, die angesucht werden und wenn sie aus bestimmten Gründen abgelehnt werden, mit einer kurzen Begründung den Fondsmitgliedern zur Kenntnis gebracht werden. Ich glaube, daß das sehr wichtig ist und würde bitten, daß man das überlegt und vielleicht in einer der nächsten Sitzungen dann dem zum Durchbruch verhilft.

Ich darf dann weiters ersuchen, meine Damen und Herren, wenn man den Bericht genau gelesen hat, dann kann man feststellen, daß vom Jahr 1991 auf 1992 eine Verringerung der Fondsmittel von 15 % gewesen ist. Gerade in dieser Situation, meine Damen und Herren, da in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 die wirtschaftliche Rezession eingesetzt hat. Es haben dadurch viele Beiträge in dieser Höhe vielleicht nicht ausbezahlt werden können. Ich darf daher ersuchen, daß wir bei der Haushaltsvoranschlagsstelle für das Haushaltsjahr 1994 eine beachtliche Erhöhung der Fondsmittel vorschlagen, damit wir der wirtschaftlichen Rezession, die sicherlich auch zu Beginn des Jahres 1994 noch sein wird, besser entgegentreten werden können.

Ich darf noch eine Anregung dazu beisteuern, meine Damen und Herren und an Dich Herr Landesrat vor allem. Wir haben sicherlich sehr gute Maßnahmen im Bereich des Gewerbes. Es fehlt uns aber zu der Pro-Industrieaktion noch eine zusätzliche Förderungsaktion. Wir haben in der Pro-Industrieaktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Möglichkeit, daß wir zinsengeschützte Förderungen geben können im Höchstausmaß von 30 Millionen Schilling. Aber ich glaube, und wir haben heute gehört, daß etwa 30 Prozent der Niederösterreicher in der Industrie beschäftigt sind, daß wir gerade die größten Verluste - auch diese Prozentsätze habe wir gehört - in der Industrie hinnehmen müssen. Daher müssen wir im Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds besonders für die Industrie Möglichkeiten schaffen, um dort höhere Förderungen und Stützungen geben zu können.

Ich darf eine weitere Anregung geben, meine Damen und Herren. Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht in den öffentlichen Medien, im Fernsehen oder in den Zeitungen immer wieder konfrontiert werden mit Standortaussiedlungen, speziell in unseren Grenzregionen, immerhin haben wir 400

Kilometer Grenze. Erst vorige Woche gab es wieder Horrormeldungen, daß wieder ein Betrieb über die Grenze geht. Des öfteren hören wir dann von der Bevölkerung Aussagen, daß mit Steuermitteln gefördert wurde und dann gehen sie ins Ausland. Die Arbeitsplätze in Niederösterreich gehen verloren und anderswo werden sie aufgebaut, bei einem wahnsinnig niedrigen Lohnniveau. Daher wäre bitte in diesem Punkt meine Anregung, wenn wir Förderungen über die Wirtschafts- und Strukturförderung tätigen, in solchen Betrieben, die dann kurzfristig, nach einigen Jahren aussiedeln, ins benachbarte Ausland gehen und dort wieder investieren, damit sie billiger produzieren können und in Niederösterreich unsere Arbeitsplätze verloren gehen, da würde ich wirklich bitten, daß man die Förderungsmittel, die wir gegeben haben, von diesen Betrieben zurückfordert. *(LR Gabmann: Das geschieht ja, bitte! Bei Steilmann wurde das gemacht!)* Aber nicht in jedem Fall, Herr Landesrat! Ich könnte Dir einige Fälle sagen. Ich habe schon einmal von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, hier vorne am Rednerpult, ich kann Dir konkret Betriebe sagen, wo das auch von einer Betriebsrätin bei laufender Fernsehkamera geschildert worden ist, daß nicht nur die Halle abgetragen worden ist, daß sogar die Beleuchtungskörper in NÖ Betrieben abgetragen werden und dann in anderen Produktionsstätten jenseits der Grenze montiert worden sind. Daher also wirklich meine Forderung, konkret zu überprüfen, wenn wir Förderungsmittel gegeben haben in solchen Betrieben, die dann auswandern, Standortverlegungen durchführen, daß wir die auch dann lückenlos zurückfordern. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich darf auch, wie der Herr Kollege Mag. Kaufmann schon berichtet hat, mitteilen, daß wir dem Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Hält ein Konvolut von beträchtlicher Stärke hoch.) Keine Angst, ich lese das nicht alles vor, nur eine Passage daraus. Ich möchte seitens meiner Fraktion zu den mittlerweile mehreren eingebrachten Resolutionsanträgen Stellung nehmen.

Da wäre erstens der Resolutionsantrag vom Abgeordneten Dr. Bauer betreffend Bahnausbau in Niederösterreich. Der Antrag selbst liest sich

meiner Meinung nach wie eine Wunschliste. Man könnte fast sagen, erfüllbar dann, wenn Ostern und Weihnachten zusammen fällt. *(Unruhe in den Reihen der SPÖ.)*

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Es hätte gereicht, wenn Sie hineingeschrieben hätten, alle Bahnen. Sie haben mehr oder weniger alles aufgezählt. Und ich glaube, man muß sich bei so einem Antrag schon Gedanken machen über die Finanzierung. Wir wissen in Niederösterreich wahrscheinlich heute noch nicht, wie wir nächstes Jahr nach dem neuen Bundesbahngesetz die 250 Millionen Schilling für die ÖBB aufbringen werden. Schon gar nicht für die Erhaltung der Nebenbahnen. Damit bin ich bei dem Stichwort, weshalb es uns auch leichter fällt, diesem Antrag zuzustimmen. Und daher wird der Herr Klubobmann gleich ganz beruhigt sein. Hier drinnen steht ein Bekenntnis zu den Nebenbahnen. Daher sehen wir es auch gerne, daß das von uns mitgetragen wird und daher werden wir diesen Antrag mittragen.

Der Resolutionsantrag Mag. Kaufmann wird die Freiheitliche Partei ebenfalls mittragen. Erlauben Sie mir aber, daß ich auch noch zu den beiden von meiner Fraktion gestellten Resolutionsanträgen kurz Stellung nehme. Da wäre einmal der Antrag von Alois Preiszler betreffend der Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer. Dem hat der Herr Abgeordnete Mag. Kaufmann in seiner Rede stark widersprochen. Ich schätze ihn sonst, weil er sehr viel weiß und immer wieder mit interessantem Sachwissen auftritt. Aber das Arbeitsübereinkommen der Sozialistischen Partei - damals noch - und der Österreichischen Volkspartei, nämlich zu dieser Gesetzgebungsperiode, dürfte er nicht gelesen haben. Denn da steht nämlich drinnen und ich zitiere aus dem Arbeitsübereinkommen 1990, wir haben die Passage wortwörtlich übernommen, weil wir es Ihnen ja leichter machen wollten, hier diesem Antrag zuzustimmen, der ÖVP und der SPÖ. Hier steht: "Die Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsplatz, wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat, sowie die Verfahrenskonzentration der zuständigen Behörden sind geeignete Mittel dazu." Der Teil davor behandelt die Abschaffung der Kriminalität und Illegaler. Daher würde ich Sie wirklich ersuchen, noch einmal zu überlegen, ob Sie nicht diesem Antrag doch zustimmen können. Denn der Wortlaut kommt von Ihnen selbst. Nur der Antrag kommt von mir. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Mag. Kaufmann: Herr Kollege, es gibt einen Ausschuß im Parlament, der sich damit beschäftigt!)*

Ja, sehr geehrter Herr Abgeordneter Mag. Kaufmann, ich weiß, Sie denken schon in den Dimensionen, wenn Sie vielleicht nächstes Jahr drüben einziehen. Aber wir haben doch hier in Niederösterreich ganz andere Probleme. Wir sind ja diejenigen, die genau dieses Problem der Illegalen am meisten spüren in dieser Republik. Und ich weiß nicht, ob Sie schon einmal dabei waren bei so einer Razzia. Es ist wirklich kein Vergnügen. Vielleicht sollten Sie sich einmal die Mühe machen, mitzufahren bei Razzien, wie sie vorgekommen sind bei dem Kraftwerksbau Freudenau oder vor gut einem Jahr, als die Großrazzia war gegenüber der Ölraffinerie, bei diesem neuen Business-Center. Um zu sehen, wie so etwas aussieht, weil die Leute keinen Ausweis haben. Wenn vorher eine Lagebesprechung ist mit der Arbeitsmarktverwaltung, Kriminalpolizei, Polizei oder Gendarmerie, je nach der Zuständigkeit, wenn die ausrücken mit Blaulicht, eine Baustelle umstellen, wenn die Arbeiter über die Dächer flüchten, wenn die Exekutive denen nachläuft, wenn die in Handschellen abgeführt werden, nur weil sie keinen Ausweis haben, nur weil man sie nicht kennt. Und dann wirklich jeder, wie Sie zuerst gesagt haben, der möglicherweise vielleicht nicht ganz so österreichisch aussieht, aufgegriffen wird.

Da können wir Abhilfe schaffen. Denn das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine menschenunwürdige Jagd. Und wir haben das heute. Und da braucht man heute gar nicht zu irgendwelchen Baustellen gehen, da gehen wir zu Großbetrieben. Ich nehme jetzt nur her zum Beispiel IBM. Dort findet überhaupt niemand etwas daran, wenn jemand ein Kärtchen trägt, wo er arbeitet, mit Bild darauf. Nur, hier machen wir das nicht. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Mag. Kaufmann: Aber bei IBM hat das jedermann. Und Sie sprechen immer nur von Ausländern!)* Dann beantragen Sie es für jedermann! Wir sind jederzeit dafür aufgeschlossen. Aber eines, glaube ich, kann man nicht machen. Den Österreichern in der Regierungserklärung das schreiben. Nächstes Jahr läuft die Periode aus, wir wissen, welche Probleme Sie haben. Ich bin der Überzeugung, wir könnten hier wirklich vielen Menschen Gutes tun, wenn wir auf diese Ausweispflicht übergehen würden.

Zum Resolutionsantrag vom Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Landesumlage. Herr Professor Breininger! Der Unterhaltungswert war groß und es haben sich alle gefreut, zwischendurch wieder ein bißchen Erheiterung zu erleben. Aber ich glaube, Sie hätten den Antrag wirklich ein bißchen gründlicher lesen sollen. Dann hätten Sie hier nicht behauptet, daß wir die Abschaffung der

Landesumlage beantragen. Dieser Antrag ist erstens einmal eine zeitlich begrenzte Maßnahme, auf das Jahr 1993 und 1994 befristet. Weil wir davon ausgehen, daß wir momentan wirklich Probleme haben und vielleicht zu besseren Maßnahmen greifen sollten.

Dieser Antrag, wenn man sich den genau durchliest, beabsichtigt, daß jene Gemeinden, die bereit sind, aktiv zu werden bei der Arbeitsplatzbeschaffung, bei der Arbeitsbeschaffung, genau den Umfang, den sie dafür ausgeben, genau diese Mittel nicht als Landesumlage abzuführen brauchen. Das ist vielleicht etwas kompliziert, aber ich glaube, es ist im Sinne unserer Beschäftigungssituation, daß wir zu derartigen Maßnahmen greifen. Das heißt, was eine Gemeinde ausgibt für Beschäftigungspolitik, für zusätzliche Arbeitsplätze, braucht nicht abgegeben zu werden. Und ich weiß und traue mir mit Sicherheit zu sagen, es werden nicht alle Gemeinden davon Gebrauch machen. Vielleicht nur zehn Prozent, dann sind es vielleicht 80 Millionen Schilling. Aber wir haben erst vor kurzem auch ein Programm beschlossen mit 30 Millionen für die Schifffahrt in Niederösterreich. Das heißt, das Land beschließt solche Programme. Und ich glaube halt - wir wissen es nicht, das muß ich schon dazu sagen - wenn man die Selbständigkeit der Gemeinden fördert und wirklich bei hunderten von Gemeinden sozusagen, die Phantasie anregt und den Ideenreichtum anregt, daß eine Gemeinde von sich aus die Möglichkeit hat, arbeitsmarktmäßig aktiv zu werden und daher eine Einsparung bei der Landesumlage erreicht, dann sollte man nicht so leichtfertig, wie Sie es getan haben, darüber hinweg gehen. Und sagen, wir sind für die Streichung der kompletten Landesumlage. Das steht hier nicht drinnen, das ist auch nicht unsere Absicht. Unsere Absicht ist es, den Gemeinden Möglichkeit zu geben, hier Impulse zu setzen. Und daher ersuche ich Sie wirklich, überlegen Sie sich noch einmal diese Form der Zustimmung. Es wird in der Administration nicht einfach sein. Aber was ist schon einfach heute? Das hat einmal auch ein Bundeskanzler von sich gegeben. Also vielleicht können Sie sich doch noch hinreißen lassen dazu. Ich glaube, jeder Versuch, der nur in Aussicht stellt, daß wir zusätzliche Arbeitsplätze gewinnen in diesem Land, ist es wert, daß er getätigt wird.

Zum Abschluß möchte ich noch auf einen Resolutionsantrag eingehen, der zwar noch nicht eingebracht ist, aber eingebracht wird. Nämlich vom Bruder Wagner aus Mödling, der den Antrag stellen wird, so wie er es formuliert hat, daß die Arbeitszeit des Semmering-Basistunnels von acht auf vier Jahre herabgesetzt wird. Wenn Du den Antrag ab-

änderst, daß die Arbeitszeit auf null Jahre herabgesetzt wird, wird auch die Freiheitliche Partei ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

"Wirtschafts- und Strukturverbesserung." Damit sind wir automatisch sofort beim zentralen Thema, der Frage nach der Qualität. Die Frage nach der Qualität der Förderung der Produkte, der Modernität der Produktionsanlagen. Die Frage aber auch der Qualität der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter in den Betrieben. Das sind jene Herausforderungen, denen wir uns, glaube ich, angesichts der veränderten Situation vor allem in unseren Nachbarländern sofort zu stellen haben.

Es wäre sicher eine völlig verfehlte wirtschaftspolitische Strategie, etwa mit den Löhnen dieser Länder oder gar mit Schwellenländern konkurrieren zu wollen. Und ich darf hier unseren Landesrat Ernest Gabmann anlässlich seines Amtsantrittes zitieren: Wer weiterhin Massengüter produziere, werde hinter den Billiglohnländern zurückbleiben und keinen Erfolg haben. Ich glaube, hier liegt unser Landesrat ganz richtig bei dieser Grundaussage zur Wirtschaftsförderung, zur Wirtschaftspolitik in Niederösterreich.

Investitionen, meine Damen und Herren, in die Anlagen allein aber sind sicherlich zu wenig. Es gehört natürlich auch dazu die Investitionen in die Ausbildung der Beschäftigten, in die Verbesserung ihrer laufenden Ausbildung, in deren Qualifikation. Das sind entscheidende weitere Standbeine einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Die Konkurrenzfähigkeit und die wirtschaftliche Gesundheit eines Betriebes, meine Damen und Herren, stehen sicherlich nicht im Gegensatz zu einem hohen Lohnniveau. Ganz im Gegenteil! Hohe Qualifikation und damit ein hohes Niveau an Einkommen sind eigentlich die Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft, wollen wir modernisieren. Und da gehören natürlich Fragen der Weiterentwicklung der Mitarbeiterbeteiligung dazu, der beruflichen Weiterbildung, wie ich es erwähnt habe, moderne Unternehmensführung, Anwendung moderner Technologien am Arbeitsplatz, aber vor allem auch die Arbeitsbedingungen. Denn Qualität kann nur in einer menschengerechten Arbeitswelt wachsen. Und damit möchte ich einen Punkt anschneiden, der, glaube ich, auch in Zukunft bei uns in Niederösterreich von ganz, ganz besonderer Bedeutung ist, wo ja schon eine Reihe von Initiativen gesetzt wurden. Nämlich die Frage der Gesundheit

am Arbeitsplatz. Die Berufskrankheiten, die Arbeitsunfälle kosten uns jährlich Milliarden von Schillingen. Die Kosten für die chronischen arbeitsbedingten Erkrankungen, für die Schäden sind eigentlich unbekannt. Da gibt es eigentlich gar keine Ziffern für diese chronischen Bereiche. Der Anteil der Invaliditätspensionen, gemessen an der normalen Alterspension ist sicherlich in manchen Berufsgruppen ein Indiz dafür, daß hier viel bei der Qualität der Gesundheit des Arbeitsplatzes getan werden muß. Vor allem aber auch bei der Frage der Gesundheitsvorsorge, der Arbeitsmedizin. Daß hier viel zu geschehen hat.

Unser Landeshauptmann Erwin Pröll hat ja im vergangenen Jahr bereits mit dem Gesundheitsforum die Hauptzielsetzung in diese Richtung der Gesundheitsvorsorge gelegt. Und ich darf das ergänzen, daß natürlich die Gesundheitsvorsorge im Betrieb ein entscheidendes Standbein dazu zu sein hat. Denn ich glaube, eines ist klar: Während es selbstverständlich ist, daß es für jede Maschine einen Wartungsvertrag gibt, ist es noch immer so, daß es vielfach zu teuer kommt, wenn man Gesundheitsvorsorge für die Mitarbeiter betreibt. Und Gesundheitsvorsorge für die Mitarbeiter hat Vorteile für alle. Es hilft dem einzelnen Arbeitnehmer, gesund zu bleiben, dem Betrieb hilft es ganz besonders, weil gesunde Arbeitnehmer mehr leisten werden und können Und der Volkswirtschaft, weil entsprechende Kosten sicherlich hier vermieden werden können.

Wenn ich schon bei der Frage der Qualität bin, darf ich wieder auf unseren Landesrat Ernest Gabmann zurückkommen. Denn es war die Qualität einer Idee, die er gehabt hat, was das NÖ Beteiligungsmodell betrifft. Ich möchte heute, nachdem eine Reihe von Rednern schon Details angeführt haben, betreffend der verschiedenen Sparten der Wirtschafts- und Strukturverbesserung in Niederösterreich, vor allem die Qualität dieser Idee in den Mittelpunkt rücken, denn mit diesem Beteiligungsmodell liegen wir im Reigen der Bundesländer ganz weit vorne. Weil wir damit den Betrieben auf Eigenkapitalbasis ermöglichen, hier in neue Produktionsmöglichkeiten einzusteigen. Eine ganz wesentlich gelungene Frage, in der wir sicherlich Muster und Vorbild für die anderen Bundesländer sind. Und es ist ja kein Zufall, daß wir in so vielen Bereichen in Niederösterreich führend sind. Weil hier Initiativen gesetzt wurden. Sei es dieses NÖ Beteiligungsmodell, sei es auch in einem Abwehrbereich die Initiative, die Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop gelungen ist. Nämlich diese Arbeitsplatzinitiativen in von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Regionen. Lilienfeld ist da ein Musterbeispiel, wo uns einiges gelungen ist. Aber

wir hoffen, daß das auch in den anderen Problemregionen demnächst zu greifen beginnt. Frau Landeshauptmannstellvertreter hat auch hier wieder Initiativen gesetzt, man könnte nun wahllos herausgreifen, wenn wir einen so hohen Zuwachs haben im Baubereich, bei öffentlichen Bauaufträgen, ist sicherlich das Freibauer-Modell der neuen Wohnbauförderung mit der Verdoppelung der Wohnbauleistung ein ganz entscheidender Eckpunkt. Ich kann nicht alle die Punkte, die man hier in Niederösterreich anführen könnte, der Reihe nach anführen. Aber diese drei großen Punkte sind, glaube ich, wirklich besonders erwähnenswert, was vor allem auch die Problembereiche betrifft. Hier sind der Frau Landeshauptmannstellvertreter wirklich einige Pilotprojekte eigentlich hervorragend geglückt.

Meine Damen und Herren! Mich haben heute einige Redner der sozialdemokratischen Fraktion schon angesprochen. Gleich eingangs zu Sitzungsbeginn des heutigen Tages hat Herr Klubobmann Dr. Bauer nämlich sehr deutlich angesprochen meine Kritik an der Sozialpartnerschaft. Zur Aussage, wir stehen zu Lohnabschlüssen, die schwer erklärbar sind: Da bin ich einer Meinung mit Ihnen. Sie sind wirklich schwer erklärbar. Da sind wir völlig konform. Ich möchte nur eines klar festhalten: Ein deutliches Ja zur Sozialpartnerschaft auch von mir, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Aber diese Sozialpartnerschaft ist von ihrer Struktur her keine heilige Kuh. Sie steht nicht im kritikfreien Raum, wie es zum Beispiel lange Zeit - Dr. Michalitsch hat es heute schon gesagt - bei der Neutralität war. *(Abg. Dr. Bauer: Ja, aber man kann nicht Hohnrunde statt Lohnrunde sagen!)*

Ich komme schon auf den Punkt zurück, Herr Kollege Dr. Bauer. Da kann ich gleich ein konkretes Beispiel anführen, wenn wir schon bei Hohnrunden sind. Ich habe den "Standard" mitgenommen. Am Tag danach, als diese überfallsartige Runde abgeschlossen wurde, von der die meisten Gewerkschafter im Metallbereich nichts wußten, weil das von oben diktiert wurde. Da gab es noch die optimistische Annahme, man werde genau darauf achten, ob die Möglichkeit mißbraucht oder wirklich nur dort eingesetzt wird, wo sie zur Absicherung notwendig ist. Gemeint ist die Frage der Öffnungsklausel. *(Abg. Dr. Bauer, Abg. Mag. Kaufmann: Wie viele gibt es, die die Öffnungsklausel ablehnen? Wie viele?)*

Das hat sich so dargestellt, daß am 5. Oktober in der gleichen Zeitung hier bereits heftig von der Wirtschaft geklagt wird, daß man das von seiten der Gewerkschaften zu eng sehe. Und heute sagt Kollege Abgeordneter Rupp, die Problematik sei deutlich genau, wie ich es habe kommen sehen,

daß man überall, wo es irgendwie geht, diese Öffnungsklausel anwenden will. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Wenn ich von Hohnrunden rede, möchte ich ganz klar sagen: Für mich war das ein erster großer Dambruch! Ein erster großer Dambruch dahingehend, daß das alte Ziel erreicht wird, nämlich von Lohnabschlüssen im Betrieb, auf Betriebsebene. Meines Erachtens ist das der Anfang vom Ende jeder solidarischen Lohnpolitik. Da sage ich ganz einfach, wehrt diesen Anfängen!

Und wenn ich schon bei diesem Thema bin, Kritik an der Sozialpartnerschaft, die ich grundsätzlich bejahe, aber die vielfach in ihren Strukturen verändert gehört. Das ist ja gar keine Frage. Während sich die Wirtschaft sehr dynamisch entwickelt hat und wir heute in Niederösterreich schon weit mehr Beschäftigte im Dienstleistungsbereich haben zum Beispiel als im Produktionsbereich, während die Betriebsstrukturen immer kleiner werden, hat es hier ein Beharren gegeben auf Arbeitnehmerseite, im Bereich der Gewerkschaften. Und das kann man sehr deutlich dann ablesen, wie die Folgerungen sind. Ich berufe mich bei all dieser Kritik, die ich da in den letzten Tagen sehr massiv vorgetragen habe, auf offizielle Daten der Bundes-Arbeiterkammer. Und wenn hier ein Vergleich der Betriebsgröße und der Lohnhöhe genannt wird, weiß ich schon, daß die Frage der Produktivität natürlich auch eine Rolle spielt. Aber wenn wir hier Unterschiede erleben, daß in Betrieben bis vier Mitarbeiter 190.000,- Schilling Personalaufwand im Jahr gegeben ist und bei Betrieben meinetwegen bis 99 Mitarbeiter 300.000,- Schilling und über 1.000 Mitarbeiter 398.000,- Schilling, der Schnitt somit bei 303.000,- Schilling liegt, so sind das gewaltige Unterschiede, die auch von der NÖ Kammer sehr deutlich dargestellt werden in offiziellen Publikationen, wo wir davon reden, "Einkommen in Niederösterreich zwischen Spitzen- und Hungerlöhnen". Und das ist meine Kritik an nicht greifenden Gewerkschaften. Weil ganz einfach diese Strukturen nicht greifen. Ich persönlich habe mich auch, das sage ich ganz klar und deutlich, sehr oft bemüht, hier Betriebsratseinrichtungen zu schaffen, mitzuhelfen. Weil das einfach nicht greift in diesen Einheiten. Daher ist es notwendig, daß man hier Überlegungen anstellt, wie ganz einfach hier mehr Effizienz in Zukunft gegeben sein kann. Ich wollte das nur sehr deutlich klarstellen, weil ich doch heute sehr energisch in dieser Frage angesprochen worden bin.

Ich möchte vielleicht noch einen Punkt anführen: Der Herr Kollege Abgeordneter Rupp hat erwähnt, daß Betriebe Rückzahlungen leisten sollten, wenn sie ins Ausland abwandern. Na selbstver-

ständig, ganz klar! Hier hat es auch eine Diskussion in der letzten Woche gegeben, von der ich hier die Aussendungen, die im Rundfunk waren, vor mir habe. Ich möchte hier klar sagen, daß Landesrat Gabmann, das war zum Beispiel in einer Zeitung am 28. September nachzulesen, am Beispiel der Firma Steilmann klar deponiert hat, daß selbstverständlich in seiner Abteilung stets gewissenhaft nachgeschaut wird, ob hier Abwanderungsvorgänge stattfinden. Und daß hier das Geld selbstverständlich rückgefordert wird. Im konkreten Fall ist das selbstverständlich auch klarerweise geschehen. Ich möchte das nur klarstellen, weil es auch eine öffentliche Debatte gegeben hat, bei der sicherlich auch Mißverständnisse dabei waren. Weil ich, das möchte ich auch einbekennen, das eben so verstanden habe, daß Betriebe bestraft werden sollen. Ich sehe das nicht als Strafe. Sondern das ist selbstverständlich, daß sie das zurückzahlen müssen. Das war vielleicht ein Mißverständnis zwischen uns, das möchte ich hier klar stellen.

Damit komme ich zu einem weiteren Bereich, der die Frage der Qualität unserer Wirtschaft ganz entscheidend berührt, nämlich die Frage des Verkehrs, jenes Knotenpunktes praktisch in unserem Wirtschaftsleben. Da muß ich doch vorausschicken, ohne zu lange zu werden an diesem heutigen Sitzungstage, weil wir Verkehrsprobleme schon in der Aktuellen Stunde besprechen konnten, daß wir gewaltige Veränderungen des Gesellschaftssystems im Osten vor diesen drei, vier Jahren erlebt haben. Und daß damit die Inhalte unserer Verkehrsplanungen, die es vorher gegeben hat, obsolet geworden sind.

Vor allem wurde aber eines ganz deutlich: Die Schwächen der Bundesbahn werden immer offensichtlicher. Und die Verkehrslawine im Individualverkehr wird ja in Zukunft immer mehr Widerstände hervorrufen. Diese Emotionalisierung tatsächlich oder vielfach auch vermeintlich Lärmgeschädigter wird ein Umfeld schaffen, aus dem wir nur mehr den Ruf nach Verboten hören werden. Das subjektive Empfinden, die Reaktion auf Lärm ist in den letzten Jahren ganz dramatisch gestiegen auf Grund verschiedenster Einflüsse. Daher dürfen wir uns wirklich als Niederösterreicher gratulieren zu unserem Landesverkehrskonzept, das von all diesen Fragen ausgegangen ist. Und was ganz wesentlich bei der Entstehungsgeschichte war, nämlich die demokratische Mitbestimmung, die Mitgestaltung der Bürger, aber auch der Mandatäre, der Kommunalpolitiker usw. in den Regionen. Daher auch dieses wirklich zukunftssträchtige Konzept unter Mitwirkung der Verantwortungsträger in den Regionen. Diese opti-

male, zukunftsorientierte Abstimmung der Verkehrsträger und vor allem des koordinierten Ausbaues, des längerfristigen Ausbaues, vor allem der öffentlichen Verkehrsträger ist natürlich der springende Punkt. Wir haben da einen Prioritätenkatalog erarbeitet. An diesem Prioritätenkatalog sollten wir zügig arbeiten, zügig umsetzen. Aber nicht die Prioritäten wieder außer Acht lassen, weil da und dort anderes Wichtiges oder scheinbar Wichtiges im Blickfeld steht. Ich glaube, dies, wenn wir wo Prioritäten setzen, dann müssen wir es auch durchziehen, ist ein ganz entscheidender Punkt. Und daher darf ich einen Resolutionsantrag einbringen der Abgeordneten Dirnberger, Grätzer und Ing. Dautzenberg betreffend Ausbau des öffentlichen Verkehrs in NÖ. (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dirnberger, Grätzer und Ing. Dautzenberg zur Vorlage der Landesregierung, betreffend Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, Ltg. 10/B-8, betreffend den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich.

Das NÖ Landesverkehrskonzept wurde am 11. Juli 1991 von der Landesregierung genehmigt. In diesem Verkehrskonzept wird dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs Priorität eingeräumt. Dafür wurde ein Finanzmittelbedarf von S 73 Mrd. ermittelt. Seit Inkrafttreten des NÖ Landesverkehrskonzeptes konnten jedoch die wichtigsten Vorhaben aufgrund von Planungs- und Finanzierungsengpässen des Bundes weder vertraglich fixiert noch in eine Realisierungsphase übergeführt werden. Damit besteht die dringende Gefahr, daß die landespolitischen Zielsetzungen in der Verkehrspolitik nicht umgesetzt werden können.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert,

1. Beim Bund sofort den Abschluß eines Nahverkehrs-ausbau- und Finanzierungsprogrammes mit dem Land Niederösterreich zu erwirken. Dieses Programm soll als **Sofortmaßnahme** den Ausbau

- der Flughafenschnellbahn S 7
- der Weinviertler Ostbahn S 2
- der Schnellbahnlinie im niederösterreichischen Zentralraum (Krems - St. Pölten - Lilienfeld)
- der Pottendorferlinie (Wien-Meidling - Wampersdorf)

- des Park-and-ride-Systems in Niederösterreich

enthalten und bereits 1994 wirksam werden.

2. Beim Bund den ehebaldigsten Abschluß der Planungen für die wichtigsten Fernverkehrsverbindungen im Bereich der Eisenbahnen zu erwirken, wobei auf die Belange des Umweltschutzes und der Bürgerbeteiligung besonders Bedacht zu nehmen ist. Dies betrifft insbesondere

- die Westbahn im gesamten Abschnitt in Niederösterreich
- die Südbahn im Bereich Wiener Neustadt - Mürzzuschlag (Ghega-Bahn)
- die Verbindung Wien - Bruck/Leitha - Parndorf - Bratislava.

3. Beim Bund zu erwirken, daß die für diesen Bahnausbau notwendigen Finanzierungsmittel rechtzeitig vor Baubeginn sichergestellt werden. Dabei ist dem Ausbau des Nahverkehrs und der Ost-West-Achse im Fernverkehr Priorität einzuräumen.

Der Semmering-Basistunnel ist zurückzustellen, da er laut Landesverkehrskonzept nur Priorität 2 hat. Planungs- und Bauarbeiten wären daher einzustellen. Erst nach Erledigung der in den Punkten 1 und 2 genannten Projekte wäre neuerlich zu prüfen, ob der Semmering-Basistunnel erforderlich ist."

Ich darf diesen Antrag zur Kenntnis bringen und um Zustimmung bitten.

Gleichzeitig darf ich Stellung nehmen zu weiteren Resolutionsanträgen. - Resolutionsantrag des Abgeordneten Dr. Bauer. Hier möchte ich zwei Dinge vorweg bemerken. In diesem Resolutionsantrag wird angeführt unter anderem der leistungsfähige Ausbau der Südbahn bis Payerbach-Reichenau und der Ausbau der Aspangbahn südlich von Wiener Neustadt. Ich darf namens des Klubs der ÖVP Niederösterreich hier die Zustimmung bekanntgeben zu diesem Resolutionsantrag. Wir treten nicht bei, aber wir stimmen zu! Ich möchte aber doch klar festhalten, daß diese Zustimmung unter Einhaltung des Prioritätenkataloges des Landesverkehrskonzeptes erfolgt. Das möchte ich ganz klar fürs Protokoll hier festhalten.

Einen zweiten Punkt möchte ich auch anführen. Im letzten Abschnitt wird hier verlangt, daß die Landesregierung aufgefordert wird, mit dem Bund über den Ausbau des Schienenverkehrs und die Aufrechterhaltung der Regionalbahnen in Niederösterreich eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG abzuschließen. Ich darf Ihnen mitteilen, daß ich die Information erhalten habe, daß

Verhandlungen schon am kommenden Montag mit der Bundesregierung diesbezüglich stattfinden werden. Wir werden seitens der NÖ Volkspartei diesem Antrag die Zustimmung geben.

Damit komme ich zum Antrag des Abgeordneten Mag. Kaufmann. Hier wird die Volkspartei Niederösterreich zustimmen. Zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch und Treitler erfolgt selbstverständlich die Zustimmung.

Wir werden nicht die Zustimmung geben können dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Preiszler betreffend der Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer. Ebenfalls ablehnen werden wir den Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsplatzsicherung in Niederösterreich. Das zu den Resolutionsanträgen in Kürze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie auch mir, vorerst zu den Ausführungen von manchen Vorrednern Stellung zu beziehen. Wenn sich der Herr Klubobmann Gratzner beschwert hat, daß unsere Argumentation hinsichtlich der Ausweispflicht von zu Unrecht oder schwarz beschäftigten Ausländern nicht seine ungeteilte Zustimmung findet, so glauben wir, daß er einem Trugschluß unterliegt. Zum Einen, weil diese Regelung derzeit diskutiert wird. Zum Zweiten, weil nach seiner Version jeder einen Ausweis mithaben müßte und das eigentlich schwierig zu vollziehen ist. Weil sozusagen alle davon betroffen sind. Das können wir uns nicht vorstellen und lehnen wir daher auch ab.

Zum Kollegen Dirnberger, dessen Ausführungen ich im Auto, im Radio vernommen habe. Sie, muß ich sagen, haben mich als Betriebsrat äußerst irritiert und betroffen gemacht. Ich war sehr verwundert und bin zu dem Schluß gekommen, der Kollege Dirnberger, der hoher Arbeiterkammerfunktionär ist, sitzt offenbar unter einem Glassturz oder Quargelsturz irgendwo beim NÖ AAB. Offenbar hat er keine Ahnung von der Realität, von den Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigungssituation in den Betrieben. Dieses müde Lächeln, muß ich ehrlich sagen, kommt mir in der täglichen Praxis nicht über die Lippen, wenn man zu den Unternehmern, zu den Chefs zitiert wird und einem dort mitgeteilt wird, daß die Beschäftigungslage gigantische Einbrüche

zeitigt, daß die Ergebnisse schlecht sind, daß man über ein Fixkostensenkungsprogramm reden muß und was das im Klartext bedeutet. Unter der derzeitigen Marktsituation ist es halt nicht möglich, das Auftragsvolumen so auszuweiten, daß die Ergebnisse passen. Das heißt, es wird sich überwiegend in Richtung Personalreduktionen bewegen. Und wer sich unter diesen Aspekten nicht vorstellen kann, daß die unselbständig Erwerbstätigen, unsere Mitarbeiter in den Betrieben natürlich gigantische Sorgen um ihren Arbeitsplatz und um ihre Existenz haben, der tut mir, ehrlich gesagt, sehr leid. Der hat die Hand nicht am Puls. Und daß das ein hoher Funktionär der Arbeiterkammer ist, macht mich besonders betroffen, weil ich glaube, daß das die falschen Repräsentanten in den höchsten Gremien sind.

Und nun darf ich zum eigentlichen Thema kommen, zu dem ich mich gemeldet habe. Einige meiner Vorredner haben darauf schon Bezug genommen. Herr Professor Breiningen und auch der Herr Dkfm. Rambossek haben aus ihrer Sicht die Einschätzung des Jahresberichtes 1992 des Fremdenverkehrsförderungsfonds dargelegt. Ich möchte mich, nachdem Sie ja die Gelegenheit hatten und ich annehme, daß Sie den Bericht zumindest überflogen haben, auf wesentliche Fakten konzentrieren und die aus meiner Sicht darstellen.

Würde man mich nach der Methode der "Sonntagsfrage" fragen, was fällt ihnen spontan zur NÖ Tourismuspolitik ein, so würde ich sagen, wir haben schon einige Konzepte gemacht. Nämlich im Jahr 1988 ein Tourismus-Marketingkonzept, ein Wintersport-Fremdenverkehrskonzept. Mir fällt die Neufassung eines 17 Jahre alten Tourismusgesetzes ein, das derzeit schon wieder dringend novellierungsbedürftig ist. Mir fällt ganz plötzlich der Landesreisebüro-Deal, also der "Verkauf" des NÖ Landesreisebüros ein. Mir fallen die Bemühungen um den Ausbau des Donauradweges und des Radwegenetzes in Niederösterreich generell ein, der Fremdenverkehrsförderungsfonds, über den im Speziellen noch zu diskutieren ist und das Gießkannenprinzip bei der Vergabe von Förderungen, das Beteiligungsmodell, von dem schon die Rede war, das Tourismusleitbild 2001. Sie sehen, ich zähle nicht nur Probleme auf, sondern auch Positives. Die Privatisierung der Tourismuswerbung. Die Resolution, die beschlossen wurde zur Erhaltung der Personenschiffahrt auf der Donau durch die DDSG und ich darf auch in dem Zusammenhang auf die Millenniumsfeier "Tausend Jahre Ostarrichi" verweisen, die mit einer Landesausstellung verbunden wird.

Und ich möchte mich gar nicht in Einzelheiten verlieren. Dennoch kann ich mir aber einige Anmerkungen zu diesen Themen, weil sie so symptomatisch für die NÖ Tourismuspolitik vergangener Tage sind und nicht immer ein Ruhmesblatt dargestellt haben, verkneifen. Mag sein, daß man das nicht immer gerne hört, aber es hat halt einige Zeit gedauert, bis wir auch in Niederösterreich "übereissen" haben, daß es wichtig wäre, einen Donauradweg zu bauen und ein Radwegenetz in Niederösterreich zu errichten. Da waren uns die Oberösterreicher, das muß man schlicht und einfach zugeben, weit voraus. Und erst als sich die ECO-PLUS dieses Bereiches angenommen hat, nicht zuletzt auf unser massives Drängen, haben wir in Niederösterreich Terrain aufgeholt.

Zum Landesreisebüro-Deal darf ich sagen, daß das Landesreisebüro im politischen Handstreich verscherbelt wurde und daß auch nachgewiesen wurde, daß hier der Umgang mit Steuergeldern, ich würde meinen, fahrlässig gewesen ist. (*Abg. Mag. Schneeberger: Ich würde damit vorsichtig sein!*) Nein! Das beweist der Prüfbericht des Kontrollamtes und das hat letztlich ja auch zu einer Nachzahlung, die der neue Herr Landesrat verlangen hat müssen, geführt. Und wenn das nicht fahrlässig war, dann weiß ich es nicht! Dazu stehe ich!

Das Gießkannenprinzip bei der Förderungsvergabe, auch das kritisiert die Finanzkontrolle und bestätigt unsere Forderung nach einer selektiven, nach einer akzentuierten Tourismusförderung. Ich möchte in dem Zusammenhang noch anführen, die Privatisierung der Touristenwerbung hat der neue Herr Landesrat in Angriff genommen. Sie ist in Vorbereitung. Das Sonderbare daran und warum die Geschichte so weit gekommen ist, ist, daß seit Jahren - und zwar hat das, glaube ich, im Jahr 1985 begonnen oder im Jahr 1986, immer wieder dieselbe Werbefirma mit gigantischen Auftragssummen für Annoncen, für Werbeaufträge beschäftigt wurde. Ich möchte den Namen nicht nennen, um niemanden zu schaden. Das wird mir nicht passieren. Aber im Jahr 1986 hat diese Firma Aufträge im Wert von 5,8 Millionen bekommen und im Jahr 1992 waren es zehn Millionen. Und seither hat man immer dieselbe Firma beschäftigt. Und auch hier stellt der Finanzkontrollausschuß fest, es mag schon sein, daß es sehr angenehm ist, immer wieder mit derselben Firma zu arbeiten, aber es wäre halt doch manchmal notwendig, gerade im Sinne einer Kreativwerbung, einmal eine andere Firma einzuschalten. Um vielleicht doch auch einen Ideenwettbewerb zu entwickeln. Auch das wurde in Angriff genommen.

Zum Fremdenverkehrsförderungsfonds komme ich nicht umhin zu sagen, daß er in den Anfangsjahren sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Das wurde auch schon ausgeführt. Diese Auffassung teile ich, daß er am Rand der Insolvenz und des Konkurses gewesen ist und daß es massiver Interventionen des Kuratoriums bedurft hat, um die Probleme der Haftungsübernahme, der Erhaltung der Liquidität zu meistern und die Erreichung höherer Landesbeiträge an den Fonds zu erwirken.

Meine Damen und Herren! Dieser Ausführungen kurzer Sinn: Unser neuer Wirtschaftslandesrat hat zuerst einmal Altlasten beseitigen müssen, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hat, um sich einen Weg in der NÖ Tourismuspolitik zu bahnen. Um sozusagen in der Tourismuspolitik zu neuen Ufern zu kommen. Es ist leider wertvolle Zeit verstrichen. Chancen konnten nicht genutzt werden und wir sind - das muß man sagen - in der Tourismuspolitik auf dem Stand getreten. Wir haben uns eigentlich in all den Jahren nicht besonders weiter entwickelt und das ist ja auch bei meinen Vorrednern zum Ausdruck gekommen, daß die Tourismuszahlen, die Nächtigungszahlen stagnieren. Wiewohl ich zugebe, daß es intensive Bemühungen gegeben hat, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Dennoch, trotz dieser jetzt ausgeführten Kritik bin ich der Ansicht, daß die neuen Lösungsansätze in die richtige Richtung gehen. Und das spricht für die Tourismusabteilung, für die Mitarbeiter in dieser Abteilung, aber auch für den Landesrat. Ich möchte ihm da nicht schmeicheln, aber es sind eben auch Fakten gesetzt worden, die positiv anzumerken sind. Das ist das Donaauraumkonzept, an dessen Erstellung sich Niederösterreich sowie Oberösterreich und Wien beteiligt. Weil man eben den Donaauraum richtig einschätzt als den zentralen Lebensraum, der für den Tourismus in Niederösterreich noch besonders bedeutend sein wird. Es ist das Tourismusleitbild "Niederösterreich 2001" in Auftrag gegeben worden. Der erste Teil liegt vor. Jetzt geht man in die zweite Phase, in die Erstellung der Regionalkonzeptionen. Man denkt daran, im Zusammenhang mit der Radwegekonzeption die Infrastruktur herzustellen, nämlich Rastplätze zu installieren, Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe dort, wo notwendig zu initiieren, Servicestationen einzurichten. Also all das Drumherum, das man braucht, um einen Radtourismus entsprechend lukrativ zu machen.

Auch das Beteiligungsmodell ist erwähnt worden. Es ist gut gemeint und auch grundsätzlich ein brauchbares Förderungsinstrument für die Wirtschaft, wie für den Tourismus. Einen Pferdefuß haben meine Vorredner vergessen anzuführen. Das

ist die leider generell schwache Eigenkapitalausstattung der Tourismusbetriebe. Und bei der Inanspruchnahme dieses Modells bedarf es zumindest einer zehnpromzentigen Eigenkapitalquote, die nachzuweisen ist. Das erschwert natürlich gerade im Bereiche des Tourismus, wo wir dieses Förderungsinstrument sehr stark in Anspruch nehmen sollten und bräuchten, die Beteiligung, also die Inanspruchnahme durch die Betriebe. In diesen sechs angeführten Sitzungen wurden auf dem Sektor 20 Anträge eingereicht und nur sechs bewilligt, einer abgelehnt und der Rest ist noch in Bearbeitung. Ich weiß aus Eigenem, daß diese Bewilligungen von Beteiligungswünschen wirklich Zangengeburt gleichkommen, weil es im Bereiche des Tourismus auf dem Sektor Probleme gibt.

Nun zum Kern des Themas, dem Fremdenverkehrsförderungsfonds. Ich habe schon eingangs darauf verwiesen, Probleme waren anfangs die mangelnde Finanzierung der Dotierung des Fonds. Ursache waren die zu niedrigen Landesbeiträge. Ich erspare Ihnen Details, aber das hat dazu geführt, daß in den vergangenen Jahren die Förderungsmaßnahmen nur durch Rücklagenauflösung - 40 Millionen wurden im Jahr 1988 an Rücklagen aufgelöst, damit der Fonds liquid bleibt - und durch Kreditaufnahmen - im Jahr 1989 und 1990 wurden 65 Millionen aufgenommen - aufrecht erhalten werden konnte. 1990 wurde ein Verlust von 30 Millionen ausgewiesen. Die heute schon zitierten Wirtschaftsprüfer waren der Meinung, bei Beibehaltung des Förderungsniveaus würde der Fonds im Jahr 1991 überschuldet und insolvent werden, wenn man nichts tut. Und hier wurde ein Kraftakt gesetzt. Man hat 30 Millionen im Nachtragsbudget zur Verfügung gestellt. Dennoch ist der Fonds nicht saniert, das ist heute schon zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, es ist wirklich Aufgabe des zuständigen Landesrates, massiv dafür Sorge zu tragen, daß der Fonds endlich jene finanzielle Ausstattung bekommt, die er braucht, um funktionsfähig zu bleiben. Denn durch die bisherige Förderungstätigkeit wurde das Stammvermögen, nachdem 80 Millionen über Darlehenszusagen schon gebunden sind, im Jahr 1991 auf 44 verfügbare Millionen reduziert. Im Jahr 1992 sind durch eine Ausweitung der Darlehenszusagen nur mehr 33 Millionen des Stammvermögens verfügbar. Das heißt, alles andere ist schon durch Darlehenszusagen gebunden. Und jetzt ist es wirklich notwendig, die Finanzierung des Fonds ganz energisch voranzutreiben. Und ich freue mich, wenn der Herr Landesrat, wie ich von Professor Breiningen hören konnte, Substanz zuführen will. Wenn das 165 Millionen sind, dann hat er sich angestrengt, gar keine Frage. Es ist aber

notwendig, den Fonds gänzlich zu sanieren. Und für mich ist es noch nicht außer Zweifel, ob das die Sanierung des Fonds bedeutet. Denn wir haben große Vorhaben zur Finanzierung vor uns. Und wir werden am Jahresende sehen, wie sich das entwickelt. Ich glaube nur, die Lösung kann nicht darin sein, daß man in Teilbereichen mit den Förderungen zurückhält. Denn nur dann, wenn wir die Chancen, die sich derzeit bieten und die sind ja schon zur Genüge publiziert worden, Ostöffnung, neue Gästeströme, Donauraumnutzung, Ausbau des Radtourismus, die Tourismus Chancen Niederösterreichs als Kulturland. Wenn die genutzt werden sollen - in dem Zusammenhang darf ich auch an die Millenniumsfeier erinnern an "Tausend Jahre Ostarrichi", an die in dem Zusammenhang stattfindende Landesausstellung, zweigeteilt in St. Pölten und Neuhofen - dann ist es notwendig, daß der Fonds finanziell stärker dotiert wird. Um eben entsprechend eingesetzt werden zu können.

Und im Zusammenhang mit dieser Millenniumsfeier darf ich gemeinsam mit dem Abgeordneten Treitler einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch und Treitler zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds betreffend Einsetzung eines Landesbeauftragten für das Mostviertel.

Am 17. Oktober 1991 wurde ein Resolutionsantrag gestellt, der sich mit der Prüfung zur Einsetzung eines Landesbeauftragten für das Weinviertel und das Mostviertel beschäftigte. Damals sind die ÖVP und die FPÖ diesem Antrag beigetreten, so daß er als Antrag aller drei im Landtag vertretenen Parteien einstimmig angenommen wurde. Am 28. Jänner 1992 wurde seitens des damaligen Landeshauptmannstellvertreters Dr. Pröll diese Resolution dahingehend beantwortet, daß ein Landesbeauftragter für das nördliche Weinviertel durchaus vertretbar wäre, während hingegen aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Situation der Verwaltungsbezirke Amstetten, Melk und Scheibbs die Bestellung eines Landesbeauftragten für das ohnehin schon begünstigte Mostviertel nicht verständlich wäre. Mittlerweile hat sich die wirtschaftliche Situation des Mostviertels wesentlich verschlechtert, was sowohl in den allgemeinen Wirtschaftsdaten, als auch in den Arbeitslosenzahlen zum Ausdruck kommt. Überdies soll 1996 die Feier "1000 Jahre Ostarrichi" stattfinden. Sowohl aus Gründen der wirtschaftlichen Entwicklung als auch der Koordination der Landesausstellung mit den

verschiedensten anderen Aktivitäten erscheint die Schaffung eines Regionalmanagements in Form eines Landesbeauftragten, der auch die Aufgaben eines "Ostarrichi-Koordinators" übernehmen soll, unbedingt erforderlich.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, auch für das Mostviertel ehestmöglich einen Regionalbeauftragten einzusetzen, welcher insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung unter Einschluß der Koordination der verschiedenen Ostarrichi-Veranstaltungen wahrzunehmen hätte."

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Für die sozialdemokratische Fraktion darf ich sagen, daß wir aus dieser Sicht dem Jahresbericht 1992 des Fremdenverkehrsförderungs fonds unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Danke für das Wort.

Es ist schon sehr spät und manche der Herren und Damen sind schon ein bißchen müde. Und daher möchte ich Gnade vor Recht ergehen lassen, obwohl ich noch sehr viel gescheite Sachen zu sagen hätte. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Ich möchte es daher relativ kurz machen. Mir ist es ein persönliches Bedürfnis, mich für die Förderung und besondere Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs auszusprechen. Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds betreffend den Semmering-Basistunnel. Ich möchte dazu sagen, ich habe diese Geschichte vorher angekündigt. Wir haben noch heftigst daran gearbeitet und ich hoffe, daß wenigstens ein paar noch mitstimmen werden (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Pepi Wagner zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bericht des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, Ltg. Zl. 10, betreffend Semmering-Basistunnel.

Aufgrund der derzeitigen und der künftigen Verkehrsströme zu erwartenden ökologischen Belastungen, Risiken und Staus ist ein Umdenken in diesem Land notwendig.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

1. im NÖ Landesverkehrskonzept dem Bau des Semmering-Basistunnels die Prioritätsstufe 1 einzuräumen.

2. alle Maßnahmen zu setzen, um eine möglichst kurze Bauzeit zu gewährleisten, mit dem Ziel, durch die rasche Fertigstellung günstige Finanzierungskosten zu sichern,

3. unter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen und Vermeidung jeglicher Art von Schikanen die für den Bau erforderlichen Verfahren zügig durchzuführen,

4. auch bei der HL-AG als auftraggebendes Unternehmen darauf zu dringen, daß die Bauabwicklung durch Vermehrung der Zwischenangriffspunkte, den Assistenzeinsatz des Bundesheeres für Behelfsbrücken und Materialeilbahnen und durch Einrichtung einer Brech- und Sortieranlage für die Verwertung des Aushubmaterials in dem im Punkt 2 genannten Zeitraum erfolgen kann,

5. einen namhaften Betrag für begleitende Strukturhilfemaßnahmen zur Verfügung zu stellen, mit dem die Belastungen für die Wirtschaft und die Gemeinden während der Bauzeit abgegolten werden können."

Ich bitte, dem die Zustimmung zu erteilen.
(*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nicht in die Debatte selbst eintreten, aber doch zwei Bemerkungen zum Herrn Abgeordneten Dirnberger treffen, weil ich meine, es ist natürlich eine Sache, sich herzustellen und den Ausbau der Arbeitsmedizin zu verlangen, wo wir sehr wohl mitgehen. Es ist eine Sache, sozusagen gegen den Sozialabbau aufzutreten, wo auch wir auch mitgehen und es ist eine Sache für den Arbeitnehmerschutz einzutreten, wo wir ebenfalls mitgehen. Aber Sie müssen auch immer dazu sagen, wer das blockiert. Und das sind nicht wir! Das sind Kollegen Ihrer Fraktion! Daher klingt es immer etwas eigenartig, wenn Sie der große Forderer sind, sozusagen der "Linksüberholer", den Sie jetzt für die Arbeiterkammerwahl so sehr brauchen. Aber das durchschaut man eben.

Und wenn Sie zum Beispiel dieses Linksüberholen üben mit diesem Plakat "Sozialabbau" und den Präsidenten Maderthaner und den Minister Hesson dazu abbilden, dann weiß ich nicht, so höre ich, ob nicht heute nachmittag bereits diese Plakate

überklebt werden mußten. Weil es nämlich einen massiven Protest der Sozialpartnerschaft gegeben hat. Und wenn ich jetzt nach Hause fahre, würde es mich freuen, wenn sie tatsächlich überklebt sind!

Zum Zweiten höre ich, daß zum Beispiel das Plakat betreffend den Präsidenten Verzetnitsch nicht überklebt werden soll. Weil das sozusagen ein bestimmter Bereich ist, den man halt noch irgendwo außerhalb der Sozialpartnerschaft aushält. (*Zwischenruf bei Abg. Dr. Strasser.*) Wir werden sehen, wie lange die Plakate hängen, Herr Landespartei sekretär! Und wenn sie dann überklebt werden, dann habe ich den Eindruck, daß es nicht sozusagen das innere Anliegen des Herrn Dirnberger war. Sondern die Drohung, daß vielleicht die ÖVP irgendwie bei der Finanzierung kürzer gehalten wird, wenn sie weiter diese Plakate anbringt. Also in diesem Sinne, Herr Kollege Dirnberger, beschäftige ich mich nicht weiter mit Ihnen. Sie werden genug Probleme in den eigenen Reihen haben und ich übergebe sozusagen die weitere Behandlung Ihrer Fraktion. (*Beifall und Heiterkeit in der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur ganz kurz zum Resolutionsantrag der Freiheitlichen Partei. Ich meine diesen Antrag, der sich beschäftigt mit Teilen der Landesumlage für wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Zuzulassen, wenn die Gemeinden ihre Aktivitäten in diese Richtung entfalten, meine ich, liegt in der Tendenz durchaus vernünftig. Und liegt in einer Tendenz von uns als Sozialdemokraten, die immer für die Abschaffung der Landesumlage eingetreten sind. Sozusagen in einem gewissen Maß auf Linie. Das Problem dabei ist nur, daß dieser Antrag sich auf das Jahr 1993 und 1994 bezieht. 1993 ist rein administrativ ein Problem, es könnte sich nur 1994 oder 1995 ausgehen, aber da ist auch noch eine gewisse Formalität nötig. Aber das Hauptproblem ist, daß wir als Sozialdemokraten die Landesumlage tatsächlich neu behandelt, aber auch neu geregelt haben wollen. Aber daß wir auch zugeben, daß im Rahmen dieses Finanzausgleiches, der bis 1995 läuft, nur die Überlegungen jetzt eingebracht werden. Daß wir aber im Zuge der Debatte sicher bereits jetzt aufmerksam machen, daß das Ziel, die Abschaffung der Landesumlage, das Thema der nächsten Zeit ist. Daß aber in diesem Stadium der Budgetierung jene Maßnahmen, die mit den Gemeinden und mit dem Finanzausgleich getroffen sind, halten sollten.

Ich meine daher, daß wir Ihre Tendenz, Herr Klubobmann Gratzner, vielleicht dadurch unterstützen könnten, daß wir andere wirtschaftsbelebende Maßnahmen den Gemeinden zukommen lassen. In

diesem Sinne kann ich leider dieser Resolution, die in der Tendenz durchaus eine gewisse Berechtigung hat, trotzdem nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, die Berichterstatter haben das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte.

Berichterstatter Abg. HILLER (ÖVP): Ich verzichte.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts-Ausschusses, Zahl 10/B-8, betreffend Jahresbericht 1992 des NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds): Einstimmig angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts-Ausschusses, Zahl 11/B-13, betreffend Jahresbericht 1992 des NÖ Fremdenverkehrsförderungs fonds): mit Mehrheit angenommen, wobei ich hier für die Protokoll verankert wissen möchte: Vom Liberalen Forum hat zugestimmt der Herr Abgeordnete Wagner. Die FPÖ und der Rest des Liberalen Forums haben hier nicht zugestimmt. *(Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner; Ablehnung bei FPÖ, Abg. Ing. Dautzenberg und Abg. Stix.)*

Wir haben nunmehr über sieben Resolutionsanträge zur Zahl 10/B-8 abzustimmen.

Resolutionsantrag Nr. 3 des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer, betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG mit dem Bund zum Bahnausbau in Niederösterreich: Soll dieser Antrag zur Kenntnis gebracht werden? Das ist nicht der Fall, also nicht notwendig. Ich darf daher über diesen Antrag abstimmen lassen.

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag Dr. Bauer): Einstimmig angenommen.

Resolutionsantrag Nr. 4 des Herrn Abgeordneten Preisler. Es betrifft die Frage der Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Abgelehnt. Die Zustimmung erfolgte nur von der FPÖ-Fraktion. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Resolutionsantrag Nr. 5 des Herrn Abgeordneten Mag. Kaufmann betreffend Vorlage eines Raumordnungsgesetzes.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Einstimmig angenommen.

Resolutionsantrag Nr. 6 des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Initiative zur Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsplatzsicherung. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Abgelehnt mit Zustimmung der FPÖ-Fraktion. *(Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Resolutionsantrag Nr. 7 der Abgeordneten Dirnberger, Gratzler und Ing. Dautzenberg betreffend den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Niederösterreich.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Mit Mehrheit angenommen. Nicht zugestimmt wurde von der SPÖ-Fraktion, auch der Abgeordnete Ing. Wagner hat nicht zugestimmt. *(Zustimmung bei ÖVP, FPÖ, Abg. Ing. Dautzenberg, Abg. Stix; Ablehnung SPÖ und Abg. Ing. Wagner)*

Resolutionsantrag Nr. 8 der Abgeordneten Keusch und Treitler betreffend Einsetzung eines Landesbeauftragten für das Mostviertel.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Mit Mehrheit angenommen; nicht zugestimmt hat die FPÖ-Fraktion. *(Zustimmung Bei ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung bei FPÖ.)*

Resolutionsantrag Nr. 9 des Abgeordneten Ing. Wagner betreffend Semmering-Basistunnel. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit abgelehnt; Zustimmung erfolgte von der SPÖ-Fraktion und Abgeordneten Ing. Wagner. *(Zustimmung SPÖ, Abg. Ing. Wagner; Ablehnung bei ÖVP, FPÖ, Abg. Ing. Dautzenberg und Abg. Stix.)*

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zur Zahl 15/B-4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte zur Zahl 15/B-4-1993, dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten. Gemäß Artikel 127a Abs. 6 B-VG erstattet der Rechnungshof dem Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten über seine Tätigkeit im vorausgegangenen Jahr nachstehenden Bericht. Dieser Bericht wird inhaltsgleich und zeitgleich dem NÖ Landtag gemäß Artikel 127 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 18 Abs. 8 zweiter Satz des Rechnungshofgesetzes 1948 als Wahrnehmungsbericht vorgelegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf daher namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten, Verwaltungsjahr 1992 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis einer Gebarungsprüfung in den Verwaltungsbereichen der Landeshauptstadt St. Pölten, Verwaltungsjahr 1992, wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident! Ich darf Sie bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen:

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich habe die große Ehre, heute zum ersten Mal in diesem Hohen Haus das Wort zu ergreifen und die sogenannten "altverdienten Landtagsabgeordneten" brauchen keine Angst zu haben, daß ich irgendjemandem vorschreibe, was er da herinnen zu sagen hat oder nicht, wie das der Kollege Michalitsch beim Abgeordneten Preisler gemacht hat. Ich glaube, Kollege Michalitsch, so geht das nicht! Du brauchst niemanden sagen, was er da herinnen zu sagen hat oder nicht! Ich glaube, die freie Rede sollte da herinnen schon garantiert sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Doch jetzt zur Sache, zum Rechnungshofbericht. "Unangebrachte Aufregung um Rechnungshofbericht", so lautete der Titel einer Presseaussendung des St. Pöltener Rathauses. Und weiter, der Bericht enthalte keine Sensationen. Ich frage mich nach dem Studium dieses Berichtes, hat der St. Pöltener Bürgermeister diesen überhaupt gelesen? Meines Erachtens nicht gründlich genug. Denn für mich persönlich enthält dieser Bericht ein Vieles an Sensationen. Ich möchte sogar behaupten, er läßt sich lesen wie ein gut inszenierter Hitchcock-Krimi.

Hier treten Mißstände in der Finanzwirtschaft zu tage, die einer Landeshauptstadt nicht würdig sind. Nicht einmal in einer kleinen Bauerngemeinde - und ich darf das sagen, ich komme aus einer - wären solche Zustände möglich. Ein kurzfristiges Denken von Heute auf Morgen wurde hier an den Tag gelegt. So gab es nicht einmal eine mittelfristige Investitions- und Finanzplanung.

Abgesehen davon, daß der ordentliche Haushalt jährlich mit einem Abgang veranschlagt wurde, obwohl regelmäßig Überschüsse erzielt wurden, war die Vorbereitung des Voranschlages durch die Anordnungsberechtigten ungenügend. So der Rechnungshof.

Der Bürgermeister der Stadt St. Pölten rechtfertigt die Versäumnisse mit den Worten, es wäre für ihn schwer, die Einnahmensituation der kommenden Jahre vorauszusehen. Meine Damen und Herren! Da kann ich nur trocken feststellen, hier ist der falsche Mann am falschen Platz.

Zur Vorgangsweise im ordentlichen Haushalt, Abgänge zu veranschlagen, obwohl man von vornherein weiß, daß Überschüsse erzielt werden. Es ist mir schon klar, daß es sich politisch besser verkaufen läßt, wenn man hinausposaunen kann, wie gut und sparsam gewirtschaftet wurde. Daß diese Vorgangsweise aber nicht richtig ist, darauf verweist der Rechnungshof.

Jedem von Ihnen, der den Bericht durchgearbeitet hat, müßte auch die Seite 8, Abs.14 in guter Erinnerung geblieben sein. Es handelt sich dabei um drei Sparbücher. Und weil das, was da steht, so aufregend und so unglaublich ist, möchte ich dem Hohen Haus den ersten Absatz zitieren (*liest*): "Sparbücher. Bei einer unvermuteten Überprüfung der Stadthauptkasse durch die Beauftragten des RH wurden im Kassenbehältnis auch drei Sparbücher vorgefunden, deren Guthaben im Kassenabschluß sowie in den Rechenwerken nicht aufschienen. Ein Sparbuch war als Kautions hinterlegt. Die beiden anderen lauteten auf die Stadt St. Pölten. Der Guthabenstand betrug etwa 234.000,- Schilling bzw. etwa 2 Millionen Schilling - der Höchststand dieses Buches war etwa 43 Millionen Schilling (März 1984). Die Zeichnungsberechtigung war gleich jener auf den Girokonten bei den Geldinstituten."

Das heißt, hier wäre der Korruption Tür und Tor geöffnet gewesen. Sparbücher mit einem Höchststand von 43 Millionen Schilling liegen im Kassenbehältnis, ohne daß sie irgendwo aufscheinen. Eine Schlaperei sondergleichen! Wenn irgendjemand danach von einer ordentlichen Gebarung spricht, dann kann ich dazu nicht einmal mehr lachen.

Bei einer stichprobeweisen Überprüfung stellte der Rechnungshof fest, daß der Gemeinderat falsch über den Schuldenstand der Stadt St. Pölten informiert worden sei. So stimmte zum Beispiel der schließliche Schuldenstand 1988 mit dem anfänglichen 1989 um 21 Millionen Schilling nicht überein.

Die Stadt St. Pölten rechtfertigt sich mit der Erläuterung der entstandenen Fehler. Ja, meine Damen und Herren, so geht das nicht!

Ein hochinteressantes Kapitel ist auch die Geldveranlagung der Landeshauptstadt. Bis Juli 1990 waren die gesamten Geldbestände der Stadt St. Pölten zum Eckzinssatz veranlagt. Beträchtliche Anlagen, die im Tagesdurchschnitt des Jahres 1989 hundert Millionen Schilling betragen. Der überwiegende Anteil der Gelder war bei der Hausbank veranlagt. Ich weiß zwar nicht, welches Geldinstitut die Hausbank St. Pöltens ist, ich könnte mir aber gut vorstellen, daß die Farbe der Sparbücher dieser Bank ident ist mit der Farbe der Fraktion des dortigen Bürgermeisters.

Bei der Zinsenverrechnung passierte es 1989 und 1990, daß insgesamt über eine Million Schilling auf der falschen Seite verbucht worden sind. Ein Fehler, der erst nach längerer Sucharbeit zu finden war.

Meine Damen und Herren! Allein das Kapitel Finanzwirtschaft läßt einem die Haare zu Berge stehen. Es ist mir schon klar, hier wird mit Millionen jongliert, nur allzu leicht verliert man die Übersicht. Aber erzählen Sie das einmal dem kleinen Mann auf der Straße. Dem kleinen Mann, der trotz seiner Hände Fleiß nie eine Million Schilling haben wird. Der wird es nicht verstehen, daß Sparbücher mit 43 Millionen Schilling herumliegen. Daß eine Million falsch verbucht wird und niemandem abgeht. Ich glaube, wir alle können aus diesem Bericht viel lernen. Gehen wir mit den öffentlichen Geldern etwas sparsamer um!

Das Kapitel Wirtschaftsförderung schließt dort an, wo die Finanzwirtschaft aufgehört hat. Es wird nämlich gerade dort gefördert, wo es nicht notwendig wäre. Der kleine Gewerbetreibende bleibt auf der Strecke. So werden Unternehmungen, die international wirtschaftlich erfolgreich sind und 1989 62 Millionen Schilling investierten, mit 180.000,- Schilling subventioniert. Das entsprach einer Förderung von 0,29 %. Das war nicht einmal der Tropfen auf dem heißen Stein. Klein- oder Mittelbetriebe hätten mit 180.000,- Schilling Förderung etwas mehr unternehmen können.

Ein Thema des Prüfberichtes, das auch noch sehr interessant ist, sind die Liegenschaftsverkäufe der Hauptstadt an die NÖPLAN. Jetzt werden viele von Ihnen denken, Ja, seien wir doch froh, daß wir den Grund dort so billig bekommen haben. Aber mitten im Stadtgebiet Gründe um 500,- Schilling und 1000,- Schilling zu veräußern, ist in Wahrheit eine Frechheit. Wenn man weiß, welche Preise die Privatwirtschaft in diesem Raum bereit ist zu zahlen, kann man nur sagen, du glückliches Land

Niederösterreich, hast günstig gekauft. Du traurige Figur St. Pölten, hast deine Gründe verscherbelt.

Zum Abschluß muß ich noch feststellen, daß auch der Kontrollausschuß des Gemeinderates nicht ganz unschuldig am Desaster St. Pölten ist. Dieser schlummert im Dornröschenschlaf vor sich hin und nahm gerade noch die Berichte des Kontrollamtes unerörtert zur Kenntnis.

Wenn so eine großkoalitionäre Kontrollfunktion ausschaut, dann bin ich froh, daß der Obmann des Kontrollausschusses auf Landesebene ein Freiheitsliebender ist. Und ich bin auch sicher, daß er mit seinen Ausschußmitgliedern gewissenhafter vorgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der Freiheitlichen Partei werden den Rechnungshofbericht zur Kenntnis nehmen. Uns zeigt dieser Bericht aber deutlich, daß absolute Mehrheiten, die kleinere Parteien aussperren, nicht mehr dem heutigen Politikverständnis entsprechen. Und daß auch für St. Pölten in Zukunft gelten muß, Macht braucht Kontrolle! Danke! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Landtages!

Mein Vorredner, ich verzeihe ihm sehr viel, weil er das erste Mal hier gestanden ist, hat sich übernommen. Er kennt sich nämlich nicht richtig aus. Die Stadt St. Pölten beschäftigt mehr als 3.200 Beschäftigte. Die Freiheitliche Partei hat ein Sparprogramm dem Bürgermeister vorgeschlagen. 20 Prozent aller Bediensteten sollen demnächst entlassen werden. Das sind mehr als 600 Personen. Das ist ein Hohn! Das ist nämlich Schande! Und dagegen setzen wir Sozialdemokraten uns auf das entscheidendste zur Wehr, anständige, ehrliche Beamte, die fleißig, umsichtig und tüchtig ihre Arbeit machen, so zu diskriminieren. Ich weiß schon, die Freiheitlichen betreiben Obstruktion gegen St. Pölten schon seit eh und je. Sie lieben diese Stadt nicht weil es eine "rote" Stadt ist und da können sie machen was sie wollen! *(Beifall bei der SPÖ - Heiterkeit bei der FPÖ.)* St. Pölten ist auch rot gewesen zu einer Zeit, als die braunen Herren geherrscht haben. So rot ist diese Stadt und da kann ich nur sagen und davon kann ich nur berichten: So wird es bleiben! Und diese Spiegelfechtereie, die mein Vorredner Marchat hier vorexerziert hat, war in Wirklichkeit eine Spielerei

und sonst nichts. St. Pölten bleibt St. Pölten!
(*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Der Bürgermeister, ich kenne ihn sehr gut seit langer Zeit, ist ein aktiver Sozialdemokrat. Er war Sozialdemokrat schon in einer Zeit, als er von den Russen und Kommunisten gedemütigt wurde. Als er

als Dreher, weil er zu seiner Gesinnung gestanden ist, vom kommunistischen Personalchef und Generaldirektor strafweise zur Hofpartie versetzt wurde. Zu dem großen Holzzelt, wo alter Guß zerschlagen werden mußte. Er mußte die Gußtrümmer, er allein, anhäufen und mit einer Seilwinde eine schwere Kugel hinaufziehen in die Spitze des Zeltes, dann hinauspringen und in Deckung gehen. Dieses Zelt war total durchsiebt, wie ein Nudelsieb. Und Zimmerer sind immer wieder gekommen und haben dieses Zelt hergerichtet. Also er ist ein Mann von Gesinnung, erstens. Und zweitens versteht er etwas von der Finanzpolitik, weil er ja obendrein der Finanzreferent der Stadt St. Pölten ist. Aber er ist in Wirklichkeit als Sozialdemokrat nicht darauf erpicht, größere Bezüge zu kassieren. Der Bürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten hat einen Bezug von 81.000,- Schilling brutto, ich lasse die Hunderter weg. Wr. Neustadt hat schon um einiges mehr und Klagenfurt 142.000,- Schilling. Von den anderen Landeshauptstädten will ich nicht reden. Ich will nur eines sagen: Ein Mann, der Samstag und Sonntag auch einen zwölfstündigen bis sechzehnstündigen Arbeitstag hat, der kennt sich in seiner Arbeit für die Gemeinde sehr gut aus. Die Menschen schätzen unseren Bürgermeister. Er ist ein Mann aus dem Volk, für das Volk, er ist ein Volksbürgermeister! Das wissen die St. Pöltnerinnen und St. Pöltner sehr genau und da kann sich die Freiheitliche Partei auf den Kopf stellen. Ihr werdet nichts ändern! (*Heiterkeit im Hohen Haus.*) Wer etwas ändert, das ist der eigene Fleiß, den wir Sozialdemokraten an den Tag legen.

Zum Prüfungsergebnis des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt St. Pölten möchte ich also noch einmal die Feststellung treffen, daß es keine Sensationen gegeben hat, zum Gegenteil von der Behauptung meines Vorredners. Lediglich einige Presseorgane sind es gewesen, die sich in der Sauregurkenzeit bemüht hatten, Gruselgeschichten über die Grundstücksverkäufe zu erfinden.

Natürlich, die Beamten des Rechnungshofes haben bei der Prüfung von Stadtgemeinden große Erfahrungen, das streiten wir ja nicht ab. Und Anregungen sind sehr ernst genommen worden, sofern sie tatsächlich die Verwaltung betrafen. Die Budgeterstellung der Stadt St. Pölten erfolgte stets nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit. Die Stadt St. Pölten bilanziert positiv. Das paßt so manchem nicht in den Kram. Gerade in einer Zeit der Rezession ist es ein Zeichen von Verantwortungsbewußtsein, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln vorsichtig und umsichtig umzugehen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß den Gemeinden

laufend zusätzlich immer wieder Nachteile erwachsen sind. Und wir diskutieren auch jetzt wiederum im Zusammenhang mit der Abschaffung der Gewerbesteuer, neue Problematiken, die überwunden werden müssen. Eine längerfristige Finanzplanung ist daher sehr schwer zu erstellen. Deshalb hat die Stadt St. Pölten beim kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum eine Finanzentwicklungsstudie in Auftrag gegeben. Diese Studie kennt der Gemeinderat und sie wurde auch diskutiert. Damit wurde dem Anliegen des Rechnungshofes Rechnung getragen.

Der Rechnungshof kritisiert die Aufnahme eines Kassenkredites in der Höhe von 100 Millionen Schilling zur Finanzierung des ordentlichen Haushaltes. Der Gemeinderat erteilte dem Bürgermeister eine Ermächtigung zur Aufnahme eines Kredites des ordentlichen Haushaltes von 100 Millionen Schilling laut § 56 des Stadtrechtes. Sehr geehrte Damen und Herren! Das Statutar-Stadtrecht ist eine wichtige Rechtsgrundlage der Landeshauptstadt St. Pölten, das künftig politisch - und das muß ich jetzt unterstreichen - nicht durchlöchert werden darf.

Die gegliederte Verwaltung der Stadt St. Pölten funktioniert klaglos. Anregungen des Rechnungshofes, soweit diese den Verwaltungsbetrieb betreffen - das habe ich schon betont - wurden stets berücksichtigt. Jedoch politische Gesichtspunkte zu beurteilen, bleibt allein Aufgabe der gewählten Organe. Der Rechnungshof ist kein Obergemeinderat. Wir wissen, daß die Mandatare eine politische Verpflichtung haben. Politische Verantwortung kann also nicht abgeschoben werden und wird nicht abgeschoben. Die sozialdemokratische Mehrheit der Stadt St. Pölten hat es stets als demokratische Verpflichtung erachtet, der Minderheit die Funktion des Kontroll-Obmannes zu überlassen. Anders dagegen hat sich - wir wissen es - bis vor kurzer Zeit die ÖVP hier im NÖ Landtag verhalten. Der Obmann des Kontrollausschusses der Landeshauptstadt St. Pölten gehört der ÖVP-Minderheitsfraktion an. Und mit welcher Diskussionsmethode die Grünen kritisieren in einem Gemeinderat, das ist ja zur Genüge bekannt. Obwohl die Grünen nach dem Stärkeverhältnis überhaupt keinen Anspruch auf einen Sitz im Kontrollausschuß haben, hat ihnen die sozialdemokratische Mehrheit das Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht auf eigene Kosten, also mit einem Bonus, eingeräumt.

Die Journalisten der Tages- und der Wochenpresse werden doch laufend über alle Vorgänge informiert. Und gerade da sind sie wie Wächter. Wenn sie nur können, dann wird auch entsprechend geschrieben und polemisiert. Wir

wissen das. Transparenz gibt es genug auf breiter Ebene in St. Pölten. Es wird schon gar nichts verheimlicht oder gemauschelt. Sämtliche Beschlüsse des Kontrollausschusses, bitte sämtliche Beschlüsse des Kontrollausschusses der Landeshauptstadt St. Pölten wurden seit vielen Jahren stets einstimmig gefaßt. Alles wurde einstimmig beschlossen, das muß ich hier ganz besonders hervorheben.

Gerade wir Sozialdemokraten sind für den Ausbau der demokratischen Struktur stets eingetreten. Das politische Erlebnis, das wir seit 1945 gehabt haben, muß uns weiterhin Auftrag und Verpflichtung sein, für demokratische Urabstimmungen einzutreten. Hasardspiele mit der Demokratie lehnen wir Sozialdemokraten auf das Entschiedenste ab! Deshalb muß ich auch das Pokern der ÖVP St. Pölten mit dem Statutar-Stadtrecht, das jetzt so aufgeschaukelt wird, auf das Vehementeste zurückweisen. Der Landespartei sekretär gibt da immer wieder einige Erklärungen ab. Amtsführende Stadträte würden den Verwaltungsapparat aufblähen, sehr deutlich aufblähen, wesentlich aufblähen und beträchtliche Mehrkosten verursachen. Ich könnte jetzt die Beispiele bringen, von Klagenfurt, wieviel dort Stadträte verdienen im Vergleich zu St. Pölten. Ein St. Pöltener Stadtrat hat zum Beispiel ohne Ressort 16.000,- mit Ressort 28.000,- Schilling. In Klagenfurt hat ein Stadtrat 106.000,- Schilling. Das sind die Amtsführenden Stadträte. Von den Büros, von den Autos und von alledem, was dazugehört, gar nicht zu reden. Das ist so in einer Stadt, in der Amtsführende Stadträte tätig sind. Wir haben uns doch genau erkundigt. Also, der Wirkungsgrad des Statutes hat sich bewährt und darf deshalb nicht zertrümmert werden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtages!

Außerdem: Wer die Direktwahl des Bürgermeisters anstrebt, kann doch nicht gleichzeitig deren Kompetenzabbau wollen. Als St. Pöltener Landtagsabgeordneter fordere ich ganz deutlich, die bisher erprobten Statutar-Stadtrechte in den Verfassungsrang zu erheben. Da ist doch irgendwann einmal etwas im Landtag passiert, die Statutarstädte nur der einfachen Mehrheit auszuliefern. Die Statutarstädte haben doch das gleiche Recht wie alle anderen Gemeinden auch, in den Verfassungsrang erhoben zu werden. Und wir werden nicht locker lassen, diese Forderung sehr deutlich immer wieder zu erheben. Das Damoklesschwert der ÖVP oder zufälliger Landtagsmehrheiten darf die Statutarstädte nicht demütigen. Die Statutarstädte haben, das sage ich noch einmal, ihre Ansicht. Und ich bin davon überzeugt, daß man in Krems genauso denkt.

Der Rechnungshof bemängelt auch, daß der Gemeinderat über den Schuldenstand teilweise unrichtig, wie schon gesagt wurde, informiert gewesen sei. Die Stadt St. Pölten hat, wie der Rechnungshof selber dann berichtet und feststellt, die Entstehung der Probleme, also der Fehler, eingehend erläutert und aufgeklärt. Der Rechnungshof kritisiert auch, daß die Landeshauptstadt St. Pölten gesunde Betriebe gefördert habe. Dazu ist zu bemerken, daß durch die Förderung der Schaffung von überwiegend 200 freien Arbeitsplätzen bei einer Firma Geberit und bei der Einrichtung neuer, ganz moderner Lehrwerkstätten bei Firma Voith und den österreichischen Bundesbahnen mit einer Gesamtsumme von 150 Millionen Schilling die Unterstützung der Stadt lediglich eine symbolische Anerkennung dieser wirtschaftlichen Leistung war. Der Landes-Finanzreferent lehnt zum Beispiel seit Jahren eine Subvention der Berufsschule der ÖBB zur Anschaffung von Lehrmitteln ab. Ich kann das nicht verstehen. Viele Ansuchen wurden seit Jahren immer wieder abgelehnt. Das ist eine hoch qualifizierte Berufsschule. Außerdem wurde das Ansuchen der Firma Voith, ich berichte es, bringe es in Erinnerung, zur Errichtung einer überregionalen Lehrwerkstätte von ECO-PLUS postwendend abgelehnt. Die Landeshauptstadt bekommt keinen Groschen aus dem Topf der ECO-PLUS. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber nach den Richtlinien von der ECO-PLUS hätte alles für diese Errichtung der Lehrwerkstätte gesprochen. Die Firma Voith hat ersucht, sie will überregional, also Lehrlinge aus ganz Niederösterreich ausbilden. Das ist doch der technische Betrieb schlechthin. Und jetzt muß ich sagen, wenn schon das Land nichts hergibt wird doch die Stadt etwas tun dürfen. Wo bleibt denn dann, muß ich noch fragen, der Landeshauptstadttopf für die Förderung von Industriearbeitsplätzen? Diese Frage muß ich auch erheben.

Zur Kritik des Rechnungshofes an der Durchführung und Veräußerung des Fondsvermögens des Bürgerspitals an die Stadt St. Pölten durch die städtische Liegenschaftsverwaltung ist folgendes festzustellen: Es ist belanglos, welche Magistratsabteilung diese Veräußerung durchführt. Jeder Transfer muß vom Gemeinderat beschlossen werden. Und jedes Rechtsgeschäft hat von der Aufsichtsbehörde des Landes genehmigt zu werden. Das ist auch so geschehen. Alles ist in Ordnung durchgeführt worden. Erst durch den Grundstückstransfer wurden jene Einnahmen des Bürgerspitalsfonds erzielt, welche den Bau der neuen Pflegestation mit 114 Pflegeplätzen beim Seniorenwohnheim ermöglicht haben. Das Land Niederösterreich, in dessen Kompetenz die Errichtung von Pflegeheimen fällt, wurde dadurch entscheidend

entlastet. St. Pölten ist also im wahrsten Sinne des Wortes eine Sozialgemeinde.

Zum Vorwurf, bei der Dienstpostenbesetzung gäbe es Mängel, ist seitens der Stadt festgestellt worden, daß die Anzahl der nicht besetzten Dienstposten zwar angestiegen ist, dies jedoch zum Beispiel im Bauingenieurwesen darauf zurückzuführen ist, daß es sehr schwer ist, qualifizierte Kräfte zu finden. Die Konkurrenz, nämlich die Privatwirtschaft, zahlt durchschnittlich höhere Löhne. Der Vorwurf, die Stadt habe Treuegelder für Bedienstete des Ruhestandes ausbezahlt, ist gesetzlich nicht verankert, kann also auch politisch nicht akzeptiert werden. Dieses Treuegeld bedeutet für die langjährigen Bediensteten monatlich einen bescheidenen Anerkennungsbetrag des früheren Arbeitgebers. Die Praxis, Treuegelder auszuzahlen, wird übrigens auch von vielen privaten Firmen gepflegt.

Zur Standortwahl des Regierungsviertels, auch sehr kritisiert im Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, kann ich nur sagen, es wurde wirklich nach bestem Wissen und Gewissen geprüft und entschieden. Das Regierungsviertel mit dem Kulturbezirk wird für Niederösterreich ein Auftrieb sein. Ein Auftrieb, der forciert werden muß. Die Vorwürfe des Rechnungshofes, daß es bei den Liegenschaftsverkäufen keine Schätzungsgutachten gegeben hat, sind stark überzeichnet. Schätzungsgutachten wurden bei den Liegenschaftsverkäufen intern eingeholt. Die Stadt hat korrekt gehandelt. Es gab daher auch keine Schleuderpreise bei den Grundstücksverkäufen. Es gab keine Schleuderpreise! Der Preis von 1.000,- Schilling pro Quadratmeter für Bauland und 500,- Schilling pro Quadratmeter für Grünland war zum Zeitpunkt des Grundstückstransfers ein ortsüblicher Verkaufspreis.

In der Öffentlichkeit wurde Kritik geübt, daß die Schrebergärtner zu hohe Ablösesummen erhalten hätten. Den Kleingärtnern, die denselben Verkaufspreis erhielten, sagte man nach, daß ihre Grundstücke vergoldet worden wären. Zum ersten Mal haben Kleingärtner viel Geld auf der Hand gehabt, das ihnen selber gehört hat. Und das hat man kritisiert. Ich kann das überhaupt nicht verstehen! Es wurde sachlich geprüft und wirklich alles in Ordnung abgewickelt. Da haben doch Menschen ihre Seele hinein investiert, nicht nur ihr Geld jahrzehntelang. Und dafür wurden sie mit dem gleichen Preis abgefunden. Das ist doch etwas Korrektes. Das kann man doch nicht beschmutzen. Das ist ein ordentliches Geschäft gewesen.

Das Großbauvorhaben Regierungsviertel hat gerade in der Zeit der Rezession eine

wirtschaftliche Belebung hervorgerufen, die in Niederösterreich wirklich unübersehbar ist. Wir fahren ja nächste Woche hin und schauen es uns an. Bei allen bisherigen Hauptstadtprojekten blieben über 90 Prozent der Aufträge, bitte sehr, im Land selbst, das stellte kürzlich die NÖPLAN fest.

Markantester Bau des Kulturbezirkes wird das neue Landesmuseum sein. Der Stadtkern wird mit dem Kulturbezirk räumlich verbunden werden. Die Barockstadt St. Pölten, ein Juwel, ist für kulturelle Aktivitäten geradezu prädestiniert.

St. Pölten braucht auch sehr bald die neue Westbahnstrecke und die Güterzugumfahrung. Wer weiß, wie das ist bei den Gesprächen und Diskussionen draußen, der wird mir recht geben. Einfach haben wir es auch nicht. Aber im Interesse der Stadt und ihre Entwicklung werden wir auch das zuwege bringen.

Der Hauptbahnhof und die Kremser Schnellstraße sind für die Erreichung des Regierungsviertels optimal genützt worden, weitere verkehrsmäßige Anbindungen sind im Laufe der nächsten Jahre zu verwirklichen. St. Pölten wird sich, das sage ich zum Trotz, trotzdem weiterhin gut entwickeln! Die Stadt allein ist mehr als ein Bezirk, in den Statutarstädten sind die Bürgermeister praktisch auch gewählte Bezirkshauptmänner. Die gegliederte Verwaltung einer Statutarstadt ist übersichtlich und demokratisch organisiert. Das alles haben auch die Wahrnehmungen des Rechnungshofes und das Prüfungsergebnis aus dem Jahr 1992 gezeigt.

Die Stadtgemeinde St. Pölten wird alle Herausforderungen, Landeshauptstadt geworden zu sein, zukunftsorientiert und im Interesse der sozialen und menschlichen Dimensionen meistern. Die Zustimmung der Landesbürger zur Landeshauptstadt lag im März 1987 erst bei 59 Prozent. 1991 gab es eine Zustimmung von 74 Prozent. Derzeit gibt es die hohe Quote einer Zustimmung von 77 Prozent. Die ablehnenden Stellungnahmen sind von 18 auf 14 Prozent zurückgegangen.

So gesehen, habe ich jetzt nur mehr Eines zu sagen: Wir werden objektiv, sachlich und gewissenhaft die Arbeit für St. Pölten fortsetzen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion gibt dem Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt die Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich glaube, wir sind uns einig: Das ist die Stunde St. Pöltens und damit auch die Stunde der St. Pöltener Abgeordneten. Und damit ist als näch-

ster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

St. Pölten bleibt nicht nur St. Pölten, St. Pölten bewegt auch Welten. Und St. Pölten beschäftigt in dieser späten Stunde im Hohen Landtag von Niederösterreich nicht nur den Landtag von Niederösterreich, weil nach unserer Verfassung die Rechnungshofberichte über Gemeinden und auch Statutarstädte natürlich nicht nur dem Vertretungskörper auf Landesebene, sondern auch dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen sind. Dieser vorliegende Rechnungshofbericht wurde ja nicht nur im Sommer in den Medien ausführlich diskutiert, sondern auch schon im Gemeinderat von St. Pölten und eben heute hier.

Der Antrag des Finanz-Ausschusses lautet, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir uns in der Stunde St. Pöltens der Mühe einer Diskussion unterziehen, dann wohl nicht nur aus Freude an Jungfernreden und anderen Wortmeldungen, sondern auch, weil wir aus diesen Feststellungen des Rechnungshofes Konsequenzen ziehen wollen und auch unsere Anmerkungen dazu machen wollen.

Der Rechnungshof hat eine Reihe von Kritikpunkten wahrgenommen. Ich möchte auf die einzelnen Punkte nicht mehr in dieser Ausführlichkeit eingehen, das ist von meinen Vorrednern schon geschehen. Ich meine, daß der Rechnungshof in dem Bereich, in dem er von seiner Herkunft her prädestiniert ist, nämlich der Finanzgebarung, gründliche Arbeit geleistet hat und eine Reihe von Punkten aufgezählt hat. Der ordentliche Haushalt wurde jährlich mit einem Abgang veranschlagt, obwohl es Überschüsse gab, die Vorbereitung des Vorschlages war ungenügend, die mittelfristige Finanzplanung lag nicht vor, Darlehensaufnahmen waren nicht veranschlagt, eine ganze Reihe von Punkten. Im Personalwesen waren Dienstposten veranschlagt, obwohl die Zahl der unbesetzten Posten gestiegen ist. Ein Katalog, der sicher zur Kritik Anlaß gibt, der sich für mich aber nicht wie ein Hitchcock-Krimi liest, vielleicht war ich dazu schon zu lange als Berufsjurist in diesem Haus tätig. Insgesamt gibt es einige Punkte, die berücksichtigt werden sollen.

Die ÖVP-Fraktion nimmt diese Kritikpunkte zum Anlaß, um nicht nur im Detail auf eine Änderung dieser Umstände in der Gemeindeverwaltung zu dringen. Das geschieht ja auf Gemeindeebene. Sondern, um die demokratiepolitische Offensive der

ÖVP-Vertreter aller vier Statutarstädte in Niederösterreich aufzugreifen. Diese Vertreter haben bereits im Vorjahr Vorschläge gemacht, wie in den Stadtrechten mehr Transparenz, Bürgernähe und Demokratie verwirklicht werden könnte. Neben einem Ausbau der direkt demokratischen Mitwirkung sind darin enthalten auch so banale Dinge wie etwa ein Kopierrecht von Aktenstücken für Gemeinderäte oder bürokratische Erleichterung für die Arbeit der Gemeinderäte. Ein ganz wesentlicher Punkt in diesem Demokratiepaket ist auch die Änderung des Bürgermeisterstatutes im Hinblick auf eine breitere Streuung der Verantwortung auf die Stadtsenatsmitglieder. Diese Anregungen sind für uns nicht nur in den Kritikpunkten des Rechnungshofes begründet. Vielmehr gibt es in den Statutarstädten im allgemeinen und in St. Pölten im besonderen eine ganze Reihe von Gründen, die eine breitere Steuerung wünschenswert erscheinen lassen. St. Pölten ist Landeshauptstadt, in den nächsten Jahren werden sechs- bis achttausend neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen. Es wird eine Neuordnung der Verkehrsverhältnisse erforderlich sein, sowohl in der West-Ost Schiene, als auch in der Nord-Süd Richtung. Es werden Betriebsansiedlungen erforderlich sein, es wird am Stadt-Image von St. Pölten weiter zu arbeiten sein. Ich erinnere mich an eine Veranstaltung, in der die diesbezüglich vorbildliche Aktion in Linz präsentiert wurde. Eine ganze Reihe von Aufgaben, um aus dieser sehr liebenswürdigen und schönen Stadt St. Pölten wirklich eine Landeshauptstadt für alle Niederösterreicher zu machen. Und gerade, weil hier eine ganze Reihe von Aufgaben zu erfüllen sind, fordern wir eine breitere demokratische Basis für die Stadtverwaltung. Hier geht es nicht um einen Anschlag auf die Rechte der Statutarstädte, sondern einfach um mehr Demokratie und eine effizientere Verwaltung. Die geplanten Änderungen werden von der ÖVP in die Verfassungsgespräche im Herbst eingebracht. Herr Abgeordneter Gruber! Selbstverständlich werden in diese Gespräche auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Magistratsdirektoren aller vier Statutarstädte eingebracht. Diese Magistratsdirektoren unterhalten sich nämlich schon sein geraumer Zeit, seit über einem Jahr, über Änderungen. Ich glaube, wir sollten zumindest diese Änderungen, aber auch die Vorschläge der ÖVP in die Statutarrechte einbeziehen und diese ändern, bevor wir darüber nachdenken, ob wir die Statutarrechte in den Verfassungsrang erheben. *(Abg. Gruber: Nur keine Salamitaktik!)*

Keineswegs kann ich mir vorstellen, daß die Statutarrechte, die im wesentlichen auf das Jahr 1965 zurückgehen, und in ihrer Ausformung schon recht antiquiert wirken in manchen Bereichen, daß

man diese Stadtrechte so mir nichts, dir nichts einfach auf eine erhöhte Ebene der Unabänderlichkeit hebt.

Gewundert habe ich mich über den Artikel, der heute in der Presse erschienen ist über St. Pölten. "Machtkampf" steht da, "um das Stadtrecht". Ich glaube, Sie sollten die Vorschläge, die hier gemacht wurden für mehr Transparenz, für mehr Bürgerbeteiligung lesen und wir sollten sie gemeinsam erörtern. In Dingen, wie einer stärkeren Einbeziehung der Bevölkerung einen Anschlag auf die Statutarrechte zu sehen, scheint mir doch etwas weit hergeholt. Wahrscheinlich haben Sie es nicht so gesagt, denn ein derartiges Demokratieverständnis will ich an sich niemandem unterstellen. Ich bin für eine faire Verhandlung dieser Dinge unter Einbeziehung selbstverständlich der Städte, der Magistratsdirektoren, der Beamten die Vorarbeiten geleistet haben und der betroffenen Gemeinderäte aus allen vier Städten. *(Abg. Uhl: Und der Landtagsabgeordneten!)* Na selbstverständlich werden sich die örtlichen Landtagsabgeordneten im Sinne einer guten Zusammenarbeit von Stadt und Land hier auch einschalten. Sie geben mir gleich das Stichwort für meinen nächsten Punkt. Der Rechnungshof wünscht auf Seite 30 des Berichtes eine stärkere Einbeziehung von Umland und Stadt bei der überörtlichen Planung. Ich glaube, das ist eine sehr sinnvolle Anregung, die ich etwa von Gemeindevertretern auch im Umland höre. Wenn man hier die Planungen besser abstimmen könnte, wäre sicher für die Bevölkerung in beiden Bereichen etwas gewonnen. *(Abg. Gruber: Dr. Michalitsch! Wird das Land auch die Daten zur Verfügung stellen?)* Wir werden geeignete Instrumentarien finden, um hier eine Einbeziehung und eine offensivere Vorgangsweise von beiden Seiten zu finden. So etwas kann aber nie nur eine Einbahnstraße sein. *(Abg. Keusch: Vergessen Sie nur nicht ganz, daß ihr nicht mehr die absolute Mehrheit habt!)*

Auch das ist ein Punkt, der, selbst wenn St. Pölten St. Pölten bleibt, auch für die sozialdemokratische Fraktion dort nicht immer festgeschrieben ist.

Als frei gewählter Abgeordneter und Vertreter dieses Hohen Hauses möchte ich mir die Freiheit herausnehmen, nicht nur Feststellungen zu treffen, die mir mein Kollege in seiner Erstrede schon vorgeworfen hat, Polemik als solche festzustellen und auch entsprechende Appelle zu richten, sondern auch den Rechnungshof zu kritisieren. In einigen Punkten ist der Rechnungshof bei seinen Feststellungen durchaus kritikwürdig.

Ich habe das Vergnügen gehabt, an der Universität Wien in eine Prüfung durch den Rechnungshof hineinzugeraten. Das Juridicum war damals Gegenstand einer sehr umfassenden Rechnungshofkritik. Ich kann aus meinen sehr langjährigen Erfahrungen auf dem Gebiet sagen, der Rechnungshof ist eine ordentliche und wertvolle Kontrollinstanz, wenn es um die Finanzen geht, die ordnungsgemäße Gebarung. Das ist auch seine Herkunft, verfassungsrechtlich. Aber dort, wo er sich als Planungsorgan, als Oberplaner oder gar als Architekturkritiker versucht, dort geht Rechnungshofkritik meistens daneben. Der Rechnungshof kommt mir da vor wie der dilettierende Prinz Charles, der da durch die Lande geht. Und dann für das Regierungsviertel in St. Pölten, das ja immerhin mit einem zweistufigen Architektenwettbewerb unter Einbeziehung der Nutzer wirklich in einem Planungsprozeß erstellt wurde, der fast einzigartig ist, dann ohne große Begründung Formulierungen findet, wie "Durch die städtebaulichen Dimensionen mit bandförmig ausgerichteten Baumassen entsteht gegenüber dem gewachsenen Altstadtbereich eine Hemmschwelle, die auch mit den besten Verbindungswegen nicht leicht abzubauen sein wird". Also ich glaube, mit der Architektur sollte man, gerade wenn, wie in St. Pölten, wirklich sorgfältig und mit Bürgerbeteiligung vorgegangen wurde, wirklich sorgfältiger sein. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Rechnungshof sich wünscht, daß das Regierungsviertel ein Turm gewesen wäre, der vielleicht weniger "bandartig" sich dargestellt hätte.

Genau das gleiche gilt für die Grundstückspreise. Auch hier ist das Ganze ja nicht willkürlich über den Daumen gepeilt angenommen worden, sondern war Ergebnis der Verhandlungen, die zunächst ja mit den Kleingärtnern durchgeführt wurden. Insgesamt muß man sagen, daß der Rechnungshofmaßstab der Zweckmäßigkeit wahrscheinlich im gegenständlichen Fall auch gegeben gewesen wäre, wenn die Stadt St. Pölten dem Land die Grundstücke geschenkt hätte. Für ein Vorhaben, das für die Städte, die Entwicklung einer Stadt derartige Impulse setzt, wäre es sicher politisch auch vertretbar, dem Bauherren noch mehr entgegenzukommen, als das vielleicht in diesem Fall geschehen ist. Ich glaube, hier müßte der Rechnungshof die Prüfungsmaßstäbe, die ihm in der Verfassung vorgegeben sind, einfach praxisgerechter und wirklichkeitsnäher anwenden.

Ich fasse zusammen: Resumee des vorliegenden Berichtes: Den Anregungen des Rechnungshofes im Bereich der Finanzgebarung, Abgabenverwaltung, Personalwesen, ist zum Teil schon Rech-

nung getragen worden und sollte noch Rechnung getragen werden. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Stadt - Umland und Stadt und Land könnte verstärkt werden. Die Reform der Statutarstädte sollte zügig von diesem Hohen Haus in Angriff genommen werden und die Kritik des Rechnungshofes an den Planungen differenziert gesehen werden. In diesem Sinn nehmen wir differenziert diesen Bericht des Rechnungshofes zu unserer Landeshauptstadt St. Pölten zur Kenntnis und hoffen, daß aus einigen Anregungen daraus etwas für eine positivere Entwicklung unseres Landes gewonnen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum vorletzten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung und ich ersuche Herrn Abgeordneten Knotzer, die Verhandlungen zur Zahl 18/H-11 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zur Zahl 18/H-11/1993 folgenden Bericht und Antrag stellen *(liest)*:

"Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend A.ö. Krankenhaus Baden, Errichtung einer Schule für beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst und einer Krankenpflegeschule.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben "Einrichtung einer Schule für beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst und einer Krankenpflegeschule, A.ö. Krankenhaus Baden" in der Höhe von S 55.100.000,- auf Preisbasis 1.1.1993 werden genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60 %igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die

Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs. 2 NÖ KAG 1974, LGBl. 9440-7.

3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten, excl. Bauzinsen, errechnet sich auf Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes durch die Kreditfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 5 % der Gesamtinvestitionskosten. Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht fix als angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von erfolgten Valorisierungen, tatsächlichen KRAZAF-Leistungen und der Zinsentwicklung."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Der Bericht liegt Ihnen auf, den Antrag haben Sie vom Berichterstatter vernommen. Ich eröffne daher die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Sie gehört haben, steht auf der Tagesordnung die Einrichtung einer Schule für beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst in der Krankenpflegeschule am Krankenhaus Baden. Ich könnte es mir leicht machen. Ich könnte sagen, notwendig, wir sind dafür, alle würden applaudieren. Ich würde mich niedersetzen und ich würde sicher, ich will nicht sagen, von allen, aber von einigen Sympathie erlangen. Denn viele würden sich denken, die Sitzung ist eine halbe Stunde früher zu Ende. So einfach, glaube ich, kann man es sich aber nicht machen.

Ich denke mir, ununterbrochen aufzeigen, ich möchte fast sagen, so manchen Herren und Damen lästig zu fallen, unter dem Motto "steter Tropfen höhlt den Stein", führt vielleicht dazu, daß doch alles unternommen wird, auch bei der Bereitstellung der finanziellen Mittel, um den derzeit fehlenden und noch zunehmenden Bedarf an Pflegepersonal nicht nur abzubauen, sondern vielleicht einmal sogar zu beheben. Bei jeder Gelegenheit zeigen wir diesen Fehlbestand in jedem Bereich auf. Ob das im Gesundheitswesen

ist, im Sozialbereich, in der Pflege- und in der Altenbetreuung. Wir freuen uns über jeden Fortschritt, den wir erreichen können. Und wenn wir gehört haben oder nachlesen können, daß allein heuer 421 Personen entweder das Diplom in der Krankenpflege oder im medizinisch-technischen Dienst erreicht haben, so ist das wirklich mehr als positiv. Oder wenn wir nachlesen können, daß in der Krankenpflegeschule im Schuljahr 1993/94 686 Schüler aufgenommen wurden, das ist so gut wie eine Verdoppelung gegenüber dem Schuljahr 1992/93, nämlich um 323 mehr, so ist diese Steigerung mehr als positiv. Sicher hat dazu beigetragen, daß es drei neue Krankenpflegeschulen in Niederösterreich gibt. Hollabrunn und Scheibbs und ab Dezember auch die Krankenpflegeschule in Lilienfeld.

Wir wissen aber auch, daß diese Steigerung erst möglich war, seit wir den zweiten Bildungsweg erschlossen haben. Wir wissen, daß gerade auch in Baden seit der Schließung der Krankenpflegeschule

damals nur mehr über den zweiten Bildungsweg ausgebildet wurde. Und wenn man sich das im Detail anschaut, nicht nur in Baden, sondern in fast allen Krankenpflegeschulen wurde diese Möglichkeit des zweiten Bildungsweges genützt. Ich glaube, daß das wirklich eine der positivsten Einrichtungen in der letzten Zeit auf diesem Gebiet war. Man soll auch Danke sagen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich vor allem bei der Arbeitsmarktverwaltung und bei "Jugend und Arbeit" ganz besonders bedanken. Denn ohne der finanziellen Unterstützung dieser Vereinigungen wäre es einfach nicht möglich gewesen, diese Ausbildung im zweiten Bildungsweg - und damit diese Steigerung - zu erreichen.

Diese Steigerung, meine Damen und Herren, darf aber nicht dazu führen, zu glauben, daß das Problem jetzt gelöst ist. Es wird sich weiter entwickeln und es ist eine Frage der Zeit und das Problem ist weg vom Tisch. Wir können uns nicht zurücklehnen, die Arme verschränken um vielleicht sogar einzudösen oder einzunicken. Ich glaube, das wäre verfrüht und auch komplett falsch. Nicht nur, weil wir alle genau wissen - und vor zwei Tagen war es erst wieder in einer Presseaussendung zu lesen - daß derzeit noch immer rund 700 Pflegepersonen allein in NÖ Krankenanstalten fehlen, sondern, weil mindestens noch einmal soviel außerhalb der Spitäler fehlen. Das bedeutet ein Fehl von 1.200 bis 1.400 beim diplomierten Pflegepersonal. Und wir wissen genau, daß in den Pensionisten- und Pflegeheimen bis zum Jahr 2011 - das klingt weit weg aber, das geht schneller, als man glaubt, wenn man die Ausbildungszeit noch dazu rechnet - über 3.000 Pflegekräfte zusätzlich benötigt werden. Und noch einmal 3.300 Betreuungspersonen allein in den sozialen und sozialmedizinischen Diensten.

Um aber auf diese Pressemeldung von vorgestern vom 5. Oktober, unter dem Titel "Neues Kolleg hinter Scheinfassade" zurückzukommen, in dem ich diese Zahl auch bestätigt vorgefunden habe. Ich möchte vielleicht zu diesem Kolleg doch ein paar Worte sagen. Es ist eine gute Idee, ein Kolleg für Kranken- und Gesundheitspflege zu installieren. Man erreicht einen ganz anderen Personenkreis. Es ist nicht nur gut, sondern ganz besonders wichtig in dieser Situation. Auch das Land Niederösterreich will diese Einrichtung, braucht sie, befürwortet sie. Unterstützt die Initiatoren in der Stadt Krems, dieses Kolleg zu installieren, auszuschreiben und zu schauen, daß sich genug Bewerber und Bewerberinnen dafür finden.

Ich will nur zur Unterstützung einen Satz davon vorlesen: "Zwischen Mai und Juli wurden die

Kremser Verantwortlichen vom Land mehrfach animiert, Werbung für diese dreijährige Krankenausbildung für Maturanten zu machen, damit die Mindestteilnehmerzahl von 16 zustande kommt." Dann wird sehr negativ über die Finanzierung gesprochen. Daß es also nicht möglich ist, das als Kolleg zu führen, weil dieser Typ nicht als Schulversuch anerkannt wurde und daher die Bezahlung des Personals vom Bund nicht gewährleistet ist. Was nicht zu lesen ist in diesem Artikel, ist zum Beispiel, daß sich die Finanzreferenten für dieses Kolleg negativ ausgesprochen haben, das heißt die Zustimmung nicht gegeben haben. Das heißt aber auch, daß der Landes-Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Mag. Freibauer, obwohl er weiß, wie notwendig wir es brauchen, obwohl er weiß, daß das Land sogar Druck ausübt, damit es ausgeschrieben wird, dagegen stimmt und es nicht befürwortet. Das weiß aber offenbar niemand oder es wird nicht geschrieben. Wichtig ist ja nur, daß der Bund schuldig wird dabei. Und daß das Land Niederösterreich zusätzlich nichts zu bezahlen hat. Ich hoffe, daß durch diesen Artikel sich vielleicht die Einstellung doch etwas ändert. Denn sonst müßte ich zu der Überzeugung kommen, daß alles andere, außer den finanziellen Dingen, erst an Stelle zwei, drei, vier oder fünf gereiht wird. Egal, wie wichtig und notwendig diese Einrichtungen für unser Bundesland sind.

Wir haben aber, um einen zusätzlichen Punkt aufzugreifen, erst am 30. Juni hat meine Fraktion einen Antrag eingebracht betreffend Schaffung eines Raumordnungsprogrammes für das Ausbildungswesen im Gesundheits- und Pflegebereich. Wobei, auch das steht in diesem Antrag drinnen, die Standorte für die Krankenpflegedienste und für das medizinisch-technische Personal durch die bestehenden Krankenanstalten ja gegeben sind. So, wie zum Beispiel die Krankenpflegeschule, die wir hoffentlich oder ich nehme an, heute hier einstimmig beschließen werden, in Baden errichtet wird.

Bei der Ausbildung im Sozial- und Pflegebereich schaut es schon etwas anders aus. Hier müssen wir ganz besonders die Bedürfnisse erheben. Es muß, um diese Standorte feststellen zu können, der regionale Bedarf errechnet werden, erhoben werden, damit die Absolventen, die diese Schulen dann besuchen, auch die Möglichkeit haben, in ihrem unmittelbaren Bereich eingesetzt zu werden. Auf eines muß man dabei aufpassen und daher sollte man diese Erhebung sehr grundsätzlich machen und sehr genau nehmen. Wir wollen damit nicht erreichen, daß jene Absolventen, die diesen Beruf heute schon ergreifen, nicht in der Anzahl

mehr werden, sondern sich einfach auf mehrere Schulen in den Regionen verteilen. Das allein ist auch nicht Sinn und Zweck so eines Raumordnungsprogrammes. Wir werden genau aufpassen müssen und Ziele setzen müssen, damit die Zahl jener Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen und diese Ausbildung auf sich nehmen und machen wollen, tatsächlich auch größer wird.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich eigentlich wieder einmal bei einem Punkt, der mir ganz besonders am Herzen liegt. Das heißt, wir müssen das Umfeld, das Image dieser Berufsgruppe so aufwerten, daß es interessant wird, diesen Beruf zu ergreifen. Daß es interessant wird, diesen Beruf nicht nur zu erlernen und vielleicht drei, vier Jahre auszuüben, fünf Jahre oder sechs Jahre, sondern tatsächlich, weil man ihn gern macht, Möglichkeiten und Chancen vorfindet, ihn auszuüben. Das heißt, eine Imagekampagne ist notwendig! Und die Rahmenbedingungen müssen endlich in Angriff genommen werden. Nur so ist es möglich, Menschen zu motivieren, diesen Beruf zu ergreifen. Das bedeutet, verstärkte Teilzeitbeschäftigung, verstärkte Supervision, Möglichkeiten - und das ist ganz besonders wichtig - zum Wechsel vom stationären in den mobilen Bereich und zurück natürlich genauso. Wechsel vom Krankenhaus in ein Pensionisten- und Pflegeheim und wieder zurück. Mitsprache bei der Diensterteilung, familienergänzende Einrichtungen. Nur so ist es möglich, vor allem Frauen - und die Mehrzahl dieser Berufsgruppe sind nach wie vor Frauen - die Möglichkeit und die Chance zu geben, mit Freude ihren Beruf wirklich ausüben zu können. Die Verweildauer, davon bin ich wirklich überzeugt, wird sich dann auch gewaltig steigern.

Abschließend freue ich mich natürlich über die Errichtung einer Schule für den beschäftigungs- und ergotherapeutischen Dienst und einer Krankenpflegeschule in meinem eigenen Bezirk, in Baden. Aber - und das möchte ich wirklich zum Schluß sagen - ich werte diese Eröffnung oder diese Beschlußfassung für diesen Umbau dieser Schule eigentlich nur als einen weiteren Schritt zu einem für uns leider noch immer etwas entfernten Ziel in Niederösterreich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lugmayr.

Abg. LUGMAYR (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich könnte es mir leicht machen und sagen, die Frau Kollegin Auer hat alles gesagt, was dazu notwendig ist und ich bin mit ihr auch einer

Meinung. Ich möchte aber schon einen kleinen Hinweis geben, daß das, was jetzt erreicht worden ist, diese positive Situation im Ausbildungsbereich vielleicht ein wenig rascher hätte gehen können, wenn der zuständige Landesrat Wagner schon etwas früher auf unsere Hinweise immer wieder reagiert hätte. Ich möchte auch dazu sagen, daß es nie zu spät ist. Wir sind froh darüber, daß wir es jetzt haben. Und daß bei den Finanzreferenten, die da nicht zugestimmt haben, halt auch SPÖ-Finanzreferenten dabei waren. Denn das war ein einstimmiger Beschluß der Finanzreferenten. *(Abg. Auer: Klar, wenn der eigene Finanzreferent dabei ist!)*

Zum Inhalt dieses Beschlusses. Der Hauptgrund, warum die Finanzreferenten nicht zugestimmt haben, war ja eigentlich die fünfjährige Ausbildung der Krankenschwester mit Maturaabschluß. Denn gerade bei diesem Kolleg-Modell hat sich ja das Land Niederösterreich nichts erspart. Denn wir haben dieses Modell und nun zahlt Niederösterreich halt voll die Kosten. Weil es so wichtig ist und weil es auch unser Finanzreferent als so wichtig empfindet. *(Abg. Auer: Das Kolleg dauert drei Jahre!)* Aber beide Dinge waren in der SCHOG-Novelle, die damals die Finanzreferenten zur Diskussion gestellt und abgelehnt haben. Die fünfjährige Ausbildung war in der SCHOG-Novelle unterzubringen und auch das Kolleg. Das war eben ein Paket und darum haben sie beides abgelehnt.

Ich bin der Meinung, daß wir viel erreicht haben, aber noch sehr viel vor uns haben. Im Stellenwert des Pflegepersonales müssen wir unermüdlich weiter arbeiten, auch in der Diensterteilung. Die Teilzeitbeschäftigung lockt sehr viele Schwestern, für mich Gottseidank, in die mobilen Dienste. Aber in den Anstalten wäre auch etwas zu tun, um dort den Dienstbetrieb familienfreundlicher und frauenfreundlicher zu machen.

Die Anstalt, die wir heute finanziell beschließen, beherbergt ja auch die Ausbildung zum Thera

peuten. Und hier haben wir noch ein größeres Manko. Und das ist in Zukunft noch viel wichtiger als bisher, für ältere Menschen die Rehabilitation, die Bewegungstherapie zu machen, damit sie den Umständen entsprechend ihre Situation doch einigermaßen selbständig wieder bewältigen können. Wir wissen heute, daß es sehr viele Methoden gibt im Pflegebereich, kranke, alte Menschen wieder so weit zu aktivieren, daß sie doch eine gewisse Selbständigkeit wieder erlangen. All das ist erfreulich. Wir werden unermüdlich weiterarbeiten. Und ich kann nur sagen, daß wir dieser Vorlage unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Bericht-erstatte hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KNOTZER (SPÖ): Ich verzichte.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen.

Herr Abgeordneter Dr. Prober möge die Verhandlungen zur Zahl 8/V-11 einleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zum Geschäftsstück des Landtages 8/V-11 über die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl.

Zum Vereinbarungstext möchte ich kurz berichten. Anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz 1982 in Eisenstadt wurde eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl unterzeichnet. In den folgenden Jahren wurde der Schwefelgehalt in den Heizölen sukzessive reduziert. Der Schwefelgehalt von Heizöl Extra leicht wurde aus dieser Entwicklung heraus bis jetzt auf 0,1 % und von Heizöl leicht auf 0,2 % festgelegt und in der Ö-Norm festgehalten, die auch mit dem Richtlinienvorschlag der EG-Kommission aus dem Jahre 1991, zum Beispiel für Heizöl 0,2 % Schwefelgehalt ab Oktober 1994, korrespondiert.

Besonders die geographische Lage Österreichs macht eine strenge Regelung gerade in Bezug auf die Schwefelbelastung erforderlich. Die NÖ Landesregierung beschloß daher in ihrer Sitzung am 4. Mai 1993 die Unterzeichnung der Vereinbarung, vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages von Niederösterreich. Anlässlich der Landeshauptmännerkonferenz am 6. Mai 1993 erfolgte die Unterfertigung.

Ich stelle daher den Antrag des Umwelt-Ausschusses über die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl, Änderung *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl geändert wird, wird genehmigt."

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, darüber die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Umwelt-Ausschusses): Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung ist damit erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 21.55 Uhr.)*